

Aus diesem Heft 761

Textteil

Strukturberichterstattung und
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 763

Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte
Grundstücke 1986 768

Schuhindustrie in der Bundesrepublik
Deutschland 778

Wohngeld 1986 782

Hochschulfinanzen 1978 bis 1985 791

Öffentliche Finanzwirtschaft im ersten Halbjahr
1987 797

Wohnungsvermietung nach Eigentümern in den
Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 804

Preise im September 1987 816

Übersicht über die im laufenden Jahr
erschiedenen Textbeiträge 821

Tabellenteil

Übersicht 357*

Statistische Monatszahlen 358*

Ausgewählte Tabellen 372*

Herausgeber

Statistisches Bundesamt

Verlag

W. Kohlhammer, Stuttgart und Mainz

Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet; sie schließen Berlin (West) ein.

Contents Page

In this issue 761

Texts

Structural reports and national accounts 763

Purchasing values of agriculturally used real estate, 1986 768

Boot and shoe industry in the Federal Republic of Germany 778

Housing allowances, 1986 782

University finance, 1978 to 1985 791

Public finance in the first half of 1987 797

Housing by owners in national accounts 804

Prices in September 1987 816

List of the contributions published in the current year 821

Tables

Summary survey 357*

Monthly statistical figures 358*

Selected tables 372*

Data relate to the Federal Republic; they include Berlin (West).

Table des matières Pages

Dans ce numéro 761

Textes

Enquêtes de structure et comptabilité nationale . 763

Valeurs d'acquisition des terres agricoles en 1986 768

Industrie de la chaussure en République fédérale d'Allemagne 778

Allocations de logement de 1986 782

Finances universitaires de 1978 à 1985 791

Finances publiques au premier semestre de 1987 797

Propriété de maisons d'habitation suivant les propriétaires dans la comptabilité nationale ... 804

Prix en septembre 1987 816

Liste des contributions publiées dans l'année en cours 821

Tableaux

Résumé 357*

Chiffres statistiques mensuels 358*

Quelques tableaux sélectionnés 372*

Les données se rapportent au territoire de la République fédérale; Berlin-Ouest y est inclus.

Aus diesem Heft

Strukturberichterstattung und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Dieser Beitrag nimmt die dritte „Runde“ der von fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten im Auftrag der Bundesregierung durchgeführten Strukturberichterstattung zum Anlaß, die Verbesserungen im sektoralen Nachweis einzelner Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in den letzten zehn Jahren darzustellen und die zukünftige Weiterentwicklung im Zusammenhang mit den neuen Datenanforderungen für Zwecke der Strukturberichterstattung zu skizzieren.

Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke 1986

Die Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke wird seit 1974 jährlich durchgeführt. Im vorliegenden Beitrag werden die Ergebnisse dieser Statistik für das Jahr 1986 und die in der Zeit zwischen 1974 und 1986 eingetretenen Veränderungen dargestellt und kommentiert.

In den für 1986 erfaßten rund 35 300 Veräußerungsfällen, in denen die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung ohne Gebäude und ohne Inventar umgesetzt wurde, wechselten insgesamt rund 45 300 ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung mit einem Gesamtwert von 1,577 Mrd. DM den Eigentümer. Für diese Fälle wurde der durchschnittliche Kaufwert mit 34 825 DM je ha errechnet, das waren 5,5 % weniger als 1985.

Zwischen 1974 und 1981 stieg der durchschnittliche Kaufwert je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung von 16 668 DM auf 39 245 DM, das heißt um 135 %. Im Vergleich zu 1981, dem Jahr mit dem bisher höchsten durchschnittlichen Kaufwert, liegt das Ergebnis für 1986 mit 34 825 DM je ha um 11 % niedriger.

Schuhindustrie in der Bundesrepublik Deutschland

Die Schuhindustrie hat in der Bundesrepublik Deutschland eine lange Tradition. Insbesondere in Rheinland-Pfalz — und hier im Gebiet um Pirma-

sens — ist diese Branche für die Wirtschaftsstruktur und die regionale Beschäftigungssituation von großer Bedeutung. Waren die einheimischen Schuhhersteller 1960 auf dem deutschen Schuhmarkt nahezu unter sich und brauchten die ausländische Konkurrenz nicht zu fürchten, so hat sich heute die Situation grundlegend geändert. Die Ausländer drängen seit Jahren auf den deutschen Schuhmarkt und erreichten 1986 — gemessen an der Anzahl der angebotenen Schuhe — einen Anteil von 81 %. Mit Hilfe weiterer Indikatoren will der Beitrag einen Überblick über den Wandel und die Struktur der deutschen Schuhhersteller von 1960 bis 1986 geben und ihre gegenwärtige Situation durchleuchten.

Wohngeld 1986

Wohngeld ist ein Mittel staatlicher Wohnungspolitik. Aufgabe der jährlich durchgeführten Wohngeldstatistik ist es unter anderem, die für Entscheidungen auf dem wohnungspolitischen Sektor notwendigen Daten bereitzustellen. Die Ergebnisse werden alljährlich, so auch für 1986, in dieser Zeitschrift dargestellt und kommentiert. Der Aufsatz gibt Einblick in den Personenkreis der Wohngeldempfänger, ihre soziale Stellung, die Haushaltsgröße sowie Einkommensverhältnisse, Wohnkosten und Wohngeldansprüche. Den Ergebnissen für das Berichtsjahr ist ein Überblick über die Resultate der bisher erfolgten Wohngeldnovellen vorangestellt. Abschließend wird das regionale Mietenniveau einer genauen Betrachtung unterzogen.

Durch die Erhöhung der Einkommensgrenzen (6. Wohngeldnovelle) stieg 1986 die Zahl der wohngeldempfangenden Haushalte im Vergleich zu 1985 um 24,2 % auf 1,88 Mill. Infolge der gleichzeitig wirksam gewordenen Leistungsverbesserungen nahmen die Wohngeldausgaben gegenüber dem Vorjahr um 36,8 % zu, das heißt um fast 1 Mrd. DM auf rund 3,38 Mrd. DM.

Hochschulfinanzen 1978 bis 1985

Aufgrund des Hochschulstatistikgesetzes werden die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen und privaten Hochschulen jährlich erfaßt. Für den Zeitraum 1973 bis 1977 liegen wegen

des nur schrittweisen Aufbaus des Berichtskreises keine vollständigen Ergebnisse vor, daher beginnt der Beitrag mit dem Berichtsjahr 1978 und zeigt kommentierend die gesamte Entwicklung in tiefer Gliederung bis einschließlich 1985 auf.

Von 1978 bis 1985 erhöhte sich die Zahl der Hochschulen, deren Finanzdaten erfaßt wurden, von 247 auf 255. Die Ausgaben der Hochschulen betrug 1985 rund 23,2 Mrd. DM; das waren 6,0 % mehr als 1984 und 50,1 % mehr als 1978. Einen überdurchschnittlichen Ausgabenzuwachs hatten von 1978 bis 1985 die Hochschulkliniken mit + 63,2 % zu verzeichnen. Die Ausgaben aller erfaßten Hochschulen (ohne Hochschulkliniken) stiegen im Beobachtungszeitraum nur um 42,1 %.

Öffentliche Finanzwirtschaft im ersten Halbjahr 1987

Die Vierteljahresergebnisse der Finanzstatistik vermitteln ein aktuelles Bild über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen im Laufe eines Rechnungsjahres. Gegenstand des Beitrags sind die kassenmäßigen Ausgaben und Einnahmen von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Gv.) sowie des Lastenausgleichsfonds und des ERP-Sondervermögens.

Wie die vorliegenden Daten zeigen, haben sich die Einnahmen der öffentlichen Haushalte im 1. Halbjahr 1987 ungünstiger entwickelt als im Vorjahr. Das Ausgabevolumen lag im 1. Halbjahr 1987 mit insgesamt 288,1 Mrd. DM — methodisch bereinigt um die Nachweisänderung der Sozialhilfeausgaben der Gemeinden/Gv. in Baden-Württemberg — um 3,6 % über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Da die Einnahmen im gleichen Zeitraum nur um 1,1 % auf insgesamt 255,0 Mrd. DM anstiegen, betrug das Finanzierungsdefizit 33,0 Mrd. DM und war damit um 7,0 Mrd. DM höher als im 1. Halbjahr 1986.

Wohnungsvermietung nach Eigentümern in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

In diesem Aufsatz werden für die Jahre 1970 bis 1986 zusätzlich zu den bisher in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dargestellten Einkommen aus Wohnungsvermietung weitere Vorgänge des funktional abgegrenzten Bereichs Wohnungsvermie-

tung in der Gliederung nach Eigentümergruppen nachgewiesen. Es sind dies die Wohnungsinvestitionen und der damit in Verbindung stehende Grundstückserwerb sowie deren Finanzierung mit eigenen und fremden Mitteln. Ein Schwerpunkt der Untersuchung liegt bei der Berechnung der zu den Eigenmitteln zählenden nichtentnommenen Gewinne aus Wohnungsvermietung der privaten Haushalte, die im betrachteten Zeitabschnitt 1970 bis 1986 — mit Ausnahme in den Jahren 1970 und 1971 — stets negative Beträge aufweisen. Die nichtentnommenen Gewinne aus Wohnungsvermietung der privaten Haushalte sind in der Darstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Teil der nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die seit 1973 ebenfalls negativ sind. Bereinigt man die negativen Beträge bei den nichtentnommenen Gewinnen aller Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit um die der privaten Haushalte aus Wohnungsvermietung, so weisen die nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit ohne Wohnungsvermietung in den Jahren 1970 bis 1979 — mit Ausnahme der konjunkturell schwachen Jahre 1974 und 1975 — positive Beträge auf. Seit 1980 sind allerdings auch die um die Wohnungsvermietung bereinigten nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit negativ.

Preise im September 1987

Im September 1987 gingen alle im Rahmen dieser Zeitschrift monatlich besprochenen Preisindizes im Vergleich zum Vormonat zurück.

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte nahm gegenüber August 1987 um 0,2 % ab; die Veränderungsrate zeigt damit erstmalig seit April dieses Jahres wieder ein negatives Vorzeichen. Um 0,8 % niedriger lag der Index der Großhandelsverkaufspreise gegenüber dem Vormonat. Der Index der Einzelhandelspreise sank um 0,3 %, der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nahm um 0,2 % gegenüber dem Vormonat ab.

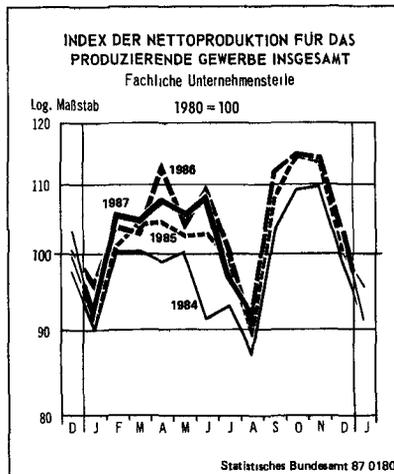
Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat sind der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um 1,6 % auf einen Stand von 115,6 (1980 = 100) und der Index der Großhandelsverkaufspreise um 2,9 % auf 104,1 zurückgegangen, angestiegen

sind hingegen der Index der Einzelhandelspreise um 0,5 % auf 117,5 sowie der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 0,4 % auf 120,9.

Weitere wichtige Monatszahlen

Produktion

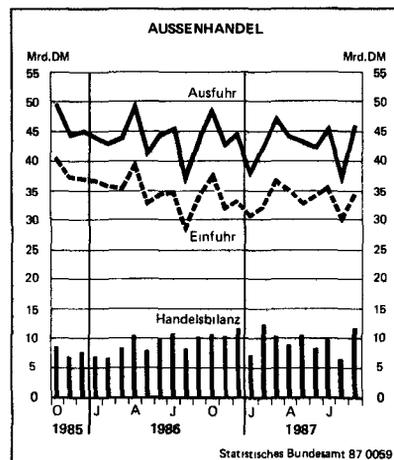
Der von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte endgültige Index der Nettoproduktion für fachliche Unternehmensteile des Produzierenden Gewer-



bes lag im August 1970 mit einem Stand von 92,1 (1980 = 100) um 5,4 % unter dem Stand des Vormonats und um 2,2 % höher als im August 1986.

Außenhandel

Im September 1987 lag der Wert der Einfuhr mit 34,3 Mrd. DM um 0,7 % höher und der Wert der Ausfuhr mit 45,8 Mrd. DM um 3,1 % höher als im September 1986.



Im Zeitraum Januar/September 1987 war die Einfuhr mit 300,6 Mrd. DM um 3,4 % und die Ausfuhr mit 384,1 Mrd. DM um 1,8 % zurückgegangen.

Ha./St.

Strukturberichterstattung und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Zehn Jahre

Strukturberichterstattung

Zum Jahresende 1987 werden fünf wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute zum drittenmal Strukturberichte vorlegen. Die im Auftrag der Bundesregierung von wirtschaftswissenschaftlichen Instituten seit zehn Jahren durchgeführte Strukturberichterstattung ist ein Berichtssystem, in dem regelmäßig vor allem zu Fragen des Strukturwandels, seiner Ursachen, der zu erwartenden Entwicklung, der Meßprobleme struktureller Veränderungen, der Wechselwirkungen zwischen Strukturänderungen und wirtschaftlichem Wachstum und der Wirkungen staatlicher Eingriffe auf den strukturellen Wandel Stellung genommen wird. Die Bundesregierung hat die Zielsetzung der sektoralen Strukturberichterstattung im einzelnen wie folgt beschrieben¹⁾:

- Der Zusammenhang zwischen struktureller und gesamtwirtschaftlicher Entwicklung soll aufgeheilt werden, um vorhandene strukturelle Entwicklungslinien transparenter zu machen und insbesondere Beziehungen zwischen Expansions- und Schrumpfungsvorgängen aufzuzeigen.
- Die Implikationen der globalen Wirtschaftspolitik einschließlich der gesamtwirtschaftlichen Rahmengestaltung auf die Strukturen der Wirtschaft sollen verdeutlicht werden.
- Es sollen Informationen erarbeitet werden, um die vorhandenen strukturpolitischen Aktivitäten in ihrer gesamtwirtschaftlichen Wirkung besser einschätzen zu können.
- Die Informationsmöglichkeiten der Wirtschaft sollen verbreitert werden.

Durch vertiefte Erkenntnisse über gesamtwirtschaftlich relevante Strukturverschiebungen sollen somit die Voraussetzungen für eine Verringerung der Friktionen des Strukturwandels verbessert und die Effizienz des Marktmechanismus gefördert werden. Mit der Strukturberichterstattung wird das konjunkturpolitische Informationssystem — laufende Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und spezieller Fachstatistiken, Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahreswirtschaftsbericht, Ge-

meinschaftsdiagnose der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute — um regelmäßige Analysen der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft insgesamt ergänzt. Die Analysen im Rahmen der Strukturberichterstattung sollen deutlich über die bis dato vorherrschenden partialanalytischen Branchenanalysen hinausgehen²⁾.

An der Strukturberichterstattung sind das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, das Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel, und das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, beteiligt.

Die dritte Runde der Strukturberichte gibt Anlaß, aufzuzeigen, wie durch den Ausbau der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in den letzten zehn Jahren die grundlegenden statistischen Voraussetzungen für die Strukturberichte geschaffen wurden, und die Weiterentwicklung in den nächsten Jahren zu skizzieren.

Der Ausbau der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Im Dezember 1976 war die Strukturberichterstattung in der Regierungserklärung angekündigt worden, im Herbst 1977 waren die Vorarbeiten, vor allem durch Vorstudien der Institute, so weit vorangeschritten, daß dem Statistischen Bundesamt konkrete Wünsche nach statistischen Daten vorgelegt werden konnten. Es war von Anfang an betont worden, daß die Strukturberichterstattung auf Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aufbauen sollte, um von einer einheitlichen, in sich konsistenten Datenbasis auszugehen. Die anspruchsvolle analytische Zielsetzung der Strukturberichte stellt hohe Anforderungen an die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und damit auch an das statistische Ausgangsmaterial. Die Institute hatten einen ersten Indikatorenkatalog zur Deckung des dringendsten Datenbedarfs vorgelegt; gefordert wurden vor allem Angaben über die Produktionswerte, Bruttowertschöpfung und Anlageinvestitionen (in jeweiligen und konstanten Preisen), über Einkommen aus unselbständiger Arbeit und über Erwerbstätige in tiefer Gliederung nach etwa 60 Wirtschaftsbereichen sowie Angaben über die Aggregate der Verwendungsseite des Sozialprodukts (Privater Verbrauch, Investitionen, Ausfuhr und Einfuhr), gegliedert nach etwa 60 Gütergruppen. Alle Ergebnisse sollten für die Jahre ab 1960 vorgelegt werden.

Diese Anforderungen bedeuteten gegenüber der 1977 realisierten Veröffentlichungstiefe eine erhebliche Ausweitung des Programms der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Das Statistische Bundesamt hat die Herausforderung angenommen und im Herbst 1979 fristgerecht die ersten Ergebnisse in tiefer Gliederung nach Wirtschaftsbereichen bzw. Gütergruppen vor-

²⁾ Siehe Noé, C., „Das Projekt Strukturberichterstattung“ in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Die Zukunft der Strukturberichterstattung, Bonn 1987, S. 49 f.

¹⁾ Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 1978, Ziffer 38.

gelegt³⁾. Der tiefer disaggregierte Nachweis in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erforderte umfangreiche neue Berechnungen und ins Einzelne gehende Auswertungen des vorhandenen statistischen Materials. Dazu war eine Aufstockung der personellen Kapazitäten erforderlich, um die Arbeiten in angemessenen Fristen bewältigen zu können. Die statistische Basis für den erweiterten Nachweis wurde vor allem durch die gerade angefallenen Ergebnisse aus der neu etablierten Berichterstattung im Produzierenden Gewerbe verbreitert; allerdings warfen die Ergebnisse auch Probleme auf, insbesondere im Hinblick auf die Vergleichbarkeit mit den Angaben für die weiter zurückliegenden Jahre. Hilfreich für die tiefere Untergliederung waren unter anderem auch die seit 1974 vorliegenden Ergebnisse der neuen Beschäftigtenstatistik, die an das Meldeverfahren zur Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung anknüpft und Angaben über die Beschäftigungsfälle und Arbeitsentgelte in sektoraler Abgrenzung liefert.

Die starke Disaggregation der einzelnen Ströme der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die dafür erforderlichen vertieften Auswertungen des statistischen Ausgangsmaterials konnten nur mit erheblich vergrößertem EDV-Einsatz gemeistert werden. Die Anforderungen aus der Strukturberichterstattung haben sich sehr positiv auf den Einsatz der EDV im Bereich der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausgewirkt: Ein großer Teil der Berechnungen wird heute mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung vorgenommen. Die Aufstellung der Tabellen für die Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ erfolgt ausschließlich durch EDV. Das bedeutet gleichzeitig, daß nunmehr alle Daten für Zwecke der Strukturberichterstattung den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten auf Magnetband geliefert werden, daß aber darüber hinaus alle Tabellen der Fachserie 18 dem Benutzer auch auf Magnetband zur Verfügung gestellt werden können.

Bei der ersten Lieferung von Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Zwecke der Strukturberichterstattung im Herbst 1979 konnten im ersten Anlauf nicht alle Wünsche erfüllt werden, die angestrebte Gliederungstiefe wurde nicht bei allen Aggregaten voll verwirklicht, und ein Teil der Daten konnte nur für die Jahre ab 1970 vorgelegt werden. Das Statistische Bundesamt hat sich aber in den folgenden Jahren sehr bemüht, die für die Strukturberichterstattung erforderlichen Angaben zu vervollständigen; einen großen Schritt nach vorn brachte hier insbesondere die Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1985. Die nachstehende Übersicht zeigt sehr deutlich, wie groß die Fortschritte im jährlichen Nachweis nach Wirtschaftsbereichen und Gütergruppen in den letzten zehn Jahren waren.

³⁾ Siehe Engelmann, M., und Mitarbeiter „Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Zwecke der sektoralen Strukturberichterstattung“ in WiSta 10/1979, S. 715 ff., und Statistisches Bundesamt (Hrsg.) Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe S. 3 „Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1960 bis 1976 nach Wirtschaftsbereichen und Gütergruppen“, Stuttgart, Mainz 1979.

Übersicht: Die Gliederungstiefe wichtiger Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Gegenstand der Nachweisung	Zahl der nachgewiesenen Wirtschaftsbereiche				Zahl der nachgewiesenen Gütergruppen				
	in jeweiligen Preisen		in konstanten Preisen		in jeweiligen Preisen		in konstanten Preisen		
	vor 1979	gegenwärtig	vor 1979	gegenwärtig	vor 1979	gegenwärtig	vor 1979	gegenwärtig	
Entstehung des Sozialprodukts	17	58	—	10					
Produktionswerte	17	58	—	10					
Vorleistungen	41	58	41	58					
Bruttowertschöpfung	17	57							
Abschreibungen									
Produktionssteuern abzüglich Subventionen	17	57							
Einkommen aus unselbständiger Arbeit	13	57							
Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	13	53							
Bruttolohn- und -gehaltssumme	—	57							
Verwendung des Sozialprodukts									
Privater Verbrauch					—	16	—	16	
Ausrüstungsinvestitionen	13	57	13	57	9	12	2	12	
Bauinvestitionen	13	57	13	57	2	2	2	2	
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen						2	53	2	53
Einfuhr von Waren und Dienstleistungen						2	53	2	53
Anlagevermögen	5	57	5	57	4	4	4	4	
	Zahl der nachgewiesenen Wirtschaftsbereiche								
	vor 1979		gegenwärtig						
Erwerbstätige Beschäftigte	48		56						
Arbeitnehmer	48		56						

Den inzwischen fast vollständigen Nachweis der Aggregate in der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen hat das Statistische Bundesamt dazu benutzt, für jeden einzelnen Wirtschaftsbereich alle in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verfügbaren bereichsspezifischen Merkmale und wichtigen Kennziffern (z. B. Vorleistungsquote, Lohnquote, Kapitalkoeffizient, Arbeits- und Kapitalproduktivität, Lohnkosten je Produkteinheit) für die Jahre ab 1960 zusammenzustellen und Anfang 1987 als *Sonderbeitrag*⁴⁾ zu veröffentlichen. Dieser Band ist inzwischen fast vergriffen, die Tabellen werden aber laufend aktualisiert und sind auf Anforderung lieferbar.

Rückwirkung der Strukturberichte auf die amtliche Statistik

Die wirtschaftswissenschaftlichen Institute haben in den Strukturberichten den erweiterten Nachweis in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen lobend hervorgehoben, und auch das Bundesministerium für Wirtschaft hat in den Stellungnahmen zu den Strukturberichten die verbesserten Analysemöglichkeiten anerkennend erwähnt. Aber nach zehn Jahren Arbeit der Forschungsinstitute zeigen sich in verstärktem Maße nunmehr neue Anforder-

⁴⁾ Statistisches Bundesamt (Hrsg.) Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe S. 9 „Ergebnisse für Wirtschaftsbereiche (Branchenblätter) 1960 bis 1985“, Stuttgart, Mainz 1987.

rungen an die statistischen Grundlagen. Die Institute nennen vor allem:

- Zeitreihen für Bruttoproduktionswerte und Vorleistungen in konstanten Preisen nach 58 Wirtschaftsbereichen,
- stärkere Aufgliederung der Dienstleistungsbereiche,
- stärkere Aufgliederung der großen Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes,
- eine aktuelle und vergleichbare Zeitreihe von Input-Output-Tabellen,
- Zeitreihen über geleistete Arbeitsstunden in der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen.

Diese Anforderungen bedeuten einen nochmals erweiterten Nachweis in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Es ist klar, daß zum großen Teil die neuen Wünsche nur auf längere Sicht erfüllt werden können und auch nur dann, wenn entsprechende Fachstatistiken als Ausgangsmaterial bereitgestellt werden. Die wirtschaftswissenschaftlichen Institute haben — bei allen sonstigen Unterschieden in den Strukturberichten — gemeinsam hervorgehoben, daß es zur Zeit noch keine umfassende Theorie des Strukturwandels gibt und einfache kausale Erklärungsmuster nur selten zu befriedigenden Analyseansätzen führen. Kompliziertere theoretische Methoden verlangen aber differenzierteres statistisches Material. Für bestimmte spezielle Fragestellungen können deshalb die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nur den Rahmen stellen. Vertiefte Untersuchungen müssen sich auf einzelne Fachstatistiken mit Angaben in tiefer Gliederung der Merkmale und/oder regionaler Gliederung stützen. Ein Teil der sich aus den jüngsten Arbeiten im Rahmen der Strukturberichterstattung ergebenden Anforderungen richtet sich deshalb auch unmittelbar auf den Ausbau und die Unterteilungen in den einzelnen Fachstatistiken, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Versuche zur Regionalisierung der sektoralen Strukturberichterstattung.

Die Strukturberichte der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute haben sich den Fragen nach Art und Ursache des strukturellen Wandels mit unterschiedlichen Ansätzen genähert. Dabei sind vor allem drei Problemkreise immer wieder angeschnitten worden: Die Rolle der Dienstleistungen (Stichworte: Verschiebungen zugunsten des tertiären Sektors, „spin-off-Effekte“ durch rechtliche Verselbständigung bestimmter Dienstleistungen, Nachholbedarf in Teilen des staatlichen Bereichs), der Einfluß technischer Entwicklungen (Stichworte: Innovationen, technischer Fortschritt, High-Tech, technologische Wettbewerbsfähigkeit, Patente) und der Einfluß des Staates auf die strukturelle Entwicklung (Stichworte: Staatliche Interventionen, Erhaltungs- und Aufbausubventionen, Globalsteuerung, Regulierungen und Deregulierungen). Das Statistische Bundesamt wird diese drei Problemkreise, die gegebenenfalls zu zusätzlichem Bedarf an statistischen Informationen führen, fest im Auge behalten.

Zu den bedeutsamsten Aussagen der Strukturberichte, die für die amtliche Statistik und insbesondere die Volks-

wirtschaftlichen Gesamtrechnungen unmittelbar relevant geworden sind, gehören die Analysen über die zunehmende Bedeutung der Dienstleistungen. Die statistischen Informationen über den Dienstleistungsbereich wurden dabei häufig als nicht ausreichend beurteilt. Ein wichtiges Forum für die Diskussion über die statistischen Anforderungen und Möglichkeiten war die Jahreshauptversammlung der Deutschen Statistischen Gesellschaft 1986 in Frankfurt, die sich als Hauptthema mit der „Erfassung und Analyse der Dienstleistungen — eine Herausforderung der Statistik“ beschäftigte. Auf dieser Veranstaltung stellten zwei wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute Thesen zum Dienstleistungsbereich aus ihren Arbeiten im Rahmen der Strukturberichterstattung vor⁵⁾, ein Vertreter des Statistischen Bundesamtes referierte die Probleme der statistischen Erfassung von Dienstleistungen⁶⁾.

Das Statistische Bundesamt hat geprüft, wie vollständigere Informationen über den Dienstleistungsbereich zur Verfügung gestellt werden können. Dazu gehören vor allem:

- Ausbau der statistischen Erfassung von Dienstleistungen, die von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes erbracht werden. Dies ist — nach einer entsprechenden Erweiterung des Gesetzes über die Statistiken im Produzierenden Gewerbe — durch Zusatzfragen im Rahmen bereits bestehender Statistiken möglich.
- Ausdehnung der freiwilligen Kostenstrukturerhebung auf weitere Dienstleistungsbereiche.
- Umstellung der Umsatzsteuerstatistik auf einen jährlichen Rhythmus.
- Einführung einer jährlichen Stichprobe zunächst für ausgewählte Dienstleistungsbereiche, die bislang nicht oder nicht ausreichend durch das Programm der Bundesstatistik dargestellt werden, mit Fragen nach der Rechtsform, Zahl der Beschäftigten, Zahl der Betriebe, Löhne, Umsatz (nach Dienstleistungsarten) und Investitionen.

Das Statistische Bundesamt hat diese Überlegungen mit den betroffenen Ressorts und mit wichtigen Benutzern der amtlichen Statistik diskutiert, außerdem wurde ein ad-hoc-Arbeitskreis innerhalb des Statistischen Beirats gebildet, der im November 1987 zum erstenmal zusammentritt und die vielfältigen Aspekte eines umfassenden Berichtssystems über Dienstleistungen koordinieren und betreuen soll. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, daß der angestrebte Ausbau der Erfassung von Dienstleistungen auch Änderungen der entsprechenden Systematiken voraussetzt. Im Mittelpunkt dieser Arbeiten steht die Revision des Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP), das um einen völlig neuen Teil für Dienstleistungen erweitert wird.

⁵⁾ Siehe Gerstenberger, W.: „Der Dienstleistungsbereich im Spannungsfeld divergierender Kräfte“ in ASIA 1/1987, S. 38 ff.; Krupp, H. J.: „Gibt es in der Bundesrepublik Deutschland einen Rückstand in der Entwicklung von Dienstleistungen?“, ebenda, S. 56 ff.

⁶⁾ Siehe Lützel, H.: „Statistische Erfassung von Dienstleistungen“ in ASIA 1/1987, S. 17 ff.

Eine weitere Facette in den Arbeiten des Statistischen Bundesamtes im Hinblick auf die vorstehend genannten Problemkreise bilden die Überlegungen, wie die Wirkungen der Verbreitung neuer Informations- und Kommunikationstechniken, insbesondere der Datenverarbeitung, datenmäßig besser erfaßt werden können. Das Statistische Bundesamt hat — zusammen mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung — ein Diskussionspapier vorgelegt⁷⁾, das ausgehend von einer vorgefaßten Definition des Informationssektors die Problematik der statistischen Erfassung passender Daten darstellt und auf diese Weise versucht, eine breite Diskussion über geeignete Definitionen und über die empirische Erfäßbarkeit des Informationssektors in Gang zu bringen. Im März 1988 wird in Wiesbaden ein wissenschaftliches Kolloquium über die Probleme der statistischen Erfassung der Informations- und Kommunikationstechnologie stattfinden.

Im Hinblick auf die Erfassung und Darstellung von Daten über hochtechnologische Produkte, Produktionsverfahren und deren Anwendung hat das Statistische Bundesamt verschiedene „High-Tech“-Definitionen untersucht. In Anlehnung an die Arbeiten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die von der Relation von Forschungs- und Entwicklungsaufwand zu Umsatz ausgehen und als Hochtechnologiegüter Güter mit hoher Intensität an Forschung und Entwicklung (FuE) ansehen, wurde ein vorläufiger Katalog von High-Tech-Erzeugnissen auf der Basis der International Trade Classification (SITC II) aufgestellt. Die Arbeiten an dieser Liste sollen verstärkt fortgesetzt werden, wenn die Revision des Systematischen Güterverzeichnis für die Produktionsstatistiken (GP) weiter vorangeschritten ist und damit die einzelnen Meldepositionen feststehen.

Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Eine Verbesserung von Informationen über den Dienstleistungsbereich, wie sie vorstehend skizziert wurde, wird sich zweifellos sehr positiv in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auswirken. Das gilt nicht nur für die Qualität der Ergebnisse, sondern vor allem auch im Hinblick auf die Möglichkeiten, den Dienstleistungsbereich tiefer untergliedert nachzuweisen. Die zur Zeit vorliegende Gliederung nach Wirtschaftsbereichen ist für bestimmte Fragestellungen, wie zum Beispiel nach der Entwicklung moderner Dienstleistungsbranche wie Leasing, Software-Herstellung und ähnliches, aber auch beispielsweise für die Analyse von Fragen des Gesundheitssystems, nicht detailliert genug. Wegen der relativ gut ausgebauten Berichterstattung im Produzierenden Gewerbe kann zum Beispiel das Verarbeitende Gewerbe verhältnismäßig tief gegliedert nachgewiesen werden (32 Bereiche), die Darstellung des Dienstleistungsbereiches im Unternehmenssektor beschränkt sich dagegen gegenwärtig auf sieben Wirtschaftsbereiche.

Neben den angestrebten Verbesserungen im Nachweis der Dienstleistungen gibt es eine ganze Reihe von Vorhaben auf dem Gebiet der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen⁸⁾, die für Strukturanalysen erhebliche Fortschritte darstellen können:

- Nachweis der Produktionswerte und Vorleistungen in konstanten Preisen nach 58 Wirtschaftsbereichen (statt 10),
- getrennter Nachweis der Produktionssteuern sowie der Subventionen nach 57 Wirtschaftsbereichen (bisher beide Positionen zusammengefaßt),
- Ergänzung der Angaben über die Anlageinvestitionen nach dem Eigentümerkonzept um Angaben nach dem Nutzerkonzept in der Gliederung nach 57 Bereichen. Eine wesentliche Voraussetzung für diese Paralleldarstellung ist die Erweiterung der Investitionserhebung im Warenproduzierenden Gewerbe um eine zusätzliche Frage nach dem Wert der gemieteten Anlagen. Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung hat auf dem Gebiet der Erfassung der Anlagenmiete bereits eine Reihe von Vorarbeiten geleistet, auf deren Ergebnisse ebenfalls zurückgegriffen werden kann.

Von besonderer Bedeutung für viele Fragestellungen sowohl im Hinblick auf die Darstellung der konjunkturellen Entwicklung als auch für Untersuchungen des strukturellen Wandels ist auch die Verbesserung im Nachweis des Arbeitsvolumens, das heißt der tatsächlich geleisteten und der bezahlten Arbeitszeit in der Gesamtwirtschaft, gegliedert nach Wirtschaftsbereichen. Die gegenwärtig veröffentlichten Angaben über die Erwerbstätigen und die auf Erwerbstätige bezogene Arbeitsproduktivität sind für viele Erkenntniszwecke nur eingeschränkt brauchbar, zum einen weil Teilzeitbeschäftigung, Kurzarbeit, Krankheitstage, Überstunden und ähnliches nicht angemessen berücksichtigt werden, zum anderen aber weil die Zuordnung der Erwerbstätigen auf Wirtschaftsbereiche nach dem Schwerpunkt der Tätigkeit Zweittätigkeiten in anderen Wirtschaftsbereichen vernachlässigt.

Einen wichtigen Platz unter den im Rahmen der Strukturberichterstattung eingesetzten Analyseinstrumenten haben die Input-Output-Rechnungen eingenommen. Input-Output-Tabellen zeigen unmittelbar die direkten wirtschaftlichen Verflechtungen innerhalb der Produktionssphäre beziehungsweise zwischen den produzierenden Bereichen und der letzten Verwendung der Güter; sie ermöglichen darüber hinaus aber auch Modellrechnungen, die auch die indirekten wirtschaftlichen Verflechtungen erkennen lassen. Dadurch wird die Abschätzung direkter und indirekter Auswirkungen exogen vorgegebener Änderungen gesamtwirtschaftlicher Größen auf der Kosten- und Nachfrageseite möglich. Die unterschiedlichen Anforderungen an die Input-Output-Rechnungen machten es in den letzten Jahren erforderlich, neben dem traditionellen Typ der Produktionsverflechtungstabellen, in denen die wirtschaftliche Verflechtung mit Hilfe rein gütermäßig abgegrenzter Ströme dargestellt wird, neuartige Tabellen

⁷⁾ Siehe Südfeld, E./Stäglin, R.: *Einige Grunddaten zum Informationssektor in der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden, Berlin 1987.

⁸⁾ Siehe Dorow, F./Kopsch, G./Stahmer, C./Lützel, H.: „Ansätze zur Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ in *WiSta* 2/1985, S. 95 ff.

zu entwickeln, die das Aufkommen an Gütern sowie ihre Verwendung in kombinierter Gliederung nach institutionell abgegrenzten Wirtschaftsbereichen und nach Gütergruppen zeigen⁹⁾. Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes konzentrieren sich zur Zeit darauf, vergleichbare Input-Output-Tabellen für die Jahre 1978, 1980, 1982 und 1984 vorzulegen. Außerdem ist vorgesehen, für Teilgrößen der Input-Output-Rechnung, insbesondere für die Kategorien der letzten Verwendung und für die Einfuhr, Zeitreihen für die Jahre ab 1970 darzustellen. Damit werden dann erstmals vergleichbare amtliche Angaben veröffentlicht, die eine Schätzung langer Reihen einzelner Input-Output-Relationen ermöglichen.

Die meisten Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die für Zwecke der Strukturberichterstattung in tiefer sektoraler Gliederung ermittelt werden, liegen — bedingt durch den Anfall des statistischen Ausgangsmaterials — erst zum Zeitpunkt $t + 17$ Monate vor, also 17 Monate nach Schluß des Berichtsjahres. Die mangelnde *Aktualität* der Ergebnisse stellt für viele Analysen eine schwerwiegende Einschränkung dar und zwingt die Benutzer der Zahlen häufig zu eigenen Schätzungen von Ergebnissen für den aktuellen Rand. Das Statistische Bundesamt will in den kommenden Monaten prüfen, ob erste vorläufige Ergebnisse für die Bruttowertschöpfung in jeweiligen und konstanten Preisen in tieferer Gliederung schon zum Zeitpunkt $t + 9$ Monate vorgelegt werden können, auch wenn für die Angaben der einzelnen Bereiche eine etwas höhere Fehlermarge hingenommen werden müßte. Im Rahmen dieser Untersuchungen zeichnet sich für den Nachweis der Erwerbstätigen und der beschäftigten Arbeitnehmer in der tiefen Gliederung nach 56 Wirtschaftsbereichen schon die Möglichkeit ab, die Berechnungen so zu beschleunigen, daß zuverlässige Angaben zum Zeitpunkt $t + 9$ Monate veröffentlicht werden können. Auch für die Nutzung der Input-Output-Tabellen ist es wichtig, daß die Tabellen sich nicht auf ein allzuweit zurückliegendes Jahr beziehen. Der Umfang der Arbeiten und der Zwang, den Anfall des benötigten Basismaterials abzuwarten, haben bisher verhindert, den time-lag bis zur Veröffentlichung unter vier bis fünf Jahre zu verkürzen. Das Statistische Bundesamt strebt deshalb an, vorläufige Input-Output-Tabellen aufzustellen, die schon etwa ein Jahr nach dem Berichtsjahr vorgelegt werden können.

Es ist schwierig, die *Realisierungschancen* der beschriebenen Vorhaben abzuschätzen. Das zur Zeit vorgelegte Veröffentlichungsprogramm der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen füllt die vorhandene Bearbeitungskapazität schon weitgehend aus, so daß für einen erweiterten Nachweis einzelner Aggregate und für die zeitaufwendigen methodischen Vorarbeiten dazu nur wenig Spielraum bleibt. Gegenwärtig wird diskutiert, ob es möglich ist, die fällige Umstellung der Preisbasis in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf das neue Basisjahr 1985 im Jahr 1989 vorzunehmen, weitere Revisionspunkte aber bis 1993 zurückzustellen, um eventuelle Weiterentwicklungen in den internationalen Systemen

Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen berücksichtigen zu können. Aber selbst bei einer derartigen Terminierung der Arbeiten an den nächsten Revisionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hängen die Chancen zur Verwirklichung der genannten Vorhaben erfahrungsgemäß von zahlreichen Voraussetzungen ab; störend wirkten in den letzten Jahren vor allem plötzlich auftretende, unvorhersehbare Engpässe im verfügbaren Personal, Sonderarbeiten aufgrund unerwarteter Anforderungen und Verzögerungen im Anfall des statistischen Ausgangsmaterials. Relativ sicher kann damit gerechnet werden, daß Ergebnisse der Arbeitsstundenrechnung im Laufe des Jahres 1988 vorgelegt werden können, ebenso werden wohl im nächsten Jahr die Untersuchungen über die möglichen Verkürzungen im Veröffentlichungs-time-lag der Bruttowertschöpfung abgeschlossen werden.

Die Strukturberichterstattung — ein fruchtbarer Anstoß

Die Strukturberichterstattung hat die *Ausrichtung* der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen — und darüber hinaus auch das gesamte statistische Programm — deutlich beeinflusst, zahlreiche Einzelvorhaben vorangetrieben und den Einsatz der EDV *gefördert*.

Den Erfordernissen der Konjunkturanalyse hat das Statistische Bundesamt in den letzten Jahren — in Fortsetzung früherer Entwicklungsarbeiten — mit der Einführung, laufenden Verbesserung und beschleunigten Veröffentlichung von Quartalergebnissen für ausgewählte Aggregate, die ab Juni 1987 in einer eigenen Reihe der Fachserie 18¹⁰⁾ laufend publiziert werden, viel Arbeit gewidmet. Die Anforderungen detaillierter Daten für Zwecke der Strukturberichterstattung haben geholfen, das Bild der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *ausgewogen* zu gestalten: Die konjunkturellen Aspekte in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wurden um den Nachweis wichtiger Größen in tiefer Gliederung ergänzt und die meisten Aggregate als lange Reihen ab 1960 dargestellt. Die zukünftige Gestaltung des Arbeitsprogramms der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist allerdings dadurch eingeeengt, daß die Anforderungen an einen verbesserten Ergebnissenachweis die Realisierungsmöglichkeiten bei den im Statistischen Bundesamt gegebenen Kapazitäten deutlich übersteigen¹¹⁾. Für die notwendige Bildung von Prioritäten für den Ausbau der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stellen die verschiedenen Verwendungszwecke der benötigten Daten wichtige Entscheidungskriterien dar. Es ist in jedem Fall darauf zu achten, daß die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen so weiterentwickelt werden, daß sie auch in Zukunft eine vielseitig verwendbare Datengrundlage bilden, die auch neuen Anforderungen, sowohl der konjunkturellen Analyse als auch für Untersuchungen des strukturellen Wandels, gerecht wird.

Dr. Frank Dorow

⁹⁾ Siehe Stahmer, C.: „Überlegungen zu einem System von Input-Output-Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland“ in Reich, U. P./Stahmer, C., u. a.: „Darstellungskonzepte der Input-Output-Rechnung“, Wiesbaden 1984, S. 41 ff

¹⁰⁾ Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 3 „Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung“.

¹¹⁾ Siehe auch Lützel, H.: „Notwendigkeit der Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) Bundesstatistik in Kontinuität und Wandel, Forum der Bundesstatistik, Bd. 1, Wiesbaden 1984, S. 55 ff.

Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke 1986

Vorbemerkung

Über die durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke wird seit 1974 eine Statistik geführt¹⁾, deren Ergebnisse in jährlicher Periodizität veröffentlicht werden. In die Kaufwertestatistik für landwirtschaftlichen Grundbesitz einbezogen sind alle Kauffälle mit mindestens 0,1 ha veräußerter Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung, von der unterstellt werden darf, daß sie in der überschaubaren Zukunft weiterhin landwirtschaftlich genutzt wird. Die Abgrenzung dieser Veräußerungs- bzw. Kauffälle von der Statistik der Kaufwerte für Bauland, über die seit 1961 Vierteljahres- und Jahresergebnisse veröffentlicht werden²⁾, stützt sich — da Angaben über die weitere Nutzung der Fläche in den notariellen Kaufverträgen in der Regel nicht enthalten sind — im wesentlichen auf die Belegenheit der betreffenden Flächen innerhalb der Katasterfläche der Gemeinden. Flächen, die außerhalb der in den genehmigten Flächennutzungs- und Bebauungsplänen als Bauland ausgewiesenen Areale belegen sind, können angesichts der vielfältigen Auflagen, die einer Nutzungsänderung entgegenstehen, in der Regel der Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke zugeordnet werden.

Die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdIN) umfaßt nur diejenigen Flächen eines Veräußerungsfalles, die nach den Rechtsvorschriften für die Einheitsbewertung³⁾ zur landwirtschaftlichen Nutzung gehören und einer Pauschalbewertung unterliegen; im wesentlichen sind das die Flächen des Ackerlandes und des Grünlandes. Die Abgrenzung der Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung deckt sich nicht voll mit der in der Agrarstatistik üblichen landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF); denn u. a. zählen diejenigen Flächen, die bei der Einheitsbewertung einer Sonderbewertung unterliegen (u. a. garten- und weinbaulich genutzte Flächen), zur LF, aber nicht zur FdIN. Die Zuordnung der Flächenkategorien der Agrarstatistik zu denen der Einheitsbewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens ist der Übersicht auf S. 374* f. zu entnehmen.

Im vorliegenden Beitrag werden die Ergebnisse der Kaufwertestatistik für das Jahr 1986⁴⁾ und die in der Zeit zwischen 1974 und 1986 eingetretenen Veränderungen dargestellt und kommentiert. Gegenüber dem vorangegangenen Berichtsjahr hat sich hinsichtlich der Art und Weise, wie die Daten erhoben und aufbereitet werden, nichts geändert. Auch die Definitionen und Abgrenzungen wurden beibehalten; deshalb wird hinsichtlich der methodischen und definitorischen Fragen auf die Darlegungen im Einführungsaufsatz zu diesem Thema für das Berichtsjahr 1974 verwiesen⁵⁾.

Überblick über die Ergebnisse für das Jahr 1986

Im Berichtsjahr 1986 sind insgesamt rund 35 800 Veräußerungs- bzw. Kauffälle, die rund 49 700 ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung betrafen und einen Kaufwert von insgesamt 1,794 Mrd. DM hatten, in die Statistik einbezogen worden (siehe Tabelle 1). Daraus errechnet sich ein durchschnittlicher Kaufwert von 36 088 DM je ha FdIN.

Diese Zahlen enthalten auch die Angaben zu 499 Kauffällen mit rund 4 400 ha FdIN (8,89 ha je Veräußerungsfall), bei denen neben der Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung auch Gebäude mit oder ohne Inventar erworben wurden. Bei diesen Veräußerungsfällen handelt es sich im allgemeinen um geschlossen verkaufte landwirtschaftliche Betriebe oder um Restbetriebe; diese Eigentumsübertragungen konzentrieren sich weitgehend auf die norddeutschen Bundesländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen, in denen sie 15 bzw. 11 % der jeweils in den „Veräußerungsfällen insgesamt“ umgesetzten Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung ausmachen. Auf diese beiden Länder zusammen entfallen 83 % der Veräußerungsfälle und 80 % der veräußerten FdIN, die im Bundesgebiet bei den im Jahr 1986 festgestellten Veräußerungsfällen mit Gebäuden und mit/ohne Inventar insgesamt registriert wurden. Im folgenden bleiben die Veräußerungsfälle mit Gebäuden und mit/ohne Inventar, für die 1986 eine Kaufsumme von rund 217 Mill. DM (bei einem durchschnittlichen Kaufwert von 48 977 DM je ha FdIN) aufgewendet wurde, außer Betracht, weil bei ihnen der erzielte Kaufpreis von dem Wert der miterworbenen Gebäude bzw. des miterworbenen Inventars, über deren Größe, Qualität und Wert keine Informationen zur Verfügung stehen, beeinflußt wird.

In den rund 35 300 Veräußerungsfällen, in denen die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung ohne Gebäude und ohne Inventar verkauft wurde, der Kaufpreis sich also allein auf den zwischen dem Verkäufer und dem Erwerber „eingeschätzten Wert“ des Grundstücks bezog, wechselten insgesamt rund 45 300 ha FdIN mit einem Gesamtwert von 1,577 Mrd. DM den Eigentümer (siehe Tabelle 1). Für diese Fälle wurde der durchschnittliche Kaufwert mit 34 825 DM je ha FdIN errechnet, bei einer mittleren Flächengröße je

¹⁾ Rechtsgrundlage dieser Statistik sind § 2 Nr 5 und § 7 des Gesetzes über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl I S 605).

²⁾ Siehe Fachserie 17, Reihe 5 „Kaufwerte für Bauland“

³⁾ Bewertungsgesetz (BewG) in der Fassung vom 30. Mai 1985 (BGBl I S 845) und Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Richtlinien zur Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens (BewRL) vom 17. November 1967 (BSIbI I S 397) bzw. vom 17. Januar 1968 (BSIbI I S 223)

⁴⁾ Siehe auch Fachserie 3, Reihe 2 4 „Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz 1986“

⁵⁾ Siehe „Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz 1974“ in WiSta 7/1976, S. 428 ff

Tabelle 1. Durchschnittliche Kaufwerte für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung 1986

Land	Veräußerungsfälle insgesamt						Darunter Veräußerungsfälle ohne Gebäude und ohne Inventar					
	Veräußerungsfälle	Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung	Kaufwert		durchschnittliche		Veräußerungsfälle	Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung	Kaufwert		durchschnittliche	
			insgesamt	je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung	Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung je Veräußerungsfall	Ertragsmeßzahl ¹⁾ je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung			insgesamt	je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung	Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung je Veräußerungsfall	Ertragsmeßzahl ¹⁾ je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung
Schleswig-Holstein	1 807	9 646	219 168	22 721	5,34	44	1 753	8 194	169 620	20 701	4,67	44
Niedersachsen	7 022	19 154	572 712	29 901	2,73	41	6 664	17 058	461 682	27 065	2,56	41
Nordrhein-Westfalen	3 038	5 197	288 060	55 428	1,71	48	3 000	4 620	253 243	54 819	1,54	48
Hessen	2 925	2 192	69 974	31 920	0,75	48	2 911	2 146	68 491	31 921	0,74	48
Rheinland-Pfalz	6 369	3 529	93 695	26 553	0,55	48	6 360	3 517	91 936	26 143	0,55	48
Baden-Württemberg	9 793	5 287	271 042	51 261	0,54	50	9 776	5 138	259 705	50 542	0,53	51
Bayern	4 080	4 376	271 476	62 044	1,07	45	4 072	4 273	264 234	61 842	1,05	45
Saarland	746	330	7 796	23 641	0,44	40	745	330	7 790	23 631	0,44	40
Bundesgebiet ²⁾	35 780	49 710	1 793 922	36 088	1,39	45	35 281	45 275	1 576 701	34 825	1,28	45

¹⁾ Die Ertragsmeßzahl (EMZ) wird anhand der Ergebnisse der amtlichen Bodenschätzung (Gesetz über die Schätzung des Kulturbodens vom 16. Oktober 1934, RGBl. I S. 1050) berechnet und kennzeichnet die naturale Ertragsfähigkeit des Bodens aufgrund der natürlichen Ertragsbedingungen (sie wird üblicherweise in Hundert angegeben). — ²⁾ Ohne Hamburg, Bremen und Berlin

Veräußerungsfall von 1,28 ha. Gegenüber dem Vorjahr (1,27 ha) erhöhte sich die durchschnittliche Flächengröße je Veräußerungsfall um 1,4 %.

Die Aufgliederung der durchschnittlichen Kaufwerte nach Klassen der Ertragsmeßzahlen (siehe Tabelle 2) zeigt — wie in allen Jahren seit Bestehen der Statistik — deren deutliche, wenn auch keineswegs ausschließliche Abhängigkeit von der Ertragsfähigkeit des Bodens (Bodengüte), die ihrerseits durch die Ertragsmeßzahlen je ha FdIN gekennzeichnet ist. Für Flächen mit Böden geringerer Ertragsfähigkeit (Ertragsmeßzahlen unter 30 [in Hundert] je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung) wurde ein durchschnittlicher Kaufwert von 23 864 DM je ha FdIN ermittelt, der 69 % des Durchschnittsergebnisses für das Bundesgebiet — bezogen auf alle Bodengüteklassen — von 34 825 DM je ha FdIN gleichkommt. Für Flächen mit guten und sehr guten Böden (Ertragsmeßzahlen 60 und mehr [in Hundert] je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung) wurden durchschnittlich 53 159 DM je ha FdIN bezahlt, das entspricht 153 % des Bundesdurchschnitts. Der für die oberste Ertragsmeßzahlklasse errechnete Wert belief sich somit auf das 2,2fache des für die unterste Klasse nachgewiesenen Wertes. Diese Relation blieb annähernd auf dem Niveau des Vorjahres.

Veränderungen gegenüber 1985

Die Zahl der in die Kaufwertestatistik einbezogenen Veräußerungs-/Kauffälle von Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung ohne Gebäude und ohne Inventar stieg von rund 34 300 im Jahr 1985 um 2,8 % auf rund 35 300 im Jahr 1986 und die dabei gekaufte Fläche von rund 43 400 ha um 4,2 % auf rund 45 300 ha (siehe Tabelle 2). Die für diese Kauffälle aufgebrauchte Kaufsumme nahm hingegen von 1,602 Mrd. DM (1985) um 1,5 % auf 1,577 Mrd. DM (1986) ab. Aus dem um 4,2 % größeren Flächenverkauf und der um 1,5 % niedrigeren Kaufsumme ergab sich für 1986 der bereits genannte durchschnittliche Kaufwert von 34 825 DM je veräußertem ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung, der um 5,5 % unter dem Ergebnis des Vorjahres (36 864 DM je ha FdIN) lag.

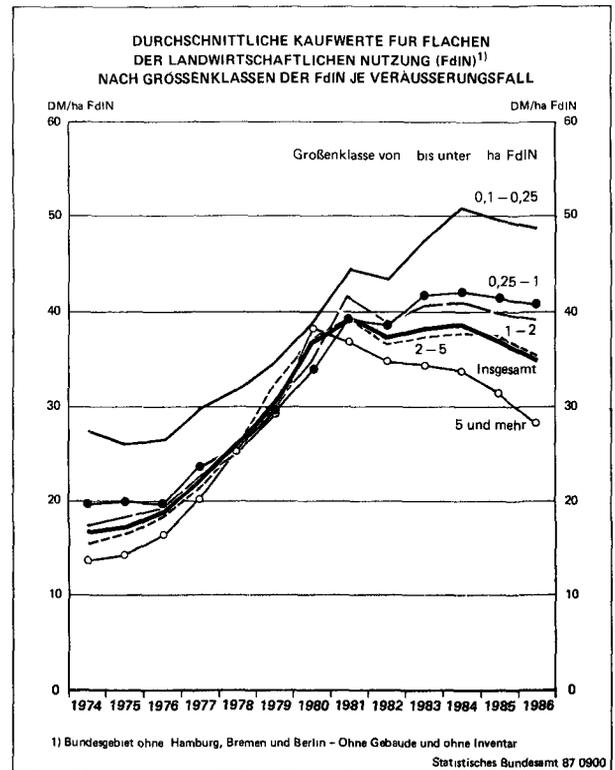
Die in den Vorjahren zu beobachtende Aktivierung des Marktes für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke setzte sich im Jahr 1986 fort. Die beiden hierfür maßgeblichen Größen — die Zahl der Veräußerungsfälle und die verkaufte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung — sind erneut gestiegen und haben den höchsten Stand seit Einführung der Kaufwertestatistik (1974) erreicht. Maßgeblichen Einfluß auf diese Entwicklung hatte der fortschreitende struk-

Tabelle 2: Durchschnittliche Kaufwerte für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung¹⁾ nach Ertragsmeßzahlklassen

Ertragsmeßzahl in Hundert von bis unter je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung	Jahr	Veräußerungsfälle	Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung	Kaufwert	
				insgesamt	je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung
		Anzahl	ha	1 000 DM	DM
unter 30	1974	2 972	4 409	47 417	10 756
	1980	3 006	3 909	107 946	27 613
	1984	4 070	6 770	176 757	26 108
	1985	4 547	8 062	208 485	25 860
	1986	4 530	8 215	196 053	23 864
30—40	1974	5 450	6 310	73 734	11 686
	1980	6 577	7 257	206 222	28 417
	1984	8 239	10 937	304 620	27 852
	1985	8 896	12 355	334 328	27 061
	1986	8 958	12 958	334 049	25 779
40—50	1974	5 235	5 612	90 070	16 050
	1980	6 431	5 981	202 308	33 825
	1984	7 331	8 027	301 600	37 572
	1985	7 917	9 381	338 687	36 103
	1986	8 005	9 485	324 867	34 250
50—60	1974	3 432	4 063	79 575	19 584
	1980	4 327	3 666	158 110	43 125
	1984	4 914	5 659	259 611	45 872
	1985	5 167	5 863	268 501	45 798
	1986	5 637	6 212	274 960	44 266
60 und mehr	1974	5 267	4 562	125 165	27 435
	1980	5 656	4 337	231 732	53 432
	1984	6 869	6 874	421 732	61 352
	1985	7 788	7 783	451 509	58 013
	1986	8 151	8 404	446 772	53 159
insgesamt	1974	22 356	24 955	415 962	16 668
	1980	25 997	25 151	906 319	36 036
	1984	31 423	38 268	1 464 319	38 265
	1985	34 315	43 444	1 601 510	36 864
	1986	35 281	45 275	1 576 701	34 825

¹⁾ Bundesgebiet ohne Hamburg, Bremen und Berlin — Ohne Gebäude und ohne Inventar

Schaubild 1



turelle Anpassungsprozeß in der Landwirtschaft, der zu einer deutlichen Zunahme auf der Angebotsseite des Marktes führt. Hingegen blieb die Nachfrage nach Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung aufgrund der Verunsicherung der Landwirte hinsichtlich der allgemeinen Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie in der EG⁶⁾ eher verhalten. Vornehmlich daraus resultierte der oben beziferte Rückgang des durchschnittlichen Kaufwertes im Bundesgebiet. Statistisch relevante Gründe für diesen Rückgang sind aus den Ergebnissen der Kaufwertestatistik unmittelbar nicht ersichtlich. Die Vergrößerung der durchschnittlichen Fläche je Veräußerungsfall um 1,4 % (ein möglicher Grund für den Rückgang der Kaufwerte) wurde durch eine Zunahme der durchschnittlichen Ertragsmeßzahl der veräußerten Grundstücke von 44,46 (in Hundert) je ha FdIN im Jahr 1985 auf 44,65 (in Hundert) je ha FdIN im Jahr 1986, das heißt um 0,4 %, annähernd kompensiert.

Entwicklung seit 1974

Aus der Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz liegen Ergebnisse für die Berichtsjahre 1974 bis 1986 vor, die auf S. 372*f. (ab 1975) und auszuweisen in Tabelle 3 in der Gliederung nach Größen-

klassen der Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung je Veräußerungsfall und nach Ertragsmeßzahlen wiedergegeben werden.

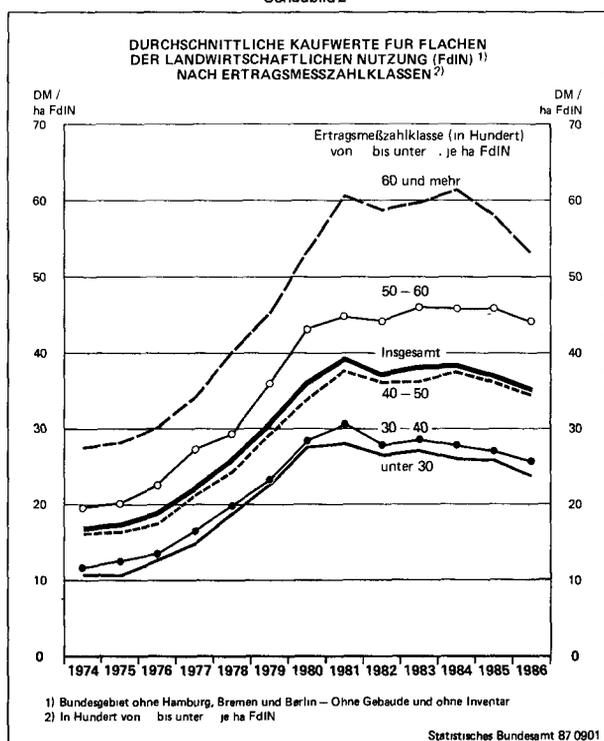
⁶⁾ Auf die agrarpolitischen Begleitumstände der Entwicklung auf dem landwirtschaftlichen Grundstücksmarkt wurde bereits in den beiden Aufsätzen „Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke“ in WiSta 10/1984 und WiSta 10/1985 eingegangen

**Tabelle 3: Durchschnittliche Kaufwerte je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung¹⁾
nach Flächengrößen- und Ertragsmeßzahlklassen**

Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung je Veräußerungsfall von ... bis unter ha	Jahr	Insgesamt		Davon Veräußerungsfälle mit Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung mit Ertragsmeßzahlen in Hundert von ... bis unter ... je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung									
				unter 30		30-40		40-50		50-60		60 und mehr	
				Kaufwert									
		DM	1974 = 100	DM	1974 = 100	DM	1974 = 100	DM	1974 = 100	DM	1974 = 100	DM	1974 = 100
Insgesamt	1974	16 668	100	10 756	100	11 686	100	16 050	100	19 584	100	27 435	100
	1980	36 036	216	27 613	257	28 417	243	33 825	211	43 125	220	53 432	195
	1984	38 265	230	26 108	243	27 852	238	37 572	234	45 872	234	61 352	224
	1985	36 864	221	25 860	240	27 061	232	36 103	225	45 798	234	58 013	211
	1986	34 825	209	23 864	222	25 779	221	34 250	213	44 266	226	53 159	194
0,1-0,25	1974	27 501	100	16 840	100	16 172	100	20 651	100	31 361	100	42 751	100
	1980	38 601	140	25 935	154	24 952	154	32 268	156	44 119	141	54 936	129
	1984	50 868	185	27 439	163	30 165	187	38 310	186	55 121	176	82 172	192
	1985	49 538	180	28 716	171	30 274	187	38 376	186	54 518	174	75 733	177
	1986	48 926	178	25 477	151	28 549	177	38 337	186	53 265	170	74 859	175
0,25-1	1974	19 881	100	12 358	100	12 601	100	16 857	100	22 495	100	34 410	100
	1980	33 833	170	23 001	186	23 388	186	29 991	178	38 992	173	53 392	155
	1984	41 990	211	25 526	207	27 959	222	38 639	229	50 122	223	66 720	194
	1985	41 205	207	26 806	217	27 914	222	36 492	216	49 084	218	64 177	187
	1986	40 481	204	24 393	197	26 890	213	36 082	214	49 483	220	63 126	183
1-2	1974	17 396	100	12 421	100	11 762	100	16 702	100	21 153	100	28 268	100
	1980	34 533	199	26 735	215	27 181	231	32 911	197	40 933	194	52 720	187
	1984	40 721	234	28 890	233	28 161	239	39 954	239	53 400	252	64 631	229
	1985	39 849	229	26 964	217	28 878	246	39 112	234	52 609	249	63 228	224
	1986	39 082	225	26 504	213	28 226	240	38 542	231	49 596	234	59 859	212
2-5	1974	15 519	100	11 045	100	12 022	100	16 155	100	18 108	100	23 659	100
	1980	36 417	235	28 853	261	30 399	253	34 826	216	43 988	243	52 561	222
	1984	37 710	243	26 833	243	29 285	244	38 771	240	47 746	264	57 704	244
	1985	37 090	239	27 849	252	28 190	234	39 176	243	45 995	254	54 958	232
	1986	35 036	226	25 112	227	28 108	234	34 773	215	44 557	246	52 950	224
5 und mehr	1974	13 800	100	8 557	100	10 232	100	14 405	100	17 198	100	20 321	100
	1980	38 588	280	29 731	347	32 070	313	38 599	268	48 130	280	54 791	270
	1984	33 577	243	24 092	282	25 944	254	33 732	234	37 035	215	54 404	268
	1985	31 134	226	23 198	271	24 119	236	30 789	214	38 010	221	49 599	244
	1986	28 328	205	21 614	253	22 062	216	29 806	207	35 663	207	40 207	198

¹⁾ Bundesgebiet ohne Hamburg, Bremen und Berlin - Ohne Gebäude und ohne Inventar

Schaubild 2



Der Zeitraum 1974 bis 1986 läßt sich hinsichtlich der Entwicklung des durchschnittlichen Kaufwertes je ha FdlN im Bundesgebiet in zwei unterschiedliche Phasen einteilen. Von 1974 bis 1981 war die Entwicklung relativ gleichmäßig aufwärts gerichtet. In diesen sieben Jahren erhöhte sich der durchschnittliche Kaufwert für landwirtschaftlichen Grundbesitz von 16 668 DM (1974) um 135 % auf 39 245 DM je ha FdlN (1981), das heißt mit einer jahresdurchschnittlichen Zuwachsrate von 13,0 % nach Zinseszins. In den darauffolgenden fünf Jahren (bis 1986), das heißt während der Zeit der relativen Preisstabilität und der zunehmend schwierigeren Finanzierung der Agrarpolitik im Gemeinsamen Markt, sind die durchschnittlichen Kaufwerte für das Bundesgebiet zurückgegangen, zunächst relativ geringfügig, in den beiden letzten Jahren (1985 und 1986) etwas deutlicher. Im Vergleich zu 1981, dem Jahr mit dem bisher höchsten durchschnittlichen Kaufwert, liegt das Ergebnis für 1986 mit 34 825 DM je ha FdlN um 11,3 % niedriger.

Die nach Größenklassen der Fläche je Veräußerungsfall gegliederten Ergebnisse für den Zeitraum 1974 bis 1986 (siehe Tabelle 3 und Schaubild 1) zeigen, daß die Kaufwerte für kleine Flächen meist deutlich über denen für größere Grundstücke lagen. Im Berichtsjahr 1986 ermäßigten sich die durchschnittlichen Kaufwerte in allen Größenklassen der veräußerten Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung. Die geringste Einbuße wurde mit – 1,2 % in der untersten Größenklasse (Veräußerungsfälle zwischen 0,1 und 0,25 ha FdlN), der deutlichste Rückgang mit – 9,0 % in der obersten Größenklasse (Veräußerungsfälle mit 5 ha FdlN und mehr) verzeichnet. Der Abstand im durchschnittlichen Kaufwert zugunsten der Parzellen der untersten Größenklasse hat sich somit – wie schon im Vorjahr – erweitert, so daß für diese im Jahr 1986 je Flächeneinheit

um 73 % höhere Preise zu bezahlen waren als für Grundstücke der obersten Größenklasse.

In der Gliederung der Ergebnisse der Kaufwertestatistik nach Ertragsmehzahlklassen zeigte sich in den Anfangsjahren der Statistik (bis 1980) eine Tendenz zur Verringerung der zugunsten der Parzellen mit höheren Ertragsmehzahlen bestehenden relativen Unterschiede (siehe Tabelle 3 und Schaubild 2). Für das Berichtsjahr 1986 wurden sowohl für Flächen mit Ertragsmehzahlen unter 30 (in Hundert) je ha FdlN als auch für Flächen mit Ertragsmehzahlen von 60 und mehr (in Hundert) je ha FdlN überdurchschnittliche Einbußen der mittleren Kaufwerte gegenüber 1985 (– 7,7 bzw. – 8,4 %) errechnet. Bei den Grundstücken mit Ertragsmehzahlen von 50 bis unter 60 (in Hundert) je ha FdlN wurde hingegen ein relativ geringer Rückgang des durchschnittlichen Kaufwertes (– 3,3 %) verzeichnet, während sich die Kaufwerte für die beiden flächenmäßig am stärksten ins Gewicht fallenden Ertragsmehzahlklassen – von 30 bis unter 40 (in Hundert) je ha FdlN und von 40 bis unter 50 (in Hundert) je ha FdlN – um 4,7 bzw. 5,1 % ermäßigten.

Regionale Unterschiede der Kaufwerte

In der Gliederung nach Bundesländern (ohne Stadtstaaten) entwickelten sich die durchschnittlichen Kaufwerte für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung im Jahr 1986 – wie angesichts des Rückgangs des Durchschnittswertes für das gesamte Bundesgebiet nicht anders zu erwarten – überwiegend rückläufig. Diese Entwicklung vollzog sich vor dem Hintergrund einer nochmaligen Steigerung der Anzahl der in die Statistik einbezogenen Veräußerungs-/Kauffälle und der Ausweitung der erfaßten Kauffläche, wobei die Tendenz in den einzelnen Bundesländern allerdings deutliche Unterschiede aufwies. In Tabelle 4 werden die Ergebnisse der Kaufwertestatistik nach Bundesländern und Regierungsbezirken nachgewiesen.

Trotz einer Abnahme des durchschnittlichen Kaufwertes gegenüber 1985 um 3,0 % auf 61 842 DM je ha FdlN behielt Bayern – im vierten Jahr hintereinander – seine Spitzenstellung unter den Bundesländern, wobei das bayerische Ergebnis um 78 % über dem Bundesdurchschnitt von 34 825 DM je ha FdlN liegt. An zweiter Stelle folgt nach wie vor Nordrhein-Westfalen mit einem Durchschnitt von 54 819 DM je ha FdlN; allerdings war in diesem Bundesland mit – 8,0 % der stärkste Rückgang des Mittelwertes zu verzeichnen. Aufgrund der wenn auch geringfügigen Zunahme des durchschnittlichen Kaufwertes – von 50 519 DM (1985) auf 50 542 DM (1986) je ha FdlN – liegt das Ergebnis von Baden-Württemberg nunmehr um 45 % über dem Bundesdurchschnitt. Auf dieses Bundesland entfällt die höchste Anzahl an registrierten Kauffällen; die veräußerte Fläche ist gegenüber 1985 um 11 % größer. Relativ wenig, um 2,8 % auf 31 921 DM je ha FdlN (92 % des Bundesdurchschnitts), ist der durchschnittliche Kaufwert in Hessen zurückgegangen. In Niedersachsen, dem Bundesland, in dem der relativ größte Anteil an Fläche umgesetzt wurde, fiel der Rückgang des Durchschnittskaufwertes um 7,2 % auf 27 065 DM je ha FdlN (78 % des Bundesdurchschnitts) dagegen recht deutlich aus. Das Ergebnis

von Rheinland-Pfalz für das Jahr 1986 war mit 26 143 DM je ha FdIn um 3,3 % niedriger als 1985. Das Saarland ist das einzige Bundesland, in dem sowohl 1985 als auch 1986 der durchschnittliche Kaufwert gestiegen ist; 1986 erreichte er mit + 3,9 % gegenüber dem Vorjahr die Höhe von 23 631 DM je ha FdIn. Aufgrund einer Verringerung um 6,7 % auf 20 701 DM je ha FdIn blieb der durchschnittliche Kaufwert in Schleswig-Holstein der niedrigste unter allen Bundesländern; er entspricht nur 59 % des Bundesdurchschnitts. Der Vergleich von Schleswig-Holstein mit Bayern, also zwischen den Bundesländern mit dem niedrigsten und mit dem höchsten durchschnittlichen Kaufwert je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung, ergibt für Bayern fast den dreifachen Kaufwert je Flächeneinheit (20 701 DM je ha gegenüber 61 842 DM je ha).

In Schaubild 3 wird die Entwicklung der durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke nach Bundesländern im Zeitraum 1974 bis 1986 dargestellt. Aus dem Schaubild werden sowohl die Verschiebungen in der Reihenfolge der Bundesländer nach der Höhe des durchschnittlichen Kaufwertes als auch die im Laufe der Zeit eingetretene Vergrößerung des Abstands

zwischen den Bundesländern mit relativ hohen und mit relativ niedrigen Kaufwerten deutlich 7).

Wie nicht anders zu erwarten, treten in jedem Jahr zwischen den Regierungsbezirken — und noch mehr zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten — Unterschiede in den durchschnittlichen Kaufwerten auf, die größer sind als im Vergleich der Bundesländer untereinander⁸⁾. Die Spannweiten der Kaufwerte sind beachtlich; sie dürften im wesentlichen auf die regionalen Unterschiede in der Agrar- und Wirtschaftsstruktur, in den natürlichen und wirtschaftlichen Ertragsbedingungen, aber auch — insbesondere in den kreisfreien Städten mit wenigen Veräußerungsfällen pro Jahr — auf die Zufälligkeiten der einzelnen Kaufabschlüsse, wie zum Beispiel die Belegenheit der Fläche zum abgebenden bzw. aufnehmenden Betrieb

7) Das Zahlenmaterial zu den durchschnittlichen Kaufwerten nach Bundesländern im Zeitablauf wird regelmäßig in Fachserie 3, Reihe 2.4 „Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz“ veröffentlicht

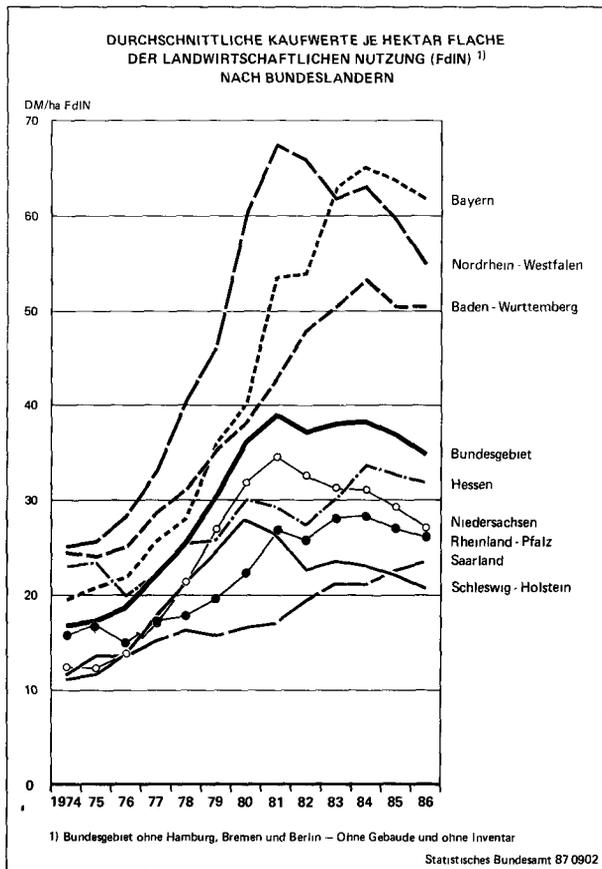
8) Die Kreisergebnisse der Kaufwertestatistik für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke werden von den Statistischen Landesämtern in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und im Saarland veröffentlicht

Tabelle 4: Durchschnittliche Kaufwerte von Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung¹⁾ nach Ländern und Regierungsbezirken

Land Regierungsbezirk	Veräußerungsfälle			Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung			Kaufwert je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung			
	1985	1986	1986 gegenüber 1985	1985	1986	1986 gegenüber 1985	1985	1986	1986 gegenüber 1985	1986
Schleswig-Holstein	1 704	1 753	+ 2,9	7 461	8 194	+ 9,8	22 176	20 701	- 6,7	59
Niedersachsen	7 008	6 664	- 4,9	16 284	17 058	+ 4,8	29 165	27 065	- 7,2	78
Braunschweig	1 124	995	- 11,5	2 205	2 121	- 3,8	36 357	30 171	- 17,0	87
Hannover	1 676	1 573	- 6,1	3 595	3 605	+ 0,3	35 940	34 152	- 5,0	98
Lüneburg	2 036	1 983	- 2,6	5 347	6 095	+ 14,0	20 709	19 630	- 5,2	56
Weser-Ems	2 172	2 113	- 2,7	5 138	5 238	+ 1,9	30 138	29 580	- 1,9	85
Nordrhein-Westfalen	3 027	3 000	- 0,9	4 762	4 620	- 3,0	59 565	54 819	- 8,0	157
Düsseldorf	385	357	- 7,3	724	687	- 5,1	72 282	66 088	- 8,6	190
Köln	858	917	+ 6,9	838	859	+ 2,5	68 099	60 079	- 11,8	173
Münster	587	609	+ 3,7	1 456	1 426	- 2,1	61 124	56 648	- 7,3	163
Detmold	675	606	- 10,2	997	915	- 8,2	47 254	44 371	- 6,1	127
Arnsberg	522	511	- 2,1	746	733	- 1,7	51 053	47 579	- 6,8	137
Hessen	2 866	2 911	+ 1,6	2 140	2 146	+ 0,3	32 849	31 921	- 2,8	92
Darmstadt	1 036	981	- 5,3	672	660	- 1,8	52 000	49 536	- 4,7	142
Gießen	945	947	+ 0,2	583	632	+ 8,4	22 311	22 580	+ 1,2	65
Kassel	885	983	+ 11,1	886	854	- 3,6	25 258	25 211	- 0,2	72
Rheinland-Pfalz	6 582	6 360	- 3,4	3 656	3 517	- 3,8	27 046	26 143	- 3,3	75
Koblenz	2 799	2 638	- 5,8	1 606	1 497	- 6,8	18 528	17 447	- 5,8	50
Trier	1 489	1 419	- 4,7	975	891	- 8,6	17 329	16 623	- 4,1	48
Rheinhesen-Pfalz	2 294	2 303	+ 0,4	1 075	1 129	+ 5,0	48 581	45 179	- 7,0	130
Baden-Württemberg	8 280	9 776	+ 18,1	4 639	5 138	+ 10,8	50 519	50 542	+ 0,0	145
Stuttgart	3 007	3 451	+ 14,8	1 583	1 761	+ 11,2	63 707	67 851	+ 6,5	195
Karlsruhe	1 751	2 186	+ 24,8	741	869	+ 17,3	38 766	38 404	- 0,9	110
Freiburg	1 796	1 915	+ 6,6	983	1 014	+ 3,2	34 691	33 359	- 3,8	96
Tübingen	1 726	2 224	+ 28,9	1 332	1 495	+ 12,2	53 067	48 853	- 7,9	140
Bayern	4 008	4 072	+ 1,6	4 183	4 273	+ 2,2	63 759	61 842	- 3,0	178
Oberbayern	623	573	- 8,0	740	729	- 1,5	91 195	89 960	- 1,4	258
Niederbayern	564	548	- 2,8	670	717	+ 7,0	74 996	74 041	- 1,3	213
Oberpfalz	298	294	- 1,3	330	354	+ 7,3	44 800	47 826	+ 6,8	137
Oberfranken	386	411	+ 6,5	406	460	+ 13,3	26 904	25 896	- 3,7	74
Mittelfranken	469	468	- 0,2	452	409	- 9,5	54 776	53 793	- 1,8	154
Unterfranken	891	1 045	+ 17,3	655	766	+ 16,9	42 315	41 352	- 2,3	119
Schwaben	777	733	- 5,7	930	838	- 9,9	76 106	75 275	- 1,1	216
Saarland	840	745	- 11,3	318	330	+ 3,8	22 734	23 631	+ 3,9	68
Bundesgebiet ²⁾	34 315	35 281	+ 2,8	43 444	45 275	+ 4,2	36 864	34 825	- 5,5	100

1) Ohne Gebäude und ohne Inventar — 2) Ohne Hamburg, Bremen und Berlin.

Schaubild 3



oder die Vermögens- und Einkommensverhältnisse des Käufers und Verkäufers, zurückzuführen sein.

Die Ergebnisse der Kaufwertestatistik nach Regierungsbezirken (siehe Tabelle 4) zeigen für das Jahr 1986 fast durchweg eine rückläufige Tendenz; in einigen Regierungsbezirken ging der durchschnittliche Kaufwert sehr viel deutlicher zurück als im Bundesdurchschnitt. Prozentual am stärksten abgenommen haben die Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke in den Regierungsbezirken Braunschweig (– 17,0 %), Köln (– 11,8 %), Düsseldorf (– 8,6 %) und Tübingen (– 7,9 %). Ein Anstieg des durchschnittlichen Kaufwertes wurde nur in drei Regierungsbezirken (Oberpfalz, Stuttgart, Gießen) und im Saarland festgestellt (siehe auch Schaubild 4). Der niedrigste Durchschnittswert wurde für den Regierungsbezirk Trier mit 16 623 DM je ha FdIN errechnet, wogegen der Regierungsbezirk Oberbayern mit 89 960 DM je ha FdIN den 5,4fachen durchschnittlichen Kaufwert verzeichnete.

Einen bemerkenswerten Aspekt der Entwicklung auf dem Grundstücksmarkt im Jahr 1986 stellt die regional sehr unterschiedliche Zu- bzw. Abnahme der veräußerten Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung dar. Im gesamten Bundesland Baden-Württemberg wurden um 11 % mehr Flächen verkauft als im Vorjahr; 1985 wurden in Baden-Württemberg aufgrund der verbesserten Erfassung der Kauffälle um 60 % mehr Flächen in die Statistik einbezogen als 1984. Auch in Schleswig-Holstein (+ 10 %) sowie in den Regierungsbezirken Unterfranken (+ 17 %), Lüneburg (+ 14 %) und Oberfranken (+ 13 %) wechselten

1986 deutlich mehr Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung den Eigentümer als 1985. Ein spürbarer Rückgang an veräußerter Fläche wurde dagegen in den Regierungsbezirken Schwaben und Mittelfranken (mit jeweils – 10 %) sowie Trier (– 9 %) registriert.

In Schaubild 4 sind die Ergebnisse der Kaufwertestatistik für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke für die Jahre 1974, 1980, 1985 und 1986 nach Regierungsbezirken (für Schleswig-Holstein und Saarland sowie – soweit vorliegend – für die Stadtstaaten Hamburg und Bremen⁹⁾; Landesergebnisse) und nach Kaufwertklassen kartographisch dargestellt. Aus der Gegenüberstellung der Ergebnisse für die Jahre 1974 und 1986 wurden die Zunahmen der durchschnittlichen Kaufwerte je Gebietseinheit in Prozent errechnet, die in der Abbildung für das Jahr 1986 angegeben sind.

Kaufwerte nach siedlungsstrukturellen Kreistypen

Aus den Kreisergebnissen der Kaufwertestatistik, die an anderer Stelle regelmäßig in Form einer Karte des Bundesgebiets in der Gliederung nach fünf Klassen der prozentualen Abweichung vom Bundesdurchschnitt veröffentlicht werden¹⁰⁾, ist zu ersehen, daß die Höhe der Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke in beachtlichem Maße davon abhängt, ob die Gebiete ländlich oder städtisch-industriell geprägt sind. Die Zusammenfassung der Kreisergebnisse der Kaufwertestatistik in der von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung entwickelten Gliederung nach siedlungsstrukturellen Kreistypen¹¹⁾ (siehe Tabelle 5) bestätigt diese Einschätzung.

Auf die kreisreien Städte mit 100 000 und mehr Einwohnern, die als Kerngebiete der Verdichtungsräume anzusprechen sind, entfielen im Jahr 1986 erwartungsgemäß nur sehr wenige Veräußerungsfälle und nur eine geringe Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (Typ 1 und 4 zusammen 1,2 % der veräußerten Fläche). Auch in den Umlandkreisen mit hoher Verdichtung (Typ 2) wurde verhältnismäßig wenig Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (7,1 % der gesamten veräußerten Fläche) umgesetzt. Das Gros der Veräußerungsfälle (83,2 %) und der verkauften Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung (91,7 %) ist den Umlandkreisen mit geringer Verdichtung (Typ 3), den Umlandkreisen der Regionen mit Verdichtungsansätzen (Typ 5) und den noch weitgehend ländlich geprägten Regionen (Typ 6) zuzurechnen.

Aus den Ergebnissen der Kaufwertestatistik in der Gliederung nach siedlungsstrukturellen Kreistypen geht hervor, daß der durchschnittliche Kaufwert je ha FdIN entsprechend dem Urbanisierungsgrad der jeweiligen Region recht deutlich abgestuft ist (siehe Schaubild 5). Bemerkenswert ist auch, daß die Relationen der durchschnittlichen Kaufwerte der Regionen I, II und III zueinander und

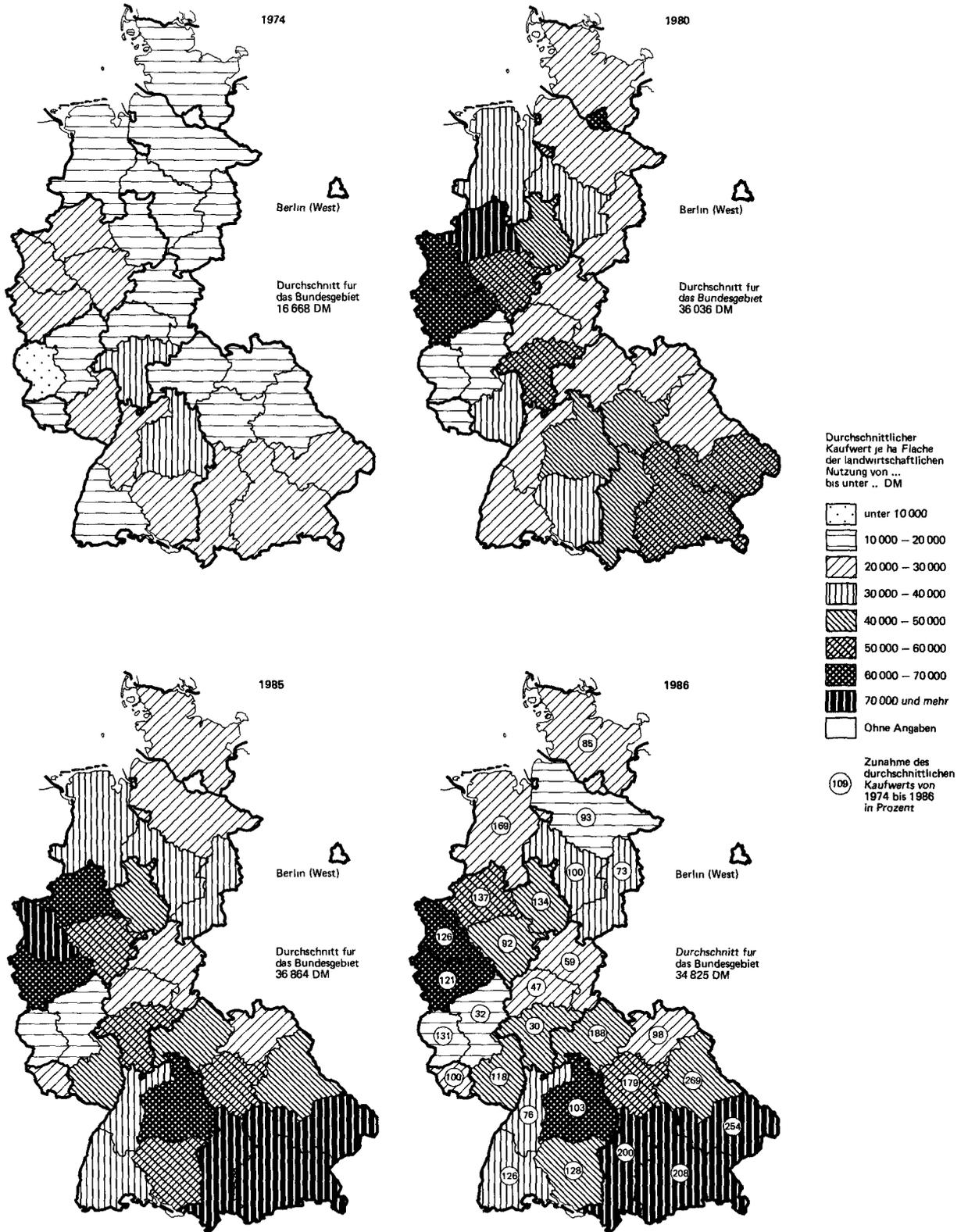
⁹⁾ Für Berlin (West) liegen keine Angaben vor

¹⁰⁾ Siehe Fachserie 3, Reihe 2 4 „Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz“, 1979 bis 1986

¹¹⁾ Siehe Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung „Informationen zur Raumentwicklung“, Heft 11/12, 1981

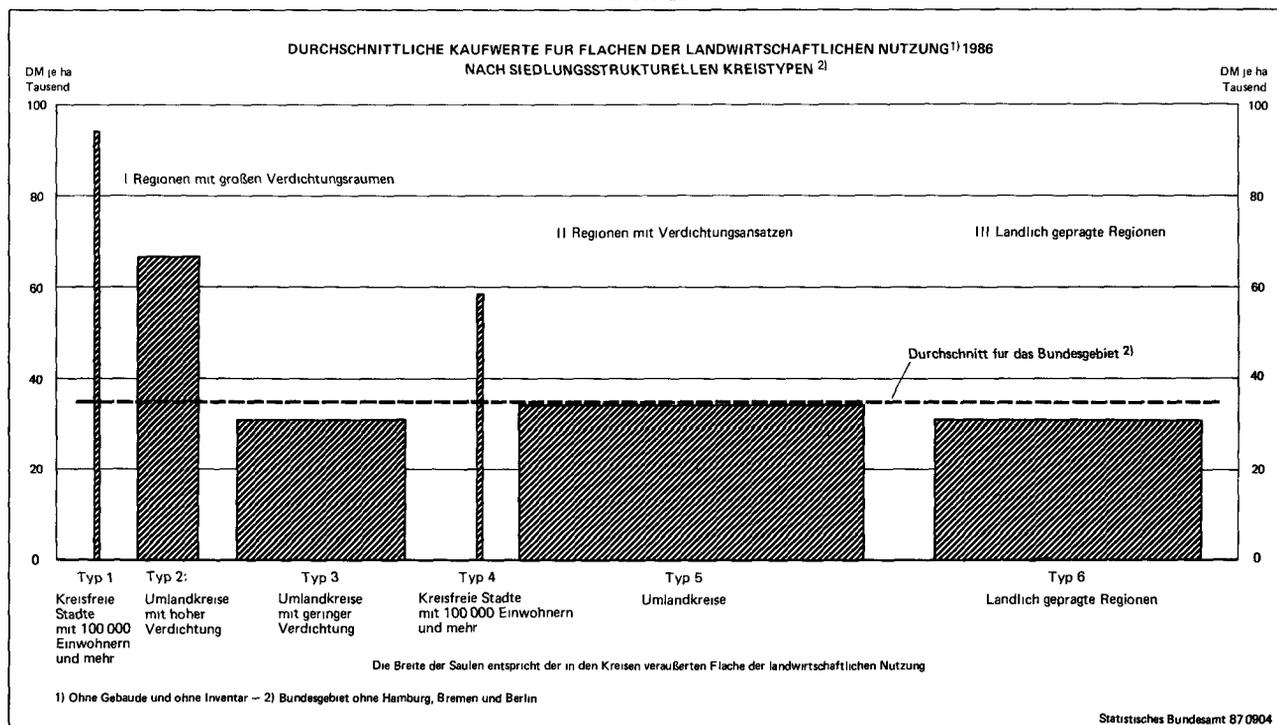
Schaubild 4

DURCHSCHNITTLICHER KAUFWERT FÜR FLÄCHEN DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN NUTZUNG NACH REGIERUNGSBEZIRKEN¹⁾
 Kauffälle von Flächen ohne Gebäude und ohne Inventar



1) Bzw. nach Ländern (Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Saarland)

Schaubild 5



zum durchschnittlichen Kaufwert für das Bundesgebiet seit Jahren annähernd gleich geblieben sind¹²⁾.

In den Regionen mit großen Verdichtungsräumen (Typen 1 bis 3) wurden im Jahr 1986 durchschnittlich 40 783 DM je ha FdIN (117 % des Bundesdurchschnitts) bezahlt. In den Regionen mit Verdichtungsansätzen (Typen 4 und 5) wurden durchschnittlich 34 195 DM je ha FdIN (98 % des Bundesdurchschnitts) aufgewendet, während in den ländlich geprägten Regionen des Typs 6 lediglich 30 403 DM je ha FdIN (87 % des Bundesdurchschnitts) als mittlerer Kaufwert errechnet wurden. Im Kreistyp 3 — in den Umlandkreisen der Regionen mit großen Verdichtungsräumen —

belief sich der durchschnittliche Kaufwert auf 30 062 DM je ha FdIN (86 % des Bundesdurchschnitts) und im Kreistyp 5 — in den Umlandkreisen der Regionen mit Verdichtungsansätzen — auf 33 814 DM je ha FdIN (97 % des Bundesdurchschnitts). Somit lagen die durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz in allen drei Kreistypen, deren Urbanisierungsgrad als relativ niedrig bezeichnet werden kann (Typen 3, 5 und 6), unter dem Durchschnitt für das Bundesgebiet. Dabei kann man den durchschnittlichen Kaufwert im Kreistyp 6 — ländlich geprägte Regionen — mit 30 403 DM je ha FdIN als diejenige Größe betrachten, auf deren Zustandekommen am Markt für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke die außerlandwirtschaftlichen Faktoren den geringsten Einfluß ausgeübt haben. Hingegen dürften die in den städtisch-industriell geprägten Gebieten (Kreistypen 1, 2 und 4) für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung im Vergleich zum Kreistyp 6

¹²⁾ Die Ergebnisse in der Kaufwertestatistik nach siedlungsstrukturellen Kreistypen wurden erstmalig für 1981 berechnet; siehe „Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke 1981“ in WiSta 11/1982, S. 809 ff. Die entsprechenden Ergebnisse für 1984 enthält der Aufsatz in WiSta 10/1985 und die Ergebnisse für 1985 der Aufsatz in WiSta 10/1986.

Tabelle 5: Durchschnittliche Kaufwerte für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung nach siedlungsstrukturellen Kreistypen 1986¹⁾

Siedlungsstrukturelle Kreistypen ²⁾	Kreise	Veräußerungsfälle		Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdIN)		Kaufwert			Ertragsmeßzahl in 100 je ha FdIN
		Anzahl	%	ha	%	insgesamt 1 000 DM	je ha FdIN DM	Bundesgebiet = 100	
I Regionen mit großen Verdichtungsräumen	108	10 055	28,5	12 477	27,6	508 847	40 783	117	45
Typ 1: Kreisfreie Städte mit 100 000 und mehr Einwohnern	29	365	1,0	266	0,6	25 042	94 051	270	55
Typ 2: Umlandkreise mit hoher Verdichtung	49	5 332	15,1	3 192	7,1	212 685	66 628	191	55
Typ 3: Umlandkreise mit geringer Verdichtung	30	4 358	12,4	9 019	19,9	271 121	30 062	86	42
II Regionen mit Verdichtungsansätzen	114	16 629	47,1	18 642	41,2	637 459	34 195	98	47
Typ 4: Kreisfreie Städte mit 100 000 und mehr Einwohnern	16	226	0,6	290	0,6	16 914	58 334	168	50
Typ 5: Umlandkreise	98	16 403	46,5	18 352	40,5	620 545	33 814	97	47
III Landlich geprägte Regionen	85	8 597	24,4	14 156	31,3	430 394	30 403	87	41
Typ 6:									
Bundesgebiet	307	35 281	100	45 275	100	1 576 701	34 825	100	45

¹⁾ In den Nachweis sind nur die kreisfreien Städte und Landkreise einbezogen, für die in der Kaufwertestatistik Veräußerungsfälle „ohne Gebäude und ohne Inventar“ erfaßt worden sind. — Bundesgebiet ohne Hamburg, Bremen und Berlin — ²⁾ Siehe Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/12, 1981).

gezählten Mehrbeträge — im Kreistyp 1 das 3,1fache, im Kreistyp 2 das 2,2fache — zum großen Teil darauf zurückzuführen sein, daß sich die Marktteilnehmer an den ortsüblich erzielbaren höheren Baulandpreisen orientieren.

Ergebnisse nach betriebsstrukturellen Kreistypen

Erstmals für 1986 werden die Ergebnisse der Kaufwertestatistik für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke nachstehend in der Gliederung nach betriebsstrukturellen Kreistypen und nach Bundesländern wiedergegeben. Diese Form der Darstellung wurde gewählt, um Anhaltspunkte über die Unterschiede in den durchschnittlichen Kaufwerten in Abhängigkeit von den regionalen Unterschieden in der Betriebsgrößenstruktur zu gewinnen. Die betriebsstrukturelle Typisierung der Landkreise und kreisfreien Städte¹³⁾ wurde anhand der für sie errechneten durchschnittlichen Betriebsgrößen der landwirtschaftlichen Betriebe vorgenommen. Die Berechnungen wurden unter Rückgriff auf die im Rahmen der Bodennutzungshaupterhebung 1986 aus den Angaben der Betriebe zur Feststellung der betrieblichen Einheiten 1986 ermittelten Ergebnisse über die Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe¹⁴⁾ durchgeführt. Aufgrund der festgestellten Spannweite der durchschnittlichen Betriebsgrößen in ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) in den in die Typisierung einbezogenen Kreisen wurden für das Bundesgebiet sechs betriebsstrukturelle Kreistypen gebildet und anschließend für den Zweck der Darstellung in drei „Regionen“ zusammengefaßt (Durchschnittsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe von . . . bis unter . . . ha LF):

- I Regionen 0,01—20 ha
 - Typ 1: Kreise 0,01—10 ha
 - Typ 2: Kreise 10 —15 ha
 - Typ 3: Kreise 15 —20 ha
- II Regionen 20—30 ha
 - Typ 4: Kreise 20 —25 ha
 - Typ 5: Kreise 25 —30 ha
- III Regionen 30 ha und mehr
 - Typ 6

Aufgrund des unterschiedlichen Flächenumfangs der Bundesländer wie auch der in ihnen bestehenden Landkreise und kreisfreien Städte und nicht zuletzt aufgrund der Mannigfaltigkeit der Strukturverhältnisse in der deutschen Landwirtschaft sind die betriebsstrukturellen Kreistypen sehr ungleichmäßig auf die einzelnen Bundesländer verteilt (siehe Tabelle auf S. 375*f.). Darüber hinaus wirkt sich die Disproportionalität zwischen dem Umfang der vorhandenen LF und der auf dem Grundstücksmarkt umgesetzten FdIN, die bei einem Quervergleich der beiden Flächenangaben zwischen den Bundesländern (und auch zwischen den tiefergegliederten Gebietseinheiten)¹⁵⁾ zutage

tritt, auf das Gewicht aus, das den einzelnen betriebsstrukturellen Kreistypen in der Aufstellung der veräußerten Flächen und der Kaufwerte für das Bundesgebiet letztendlich zukommt.

Aus dem Nachweis der durchschnittlichen Kaufwerte für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung in der Gliederung nach betriebsstrukturellen Kreistypen ergibt sich für das Jahr 1986, daß die Kaufwerte einer deutlichen Abstufung unterliegen, und zwar im Sinne einer Abnahme der Kaufwerte bei Zunahme der Durchschnittsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe und umgekehrt. Diese Erkenntnis deckt sich allerdings weitgehend und in mehrfacher Hinsicht mit den Erkenntnissen aus der Analyse der Ergebnisse der Kaufwertestatistik in den Gliederungen nach der veräußerten Fläche je Kauffall, nach der Ertragsmeßzahl der Grundstücke wie auch in der administrativen Gliederung nach Bundesländern und Regierungsbezirken. Beispielsweise ist der mit 23 049 DM je ha FdIN, das heißt 66 % des Bundesdurchschnitts, relativ niedrige Kaufwert im betriebsstrukturellen Kreistyp 6 (Kreise mit einer Durchschnittsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe von 30 ha LF und mehr) vornehmlich auf die Belegenheit dieser Kreise — bis auf einen — in den Bundesländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen zurückzuführen. In diesen beiden Bundesländern resultieren aus dem Zusammenwirken von mehreren relativ ungünstigen Einflußfaktoren seit Jahren weit unter dem Bundesdurchschnitt liegende Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke. Insbesondere in den in Schleswig-Holstein belegenen Kreisen des betriebsstrukturellen Typs 6 ergibt sich der niedrige durchschnittliche Kaufwert (20 493 DM je ha FdIN) aus dem Fehlen substantieller außerlandwirtschaftlicher Einflußfaktoren wie auch aus der Zurückhaltung der potentiellen Käufer auf dem landwirtschaftlichen Grundstücksmarkt angesichts der gedämpften Einkommenserwartungen in der auf Vollerwerbsbetrieben basierenden Landwirtschaft des nördlichsten Bundeslandes¹⁶⁾. In den genannten neun Landkreisen in Schleswig-Holstein beträgt die durchschnittliche Flächengröße je Kauffall 4,79 ha FdIN, so daß jeder Vertragsabschluß trotz des niedrigen Kaufwertes je ha doch eine größere finanzielle Transaktion (im Durchschnitt rund 100 000 DM) beinhaltet.

Am anderen Ende der Skala, auf die hier nur Bezug genommen wird, steht der betriebsstrukturelle Kreistyp 1 (Kreise mit einer Durchschnittsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe zwischen 0,01 und 10 ha LF) mit einem durchschnittlichen Kaufwert von 48 883 DM je ha FdIN, das entspricht 140 % des Bundesdurchschnitts. 22 von 48 dieser Kreise befinden sich in Baden-Württemberg; sie weisen mit 62 276 DM je ha FdIN einen um 23 % über dem Landes- und um 79 % über dem Bundesdurchschnitt liegenden Kaufwert je Flächeneinheit auf, wobei die Flächengröße je Kauffall 0,35 ha FdIN betrug. Der verhältnismäßig hohe durchschnittliche Kaufwert der landwirtschaftlichen

¹³⁾ Es wurden nur Landkreise und kreisfreie Städte in die Typisierung und daraufhin in die Aufbereitung einbezogen, für die in der Kaufwertestatistik für landwirtschaftlichen Grundbesitz 1986 Veräußerungsfälle ohne Gebäude und ohne Inventar erfaßt worden sind.

¹⁴⁾ Näheres dazu siehe in Fachserie 3, Reihe 2.1.1 „Betriebsgrößenstruktur 1986“.

¹⁵⁾ Für Angaben über die landwirtschaftlich genutzte Fläche 1986 nach Bundesländern (und Regierungsbezirken) als Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung siehe Fachserie 3, Reihe 2.1.1 „Betriebsgrößenstruktur 1986“, S. 11.

¹⁶⁾ Dieser Einschätzung steht der relativ hohe durchschnittliche Gewinn der landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe in Schleswig-Holstein nicht im Wege, der im Wirtschaftsjahr 1985/86 mit 45 267 DM deutlich über dem Durchschnitt der Vollerwerbsbetriebe im Bundesgebiet von 33 771 DM lag. Siehe Agrarbericht 1987 der Bundesregierung, Deutscher Bundestag, Drucksache 11/85, S. 1

Grundstücke (je ha FdIN) in den genannten Kreisen Baden-Württembergs dürfte vor allem auf die geringe durchschnittliche Größe der Parzellen, auf ihre hohe Ertragsmeßzahl (im Durchschnitt 59 [in Hundert] je ha FdIN), auf den stimulierenden Einfluß des Baulandmarktes wie auch auf die relativ starke Marktposition der die Grundstücke verkaufenden landwirtschaftlichen Betriebsinhaber, die vielfach durch außerlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit einkommensmäßig abgesichert sind, zurückzuführen sein.

von Flächen weitaus verbreiteter als deren Zukauf, so daß der Anteil des Pachtlandes an der landwirtschaftlich genutzten Fläche im Bundesgebiet ständig zunimmt¹⁸⁾.

Dr. Vladislav Bajaja

¹⁸⁾ Siehe Friese, G. „Besitzverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe 1983“ in WiSta 7/1984, S. 594 ff.

Schlußfolgerung

Die hauptsächlichsten Impulse für die Entwicklung der Nachfrage nach und des Angebots an Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung sind mit den in der Landwirtschaft fortwährend stattfindenden strukturellen Anpassungsprozessen verbunden. Das Niveau der auf dem Grundstücksmarkt erzielten Kaufwerte wird dabei maßgeblich von der Einkommenssituation und den entsprechenden Erwartungen der landwirtschaftlichen Betriebe bestimmt, die in Zeiten der Überschußproduktion und der zunehmenden Kritik an der Höhe der Agrarsubventionen unsicher sind und Investitionen in den Boden — in regional unterschiedlichem Ausmaß — weniger lohnend als in früheren Jahren erscheinen lassen. Die beachtliche Streubreite in den Angaben je Kauffall geht jedoch auf eine Reihe von spezifischen Einflußfaktoren (insbesondere Ertragsfähigkeit des Bodens und Grundstücksgröße) zurück. Sehr wesentlich wirkt sich die Lage des Grundstücks aus, wobei neben den betriebsorganisatorischen Erwägungen oft auch die Erwartung einer späteren Nutzungsänderung und somit der Einfluß der weitaus höheren Preise auf dem Baulandmarkt eine Rolle beim Zustandekommen des Kaufwertes für die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung spielt. Seit der Einführung der Milchkontingentierung hängt der Preis der landwirtschaftlichen Flächen der milchkuhhaltenden Betriebe in vielen Fällen entscheidend davon ab, ob überhaupt und in welcher Größenordnung eine Milchquote auf den neuen Eigentümer übertragen werden kann¹⁷⁾.

Obwohl die Landwirte den Grund und Boden als die wichtigste Produktionsgrundlage und zugleich als werterhaltende Kapitalanlage betrachten, sind sie insbesondere in Zeiten niedriger Inflationsraten nicht immer bereit, selbst wenn sie dazu in der Lage wären, die Anpassung der Betriebsgrößen nach oben, die für die Vollerwerbsbetriebe eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Bestehen des zu erwartenden noch schärferen Wettbewerbs auf den EG-Agrarmärkten darstellt, über den im Verhältnis zum Ertragswert des landwirtschaftlichen Bodens vielfach recht teuren Zukauf von geeigneten Flächen sicherzustellen. Infolge der günstigeren Relation der zu zahlenden Pachtentgelte zum erwarteten Ertrag ist die Zupachtung

¹⁷⁾ Zur Regelung für die Übertragung der Milchquoten (Referenzmengen) bei Betriebspacht, Parzellenpacht, Bewirtschaftungsverträgen, Verkauf und Vererbung siehe Deutscher Bundestag, Drucksache 10/3018 vom 13. März 1985, S. 16. Ferner siehe Verordnung zur Änderung der Siebten Verordnung zur Änderung der Milch-Garantiemengen-Verordnung vom 24. Juli 1987 (BGBl. I S. 1698).

Schuhindustrie in der Bundesrepublik Deutschland

Vorbemerkung

Mit der Neuordnung der Statistik im Produzierenden Gewerbe ab 1976 wurde ein Instrumentarium geschaffen, das die einzelnen Statistiken dieses Wirtschaftsbereiches zu einem konsistenten System zusammenschließt¹⁾. Kurzfristigen Erhebungen bei Betrieben von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr²⁾ stehen Jahreserhebungen bei Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr, die nach dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit zum Produzierenden Gewerbe gehören, gegenüber. Ergänzend treten Strukturserhebungen in mehrjährigen Abständen hinzu, wie zum Beispiel die Material- und Wareneingangserhebung in vierjährigem Turnus. Diese Datenbasis und ihr Zusammenwirken ermöglichen u. a. auch umfassende Branchenanalysen, bei denen Konjunktur- und Strukturdaten miteinander verzahnt werden können. Darüber hinaus können zum Beispiel durch Einbeziehung der Ergebnisse des gesamten grenzüberschreitenden Warenverkehrs wichtige Aussagen über die internationale Verflechtung der Wirtschaftsbereiche getroffen werden.

Dieses reichhaltige Datenangebot bietet der Wirtschaftspolitik auf den verschiedenen staatlichen Ebenen, der Verbandsarbeit, der Wissenschaft, aber auch den Unternehmen selbst, wertvolle Orientierungshilfen und Entscheidungsgrundlagen. Das Statistische Bundesamt bemüht sich, dieses Material auf den verschiedensten Wegen allen interessierten Stellen benutzergerecht darzubieten.

Der folgende Beitrag soll einen Überblick über den Wandel und die Struktur der deutschen Schuhhersteller von 1960 bis 1986 geben und ihre gegenwärtige Situation durchleuchten. Damit wird ein Wirtschaftszweig untersucht, der in Deutschland eine lange Tradition hat, in jüngster Zeit jedoch zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten ausgesetzt ist. Insbesondere in Rheinland-Pfalz im Gebiet um Pirmasens ist diese Branche für die Wirtschaftsstruktur und die regionale Beschäftigungssituation von großer Bedeutung.

Ausländer drängen auf den deutschen Schuhmarkt

1960 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 152 Mill. Paar Schuhe hergestellt. Während rund 5 Mill. Paar in den Export gingen, wurden 17 Mill. Paar aus dem Ausland

importiert. Dem deutschen Markt standen somit per saldo 164 Mill. Paar Schuhe zur Verfügung. Die einheimischen Hersteller waren damals nahezu unter sich und brauchten die ausländische Konkurrenz kaum zu fürchten. Inzwischen hat sich die Situation allerdings grundlegend geändert. Lag 1960 der Anteil der ausländischen Anbieter mengenmäßig noch bei rund 10 %, so hat sich diese Quote kontinuierlich erhöht und erreichte 1986 81 %. Die deutsche Produktion sank auf 83 Mill. Paar Schuhe im Jahr 1986 und war damit um 45 % niedriger als 1960. Im gleichen Zeitraum hat sich die Einfuhr mehr als verzehnfacht und erreichte 1986 mit rund 203 Mill. Paar Schuhen eine neue Rekordmarke.

Bewertet man die Produktion mit den Preisen ab Werk und die Im- und Exporte mit den Rechnungsbeträgen beim Grenzübergang, so zeigt sich ein ähnliches Bild. Zwar hat sich der Wert der Produktion von 1960 bis 1986 u. a. durch die Preisentwicklung um 60 % erhöht, der Anteil der Ein-

Tabelle 1: Das Schuhangebot¹⁾ auf dem deutschen Markt

Jahr	Produktion	Einfuhr ²⁾	Ausfuhr ²⁾	Im Inland verfügbar ³⁾
Mill. Paar				
1960	152	17	5	164
1970	158	78	17	219
1980	104	167	22	249
1982	93	163	24	232
1983	92	173	26	239
1984	90	183	28	245
1985	87	189	34	242
1986	83	203	34	252
Mill. DM				
1960	2 309	162	56	2 415
1970	3 091	791	284	3 598
1980	3 837	3 580	795	6 622
1982	3 924	3 546	917	6 553
1983	3 887	3 843	1 028	6 702
1984	4 116	4 409	1 146	7 379
1985	4 058	4 377	1 430	7 005
1986	3 734	4 505	1 414	6 825

¹⁾ Ohne Schuhe ganz aus Gummi oder Kunststoff. — ²⁾ Einschl. Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost). — ³⁾ Im Inland verfügbar = Produktion + Einfuhr — Ausfuhr

fuhr am Gesamtangebot des Inlandsmarktes ist in dieser Zeit jedoch von 7 auf 66 % gestiegen. Von den Importen im Wert von insgesamt knapp 4,5 Mrd. DM kamen 1986 47 % aus Italien. Aber auch Spanien (9 %), Jugoslawien (8 %) sowie Portugal und Österreich mit je 6 % waren 1986 wichtige Lieferländer.

Wie bereits erwähnt, liegt der Schwerpunkt der deutschen Schuhproduktion in Rheinland-Pfalz. Gemessen am Wert kamen knapp 40 % aus diesem Bundesland, das zusammen mit Baden-Württemberg (17,5 %), Bayern (16,5 %) und Nordrhein-Westfalen (15,6 %) im Jahr 1986 nahezu 90 % der deutschen Schuhproduktion auf sich vereinigte.

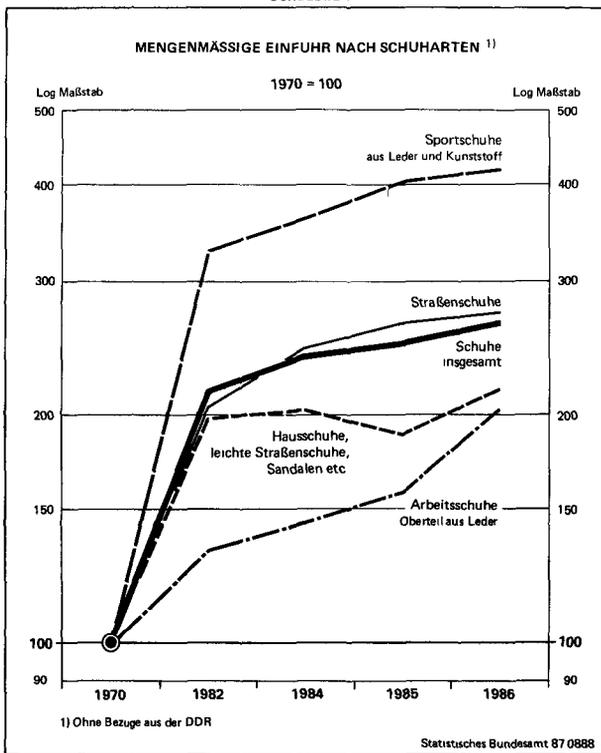
Unterschiedliche Entwicklung bei den einzelnen Schuharten

Betrachtet man die einzelnen Schuharten, so ist die inländische Produktion bei den Straßenschuhen, Sandalen und Hausschuhen seit 1960 zum Teil drastisch zurückgegangen. Während die Zahl der Arbeitsschuhe und -stiefel (mit Oberteil aus Leder) zwischen 3,5 Mill. und 4 Mill. Paar relativ konstant blieb, ist bei den Sportschuhen eine günstigere Entwicklung festzustellen.

¹⁾ Siehe Sobotschinski, A. „Die Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes“ in WiSta 7/1976; Jäger, M.: „Die Statistiken im Produzierenden Gewerbe nach Abschluß der Reform“ in Bundesstatistik in Kontinuität und Wandel, Festschrift für Hildegard Bartels zu ihrem 70. Geburtstag 1984

²⁾ Einschl. produzierende Betriebe von Unternehmen anderer Bereiche mit 20 Beschäftigten und mehr.

Schaubild 1



Das Vordringen der ausländischen Schuhhersteller auf den deutschen Markt zeigt sich deutlich an der Entwicklung der Einfuhr. Die Daten für die einzelnen Schuharten, die in der Systematik des Außenhandels in etwas anderer Gliederung vorliegen als bei der Erfassung der Produktion, haben sich dabei recht unterschiedlich entwickelt, obwohl die Einfuhr in die Bundesrepublik Deutschland bei allen Schuharten seit 1970 deutlich zugenommen hat. Betrachtet man die importierten Schuhe insgesamt, so hat sich der mengenmäßige Import bis 1986 um rund 160 % erhöht. Eine boomartige Zunahme verzeichneten die Sportschuhe mit Oberteil aus Leder oder aus Textilien. Die rund 32,5 Mill. Paar, die 1986 über die Grenzen nach Deutschland kamen, bedeuteten gegenüber 1970 eine Steigerung um nahezu 320 %.

Für diese Entwicklung gibt es zwei wichtige Gründe: Auf der einen Seite nutzen deutsche Sportschuhhersteller — ebenso wie ihre ausländischen Konkurrenten — die Kostenvorteile in sogenannten Billiglöhnländern und führten die dort hergestellten Produkte wieder in die Bundesrepublik Deutschland ein. Auf der anderen Seite ist die Nachfrage nach Sportschuhen in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Trug man früher bei sportlichen Aktivitäten relativ einfache Turnschuhe, so gibt es heute Spezialschuhe für fast alle Disziplinen, und dies meist in einer sehr anspruchsvollen Verarbeitung und Ausstattung. Bei einigen Sportarten, wie zum Beispiel im Tennis, unterscheidet man zudem noch zwischen einer „indoor“- und „outdoor“-Version. Daneben hat sich immer mehr der Trend zu legerer sportlicher Kleidung durchgesetzt. Als Folge davon gewannen auch die Sportschuhe als Alltagsschuhe immer mehr an Bedeutung. Dies führte zu einer Ausweitung der Nachfrage.

Die Einfuhr hat sich bei den Straßenschuhen — hier sind solche mit Oberteil aus Leder und Kunststoff zusammen-

gefaßt — in den letzten 17 Jahren etwa ebenso entwickelt wie der gesamte Schuhimport (+ 170 %). Ab 1985 wurden erstmals mehr als 100 Mill. Paar Straßenschuhe eingeführt. Die geringsten Zunahmen seit 1960 verzeichneten bei der Einfuhr die Hausschuhe, die leichten Straßenschuhe und die Sandalen (+ 114 %) sowie die Arbeitsschuhe aus Leder (+ 100 %).

Zahl der Betriebe zurückgegangen

Vor zehn Jahren wurden in den 464 Schuhbetrieben, die zu produzierenden Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr gehörten oder selbst 20 und mehr Beschäftigte aufwiesen, knapp 55 000 Arbeitskräfte beschäftigt. Der Rückgang der Inlandsproduktion hat sich naturgemäß auch auf die Beschäftigungssituation ausgewirkt. Bis 1986 sind 150 Betriebe und rund 12 400 tätige Personen aus dem Berichtskreis ausgeschieden. Dies bedeutet bei der Zahl der Betriebe einen Rückgang von 32 % und bei den Beschäftigten von 23 %.

Die Schuhbetriebe beschäftigen seit jeher in hohem Maße weibliche Arbeitskräfte. Bei den Angestellten war 1985 etwa die Hälfte weiblich, der Anteil der Arbeiterinnen lag sogar bei zwei Dritteln. Insgesamt gesehen waren nur 37 % der in der Schuhbranche tätigen Personen Männer. Die durchschnittliche Betriebsgröße lag im September 1986 bei rund 135 Beschäftigten. Die meisten Betriebe gehörten den Größenklassen mit 20 bis 49 (114) und 50 bis 199 (119) Beschäftigten an. Im Vergleich zu 1977 sind in diesem Bereich auch die meisten Firmen aus dem Markt ausgeschieden.

Bruttoproduktionswert, Nettoproduktionswert, Nettowertschöpfung

In der Bundesrepublik Deutschland stellten im Jahr 1985 234 Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr schwerpunktmäßig Schuhe her. Sie erwirtschafteten einen

Tabelle 2: Brutto- und Nettoproduktionswert sowie Nettowertschöpfung

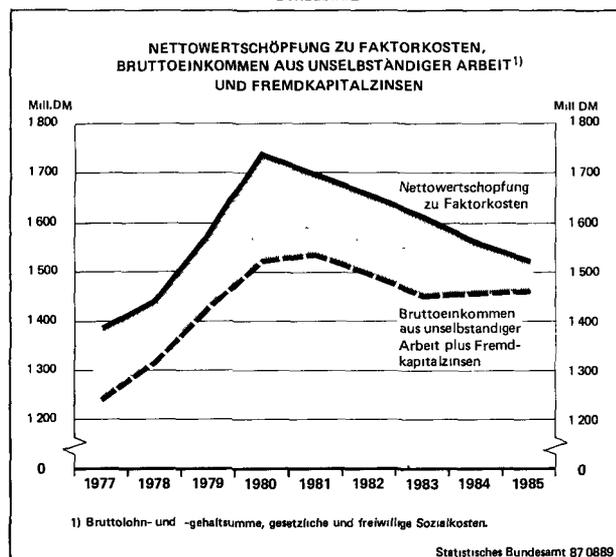
Jahr	Bruttoproduktionswert ¹⁾		Nettoproduktionswert ¹⁾			Nettowertschöpfung zu Faktorkosten		
	insgesamt	je Beschäftigten	insgesamt	je Beschäftigten	Anteil am Bruttoproduktionswert	insgesamt	je Beschäftigten	Anteil am Bruttoproduktionswert
	Mill. DM	1 000 DM	Mill. DM	1 000 DM	%	Mill. DM	1 000 DM	%
1977	3 725	71	1 828	35	49,1	1 386	26	37,2
1978	3 926	75	1 914	36	48,7	1 441	27	36,7
1979	4 199	79	2 067	39	49,2	1 574	30	37,5
1980	4 564	87	2 265	43	49,6	1 741	33	38,1
1981	4 309	88	2 236	46	51,9	1 697	35	39,4
1982	4 368	95	2 178	47	49,9	1 654	36	37,9
1983	4 395	100	2 144	49	48,8	1 612	37	36,7
1984	4 745	111	2 158	50	45,5	1 561	36	32,9
1985	4 748	118	2 136	53	45,0	1 522	38	32,1

¹⁾ Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

Bruttoproduktionswert³⁾ von insgesamt 4,75 Mrd. DM. Da der Bruttoproduktionswert noch alle Leistungen enthält, die nicht nur vom eigenen, sondern auch von

³⁾ Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

Schaubild 2



fremden Unternehmen erbracht wurden, ist er nur bedingt als Indikator für die wirtschaftliche Leistung eines Wirtschaftszweiges geeignet. Ein besserer Indikator stellt der um bestimmte Vorleistungen bereinigte Nettoproduktionswert⁴⁾ dar. Mit 2,14 Mrd. DM erreichte er 1985 einen Anteil am Bruttoproduktionswert von 45 %. Zieht man hiervon noch die Kosten für Reparaturen und Instandhaltungen, Mieten und Pachten, Verbrauchsteuern, die indirekten Steuern⁴⁾, die Abschreibungen und sonstigen Kosten ab und berücksichtigt die vom Staat gewährten Subventionen, so ergibt sich die Nettowertschöpfung zu Faktorkosten. Sie erreichte 1985 für die Unternehmen der Schuhherstellung einen Wert von 1,52 Mrd. DM. Nimmt man aus der Nettowertschöpfung zu Faktorkosten die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und die Fremdkapitalzinsen heraus, erhält man eine Restgröße, die die Einkommen aus selbständiger Arbeit und Unternehmenserträge im weitesten Sinne erfaßt. Bei allen methodischen Einschränkungen, die das Berichtssystem mit sich bringt, bietet diese bereinigte Größe dennoch Anhaltspunkte für den Erfolg der Unternehmen, stellt allerdings keine Aussage über den Unternehmensgewinn dar. Ein Vergleich der vorliegenden Ergebnisse von 1977 bis 1985 zeigt, daß diese Restgröße in diesem Zeitraum bei durchschnittlich 9 % lag. In den letzten beiden Berichtsjahren 1984 und 1985 ist sie jedoch eindeutig unter den Durchschnittswert des Betrachtungszeitraums gesunken.

Unterschiede sind auch bei Unternehmen verschiedener Größe festzustellen. Mit zunehmender Unternehmensgröße steigt der Bruttoproduktionswert je Beschäftigten kontinuierlich an und erreicht bei den Unternehmen mit 200 bis 499 und 500 und mehr Beschäftigten die höchsten Werte. Diese 44 Unternehmen mit 200 und mehr tätigen Personen erzielten 1985 73 % der Gesamtleistung aller 234 meldepflichtigen Unternehmen.

⁴⁾ Siehe Fußnote 3.

Die wichtigsten Kostenarten

Um einen Bruttoproduktionswert von 4,75 Mrd. DM zu erzielen, verbrauchten die Schuhunternehmen 1985 Materialien im Wert von knapp 2 Mrd. DM. Damit stellten die Materialkosten mit einem Anteil von rund 41 % am Bruttoproduktionswert den bedeutendsten Kostenfaktor dar. Wichtigster Rohstoff ist das Flächen- und Gewichtsleder, das rund 57 % des gesamten Rohstoffeingangs ausmacht wenn man die Materialeingänge an fertigen Schuh- und Lederwaren nicht in Ansatz bringt. Dies bedeutet, daß die

Tabelle 3: Kosten nach Kostenarten

Anteil am Bruttoproduktionswert
Prozent

Jahr	Materialverbrauch	Einsatz an Handelsware	Kosten für Lohnarbeiten	Personalkosten		Abschreibungen	Übrige Kosten
				insgesamt ¹⁾	Brutto-lohn ²⁾ gehaltsumme		
1977	39,8	8,8	2,3	32,3	19,2 7,2	2,1	10,9
1978	40,0	9,2	2,1	32,6	19,5 7,2	2,2	10,8
1979	37,9	10,7	2,1	32,9	19,6 7,3	2,0	10,9
1980	38,4	9,6	2,4	32,0	19,3 6,9	2,0	10,9
1981	35,6	9,4	3,2	34,1	20,3 7,6	2,4	11,7
1982	37,6	9,1	3,5	33,0	19,6 7,5	2,1	11,2
1983	37,4	9,8	4,0	32,0	18,5 7,6	2,1	11,0
1984	38,5	13,9	2,1	29,7	17,1 7,2	2,0	11,7
1985	41,3	11,2	2,4	29,7	17,1 7,1	2,0	12,0

¹⁾ Einschl. Heimarbeiterlöhne. — ²⁾ Ohne Heimarbeiterlöhne.

Lederpreise entscheidenden Einfluß auf die Höhe der Herstellungskosten haben. Neben dem Flächenleder gehen noch Halbzeug- und Einzelteile aus Kunststoff (10 %) sowie Textilien, Weich- und Hartgummiwaren mit 8 bzw. 6 % in das Produkt Schuhe ein.

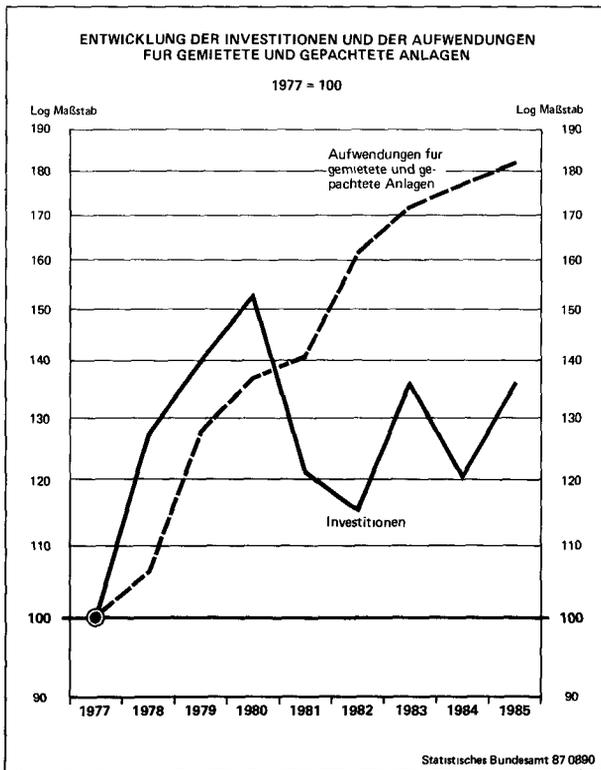
30 % des Bruttoproduktionswertes wurden in den Jahren 1984 und 1985 für Personal aufgewendet. Von den rund 1,4 Mrd. DM entfielen 1985 etwa 58 % auf Löhne, 24 % auf Gehälter und 17 % auf gesetzliche und sonstige Sozialkosten. In den einzelnen Größenklassen nahm 1985 der Lohnanteil tendenziell mit zunehmender Unternehmensgröße ab, während der Gehaltsanteil bei größeren Unternehmen zunahm.

Bemerkenswert ist in dieser Branche auch der hohe Anteil an Handelsware. Für rund 11 % — gemessen am Bruttoproduktionswert — wurden 1985 fertige Produkte zur Sortimentsvervollständigung zugekauft und ohne wesentliche Bearbeitung weiterverkauft. Dabei zeigt sich auch hier, daß der Einsatz von Handelsware bei den größeren Unternehmen eine höhere Bedeutung hat als bei den kleineren Firmen.

Investitionen

In den neun Jahren von 1977 bis 1985 investierten die Unternehmen der deutschen Schuhhersteller für Maschinen, maschinelle Anlagen, aber auch für Bauten und Grundstücke rund 960 Mill. DM. Pro Jahr waren dies im Durchschnitt knapp 107 Mill. DM. Das höchste Investitionsvolumen im Betrachtungszeitraum wurde im Jahr 1980 getätigt. Diesen Investitionen in Höhe von 127 Mill. DM standen 1985 Anlagenkäufe von rund 114 Mill. DM gegenüber. Obwohl die Preisentwicklung hierbei außer Betracht bleibt, ist die rückläufige Tendenz eindeutig.

Schaubild 3



deren Inlandsaufträge gegenüber den Auslandsaufträgen eine gegenläufige Entwicklung auf. Während sich die Inlandsaufträge seit 1970 fast halbierten, hat die Auslandsnachfrage ständig zugenommen und 1985 mit 135 den höchsten Indexwert erreicht. Diese Ordertätigkeit reichte jedoch keineswegs aus, um das nachlassende Inlandsgeschäft zu kompensieren. Die insgesamt gesehene negative Entwicklung setzt sich auch 1987 fort. Vergleicht man die Ergebnisse des ersten Halbjahres, so weisen Betriebe, Beschäftigte, Umsatz, Produktion und Auftragseingänge im Vergleich zum ersten Halbjahr 1986 Rückgänge auf. Die Angaben über Betriebe und Beschäftigte lagen in den ersten sechs Monaten 1987 um knapp 9 % unter dem Niveau des Vorjahreszeitraumes. Beim Umsatz betrug der Rückgang 3 %.

Der Auftragseingang des ersten Halbjahres 1987 läßt ebenfalls nicht auf eine Verbesserung in der zweiten Jahreshälfte hoffen. Mit 21,7 % ist dabei die Nachfrage aus dem Ausland stärker gesunken als die inländische (– 9,1 %).

Dipl.-Volkswirt Peter Kraßnig

Von den Investitionen des Jahres 1985 entfielen knapp 70 % auf die Unternehmen mit 200 Beschäftigten und mehr. Bezogen auf den einzelnen Beschäftigten (Investitionsintensität) wurden seit 1977 jährlich zwischen 1 580 und 2 800 DM investiert. Die Steigerung ist u. a. auch darauf zurückzuführen, daß bei relativ konstanten jährlichen Investitionsausgaben die Beschäftigtenzahl der Branche zurückgegangen ist.

Von 100 DM Umsatz steckten die Schuhhersteller 1985 wieder 2,40 DM als Investition ins eigene Unternehmen. Dieser Anteil (Investitionsquote) war in den vergangenen Jahren relativ konstant. Von der Unternehmensgröße wird der Investitionsanteil, gemessen am Umsatz, nur wenig beeinflußt. Während die kleineren Firmen mit 20 bis 49 Beschäftigten und die Firmen mit 100 bis 199 Beschäftigten über dem Durchschnitt liegen, wiesen die übrigen Unternehmen bei dieser Quote unterdurchschnittliche Werte auf.

Vergleicht man die Entwicklung der Investitionen und der Aufwendungen für gemietete und gepachtete Anlagen, so zeigt sich, daß die Branche in den vergangenen Jahren verstärkt Anlagen gemietet hat (siehe Schaubild 3).

Entwicklung 1987

Der früheste Indikator, der zur Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung zur Verfügung steht, ist der Auftragseingang. Der Volumenindex dieses Merkmals, bei dem die Preissteigerung eliminiert ist, zeigt die Entwicklung, bezogen auf das Basisjahr 1980, jeweils für Aufträge aus dem Inland und Ausland. Seit 1970 sind die Aufträge insgesamt rückläufig. Mit einem Indexwert von 85,6 lag das Bestellniveau 1986 um rund 62 Indexpunkte unter dem Stand des Jahres 1970. Dabei wiesen die vom Umfang her bedeuten-

Wohngeld 1986

Ergebnisse der Wohngeldstatistik

Wohngeld als Mittel staatlicher Wohnungspolitik

Wohnen gehört zu den menschlichen Grundbedürfnissen; die Wohnung ist daher auch Gegenstand vielfältiger staatlicher Hilfen und Maßnahmen. Ihren Niederschlag hat die staatliche Wohnungspolitik in einer Vielzahl von unterschiedlichen Gesetzen und Förderungsmethoden gefunden. Diese reichen vom sogenannten sozialgeförderten Wohnungsbau über die Bauspar- und steuerliche Förderung bei der Schaffung von Wohneigentum bis hin zur Gewährung von Wohngeld. Auf all diesen Gebieten hat der Staat in den vergangenen Jahrzehnten erhebliche Subventionen geleistet und damit den Wohnungsbau gefördert und die Wohnungsnutzung begünstigt.

Entsprechend den im Zuge der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung gewandelten Wohnbedürfnissen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen haben sich auch die Aufgaben und Zielsetzungen der Wohnungspolitik im Zeitverlauf geändert. Im Rahmen der umfangreichen Neu- und Wiederaufbautätigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg spielte der soziale Wohnungsbau eine zentrale Rolle. Hierbei wird der Bau von Wohnungen direkt mit öffentlichen Mitteln (Darlehen, Zuschüsse u. ä.) unterstützt. Mit der Einführung des Wohngeldes traten seit Mitte der 60er Jahre verteilungspolitische Ziele stärker hervor. Während die Fördermittel im sozialen Wohnungsbau an das Bauobjekt gebunden sind (Objektförderung), ist das Wohngeld ein individuell auf den Wohnungsinhaber (Subjektförderung) abstellendes Instrument der Wohnungspolitik. Daneben gewann im Laufe der Zeit die vermögenspolitische Zielsetzung an Gewicht, im Rahmen derer die Schaffung von Wohneigentum durch steuerliche Vergünstigungen gefördert wird.

Ein Charakteristikum des Wohngeldes ist seine sehr hohe soziale Treffsicherheit. Als Feinsteuerungsinstrument gewährleistet die Wohngeldförderung den wirksamen Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel und vermeidet die Nachteile der Objektförderung im sozialen Wohnungsbau (z. B. Mietverzerrung, Fehlbelegung).

Ausgestaltung und Anpassung der Wohngeldförderung

Das Wohngeld, das nicht zurückzahlen ist, wird an Mieter als Mietzuschuß und an Eigentümer eines Eigenheimes oder einer Eigentumswohnung als Lastenzuschuß gezahlt. Jeder, der die Voraussetzungen erfüllt, hat einen Rechtsanspruch auf Wohngeld. Die Höhe des Wohngeldes hängt ab von der Zahl der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder, vom Familieneinkommen und von der zuschufähigen Miete oder Belastung. Die Einzelheiten regelt das Wohngeldgesetz (WoGG).

Ungeachtet der vielfältigen Änderungen von Einzelregelungen, die das Wohngeldgesetz seit 1965 erfahren hat,

dient es nach wie vor dem ursprünglichen Zweck, einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten ein angemessenes, familiengerechtes Wohnen zu ermöglichen und auf Dauer zu sichern. Dieses Ziel wird nur dann erreicht, wenn die Wohngeldbezieher bei gleichbleibenden persönlichen Voraussetzungen von einer gewissen Stetigkeit der durch das Wohngeld bewirkten Entlastung ausgehen können. Deshalb werden die Wohngeldbeträge in den Wohngeldtabellen zusammen mit den Einkommensgrenzen der Wohngeldförderung sowie die Höchstbeträge, bis zu denen die Miete oder Belastung bezuschußt wird, von Zeit zu Zeit an die Entwicklung der Mieten und Einkommen angepaßt. Ohne Anpassung des Wohngeldes würden die Wohngeldleistungen sowie die Zahl der Wohngeldempfänger ständig zurückgehen. Die Gesetzesnovellen dienen jedoch nicht nur der Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit des Wohngeldsystems, sondern ebenso seiner Fortentwicklung und dem Abbau von bestehenden Verzerrungen.

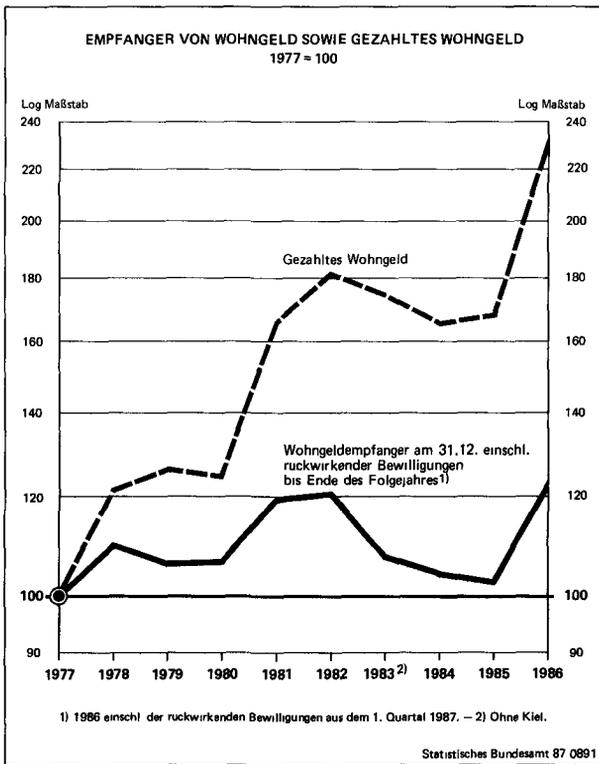
Zum 1. Januar 1986 trat die 6. Wohngeldnovelle in Kraft. Im wesentlichen beinhaltet sie folgende Rechtsänderungen:

- Die Beträge in den Wohngeldtabellen und die Familieneinkommen, bis zu denen Wohngeld gewährt wird, wurden erhöht. Ebenfalls angehoben wurden die Höchstbeträge für die zuschufähige Miete und Belastung. Damit wurden die Wohngeldleistungen im Rahmen der verfügbaren Mittel an die seit der 5. Wohngeldnovelle im Jahr 1981 eingetretene Entwicklung der Mieten und Einkommen angepaßt.
- Die bisherige Differenzierung der zuschufähigen Höchstbeträge für Miete und Belastung nach drei Gemeindegrößenklassen wurde ersetzt, und zwar durch fünf Mietenstufen, die auf das tatsächliche örtliche Mietenniveau abstellen (§ 8 WoGG). Damit soll die Treffsicherheit der Höchstbeträge gesteigert werden.
- Durch einen neu eingeführten Familienfreibetrag soll das Zusammenwohnen mehrerer Generationen gefördert werden (§ 15 Abs. 4 WoGG). Wieder aufgenommen wurde ferner ein Familienfreibetrag für Kinder mit eigenen Einnahmen (§ 15 Abs. 3 WoGG), der durch das Haushaltsbegleitgesetz 1983 aufgehoben worden war.

Entwicklung des Wohngeldes

Die sozialen und finanziellen Auswirkungen, die sich aufgrund der Änderungen bzw. Anpassungen des Wohngeldgesetzes ergeben, spiegeln sich deutlich in der Wohngeldstatistik wider. Tabelle 1 zeigt die langfristige Entwicklung der Wohngeldleistungen. Die Anzahl der Wohngeldempfänger hat seit dem Inkrafttreten des Wohngeldgesetzes im Jahr 1965 bis Mitte der siebziger Jahre kontinuierlich zugenommen. Bis Ende der siebziger Jahre war dann zunächst die Empfängerzahl rückläufig und erreichte erst nach der 5. Wohngeldnovelle in den Jahren 1981 und 1982 wieder annähernd den Stand von 1975. Zwischen 1983 und 1985 gingen die Empfängerzahlen dann wieder zurück. Infolge der 6. Wohngeldnovelle stieg die Zahl der Wohngeldempfänger 1986 erneut kräftig an und erreichte ihren bisherigen Höchststand.

Schaubild 1



Die Wohngeldnovellen haben jeweils zunächst zu einer Zunahme der Zahl der Wohngeldempfänger geführt. Ab dem zweiten Jahr nach den Novellen setzte dann das „Herauswachsen“ aus der Förderung ein, das heißt infolge von nominalen Einkommenserhöhungen überschritten Wohngeldempfänger die gesetzlich dafür vorgesehenen Höchstbeträge. Dies führte dazu, daß die Empfängerzah-

len bis zur nächsten Wohngeldanpassung zurückgingen. Weitgehend parallel zu den Schwankungen der Empfängerzahlen verlief auch die Ausgabenentwicklung. Üblicherweise steigen die Wohngeldausgaben nach den Novellen in den ersten beiden Jahren jeweils deutlich an, danach gehen sie in der Regel zurück.

Die im nachfolgenden beschriebenen Daten beziehen sich auf die Ergebnisse der Wohngeldstatistik zum Erhebungsstichtag 31. Dezember 1986.

Personenkreis der Wohngeldempfänger

Im Dezember 1986 bezogen rund 1,88 Mill. Haushalte Wohngeld — fast ein Viertel (+ 24,2 %) mehr als im Vorjahr. Dieser kräftige Anstieg der Empfängerzahlen ist auf die Erhöhung der Einkommensgrenzen zurückzuführen, bis zu denen Anspruch auf Wohngeld besteht; dadurch erweiterte sich der Kreis der Anspruchsberechtigten. Noch stärker als die Bezieherzahl stiegen infolge der Leistungsverbesserungen der 6. Wohngeldnovelle die Wohngeldausgaben (+ 36,8 %), die je zur Hälfte von Bund und Ländern finanziert werden. Im gesamten Jahr 1986 betragen sie rund 3,38 Mrd. DM, fast 1 Mrd. DM mehr als im Vorjahr. Seit Inkrafttreten des Wohngeldgesetzes ist dies der höchste Betrag, der für die Individualförderung von Wohnraum ausgegeben wurde.

Während die Zahl der Mietzuschußempfänger gegenüber dem Vorjahr um 22 % zunahm, stieg die Zahl der Lastenzuschußempfänger im gleichen Zeitraum um mehr als die Hälfte (+ 57,9 %). Insgesamt erhielten 1,73 Mill. Haushalte einen Mietzuschuß und 146 000 Haushalte einen Lastenzuschuß. Das Wohngeld kommt also vorrangig den Mietern zugute. Hauptgrund für die deutlich geringere Inanspruchnahme von Lastenzuschuß ist die Tatsache, daß die Eigen-

Tabelle 1: Privathaushalte und Haushalte mit Wohngeldempfang sowie gezahltes Wohngeld¹⁾

Jahr	Privat- haus- halte ²⁾ ins- gesamt	Empfänger von Wohngeld ³⁾			Davon						Im Berichtsjahr gezahlte Wohngeldbeträge ⁴⁾		
		ins- gesamt	Verände- rung gegenüber Vorjahr	Anteil von Spalte 1	Mietzuschuß			Lastenzuschuß			ins- gesamt	Verände- rung gegenüber Vorjahr	
					zu- sammen	Verände- rung gegenüber Vorjahr	Anteil von Spalte 2	zu- sammen	Verände- rung gegenüber Vorjahr	Anteil von Spalte 2			
		1 000	%		1 000	%		1 000	%		Mill. DM	%	
1965	21 211	394,9	—	1,9	356,2	—	90,2	38,8	—	9,8	160	—	
1970	21 991	908,3	+ 6,8	4,1	840,9	+ 9,3	92,6	67,4	- 17,2	7,4	599	+ 4,7	
1971	22 852	1 153,9	+ 27,0	5,0	1 065,5	+ 26,7	92,3	88,4	+ 31,2	7,7	845	+ 41,1	
1972	22 994	1 277,8	+ 10,7	5,6	1 197,6	+ 12,4	93,7	80,2	- 9,3	6,3	1 183	+ 40,1	
1973	23 233	1 301,6	+ 1,9	5,6	1 231,7	+ 2,9	94,6	69,8	- 13,0	5,4	1 134	- 4,2	
1974	23 651	1 649,9	+ 26,8	7,0	1 541,3	+ 25,1	93,4	108,7	+ 55,6	6,6	1 487	+ 31,0	
1975	23 722	1 665,7	+ 1,0	7,0	1 566,6	+ 1,6	94,1	99,1	- 8,8	5,9	1 643	+ 10,5	
1976	23 943	1 585,4	- 4,8	6,6	1 502,8	- 4,1	94,8	82,6	- 16,7	5,2	1 615	- 1,7	
1977	24 165	1 467,0	- 7,5	6,1	1 400,1	- 6,8	95,4	66,9	- 18,9	4,6	1 473	- 8,8	
1978	24 221	1 548,9	+ 5,6	6,4	1 453,6	+ 3,8	93,9	95,2	+ 42,3	6,1	1 789	+ 21,5	
1979	24 486	1 518,3	- 2,0	6,2	1 431,1	- 1,6	94,3	87,2	- 8,4	5,7	1 857	+ 3,8	
1980	24 811	1 485,7	- 2,1	6,0	1 407,2	- 1,7	94,7	78,5	- 10,0	5,3	1 835	- 1,2	
1981	25 100	1 609,0	+ 8,3	6,4	1 487,9	+ 5,7	92,5	121,1	+ 54,3	7,5	2 433	+ 32,6	
1982	25 336	1 610,9	+ 0,1	6,4	1 499,9	+ 0,8	93,1	111,0	—	6,9	2 667	+ 9,6	
1983 ⁵⁾		1 422,5	- 11,0 ⁷⁾		1 329,4	- 10,7 ⁷⁾	93,5	93,1	- 15,9 ⁷⁾	6,5	2 567	- 3,0 ⁷⁾	
1984		1 383,1	- 3,5 ⁸⁾		1 296,4	- 3,3 ⁸⁾	93,7	86,8	- 7,0 ⁸⁾	6,3	2 430	- 6,1 ⁸⁾	
1984 ⁶⁾		1 548,5	1		1 449,7	1	93,6	98,8	1	6,4	2 430	- 6,1 ⁸⁾	
1985	26 367	1 511,9	- 2,4	5,7	1 419,6	- 2,1	93,9	92,3	- 6,5	6,1	2 469	+ 1,6	
1986		1 877,3	+ 24,2		1 731,6	+ 22,0	92,2	145,7	+ 57,9	7,8	3 379	+ 36,8	

¹⁾ Im Gegensatz zu den früheren Jahren beinhalten die Ergebnisse ab einschl. Berichtsjahr 1985 zusätzlich die rückwirkenden Bewilligungen aus dem 1. Quartal des Folgejahres (Zur Problematik der rückwirkenden Bewilligungen siehe WiSta 9/1985, S. 752 ff.). — ²⁾ 1965 wohnberechtigte Bevölkerung, 1970 Ergebnis der Volkszählung am 27. 5.; sonst Ergebnisse des Mikrozensus im April 1971, 1972, 1974, 1977, 1978, 1979, 1980 bzw. Mai 1973, 1975, 1976, 1981, 1982 bzw. Juni 1985 — ³⁾ Jeweils am 31. 12 — ⁴⁾ Kassenbuchungen der Bewilligungsstellen im Kalenderjahr — ⁵⁾ Bundesgebiet ohne Kiel — ⁶⁾ Einschl. rückwirkender Bewilligungen aus dem 1. Quartal 1985. — ⁷⁾ Den Veränderungsraten wurde 1982 ohne Kiel zugrunde gelegt — ⁸⁾ Den Veränderungsraten wurde 1984 ohne Kiel zugrunde gelegt.

tümer von Häusern und Wohnungen im Schnitt über höhere Einkommen verfügen als die Mieter. Außerdem haben ältere Eigentümer ihre Schulden oft schon zurückgezahlt, so daß ihre Belastung relativ niedrig ist. Eine weitere Ursache könnte u. a. auch in der Unkenntnis des Rechtsanspruchs liegen. Es scheint noch nicht allgemein bekannt zu sein, daß Wohngeld nicht nur als Hilfe für Mieter, sondern auch zur Unterstützung des Erwerbs und der Sicherung von Wohneigentum in Anspruch genommen werden kann.

Der durchschnittliche Wohngeldanspruch je Haushalt stieg im Dezember 1986 gegenüber dem Vorjahr um 25 DM (+ 21,0 %) auf monatlich 144 DM; die Leistungen an Mieterhaushalte betragen dabei im Schnitt 143 DM, die Leistungen an Eigentümerhaushalte dagegen 163 DM.

Soziale Stellung und Haushaltsgröße

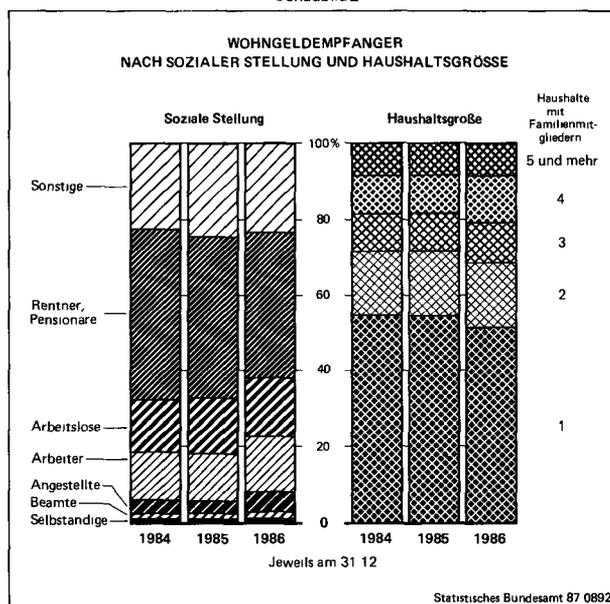
Von den Wohngeldempfängern waren 62 % nicht erwerbstätig; zum Großteil handelte es sich hierbei um Rentner und Pensionäre. Lediglich 23 % der Bezieher gingen einer beruflichen Tätigkeit nach, wovon allein nahezu zwei Drittel Arbeiter waren. Bei rund 15 % der Haushalte mit Wohngeldbezug war der Antragsteller arbeitslos.

Ein Vergleich mit den Vorjahresdaten verdeutlicht den Anpassungseffekt der 6. Wohngeldnovelle auf die soziale Struktur der Wohngeldempfänger. Zahlreiche Haushalte, die in den vergangenen Jahren aufgrund ihrer gestiegenen Einkommen aus der Wohngeldförderung herausgewachsen waren bzw. keinen Eingang fanden, gehören nunmehr wieder zum Kreis der Anspruchsberechtigten. So hat sich die Zahl der erwerbstätigen Wohngeldempfänger gegenüber 1985 weit überdurchschnittlich (+ 59 %) erhöht. Weit weniger stark zugenommen haben dagegen die Nichterwerbstätigen (+ 14 %), die traditionell größte Gruppe unter den Wohngeldempfängern.

Tabelle 2: Empfänger von Wohngeld am 31. Dezember 1986 nach sozialer Stellung und Haushaltsgröße

Soziale Stellung	Empfänger von Wohngeld insgesamt		Davon Haushalte mit . . . Familienmitgliedern			
	1 000	%	1	2	3 und 4	5 und mehr
			%			
Insgesamt	1 877,3	100	51,3	17,2	22,9	8,7
Erwerbstätige	432,8	23,1	2,7	2,6	11,8	5,9
Selbständige	15,7	0,8	0,1	0,1	0,4	0,2
Beamte	40,2	2,1	0,1	0,0	1,5	0,6
Angestellte	96,3	5,1	0,8	0,9	2,5	0,9
Arbeiter	280,6	14,9	1,7	1,6	7,5	4,2
Arbeitslose	283,3	15,1	7,3	2,8	3,7	1,3
Nichterwerbstätige	1 161,3	61,9	41,3	11,7	7,4	1,5
Rentner/Pensionäre	725,2	38,6	30,3	6,3	1,7	0,3
Studenten	36,0	1,9	1,2	0,3	0,4	0,0
Sonstige	400,0	21,3	9,9	5,0	5,3	1,1
Veränderung gegenüber 1985						
Insgesamt	+ 365,4	+ 24,2	+ 17,0	+ 23,9	+ 42,0	+ 28,7
Erwerbstätige	+ 160,6	+ 59,0	+ 40,2	+ 42,7	+ 80,9	+ 40,6
Selbständige	+ 5,0	+ 46,4	+ 36,7	+ 44,6	+ 56,8	+ 37,4
Beamte	+ 19,7	+ 96,3	+ 98,3	+ 121,4	+ 113,3	+ 60,7
Angestellte	+ 41,9	+ 77,1	+ 64,2	+ 54,4	+ 95,6	+ 69,8
Arbeiter	+ 94,0	+ 50,3	+ 29,3	+ 35,4	+ 72,7	+ 33,8
Arbeitslose	+ 61,6	+ 27,8	+ 36,2	+ 31,8	+ 18,1	+ 8,3
Nichterwerbstätige	+ 143,3	+ 14,1	+ 13,0	+ 18,7	+ 14,2	+ 9,4
Rentner/Pensionäre	+ 77,4	+ 11,9	+ 9,6	+ 22,0	+ 23,3	+ 5,6
Studenten	+ 9,8	+ 37,4	+ 48,4	+ 28,4	+ 20,2	+ 23,2
Sonstige	+ 56,1	+ 16,3	+ 21,1	+ 14,3	+ 11,1	+ 10,3

Schaubild 2



Der seit einigen Jahren anhaltende Anstieg des Anteils der Arbeitslosen unter den Wohngeldempfängern hat sich auch 1986 — wenn auch nur geringfügig — fortgesetzt. Berücksichtigt man weiter, daß fast jeder dritte Wohngeldbezieher gleichzeitig Sozialhilfe erhält, so verdeutlicht dies, daß das Wohngeld verstärkt Aufgaben der sozialen Sicherung wahrnimmt und mittlerweile zu einem wichtigen Bestandteil des sozialen Netzes geworden ist.

Die Gliederung der Empfänger von Wohngeld nach der Haushaltsgröße zeigt, daß die Wohngeldleistungen nach wie vor überwiegend an Ein- und Zweipersonenhaushalte gezahlt werden (68 %). Gegenüber dem Vorjahr gab es hier jedoch eine Verschiebung zugunsten der größeren Haushalte: Während der Anteil der Einpersonenhaushalte um 3,2 Prozentpunkte zurückging, erhöhte sich der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen im selben Ausmaß. Letztere Gruppe, die nunmehr knapp 32 % der Wohngeldbezieher ausmacht, hatte in 56 % der Fälle einen erwerbstätigen Haushaltsvorstand. Ein anderes Bild ergibt sich bei den Ein- und Zweipersonenhaushalten; bei diesen war der Antragsteller in über drei Vierteln der Fälle nicht erwerbstätig.

Wohnsituation der Wohngeldempfänger

Die Wohnungen der Wohngeldempfänger sind im allgemeinen gut ausgestattet, über drei Viertel (77,7 %) der Wohngeldbezieher lebten in Wohnungen mit Sammelheizung und Bad. Schlecht ausgestattete Wohnungen finden sich vornehmlich in den vor 1948 fertiggestellten Altbauten, in denen knapp 22 % der Empfängerhaushalte wohnen. Die Ausstattungs- und Baualtersstruktur der von den Wohngeldbezieher bewohnten Wohnungen ändert sich kurzfristig nur geringfügig. Langfristig gesehen ist aber deutlich erkennbar, daß auch die Empfänger von Wohngeld zunehmend in besser ausgestatteten sowie neueren Wohnungen wohnen.

Während sich die Größe der von den Wohngeldbezieher bewohnten Wohnungen in den vergangenen Jahren kaum

Tabelle 3: Empfänger von Wohngeld am 31. Dezember 1986 nach Größe, Ausstattung und Bezugfertigkeit der Wohnung und nach der Art des Zuschusses

Gegenstand der Nachweisung	Empfänger von Wohngeld			Davon			
	insgesamt		Veränderung gegenüber 1985	Mietzuschuß		Lastenzuschuß	
	1 000	%		zusammen	Veränderung gegenüber 1985	zusammen	Veränderung gegenüber 1985
Insgesamt	1 877,3	100	+ 24,2	92,2	+ 22,0	7,8	+ 57,9
nach der Wohnungsgröße							
von bis unter ... m ²							
unter 40	330,8	17,6	+ 15,1	99,8	+ 15,1	0,2	+ 14,2
40-80	1 104,1	58,8	+ 20,2	98,2	+ 20,0	1,8	+ 35,4
80 und mehr	442,4	23,6	+ 44,5	71,7	+ 38,5	28,3	+ 62,4
nach der Ausstattung der Wohnung							
ohne Sammelheizung und ohne Bad/Duschraum	74,1	3,9	+ 1,5	98,1	+ 1,4	1,9	+ 9,9
nur mit Sammelheizung oder nur mit Bad/Duschraum	343,9	18,3	+ 12,7	96,3	+ 12,2	3,7	+ 24,4
mit Sammelheizung und mit Bad/Duschraum	1 459,4	77,7	+ 28,7	91,0	+ 26,1	9,0	+ 62,9
nach der Bezugfertigkeit von Wohnraum							
Altbauwohnungen	405,8	21,6	+ 18,8	95,4	+ 17,8	4,6	+ 44,7
Neubauwohnungen	1 471,5	78,4	+ 25,7	91,4	+ 23,2	8,6	+ 60,0
bezugsfertig ab:							
1948-1965	666,7	35,5	+ 21,7	96,1	+ 20,9	3,9	+ 45,1
1966-1971	264,3	14,1	+ 22,3	94,7	+ 21,6	5,3	+ 36,0
1972-1977	272,0	14,5	+ 22,4	91,3	+ 21,2	8,7	+ 37,4
1978 und später	268,5	14,3	+ 45,7	76,5	+ 36,4	23,5	+ 86,8

verändert hatte, nahm die durchschnittliche Wohnfläche, die den Mietzuschußempfängern zur Verfügung stand, bei allen Haushaltsgrößen gegenüber dem Vorjahr um 1 bis 2 m² zu; lediglich bei den Einpersonenhaushalten blieb sie konstant (46 m²). Zur Beurteilung der Wohnflächenversorgung nach Haushaltsgrößen können die Richtflächen herangezogen werden, an denen sich die Höchstbeträge für Miete und Belastung orientieren. Demnach erreichen im Durchschnitt die Mieterhaushalte mit vier und mehr Personen weiterhin nicht die Richtflächen, während die durchschnittliche Wohnflächenversorgung der Haushalte mit ein bis drei Personen relativ gut ist.

Die durchschnittlichen Wohnflächen der Eigentümerhaushalte mit Wohngeld sind gegenüber dem Vorjahr ebenfalls geringfügig angestiegen. Diese liegen jedoch im Gegensatz zu den Mieterhaushalten allesamt erheblich über den Richtflächen.

Wohnkosten

Miete im Sinne des Wohngeldgesetzes ist das Entgelt für die Gebrauchsüberlassung von Wohnraum. Zur zuschufähigen Miete gehören auch bestimmte Umlagen, Zuschläge und Vergütungen, zum Beispiel Kosten des Wasserverbrauchs, der Abwasser- und Müllbeseitigung. Zur Belastung zählen der Kapitaldienst wie Zinsen, Tilgung usw. sowie die Aufwendungen für die Bewirtschaftung, zu denen Instandhaltungs-, Betriebs- und Verwaltungskosten zu rechnen sind.

Die durchschnittlichen monatlichen Wohnkosten der Empfängerhaushalte erhöhten sich binnen Jahresfrist von 377 auf 409 DM (+ 8,5 %). Diese relativ hohe Steigerungsrate muß jedoch vor dem Hintergrund der vielfältigen Struktureffekte gesehen werden, die bereits an anderer Stelle erwähnt wurden: Aufgrund des gestiegenen Anteils der Mehrpersonenhaushalte wurde das Wohngeld ver-

hältnismäßig häufiger für entsprechend größere Wohnungen gewährt, deren Monatsmieten — absolut gesehen — höher sind. Gleichzeitig nahm bei fast allen Haushaltsgrößen die durchschnittlich benutzte Wohnfläche zu. Ein weiterer Teil der gestiegenen Wohnkosten ist sicherlich auch auf die novellenbedingte Einbeziehung höherer Einkommensschichten zurückzuführen, die in aller Regel in entsprechend teureren Wohnungen leben. Zu nennen wäre weiterhin noch der gestiegene Anteil der Lastenzuschußempfänger; deren monatliche Belastung liegt zum Teil erheblich über den Mietzahlungen der Empfänger von Mietzuschuß. Schließlich stehen den höheren Wohnkosten auch teilweise qualitative Verbesserungen der Wohnungen gegenüber.

Schaubild 3

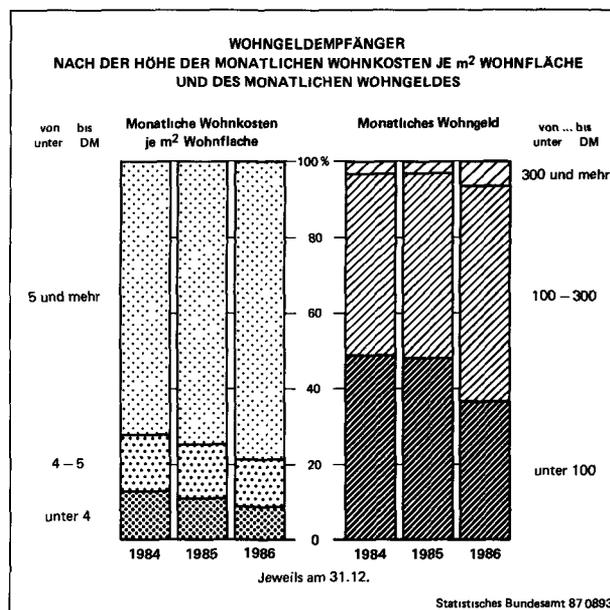


Tabelle 4: Empfänger von Wohngeld am 31. Dezember 1986 nach Ausstattung, Bezugsfertigkeit und öffentlicher Förderung der Wohnung sowie Höhe der monatlichen Miete bzw. Belastung je m² Wohnfläche

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Davon mit monatlicher Miete bzw Belastung je m ² Wohnfläche von . . bis unter . DM			Durchschnittliche monatliche Miete bzw Belastung je m ² Wohnfläche DM	Überschreitung der Höchstbeträge für Miete bzw. Belastung	
		unter 4	4 – 5	5 und mehr		1 000	% v Sp. 1
		%					
Empfänger von Wohngeld	1 877,3	8,7	12,6	78,6	6,48	626,1	33,4
davon:							
Mietzuschuß	1 731,6	7,9	12,9	79,2	6,37	528,7	30,5
Lastenzuschuß	145,7	18,9	9,7	71,5	7,15	97,4	66,9
Insgesamt	1 639,8	Hauptmieter			6,31	514,5	31,4
		nach der Ausstattung der Wohnung					
mit Sammelheizung und mit Bad/Duschraum	1 274,3	3,7	9,0	87,4	6,65	388,0	30,4
mit sonstiger Ausstattung	365,4	23,6	28,6	47,8	4,94	126,5	34,6
		nach der Bezugsfertigkeit von Wohnraum					
bis 1948	359,7	17,2	18,8	64,0	5,67	129,3	36,0
1948 – 1965	614,4	8,0	17,1	74,9	5,99	203,6	33,1
1966 – 1971	237,1	4,0	7,6	88,4	6,66	67,4	28,4
1972 – 1977	235,5	3,0	6,9	90,0	6,94	66,1	28,0
1978 und später	193,1	2,7	6,3	91,0	7,06	48,1	24,9
		nach der öffentlichen Förderung der Wohnung					
nicht öffentlich gefördert	971,7	11,5	14,6	73,9	6,24	356,3	36,7
öffentlich gefördert	668,1	3,3	11,5	85,3	6,41	158,2	23,7

Der Anstieg der monatlichen Wohnkosten relativiert sich, wenn man die Flächenkomponente mitberücksichtigt und nach den Empfängergruppen differenziert. So erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr die durchschnittlichen Quadratmetermieten der Mietzuschußempfänger nur um 3,4 % auf 6,37 DM. Dieser Anstieg liegt allerdings noch über der allgemeinen Mietenentwicklung des entsprechenden Zeitraums (+ 2 %). Unter den Empfängern von Mietzuschuß war bei den Hauptmietern eine leicht überdurchschnittliche Mietensteigerung zu beobachten. Deren durchschnittliche Quadratmetermiete stieg binnen Jahresfrist um 3,6 %; in den Altbauwohnungen betrug hier der Anstieg sogar 6,0 % und in den frei finanzierten Wohnungen 5,1 %. Die Quadratmetermieten in den frei finanzierten Wohnungen sind jedoch nach wie vor niedriger als die in den öffentlich geförderten Wohnungen. Dasselbe gilt für die Altbauwohnungen im Vergleich zu den relativ teureren Wohnungen jüngerer Baudatums. Die Belastung der Empfänger von Lastenzuschuß lag im Dezember 1986 bei 7,15 DM je m² Wohnfläche; gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen kräftigen Anstieg um 7,7 %.

Einkommensverhältnisse und Wohngeldanspruch

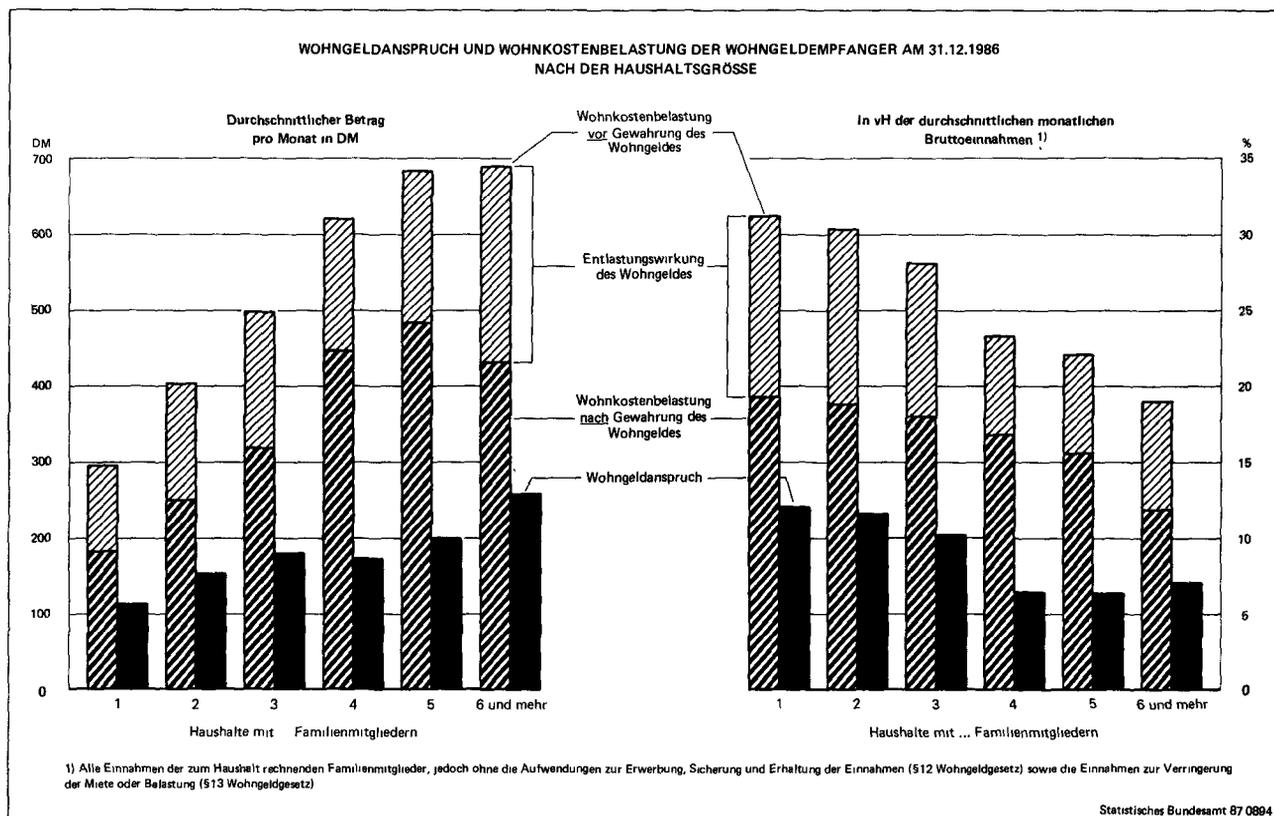
Das Wohngeld bemißt sich im Einzelfall nach der Haushaltsgröße und dem Verhältnis von Wohnkosten zum Familieneinkommen. Das Familieneinkommen berechnet sich aus den gesamten Einnahmen des Haushaltes, von denen bestimmte Einkommensbestandteile einschließlich des Kindergeldes sowie Freibeträge für besondere Personengruppen und Pauschalen für Steuern und Sozialversicherungsbeiträge abgezogen werden. Diese Freibeträge sollen besonderen finanziellen Belastungen bei bestimmten Personengruppen, wie beispielsweise Schwerbehinderten oder Alleinerziehenden, Rechnung tragen.

Die aussagefähigste Größe zur Beurteilung der Einkommenssituation der Wohngeldempfänger wäre zweifellos deren verfügbares Einkommen. Aus erhebungstechnischen Gründen ist es jedoch in der Wohngeldstatistik nicht möglich, zuverlässige Angaben darüber zu ermitteln. Aus diesem Grund ist die Darstellung der Einkommenssituation der Wohngeldbezieher nur anhand des Familieneinkommens möglich, das der Wohngeldberechnung zugrunde liegt, oder aufgrund der Bruttoeinnahmen (alle Einnahmen der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder, jedoch ohne die Werbungskosten sowie die Einnahmen zur Verringerung der Miete oder Belastung nach § 13 WoGG). Das verfügbare Einkommen ist in der Regel höher als das wohngeldrechtliche Familieneinkommen, jedoch niedriger als die Bruttoeinnahmen.

Aufgrund der Einbeziehung höherer Einkommensschichten durch die Wohngeldnovelle sind im Durchschnitt die Bruttoeinnahmen und die Familieneinkommen der Wohngeldempfänger erheblich angestiegen; im Vergleich zum Vorjahr um 15 bzw. 16 %. Überdurchschnittliche Steigerungsraten gab es bei den Haushalten mit drei und vier Familienmitgliedern. Wie bereits erwähnt, zählt diese Gruppe in verstärktem Maße zu den Neuzugängen bei der Wohngeldförderung. Das durchschnittliche monatliche Familieneinkommen aller Wohngeldbezieher lag im Dezember 1986 bei 1 011 DM. Gemessen an den Bruttoeinnahmen von 1 513 DM waren dies knapp 67 %. Dieser Anteil reichte von 71 % bei den Zweipersonenhaushalten bis zu 57 % bei den Familien mit sechs und mehr Personen. Dies bedeutet, daß — von den Einpersonenhaushalten einmal abgesehen — mit zunehmender Haushaltsgröße relativ höhere Beträge abgesetzt werden konnten.

Im Dezember 1986 lag der durchschnittliche Wohngeldanspruch je Haushalt bei 144 DM. Durch die Leistungsverbesserungen der Wohngeldnovelle erhöhte sich dieser

Schaubild 4



Betrag gegenüber dem Vorjahr um 21 %. Während sich die durchschnittlich gezahlten Wohngeldbeträge der Mietzuschußempfänger sowohl hinsichtlich der Höhe (143 DM) als auch ihrer Struktur nach nicht wesentlich von den Werten für alle Bezieher unterscheiden, zeigt sich bei den Lastenzuschußempfängern ein deutlich anderes Bild. Diese erhalten in aller Regel höhere Wohngeldleistungen, im Durchschnitt 163 DM.

Wie schon in den Vorjahren nahm auch im Berichtsjahr mit steigender Haushaltsgröße der Wohngeldanspruch zu, Einpersonenhaushalten wurde ein durchschnittliches Wohngeld von 114 DM monatlich gezahlt, Haushalte mit

sechs und mehr Personen erhielten hingegen Wohngeld in Höhe von 259 DM. Die Steigerungsraten der Wohngeldleistungen gegenüber dem Vorjahr waren bei den einzelnen Haushaltsgrößen unterschiedlich. Während diese bei

Tabelle 6: Empfänger von Wohngeld am 31. Dezember 1986 nach Haushaltsgröße und Höhe des monatlichen Wohngeldes

Art des Zuschusses Haushaltsgröße	Insgesamt	Davon mit monatlichem Wohngeld von ... bis unter ... DM			Durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch		Veränderung gegenüber Vorjahr
		unter 100	100 bis 300	300 und mehr	insgesamt	%	
Empfänger von Wohngeld ...	1 877,3	100	36,5	57,2	6,3	144	+21,0
Mietzuschuß . . .	1 731,6	92,2	36,9	57,1	6,0	143	+21,2
Lastenzuschuß . . .	145,7	7,8	31,8	58,4	9,9	163	+20,7
nach der Haushaltsgröße							
Haushalte von Alleinstehenden . . .	963,6	51,3	45,9	53,7	0,4	114	+22,6
mit 2 Familienmitgliedern	322,0	17,2	29,9	65,3	4,9	154	+24,2
mit 3 Familienmitgliedern	199,2	10,6	25,7	61,1	13,3	180	+17,6
mit 4 Familienmitgliedern	230,0	12,3	28,9	57,3	13,8	174	+13,0
mit 5 Familienmitgliedern	100,8	5,4	21,3	59,7	19,0	200	+16,3
mit 6 Familienmitgliedern und mehr	61,7	3,3	12,7	53,6	33,8	259	+15,1

Tabelle 5: Durchschnittliche monatliche Bruttoeinnahmen, Familieneinkommen und Wohnkostenbelastung der Wohngeldempfänger am 31. Dezember 1986 nach der Haushaltsgröße

Haushalte mit ... Familienmitgliedern	Durchschnittliche monatliche						
	Bruttoeinnahmen ¹⁾	Familieneinkommen ²⁾	Wohnkostenbelastung . . . Gewährung des Wohngeldes				
			vor		nach		
DM	% v. Sp. 1	DM	% v. Sp. 1	DM	% v. Sp. 1		
Insgesamt . . .	1 513	1 011	66,8	409	264	27,0	17,5
1	944	659	69,8	295	181	31,2	19,2
2	1 329	938	70,6	404	250	30,4	18,8
3	1 764	1 192	67,6	498	318	28,2	18,0
4	2 669	1 753	65,7	621	447	23,3	16,8
5	3 102	1 917	61,8	684	484	22,1	15,6
6 und mehr . . .	3 627	2 057	56,7	690	431	19,0	11,9

1) Alle Einnahmen der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder, jedoch ohne die Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen (§ 12 Wohngeldgesetz) sowie die Einnahmen zur Verringerung der Miete oder Belastung (§ 13 Wohngeldgesetz). — 2) Alle Einnahmen der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder abzüglich der Beträge, die nach den §§ 12 bis 17 Wohngeldgesetz abzusetzen sind.

den Ein- und Zweipersonenhaushalten überdurchschnittlich ausfielen, nahmen die Zahlungen an die Mehrpersonenhaushalte nur unterdurchschnittlich zu.

Entlastungswirkung des Wohngeldes

Im Mittel erhielten die Wohngeldempfänger Leistungen in Höhe von 35,2 % ihrer Wohnkosten, im Vorjahr belief sich dieser Wert auf 31,6 %. Durch den Bezug von Wohngeld sanken 1986 im Durchschnitt die Wohnkosten von 409 auf 264 DM. Unter Berücksichtigung des Wohngeldes betragen demnach bei den Wohngeldempfängern die selbst zu tragenden Wohnkosten einschließlich der Umlagen, aber ohne Heizung, durchschnittlich 17,5 % der Bruttoeinnahmen¹⁾. Wie aufgrund der Wohngeldnovelle zu erwarten war, hat sich damit dieser Belastungssatz im Vergleich zum Vorjahr reduziert, und zwar um gut zwei Prozentpunkte.

Die Wohnkostenbelastung nach Wohngeldgewährung streut relativ breit. Im Jahr 1986 hatten 40 % der Empfänger nach Wohngeldgewährung eine Belastung unter 15 %, knapp 45 % eine Belastung von 15 bis 25 % und die übrigen 16 % eine Belastungsquote von über 25 % der Bruttoeinnahmen. Bei kleinen Haushalten sowie bei geringen Einkommen ist diese Quote im allgemeinen höher. So lag der Anteil der selbst zu tragenden Wohnkosten an den Bruttoeinnahmen der Haushalte mit ein bis drei Personen durchschnittlich bei 18 bis 19 %, bei Haushalten mit vier und mehr Personen dagegen durchschnittlich bei 12 bis 17 %.

Regionales Mietenniveau

Wohngeld wird nicht für unangemessen hohe Wohnkosten gewährt. Bei der Wohngeldberechnung werden die Wohnkosten der Wohngeldempfänger nur bis zu bestimmten Obergrenzen berücksichtigt. Die Höchstbeträge für Miete und Belastung sollen die marktüblichen Mieten berücksichtigen und damit verhindern, daß darüber hinausgehende Kosten für besonders teure oder große Wohnungen zu entsprechend höheren Wohngeldleistungen führen. Die Höchstbeträge sind von mehreren Faktoren abhängig. Nach dem bisher gültigen Wohngeldgesetz war hierfür neben der Familiengröße sowie der Bezugsmöglichkeit und Ausstattung der Wohnung die Einwohnerzahl der Wohnsitzgemeinde — unterteilt nach drei Gemeindegrößen-

Benklassen — maßgebend. Die Differenzierung der Höchstbeträge nach den Gemeindegrößenklassen beruhte auf der Annahme, daß zwischen der Einwohnerzahl und dem Mietenniveau einer Gemeinde ein enger Zusammenhang besteht.

Umfangreiche Untersuchungen haben jedoch ergeben, daß eine Ausrichtung der Höchstbeträge an der Gemeindegröße den örtlichen Wohnkostenunterschieden nur unzureichend Rechnung trägt; nicht in jedem Fall steigen die Wohnkosten mit der Gemeindegröße. So weisen vielfach die kleineren Gemeinden im Umland von Großstädten mit hohen Mieten ein ebenfalls hohes Mietenniveau auf. Demgegenüber ist in einigen Großstädten, wie zum Beispiel Berlin (West), die Lage auf dem Wohnungsmarkt relativ entspannt, so daß hier generelle Miethöchstbeträge nicht gerechtfertigt erscheinen.

Im novellierten Wohngeldgesetz wurde deshalb die Treffsicherheit der Miethöchstbeträge verbessert, indem ihre bisherige Differenzierung nach Gemeindegrößenklassen ersetzt wurde, und zwar durch fünf Mietstufen, die auf das tatsächliche örtliche Mietenniveau abstellen. Dieses örtliche Mietenniveau bestimmt sich als durchschnittliche prozentuale Abweichung der Quadratmetermieten in der betrachteten Gemeinde von den Quadratmetermieten vergleichbaren Wohnraums im Bundesdurchschnitt; es werden hierbei nur die Mieten von wohngeldbeziehenden Hauptmietern berücksichtigt.

Das Mietenniveau gibt also an, ob Wohnraum vor Ort gemessen an den bundesdurchschnittlichen Quadratmetermieten vergleichbarer Wohnungen relativ teuer oder relativ billig ist. Eine Abweichung um + 10 % bedeutet beispielsweise, daß in der betrachteten Gemeinde die Quadratmetermieten der Hauptmieter mit Wohngeld durchschnittlich um 10 % höher als die bundesdurchschnittlichen Mieten vergleichbarer Wohnungen liegen.

Die Berechnung des regionalen Mietenniveaus der Gemeinden, das der 6. Wohngeldnovelle zugrunde liegt, erfolgte in enger Zusammenarbeit mit der amtlichen Statistik, und zwar auf der Grundlage der Ergebnisse der Wohngeldstatistik zum 31. Dezember 1984. Für Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern wurde jeweils ein gesondertes Mietenniveau, für kleinere Gemeinden ein nach Kreisen zusammengefaßtes Mietenniveau ermittelt. Durch Rechtsverordnung wurden die Gemeinden entspre-

¹⁾ In den Bruttoeinnahmen sind — wie erwähnt — insbesondere noch die Steuern sowie die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung enthalten.

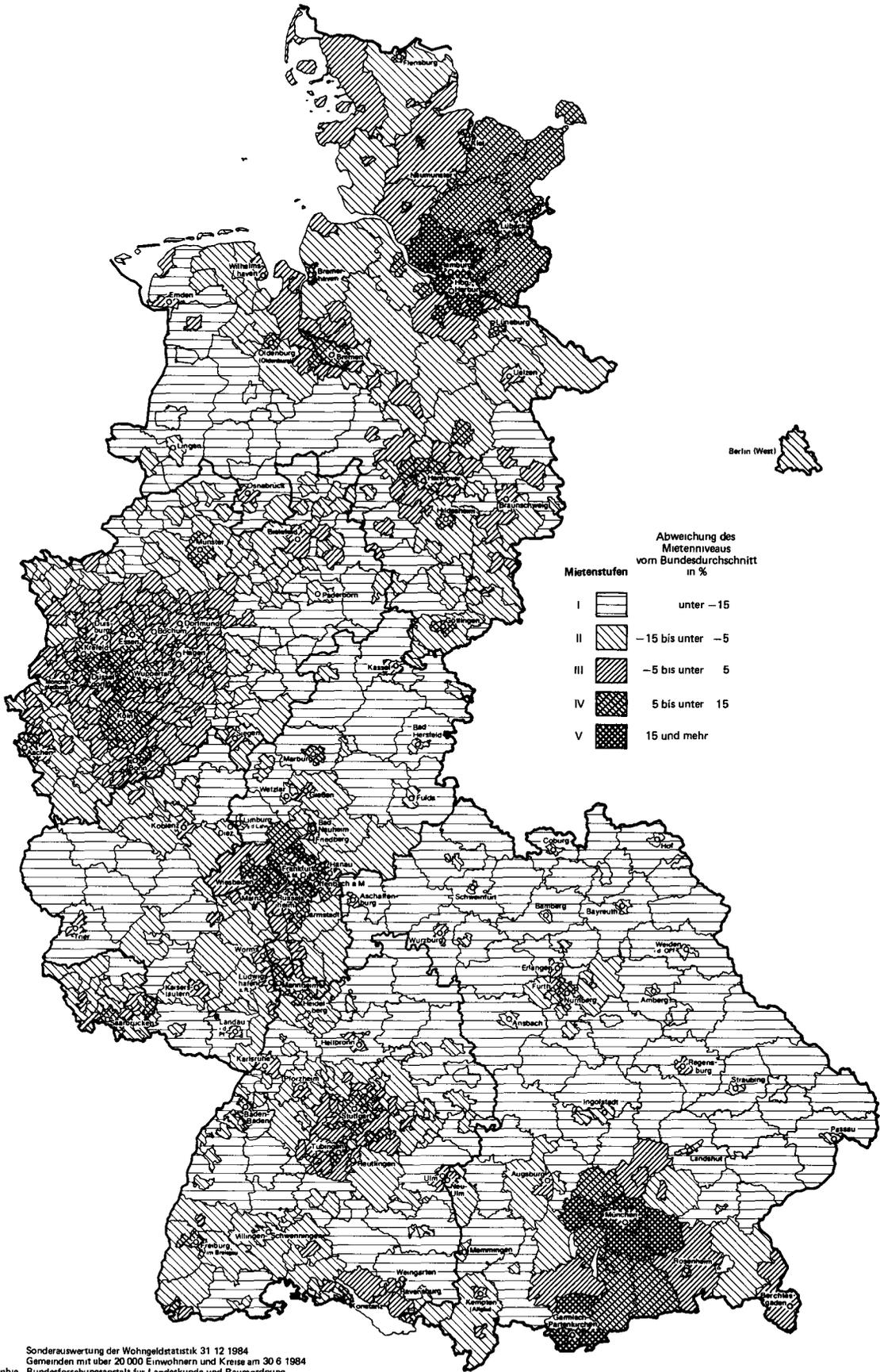
Tabelle 7: Empfänger von Wohngeld am 31. Dezember 1986 nach Mietenstufe der Gemeinde, Art des Zuschusses, durchschnittlicher monatlicher Miete und Überschreitungsquote der Mietobergrenzen

Mietenstufe	Abweichung des Mietenniveaus vom Bundesdurchschnitt in %	Empfänger von Wohngeld insgesamt		Davon				Durchschnittliche monatliche Miete der Hauptmieter je m ² Wohnfläche DM	Überschreitungsquote der Mietobergrenzen bei den Mietzuschußempfängern %
				Mietzuschuß		Lastenzuschuß			
		1 000	%	1 000	%	1 000	%		
I	unter - 15	228,6	12,2	176,8	10,2	51,8	35,6	4,91	29,3
II	- 15 bis unter - 5	380,5	20,3	337,8	19,5	42,7	29,3	5,60	31,3
III	- 5 bis unter 5	559,3	29,8	529,0	30,5	30,3	20,8	6,27	30,5
IV	5 bis unter 15	443,3	23,6	427,4	24,7	15,9	10,9	6,83	29,6
V	15 und mehr	260,5	13,9	255,6	14,8	4,9	3,4	7,71	32,0
Altfälle ¹⁾		5,2	0,3	5,1	0,3	0,1	0,0	5,64	35,7
	Insgesamt	1 877,3	100	1 731,6	100	145,7	100	6,31	30,5

¹⁾ Fälle, bei denen § 8 WoGG noch in der bis 31. Dezember 1985 geltenden Fassung angewandt wurde (Gemeindegrößenklassen statt Mietenstufen).

Schaubild 5

MIETENSTUFEN 1984
 VON WOHNRAUM DER HAUPTMIETER UNTER DEN WOHNSELDEMPFÄNGERN



Quelle Sonderauswertung der Wohngeldstatistik 31 12 1984
 Grenzen Gemeinden mit über 20 000 Einwohnern und Kreise am 30 6 1984
 Kartographie Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung

Statistisches Bundesamt 87 0896

chend ihrem festgestellten örtlichen Mietenniveau in fünf Mietenstufen eingeordnet. Diese Mietenstufen der Gemeinden werden bis zur nächsten Anpassung der zuschufähigen Höchstbeträge bei der Wohngeldberechnung maßgebend sein; sie sind in Schaubild 5 für die gesamte Bundesrepublik kartographisch dargestellt.

Deutlich erkennbar sind hier die Hochkostenregionen mit einem überdurchschnittlichen Mietenniveau. Zu diesen zählen im wesentlichen der Raum München, das Rhein-Main-Gebiet, die Rheinschiene zwischen Düsseldorf und Bonn sowie der Raum Hamburg mit dem östlichen Schleswig-Holstein. Das relativ hohe Mietenniveau besteht hier nicht nur in den Kernstädten der Regionen, sondern auch in den umliegenden Randgemeinden. In diesen verhältnismäßig teureren Wohngegenden der Mietenstufen 4 und 5 lebte Ende 1986 gut ein Drittel (37 %) aller Wohngeldempfänger. Von den Lastenzuschufempfängern besaßen nur 14 % ein Haus bzw. eine Eigentumswohnung in diesen Gebieten. Ausschlaggebend für diesen niedrigen Anteil dürften hier insbesondere die teuren Grundstückspreise sein. Im Dezember 1986 mußten die wohngeldbeziehenden Hauptmieter in Gemeinden der Mietenstufe 5 im Schnitt 7,71 DM je m² Wohnfläche zahlen; in den Gemeinden der Mietenstufe 4 belief sich dieser Wert auf 6,83 DM. Im Gegensatz zum allgemeinen Durchschnitt lagen in den Gemeinden der Mietenstufen 4 und 5 die Quadratmetermieten der Sozialwohnungen unter denen der frei finanzierten Wohnungen.

Ein durchschnittliches Mietenniveau findet sich im wesentlichen in weiten Teilen Nordrhein-Westfalens, insbesondere im Ruhrgebiet, im westlichen Schleswig-Holstein sowie im Umkreis von Bremen, Hannover und Stuttgart. In den Gemeinden der Mietenstufe 3 lebte zum Berichtszeitpunkt knapp ein Drittel (30 %) der Wohngeldempfänger. Die durchschnittliche Quadratmetermiete der Hauptmieter belief sich hier auf 6,27 DM.

Den flächenmäßig weitaus größten Anteil nehmen die Gebiete mit unterdurchschnittlichem Mietenniveau ein. Hierbei handelt es sich vorwiegend um ländliche bzw. strukturschwache Regionen. Dazu zählen insbesondere Bayern (mit Ausnahme von Oberbayern und dem Raum Nürnberg), weite Teile von Baden-Württemberg (ohne den Raum Stuttgart und Tübingen), von Rheinland-Pfalz und vom Saarland; ferner Nordhessen mit den daran angrenzenden Gebieten sowie das westliche Niedersachsen und schließlich auch Berlin (West). Im Gegensatz zu dem großen Flächenanteil, den die Gebiete der Mietenstufe 2 und 1 ausmachen, lebten dort jedoch nur 32 % der Wohngeldempfänger. Auffallend stark vertreten sind hier jedoch die Empfänger von Lastenzuschuf, die in diesen Regionen zu 65 % ihr Eigenheim besaßen. Entsprechend der niedrigen Mietenstufen beliefen sich die durchschnittlichen Quadratmetermieten der Hauptmieter auf 5,60 DM (Stufe 2) bzw. 4,91 DM (Stufe 1).

Die zuschufähigen Höchstbeträge für Miete und Belastung sind so gestaffelt, daß diese um so höher liegen, je höher die Mietenstufe einer Gemeinde ist. Dasselbe gilt bei zunehmender Haushaltsgröße, besserer Wohnungsausstattung und bei neueren Wohnungen. Mieterhöhun-

gen bewirken für sich genommen nur dann Wohngeldmehrlastungen, solange die zuschufähigen Höchstbeträge nicht überschritten sind. Sobald die Wohnkosten über den Höchstbeträgen liegen, müssen die Mietsteigerungen vollständig vom Wohngeldempfänger getragen werden. Aufgrund der Anhebung dieser Obergrenzen durch die 6. Wohngeldnovelle verringerte sich der Anteil der Wohngeldempfänger mit einer Miete bzw. Belastung über den Höchstbeträgen erheblich. Diese sogenannte Überschreitungsquote lag im Dezember 1986 bei 33,4 %; im Vorjahr betrug sie dagegen noch 54 %. Lediglich bei den Lastenzuschufempfängern ist diese Quote nur geringfügig zurückgegangen. Deren Überschreitungsquote war zum Berichtszeitpunkt mit 67 % weiterhin überdurchschnittlich hoch (siehe Tabelle 4).

Ein Blick auf die Überschreitungsquoten der Mietzuschufempfänger innerhalb der einzelnen Mietenstufen zeigt, daß sie sich nur geringfügig voneinander unterscheiden (siehe Tabelle 7). Im bisherigen System der Gemeindegrößenklassen differierten die Werte wesentlich stärker. Dies kann wohl als Indiz dafür gewertet werden, daß durch die vorgenommene Systemumstellung insgesamt eine sachgerechtere Einstufung der Gemeinden erzielt werden konnte.

Dipl.-Kaufmann Hermann Seewald

Hochschulfinanzen

1978 bis 1985

Die öffentlichen Ausgaben und Einnahmen der Hochschulen werden seit jeher im Rahmen der Rechnungsstatistik der öffentlichen Haushalte nachgewiesen, und zwar zusammengefaßt nach Hochschularten und untergliedert nach Ausgabe- und Einnahmearten. Für Zwecke der Bildungspolitik reichen diese Angaben nicht aus. Daher wurde im Hochschulstatistikgesetz¹⁾ eine spezielle Hochschulfinanzstatistik angeordnet, die Angaben über die einzelnen Hochschulen in fachlicher und haushaltsmäßiger Gliederung bringt und sich nicht nur auf die öffentlichen, sondern auch auf die privaten Hochschulen bezieht.

Für den Zeitraum von 1973 bis 1977, in dem ein schrittweiser Aufbau des Berichtskreises erfolgte, liegen keine vollständigen Ergebnisse aus der Hochschulfinanzstatistik vor. Der nachstehende Beitrag beginnt deshalb mit dem Berichtsjahr 1978, in dem die Finanzdaten von 247 Hochschulen erfaßt wurden. Die Anzahl der in die Statistik einbezogenen Hochschulen erhöhte sich bis 1985 weiter auf 255. Zu größeren Veränderungen kam es bei den einzelnen Hochschularten. Im Untersuchungszeitraum wurden zwei pädagogische Hochschulen (Hildesheim, Lüneburg) und drei Gesamthochschulen (Eichstätt, Bamberg, Hochschule der Bundeswehr/München) in Universitäten umgewandelt. Außerdem wurden sechs pädagogische Hochschulen (Dortmund, Köln, Münster, Berlin [West], Esslingen, Lörrach) geschlossen bzw. in andere Hochschulen eingegliedert, mehrere Fachhochschulen in den Berichtskreis aufgenommen (z. B. 1980 sechs private Fachhochschulen in Baden-Württemberg) bzw. umstrukturiert (z. B. Zusammenschluß von vier Fachhochschulen in Bremen 1983). Diese Entwicklung muß bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt werden.

Die in die Hochschulfinanzstatistik einbezogenen Hochschulen verteilten sich 1978 bzw. 1985 wie folgt auf die einzelnen Hochschularten:

	1978	1985
Universitäten	51	56
Gesamthochschulen	11	8
Hochschulkliniken	27	27
Pädagogische Hochschulen	19	11
Theologische Hochschulen	10	11
Kunsthochschulen	26	26
Fachhochschulen		
(ohne Verwaltungsfachhochschulen)		94
Verwaltungsfachhochschulen		22
Insgesamt ..	247	255

Grundsätzlich sind in der Hochschulfinanzstatistik die Hochschulen in der gleichen Weise abgegrenzt wie in den übrigen Hochschulstatistiken. Allerdings lassen sich aus erhebungstechnischen und haushaltswirtschaftlichen Gründen Abweichungen nicht immer vermeiden. So wer-

den beispielsweise in der Hochschulfinanzstatistik die Finanzdaten der Tierärztlichen Hochschule und der Universität Hannover zusammengefaßt und die Finanzdaten der Medizinischen Universität Lünebeck unter den Hochschulkliniken nachgewiesen. Außerdem ist es bisher nicht möglich gewesen, alle Verwaltungsfachhochschulen in die Hochschulfinanzstatistik einzubeziehen. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß in Einzelfällen die Einnahmen und Ausgaben neugegründeter privater Hochschulen nicht im Gründungsjahr, sondern erst in den Folgejahren in der Hochschulfinanzstatistik erfaßt werden.

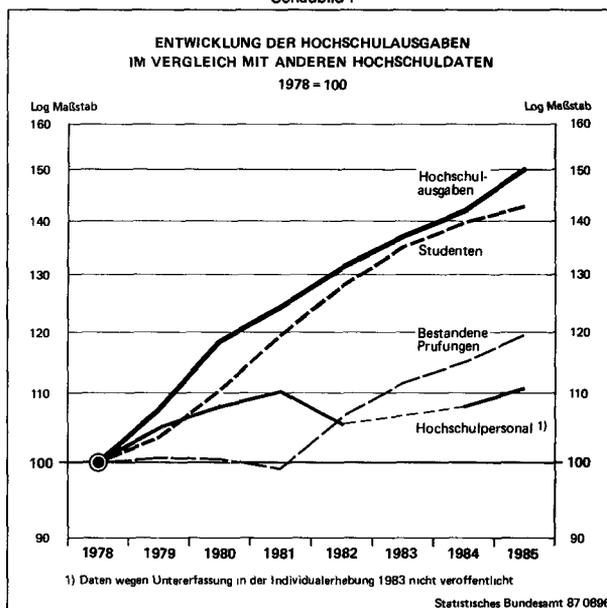
Entwicklung der Hochschulausgaben von 1978 bis 1985

Die Ausgaben der Hochschulen beliefen sich 1985 auf 23,2 Mrd. DM; das waren 6,0 % mehr als 1984 und 50,1 % mehr als 1978. Einen überdurchschnittlichen Zuwachs hatten die Hochschulkliniken zu verzeichnen, deren Ausgaben seit 1978 um 63,2 % zugenommen haben. Dagegen sind im Beobachtungszeitraum die Ausgaben der Hochschulen (ohne Kliniken) nur um 42,1 % gestiegen.

Die Ausgaben der Hochschulen sind von 1978 bis 1985 relativ stärker gestiegen als die gesamten öffentlichen Ausgaben, die im gleichen Zeitraum um 42,4 % zunahm. Der Zuwachs lag auch deutlich über den öffentlichen Ausgaben für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, deren Steigerungsrate gegenüber 1978 nur 36,6 % betrug.

Die Ausgabensteigerung muß unter dem Aspekt betrachtet werden, daß im Beobachtungszeitraum die Belastungen der Hochschulen durch die Lehre beträchtlich zugenommen haben. So erhöhte sich die Anzahl der Studenten von 1978 bis 1985 um 42,4 % (WS 1978/79: 938 752 Studentinnen und Studenten; WS 1985/86: 1 336 395). Diese Entwicklung der Studentenzahl schlägt sich mit einer zeitlichen Verschiebung auch in der Zahl der bestandenen Prüfungen nieder. Während 1978 an den deutschen Hochschulen 123 031 Prüfungen erfolgreich abgeschlossen worden sind, wurden für 1985 146 920 bestandene Prüfungen gemeldet.

Schaubild 1



¹⁾ § 8 Nummer 5 des Gesetzes über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz — HStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. April 1980 (BGBl. I S. 453).

Verglichen mit der Entwicklung der Zahl der Studenten war die Zunahme beim Hochschulpersonal relativ gering. Im Berichtsjahr 1985 waren an den Hochschulen 327 055 Personen haupt- oder nebenberuflich tätig. Dies waren 11,0 % mehr als 1978. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl für das hauptberufliche wissenschaftliche Personal um 17,3 %. Die Veränderungen des Personalbestandes und die Erhöhung der Beamtenbezüge bzw. der Tariflöhne und -gehälter haben dazu geführt, daß die Personalausgaben von 1978 bis 1985 von 9,7 Mrd. DM auf 14,5 Mrd. DM gestiegen sind (+ 48,7 %). Ihr Anstieg war jedoch geringer als die Erhöhung der Gesamtausgaben, so daß der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben geringfügig von 63,1 auf 62,5 % zurückging.

Erhöht hat sich demgegenüber der Anteil der übrigen laufenden Ausgaben an den Gesamtausgaben von 22,1 % im Jahr 1978 auf 25,2 % im Jahr 1985 oder absolut von 3,4 Mrd. DM auf 5,8 Mrd. DM. Dies ist in erster Linie auf die Ausgabenentwicklung der Hochschulkliniken zurückzuführen. Im Klinikbereich nahmen die Ausgaben für Medikamente und andere Sachaufwendungen seit 1978 um

88,4 % zu und erreichten 1985 ein Volumen von 3,3 Mrd. DM. Im gleichen Zeitraum wurden bei den anderen Hochschulen die übrigen laufenden Ausgaben nur um 52,3 % erhöht.

Investiert wurden für die Hochschulen 1985 2,8 Mrd. DM. Zwar lagen die Investitionsausgaben in diesem Jahr um 25 % über denen von 1978, jedoch sank ihr Anteil an den gesamten Ausgaben von 14,8 auf 12,3 %. Auch bei den Investitionen war die Steigerungsrate im Hochschulklinikbereich mit 36,0 % gegenüber 1978 fast doppelt so hoch wie bei den anderen Hochschulen (+ 18,9 %).

Die Ausgaben und Einnahmen der Hochschulfinanzstatistik werden üblicherweise in jeweiligen Preisen angegeben. Von einer Deflationierung der Hochschulausgaben wird bisher abgesehen, da geeignete, speziell auf die Hochschulausgaben abgestimmte Preisindizes nicht vorhanden sind. Einen groben Richtwert stellen die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bei der Deflationierung des Bruttosozialprodukts, der Staatsinvestitionen sowie des Staatsverbrauchs verwendeten Indizes dar. So war das Preisniveau des Bruttosozialprodukts

Tabelle 1: Hochschulausgaben im Vergleich mit anderen Hochschuldaten

Gegenstand der Nachweisung	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
Mill. DM								
Hochschulausgaben insgesamt	15 419,3	16 569,5	18 252,6	19 171,3	20 226,4	21 103,0	21 841,8	23 151,1
Hochschulen (ohne Kliniken)								
Ausgaben	9 549,9	10 228,5	11 227,3	11 659,2	12 088,7	12 559,7	12 845,8	13 572,6
Personalausgaben	6 422,5	6 951,0	7 585,5	7 982,3	8 348,0	8 723,5	8 934,8	9 300,3
übrige laufende Ausgaben	1 654,9	1 819,7	2 011,0	2 080,5	2 124,4	2 241,2	2 402,8	2 521,0
Investitionsausgaben	1 472,5	1 457,8	1 630,8	1 596,4	1 616,3	1 595,1	1 508,3	1 751,3
Verwaltungseinnahmen	165,9	224,4	267,8	273,8	306,8	315,5	346,3	385,3
Hochschulkliniken								
Ausgaben	5 869,4	6 340,9	7 025,3	7 512,1	8 137,7	8 543,4	8 996,0	9 578,5
Personalausgaben	3 306,7	3 558,8	3 899,6	4 271,0	4 523,5	4 742,2	4 921,6	5 171,1
übrige laufende Ausgaben	1 758,3	1 958,3	2 138,9	2 277,2	2 470,0	2 672,7	2 928,2	3 313,2
Investitionsausgaben	804,4	823,9	986,8	963,9	1 144,2	1 128,5	1 146,2	1 094,2
Verwaltungseinnahmen	2 818,0	3 532,4	3 770,4	4 030,7	4 553,8	4 838,3	5 305,0	5 701,4
Anzahl								
Studenten im Wintersemester	938 752	972 068	1 036 303	1 121 434	1 198 330	1 267 263	1 311 699	1 336 395
Studienanfänger (Studienjahr)	161 466	171 314	175 829	196 989	217 259	226 856	232 249	217 409
Bestandene Prüfungen an Hochschulen	123 031	123 816	123 680	121 949	131 126	137 664	141 546	146 920
darunter:								
Diplom- und entsprechende Abschlußprüfungen	39 829	42 790	46 331	46 879	50 642	54 766	57 153	61 083
Diplom (FH)/Kurzstudiengänge	30 781	34 077	34 675	35 425	39 725	41 893	44 649	48 003
Hochschulpersonal	294 694	309 549	318 503	325 052	311 460	.)	319 292	327 055
1978 = 100								
Hochschulausgaben insgesamt	100	107,5	118,4	124,3	131,2	136,9	141,7	150,1
Hochschulen (ohne Kliniken)								
Ausgaben	100	107,1	117,6	122,1	126,6	131,5	134,5	142,1
Personalausgaben	100	108,2	118,1	124,3	130,0	135,8	139,1	144,8
übrige laufende Ausgaben	100	110,0	121,5	125,7	128,4	135,4	145,2	152,3
Investitionsausgaben	100	99,0	110,8	108,4	109,8	108,3	102,4	118,9
Verwaltungseinnahmen	100	135,3	161,4	165,0	184,9	190,2	208,7	232,2
Hochschulkliniken								
Ausgaben	100	108,0	119,7	128,0	138,6	145,6	153,3	163,2
Personalausgaben	100	107,6	117,9	129,2	136,8	143,4	148,8	156,4
übrige laufende Ausgaben	100	111,4	121,6	129,5	140,5	152,0	166,5	188,4
Investitionsausgaben	100	102,4	122,7	119,8	142,2	140,3	142,5	136,0
Verwaltungseinnahmen	100	125,4	133,8	143,0	161,6	171,7	188,3	202,3
Studenten im Wintersemester	100	103,5	110,4	119,5	127,7	135,0	139,7	142,4
Studienanfänger (Studienjahr)	100	106,1	108,9	122,0	134,6	140,5	143,8	134,6
Bestandene Prüfungen an Hochschulen	100	100,6	100,5	99,1	106,6	111,9	115,0	119,4
darunter:								
Diplom- und entsprechende Abschlußprüfungen	100	107,4	116,3	117,7	127,1	137,5	143,5	153,4
Diplom (FH)/Kurzstudiengänge	100	110,7	112,7	115,1	129,1	136,1	145,1	156,0
Hochschulpersonal	100	105,0	108,1	110,3	105,7	.)	108,3	111,0
nachrichtlich:								
Bruttosozialprodukt	100	108,2	115,2	119,8	123,8	130,2	136,7	143,2
Bruttolohn- und -gehaltssumme	100	107,5	116,6	121,6	124,2	126,0	130,0	134,7
Öffentliche Ausgaben	100	108,2	116,4	124,2	130,0	133,3	137,5	142,4
dar.: Ausgaben für Bildung und Wissenschaft	100	109,4	120,4	126,4	129,6	130,1	130,4	136,6

.) Daten aus der Individualerhebung 1983 werden hier wegen Untererfassungen nicht dargestellt.

Tabelle 2: Hochschulausgaben nach Hochschularten und Fächergruppen

Hochschulart Fächergruppe	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1985 in % von 1978
	Mill. DM								
Insgesamt	15 419,3	16 569,5	18 252,6	19 171,3	20 226,4	21 103,0	21 841,8	23 151,1	150,1
Hochschularten									
Universitäten	13 105,4	13 861,3	15 403,3	16 206,2	17 143,1	17 848,5	18 522,5	19 759,7	150,8
Universitäten (ohne Kliniken)	7 236,1	7 734,5	8 616,5	8 952,5	9 266,3	9 582,9	9 814,6	10 501,6	145,1
Universitätskliniken	5 869,4	6 126,8	6 786,8	7 253,7	7 876,8	8 265,6	8 708,0	9 258,1	157,7
Gesamthochschulen	709,7	992,6	1 059,8	1 100,2	1 117,7	1 172,6	1 160,5	1 106,8	156,0
Gesamthochschulen (ohne Kliniken)	709,7	778,5	821,3	841,7	856,9	894,8	872,4	786,5	110,8
Kliniken der Gesamthochschulen	—	214,1	238,5	258,5	260,9	277,7	288,0	320,4	—
Pädagogische Hochschulen ¹⁾	366,3	325,7	186,2	156,2	156,4	160,7	157,2	154,3	42,1
Theologische Hochschulen	17,2	19,9	19,9	23,6	25,2	26,4	27,7	34,4	200,0
Kunsthochschulen	162,4	199,2	229,7	256,1	275,2	296,0	307,4	315,6	194,4
Fachhochschulen	1 058,7	1 096,7	1 242,2	1 307,7	1 368,9	1 440,7	1 495,6	1 592,6	150,4
Verwaltungsfachhochschulen ²⁾	—	74,0	111,5	121,3	139,8	158,3	170,9	187,6	—
Fächergruppen									
Sprach- und Kulturwissenschaften	1 058,1	1 083,4	1 214,3	1 253,2	1 259,8	1 309,6	1 334,2	1 386,2	131,0
Sport	79,9	98,8	105,4	112,8	132,3	116,9	115,7	119,3	149,3
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	703,3	777,2	976,4	1 067,2	1 108,0	1 157,1	1 179,7	1 228,4	174,7
Mathematik, Naturwissenschaften	1 926,2	1 982,8	2 223,2	2 431,1	2 585,5	2 644,2	2 697,6	2 828,4	146,8
Humanmedizin	5 332,0	5 679,1	6 163,9	6 438,8	7 080,7	7 430,3	7 803,4	8 245,0	154,6
Veterinärmedizin	122,6	132,3	147,9	151,1	155,5	170,2	164,7	169,8	138,6
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	236,2	273,4	291,8	307,0	320,0	340,1	363,8	382,0	161,7
Ingenieurwissenschaften	1 395,4	1 525,4	1 743,2	1 861,6	1 926,0	2 078,1	2 127,4	2 322,6	166,5
Kunst, Kunstwissenschaft	216,8	258,5	290,6	321,9	329,2	350,5	358,1	378,4	174,5
Zusammen	11 070,5	11 810,7	13 156,8	13 944,8	14 897,0	15 597,0	16 144,8	17 060,1	154,1
Zentrale Einrichtungen ³⁾	4 348,8	4 758,7	5 095,9	5 226,5	5 329,4	5 506,1	5 697,0	6 091,0	140,1

¹⁾ 1979 und 1980 mehrere pädagogische Hochschulen aufgelöst/in andere Hochschulen integriert. — ²⁾ 1978 in Fachhochschulen enthalten. — ³⁾ Einschl. sonstige, nur der Hochschule insgesamt zurechenbare Ausgaben

1985 um 27,4 % höher als 1978, während die Preise für die Güter des Staatsverbrauchs bis 1985 gegenüber 1978 um durchschnittlich 28,8 % und die Preise für die Güter der Staatsinvestitionen um 30,6 % gestiegen sind. Vergleicht man diese Preisentwicklung mit den Steigerungsraten bei den Hochschulausgaben, so ist festzustellen, daß die Hochschulinvestitionen 1985 real unter dem Niveau von 1978 liegen und daß mehr als die Hälfte des gesamten Ausgabenzuwachses auf Preissteigerungen zurückzuführen ist.

Ausgaben der Hochschulen nach Hochschularten

Im Berichtsjahr 1985 entfielen von den gesamten Ausgaben des Hochschulbereichs 10,5 Mrd. DM auf die Universitäten (ohne Kliniken) und weitere 0,8 Mrd. DM auf die Gesamthochschulen (ohne Kliniken), 9,6 Mrd. DM auf Hochschulkliniken, 1,6 Mrd. DM auf die Fachhochschulen

(ohne Verwaltungsfachhochschulen) und die übrigen 0,7 Mrd. DM auf die sonstigen Hochschulen (Pädagogische Hochschulen, Kunsthochschulen, Theologische Hochschulen, Verwaltungsfachhochschulen).

Die Verteilung der Ausgaben auf die einzelnen Hochschularten hat sich im Beobachtungszeitraum verändert. Zwar entfällt auf die Universitäten (ohne Universitätskliniken) nach wie vor der größte Anteil, jedoch nimmt die relative Bedeutung der Hochschulkliniken immer mehr zu. So verbrauchten 1985 die Hochschulkliniken 41,4 % aller Hochschulmittel, 1978 waren dies erst 38,1 % gewesen.

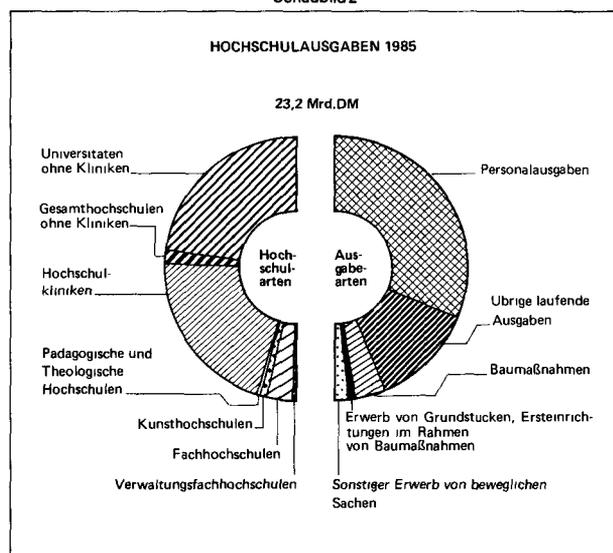
Die Anteilsminderung der Universitäten (ohne Kliniken) und der Gesamthochschulen (ohne Kliniken) wurde auch nicht durch die Umwandlung von Pädagogischen Hochschulen in Universitäten bzw. Gesamthochschulen ausgeglichen. Auf die Pädagogischen Hochschulen selbst, deren Anzahl von 19 auf 11 im Zeitraum 1978 bis 1985 abge-

Tabelle 3: Hochschulausgaben 1985 nach Hochschularten und Ausgabearten

Mill. DM

Hochschulart	Insgesamt	Laufende Ausgaben		Investitionsausgaben			
		Personal- ausgaben	übrige laufende Ausgaben	Baumaßnahmen	Erst- einrichtungen im Rahmen von Baumaßnahmen	Sonstiger Erwerb von beweglichen Sachen	übrige Ausgaben für Investitionen
Universitäten	19 759,7	12 092,2	5 282,9	1 341,3	216,7	799,1	27,5
Universitäten (ohne Kliniken)	10 501,6	7 098,4	2 067,2	762,7	87,9	460,3	25,1
Universitätskliniken	9 258,1	4 993,9	3 215,8	578,6	128,7	338,8	2,4
Gesamthochschulen	1 106,8	739,3	225,2	94,9	16,6	30,7	0,1
Gesamthochschulen (ohne Kliniken)	786,5	562,1	127,7	61,2	16,4	19,0	0,1
Kliniken der Gesamthochschulen	320,4	177,2	97,4	33,7	0,3	11,7	—
Pädagogische Hochschulen	154,3	138,1	10,6	3,8	0,4	1,5	—
Theologische Hochschulen	34,4	21,1	6,5	6,3	0,3	0,2	—
Kunsthochschulen	315,6	236,3	43,5	28,3	1,8	5,8	—
Fachhochschulen	1 592,6	1 143,2	227,3	130,2	18,4	73,2	0,3
Verwaltungsfachhochschulen	187,6	101,1	38,3	31,9	2,0	2,6	11,7
Insgesamt	23 151,1	14 471,4	5 834,2	1 636,7	256,2	913,0	39,6
Nachrichtlich:							
Hochschulen (ohne Kliniken)	13 572,6	9 300,3	2 521,0	1 024,4	127,2	562,5	37,2
Hochschulkliniken	9 578,5	5 171,1	3 313,2	612,3	129,0	350,5	2,4

Schaubild 2



nommen hat, entfielen 1985 nur noch 0,7 % der Ausgaben aller Hochschulen; 1978 betrug ihr Anteil noch 2,4 %. Ihren Anteil geringfügig ausdehnen konnten jedoch die Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen), die 1985 6,9 % aller Hochschulausgaben bestritten. Einem Ausgabenzuwachs der Fachhochschulen von 50,4 % steht allerdings eine Zunahme der Fachhochschulstudenten zwischen 1978 und 1985 um 69,7 % gegenüber (zum Vergleich: Zunahme bei den Universitäten 34,7 %).

Vergleicht man die Ausgaben der einzelnen Hochschularten für das Jahr 1985 mit dem Vorjahr, so fällt insbesondere die Verringerung der Ausgaben bei den Gesamthochschulen auf (um 86,0 Mill. DM). Dies ist in erster Linie auf die Umwandlung der Gesamthochschule der Bundeswehr (München) in eine Universität zurückzuführen. Wegen der Schließung von zwei Pädagogischen Hochschulen in Baden-Württemberg sind auch bei dieser Hochschulart die Ausgaben 1985 gegenüber 1984 geringfügig von 157,2 Mill. DM auf 154,3 Mill. DM zurückgegangen.

Ausgaben der Hochschulen nach Arten

1985 entfielen von den Hochschulausgaben 14,5 Mrd. DM auf Personalausgaben; das waren 4,4 % mehr als 1984. Stärker gestiegen sind die übrigen laufenden Ausgaben,

nämlich um 9,4 % auf 5,8 Mrd. DM. Für die laufenden Ausgaben insgesamt ergibt sich eine Steigerungsrate von 5,8 % gegenüber dem Vorjahr. Um 7,2 % gegenüber 1984 wurden die Investitionen erhöht. Zwar stiegen diese Ausgaben im Zeitraum 1978 bis 1985 von 2,3 Mrd. DM auf 2,8 Mrd. DM, jedoch ist ein relativer Rückgang der Investitionstätigkeit der Hochschulen festzustellen. Während im Jahr 1978 noch 14,8 % aller Ausgaben für Investitionen verwendet wurden, waren es 1985 nur noch 12,3 %. Noch stärker wird dieser Trend durch die Entwicklung der Bauausgaben (einschl. der Ersteinrichtungen im Rahmen der Baumaßnahmen) verdeutlicht. 1978 betrug ihr Anteil an den Gesamtausgaben 12,2 %. 1985 wurden hierfür nur noch 8,2 % aller Ausgaben (1,9 Mrd. DM) ausgegeben. Deutlich mehr als 1978 wendeten die Hochschulen 1985 für den Erwerb von beweglichen Sachen auf, nämlich mit 0,9 Mrd. DM rund zweieinhalbmal so viel wie 1978. Dadurch erhöhte sich der Anteil dieser Ausgabenkategorie im Untersuchungszeitraum von 2,4 auf 3,9 %.

Insgesamt betrachtet ist der Berichtszeitraum durch einen Anstieg des Anteils der laufenden Ausgaben von 85,2 auf 87,7 % gekennzeichnet. Diese Entwicklungstendenz gilt — wenn auch mit unterschiedlicher Ausprägung — sowohl für die Hochschulkliniken als auch für die anderen Hochschularten. Die Erhöhung des Anteils der laufenden Ausgaben und die Verringerung des Anteils der Bauausgaben ergibt sich daraus, daß die Ausbauphase der Hochschulen weitgehend abgeschlossen ist und Haushaltsmittel vermehrt für die Aufrechterhaltung von Forschung und Lehre bzw. die Modernisierung der technischen Ausstattung der Hochschulen (z. B. mit Computern) eingesetzt werden. Die Gründe hierfür liegen zum einen in der angespannten Finanzlage der öffentlichen Haushalte, zum anderen aber vor allem im voraussehbaren weiteren Rückgang der Studentenzahlen. So nimmt bereits seit 1985 die Zahl der Studienanfänger ab, was sich in den nächsten Jahren in einer Verringerung der Studentenzahlen niederschlagen wird. Hierdurch entfällt längerfristig der Bedarf für eine Erweiterung der Lehrkapazität der Hochschulen.

Hochschulausgaben nach Fächergruppen

Von den Hochschulausgaben 1985 in Höhe von 23,2 Mrd. DM konnten 73,7 % auf die einzelnen Fächer-

Tabelle 4: Hochschulausgaben 1985 nach Fächergruppen und Hochschularten

Fächergruppe	Insgesamt		Universitäten ¹⁾		Gesamthochschulen ¹⁾		Hochschulkliniken	Fachhochschulen ²⁾		Übrige Hochschulen ³⁾	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%		Mill. DM	%	Mill. DM	%
Sprach- und Kulturwissenschaften	1 386,2	8,1	1 209,2	16,8	81,8	15,8	—	28,2	2,6	67,0	15,0
Sport	119,3	0,7	107,5	1,5	6,9	1,3	—	0,1	0,0	4,8	1,1
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	1 228,4	7,2	772,7	10,8	75,5	14,6	—	263,0	24,1	117,2	26,3
Mathematik, Naturwissenschaften	2 828,4	16,6	2 611,2	36,4	135,0	26,1	—	62,4	5,7	19,8	4,5
Humanmedizin	8 245,0	48,3	415,2	5,8	0,0	0,0	7 829,8	—	—	—	—
Veterinärmedizin	169,8	1,0	169,8	2,4	—	—	—	—	—	—	—
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	382,0	2,2	315,7	4,4	14,5	2,8	—	47,0	4,3	4,7	1,1
Ingenieurwissenschaften	2 322,6	13,6	1 507,5	21,0	178,1	34,4	—	629,1	57,7	7,9	1,8
Kunst, Kunstwissenschaft	378,4	2,2	67,5	0,9	25,7	5,0	—	61,0	5,6	224,1	50,3
Zusammen	17 060,1	100	7 176,3	100	517,6	100	7 829,8	1 090,8	100	445,6	100
Zentrale Einrichtungen ⁴⁾	6 091,0	x	3 325,3	x	268,9	x	1 748,7	501,8	x	246,3	x
Insgesamt	23 151,1	x	10 501,6	x	786,5	x	9 578,5	1 592,6	x	692,0	x

¹⁾ Ohne Hochschulkliniken (Universitätskliniken bzw. Kliniken der Gesamthochschulen). — ²⁾ Ohne Verwaltungsfachhochschulen. — ³⁾ Pädagogische Hochschulen, Theologische Hochschulen, Kunsthochschulen und Verwaltungsfachhochschulen — ⁴⁾ Einschl. sonstige, nur der Hochschule insgesamt zurechenbare Ausgaben

gruppen aufgeteilt werden. Wie in den Jahren zuvor war die Humanmedizin mit 8,2 Mrd. DM die Fächergruppe mit dem größten Ausgabevolumen. Hinzurechnen lassen sich die Ausgaben der zentralen Einrichtungen der Hochschulkliniken (einschl. der nur den Hochschulkliniken insgesamt zurechenbaren Ausgaben) in Höhe von 1,7 Mrd. DM, da die Hochschulkliniken grundsätzlich nur Lehr- und Forschungsbereiche der Humanmedizin umfassen.

Die Hochschulen gaben 1985 in der Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften 2,8 Mrd. DM aus. Das waren 16,6 % aller fachlich zugeordneten Hochschulausgaben. Auf die Fächergruppe Ingenieurwissenschaften entfielen 2,3 Mrd. DM oder 13,6 % der fächerspezifischen Ausgaben. Die Etats der Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften und Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften haben sich in der Größenordnung einander angenähert und erreichten 1985 eine Höhe von 1,4 bzw. 1,2 Mrd. DM. Diese beiden Fächergruppen sowie die Fächergruppen Sport (0,1 Mrd. DM) und Kunst, Kunstwissenschaft (0,4 Mrd. DM) beanspruchten 1985 18,2 % aller fachlich zugeordneten Hochschulausgaben.

Die Fächergruppenstruktur wich in den einzelnen Hochschularten stark voneinander ab. So war bei den Universitäten (ohne Kliniken) das Ausgabenvolumen für „Mathematik, Naturwissenschaften“ am größten (36,4 % aller fachlich zugeordneten Ausgaben), bei den Gesamthochschulen und Fachhochschulen die Ingenieurwissenschaften (34,4 bzw. 57,7 %) und bei den übrigen Hochschulen die Gruppe Kunst, Kunstwissenschaft (50,3 %).

Deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Fächergruppen sind auch hinsichtlich der Anteile der Ausgabenarten festzustellen. So wurden in den Sprach- und Kulturwissenschaften von den gesamten Ausgaben in Höhe von 1,4 Mrd. DM 89,4 % für das Personal aufgewendet. In der Fächergruppe Humanmedizin dagegen entfielen mit 4,6 Mrd. DM nur 56,2 % der Gesamtausgaben in Höhe von 8,2 Mrd. DM auf diese Ausgabenkategorie. Der Anteil des sächlichen Verwaltungsaufwands hatte dagegen im Bereich der Humanmedizin mit 31,4 % das stärkste und in den Sprach- und Kulturwissenschaften mit 6,1 % das geringste Gewicht. Der Investitionsanteil war in der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften am größten mit 355,4 Mill. DM bzw. 15,3 %. Im Bereich Sprach- und Kulturwissenschaften wurden dagegen mit 61 Mill. DM nur 4,5 % der fächerspezifischen Ausgaben für Investitionen verwendet.

Im Zeitraum 1978 bis 1985 sind besonders deutlich die Ausgaben in den Fächergruppen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (+ 74,7 %) bzw. Kunst, Kunstwissenschaft (+ 74,5 %) gesteigert worden. Aber auch die Fächergruppen Ingenieurwissenschaften (+ 66,5 %), Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften (+ 61,7 %) und Humanmedizin (+ 54,6 %) weisen über dem Durchschnitt liegende Veränderungsraten auf. Am geringsten sind im Vergleich zu 1978 die Ausgaben in der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften (+ 31 %) ausgeweitet worden, wobei auffällt, daß das Ausgabenvolumen des Fachbereichs Erziehungswissenschaften 1985 nur 80 % des Etats des Jahres 1978 erreichte.

Tabelle 5: Hochschulausgaben 1985 nach Fächergruppen bzw. ausgewählten Lehr- und Forschungsbereichen und Ausgabearten
Mill DM

Fächergruppe Lehr- und Forschungsbereich	Ausgaben insgesamt	Laufende Ausgaben			Investitionsausgaben	
		zusammen	Personal- ausgaben	übrige laufende Ausgaben	zusammen	dar. Baumaßnahmen
Sprach- und Kulturwissenschaften ..	1 386,2	1 324,4	1 239,3	85,0	61,8	44,1
darunter:						
Theologie, Religionslehre ..	162,0	160,1	148,5	11,5	1,9	0,6
Philosophie ..	58,3	55,8	52,3	3,4	2,6	2,1
Geschichte ..	148,4	145,7	135,0	10,7	2,7	0,6
Germanistik ..	141,9	140,7	135,6	5,1	1,2	0,2
Psychologie ..	136,1	125,4	116,3	9,2	10,6	6,9
Erziehungswissenschaften ..	284,7	279,5	260,2	19,3	5,2	2,2
Sport ..	119,3	109,9	94,8	15,1	9,4	7,3
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ..	1 228,4	1 161,9	1 053,3	108,5	66,5	36,8
darunter:						
Politik- und Sozialwissenschaften ..	195,9	193,8	180,0	13,7	2,2	0,3
Rechtswissenschaften ..	236,1	229,8	210,7	19,1	6,3	4,0
Wirtschaftswissenschaften ..	486,5	467,5	426,9	40,6	19,0	10,3
Mathematik, Naturwissenschaften ..	2 828,4	2 420,3	2 072,4	347,9	408,1	202,6
darunter:						
Mathematik ..	252,6	243,2	230,9	12,3	9,4	5,1
Physik, Astronomie ..	743,9	584,7	484,6	100,1	159,3	93,0
Chemie ..	687,4	589,6	504,4	85,2	97,8	44,4
Biologie ..	530,3	460,7	396,2	64,6	69,5	40,8
Geowissenschaften (ohne Geographie) ..	234,3	211,3	172,0	39,4	23,0	2,2
Humanmedizin ..	8 245,0	7 253,9	4 636,6	2 617,3	991,1	594,1
Veterinärmedizin ..	169,8	152,1	124,2	27,9	17,7	11,3
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften ..	382,0	343,9	290,2	53,8	38,0	21,1
dar: Agrarwissenschaften ..	193,1	178,0	153,2	24,7	15,1	7,1
Ingenieurwissenschaften ..	2 322,6	1 967,2	1 711,3	255,9	355,4	185,2
darunter:						
Maschinenbau, Verfahrenstechnik ..	950,5	820,6	716,2	104,5	129,8	49,6
Elektrotechnik ..	570,6	439,5	379,7	59,8	131,1	82,5
Architektur, Bauingenieurwesen ..	499,7	469,3	415,9	53,4	30,4	9,4
Kunst, Kunstwissenschaft ..	378,4	350,1	323,7	26,5	28,3	17,4
Zusammen ..	17 060,1	15 083,7	11 545,8	3 537,9	1 976,4	1 119,9
Zentrale Einrichtungen ¹⁾ ..	6 091,0	5 221,9	2 925,6	2 296,3	869,1	516,8
Insgesamt ..	23 151,1	20 305,6	14 471,4	5 834,2	2 845,5	1 636,7

¹⁾ Einschl. sonstige, nur der Hochschule insgesamt zurechenbare Ausgaben.

Tabelle 6: Hochschuleinnahmen 1985 nach Fächergruppen und Hochschularten

Fächergruppe	Insgesamt		Universitäten ¹⁾		Gesamthochschulen ¹⁾		Hochschulkliniken	Fachhochschulen ²⁾		Ubrige Hochschulen ³⁾	
	Mill DM	%	Mill DM	%	Mill DM	%	Mill DM	%	Mill DM	%	
Sprach- und Kulturwissenschaften	91,5	1,3	63,4	4,7	4,8	8,0	—	7,5	8,9	15,9	32,0
Sport	8,1	0,1	7,7	0,6	0,4	0,7	—	—	—	0,0	0,0
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	120,4	1,7	57,1	4,2	8,1	13,6	—	38,5	45,7	16,7	33,7
Mathematik, Naturwissenschaften	525,3	7,2	504,7	37,3	18,3	30,8	—	2,3	2,7	0,0	0,0
Humanmedizin	5 805,6	80,0	95,7	7,1	—	—	5 709,9	—	—	—	—
Veterinärmedizin	32,6	0,4	32,6	2,4	—	—	—	—	—	—	—
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	93,1	1,3	88,2	6,5	1,2	2,0	—	2,9	3,4	0,9	1,8
Ingenieurwissenschaften	555,6	7,7	499,6	37,0	26,1	43,9	—	29,8	35,4	0,0	0,1
Kunst, Kunstwissenschaft	22,7	0,3	2,9	0,2	0,7	1,1	—	3,2	3,8	16,0	32,2
Zusammen	7 255,0	100	1 351,9	100	59,5	100	5 709,9	84,2	100	49,5	100
Zentrale Einrichtungen ⁴⁾	819,2	x	484,0	x	21,9	x	215,8	58,3	x	39,2	x
Insgesamt	8 074,2	x	1 835,9	x	81,4	x	5 925,7	142,5	x	88,7	x
darunter:											
Verwaltungseinnahmen	6 086,7	x	318,3	x	13,0	x	5 701,4	35,2	x	18,8	x
Drittmittel	1 599,6	x	1 273,0	x	47,8	x	236,1	30,6	x	12,0	x

¹⁾ Ohne Hochschulkliniken (Universitätskliniken bzw. Kliniken der Gesamthochschulen). — ²⁾ Ohne Verwaltungsfachhochschulen. — ³⁾ Pädagogische Hochschulen, Theologische Hochschulen, Kunsthochschulen und Verwaltungsfachhochschulen. — ⁴⁾ Einschl. sonstige, nur der Hochschule insgesamt zurechenbare Ausgaben.

Diese unterschiedlichen Entwicklungen sind bei den Investitionsausgaben besonders ausgeprägt. So wurden beispielsweise in der Fächergruppe Kunst die Investitionsausgaben von 1978 bis 1985 fast verdreifacht, während sie in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften verdoppelt wurde. In der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften wurden dagegen nur in den Jahren 1979 (+ 6,3 %), 1983 (+ 3,0 %) und 1985 (+ 18,8 %) mehr investiert als im Jahr 1978. In den übrigen Jahren waren die Investitionsetats in dieser Fächergruppe zum Teil wesentlich kleiner als im Jahr 1978. Die Ursache hierfür dürfte in erster Linie in der Anpassung der Hochschulkapazitäten an den gesunkenen Lehrbedarf zu sehen sein, was sich auch in der Schließung von Pädagogischen Hochschulen und in der Verringerung der Zahl der Lehramtsprüfungen ausdrückt.

Einnahmen der Hochschulen

In der Hochschulfinanzstatistik wurden 1985 Einnahmen der Hochschulen in Höhe von 8,1 Mrd. DM gemeldet. Das waren 7,2 % mehr als 1984 bzw. 91,9 % mehr als 1978. Ein beträchtlicher Teil dieser Mehreinnahmen ist auf eine Steigerung der Verwaltungseinnahmen, teilweise auch auf eine verbesserte Drittmittelerfassung zurückzuführen.

Die Verwaltungseinnahmen konnten von 3,0 Mrd. DM im Jahr 1978 auf 6,1 Mrd. DM im Jahr 1985 gesteigert werden; 93,7 % dieser Summe wurden von den Hochschulkliniken erwirtschaftet. Mit diesen Mitteln, bei denen es sich in erster Linie um Pflegesatzeinnahmen handelt, konnten die Kliniken 1985 67,2 % der laufenden Ausgaben bestreiten (1978: 55,6 %). Bei den anderen Hochschularten trugen die Verwaltungseinnahmen nur im geringen Umfang zur Finanzierung der laufenden Ausgaben bei (3,3 %). Es ist jedoch festzustellen, daß die Zuwachsraten bei den Verwaltungseinnahmen der übrigen Hochschularten beträchtlich sind. So konnten beispielsweise die Universitäten (ohne Kliniken) die Verwaltungseinnahmen gegenüber 1984 um 11,2 % steigern, gegenüber 1978 gar um 219,5 %. Ein Teil dieser Steigerungen ist sicherlich auf die gestiege-

nen Studentenzahlen zurückzuführen (z. B. Einschreibgebühren, Fernleihegebühren, Prüfungsgebühren).

Durch Verwaltungseinnahmen sowie Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke waren 1985 38,0 % der laufenden Ausgaben abgedeckt, 1978 waren dies erst 29,4 %. Die Gründe für diese Entwicklung sind die Steigerung der Verwaltungseinnahmen, die Erhöhung des Erfassungsgrades der Drittmittel und die zunehmende Bedeutung der Drittmittel für die Hochschulforschung.

So wurden in der Hochschulfinanzstatistik 1985 Drittmittel für Forschung in Höhe von 1,6 Mrd. DM gemeldet, 1978 wurden dagegen nur Drittmittel in Höhe von 0,4 Mrd. DM angegeben. Es ist nicht quantifizierbar, welcher Betrag hiervon auf die Erhöhung des Erfassungsgrades und welcher auf die Erhöhung des Drittmittelvolumens entfällt. Anzumerken bleibt, daß auch 1985 die Drittmittel nicht vollständig erfaßt werden konnten. Der Grund dafür ist, daß ein Teil dieser Mittel auf nicht von der Hochschule verwaltete Sonderkonten eingezahlt wird. Da für solche Konten keine Berichtspflicht zur Hochschulfinanzstatistik besteht, werden in dieser Statistik auch künftig die Drittmittel nicht vollständig erfaßt, es sei denn, der Gesetzgeber würde die Berichtspflicht auf die Drittmittellempfänger ausdehnen.

Mit 447,1 Mill. DM bzw. 445,7 Mill. DM konnten die Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften 55,8 % aller erfaßten und fachlich aufgegliederten Drittmittel einwerben. Allein 243,7 Mill. DM Drittmittel erhielten die Bereiche Maschinenbau und Verfahrenstechnik. Auf die sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächergruppen, deren Anteil an den fachlich aufgegliederten laufenden Ausgaben 14,5 % beträgt, entfielen dagegen nur 7,9 % der Drittmittel.

Dipl.-Kaufmann Heinz-Werner Hetmeier

Öffentliche Finanzwirtschaft im ersten Halbjahr 1987

Ergebnisse der Kassenstatistik

Die vierteljährlich durchgeführte Kassenstatistik vermittelt ein aktuelles Bild über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen im Laufe eines Rechnungsjahres. Aus den nachstehend dargestellten Ergebnissen des ersten Halbjahres 1987 lassen sich zwar Schlüsse auf die weitere finanzielle Entwicklung im Haushaltsjahr ziehen; diese können aber durch die kurzfristig schwankenden Mittelzu- und -abflüsse noch Korrekturen erfahren.

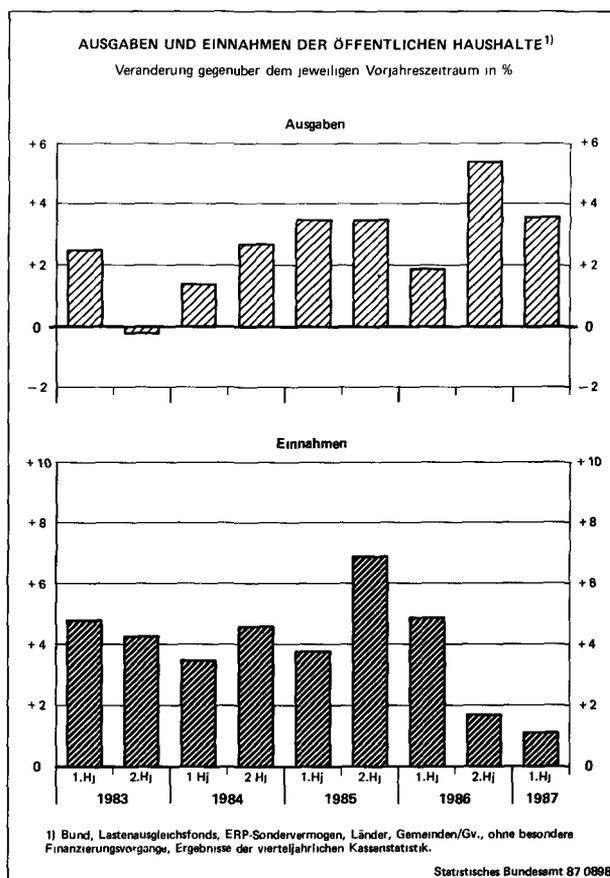
Zum Berichtskreis der vierteljährlichen Kassenstatistik zählen die Gebietskörperschaften Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) sowie der Lastenausgleichsfonds und das ERP-Sondervermögen. Nicht einbezogen werden die öffentlichen Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen sowie die Ausgaben- und Einnahmenanteile der Bundesrepublik Deutschland am Haushalt der Europäischen Gemeinschaften.

Gesamtentwicklung

Die vorliegenden Kassendaten zeigen, daß die öffentlichen Haushalte den Konsolidierungskurs des vergangenen Jahres in der ersten Jahreshälfte 1987 nicht fortsetzen konnten. Mit insgesamt 288,1 Mrd. DM lag das Ausgabevolumen — methodisch bereinigt um die Nachweisänderung der Sozialhilfeausgaben der Gemeinden/Gv. in Baden-Württemberg — um 3,6 % über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Da die Einnahmen in der betrachteten Periode nur um 1,1 % auf insgesamt 255,0 Mrd. DM anstiegen, ergab sich ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 33,0 Mrd. DM, das damit um 7,0 Mrd. DM höher ausfiel als im ersten Halbjahr 1986.

Zur Deckung dieser Finanzierungslücke setzten die öffentlichen Haushalte 23,9 Mrd. DM an Kreditmarktmitteln ein. Hinzu kamen Münzeinnahmen des Bundes in Höhe von 0,1 Mrd. DM. Nach Abdeckung von Vorjahresfehlbeträgen (0,6 Mrd. DM) und Rücklagenzuführungen (0,1 Mrd. DM) verblieb ein Ausgabenüberhang von 9,7 Mrd. DM, der aus Kassenkrediten und Kassenbeständen finanziert wurde.

Rein abrechnungstechnisch blieb der Bund unter dem Ausgabenzuwachs des öffentlichen Gesamthaushalts zurück; seine Ausgaben erhöhten sich gegenüber dem ersten Halbjahr 1986 nur um 2,1 % auf 134,6 Mrd. DM. Allerdings wurden im vergangenen Jahr Zahlungen an einen Rentenversicherungsträger zeitlich vorgezogen, wodurch das Ausgabenniveau des Vorjahreszeitraumes etwas überhöht ausgewiesen ist. Die um diesen Effekt



bereinigte Zuwachsrate der gesamten Ausgaben des Bundes beträgt 3,6 % und entspricht damit dem Gesamtdurchschnitt.

Ausschlaggebend für die starken Ausgabenzuwächse der Länder im ersten Halbjahr 1987 um 5,0% auf 120,7 Mrd. DM waren die überproportional gestiegenen Zahlungen an die Gemeinden/Gv. und an den nicht-öffentlichen Bereich. Aber auch die Aufwendungen für Sachinvestitionen — speziell für Baumaßnahmen — wiesen gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum überdurchschnittliche Steigerungsraten auf.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände wurden in der ersten Jahreshälfte wiederum durch einen starken Anstieg der Sozialausgaben sowie überdurchschnittlich gestiegene Aufwendungen für ihr Personal belastet. Gegenüber dem Halbjahresergebnis von 1986 nahmen ihre Ausgaben dadurch um 4,2 % zu und erreichten 70,2 Mrd. DM.

Aufgrund der ungünstigen Einnahmeentwicklung belief sich das Finanzierungsdefizit des Bundes Ende Juni 1987 auf 18,8 Mrd. DM (30. Juni 1986: 15,9 Mrd. DM). Da die Nettokreditaufnahme des Bundes mit 19,6 Mrd. DM etwas höher war, ergab sich ein kassenmäßiger Überschuß von 0,8 Mrd. DM. Aber auch die Defizite der Länder (12,0 Mrd. DM) und Kommunen (2,5 Mrd. DM) stiegen gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum deutlich um 3,8 bzw. 1,1 Mrd. DM an. Zu ihrer Deckung wurden nur in relativ geringem Maße Kreditmarktmittel eingesetzt (3,4 bzw. 1,5 Mrd. DM), so daß die Finanzierung der verbleibenden Ausgabenüberschüsse überwiegend aus Kassenverstärkungskrediten bzw. Kassenbeständen erfolgte.

Ausgaben nach Arten

Im ersten Halbjahr 1987 haben die Ausgaben für Sachinvestitionen etwa den gleichen Anteil wie im Vorjahr gehabt. Positive Impulse gingen vor allen Dingen von den Bauausgaben aus, deren kräftige Zunahme bei den Ländern sogar zu einem etwas stärkeren Wachstum in der Kapitalrechnung (+ 5,2 %) als in der laufenden Rechnung (+ 5,0 %) führte und damit die Ausgabenstruktur weiter zugunsten der Kapitalrechnung beeinflusste.

In der laufenden Rechnung der öffentlichen Haushalte nahmen die Personalausgaben als größte Einzelposition im betrachteten Zeitraum insgesamt um 4,3 % auf 91,5 Mrd. DM zu. Dieser Zuwachs ist im wesentlichen eine Folge der seit dem 1. Januar gültigen Tarifierhöhung von 3,4 % für die im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Der überdurchschnittliche Anstieg bei den Kommunen (+ 5,6 %) dürfte im wesentlichen auf im Bereich des Umweltschutzes, der Sozialhilfe und der Volkszählung aber auch in anderen Bereichen — oftmals im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen — neugeschaffene Stellen zurückzuführen sein. Da ABM-Kräfte überwiegend von der Bundesanstalt für Arbeit finanziert werden, die Vergütungen sich aber voll auf der Ausgabe Seite der Gemeinden/Gv. niederschlagen, können insoweit die kommunalen Personalausgabenwüchse überzeichnet sein.

Der laufende Sachaufwand lag mit 41,1 Mrd. DM um 3,6 % über dem Vorjahresniveau. Hinter dieser Zunahme verbergen sich allerdings unterschiedliche und teilweise gegenläufige Entwicklungen. So hat der Bund seine in dieser Ausgabenposition enthaltenen Aufwendungen für militärische Beschaffungen, die allerdings im Jahresverlauf üblicherweise relativ stark schwanken, im ersten Halbjahr 1987 um 5,8 % auf 9,1 Mrd. DM ausgeweitet. Da seine sonstigen laufenden Sachausgaben nur um 1,8 % auf 8,1 Mrd. DM anstiegen, ergab sich insgesamt eine Zuwachsrate von 3,9 %.

Die Länder wendeten mit 10,3 Mrd. DM wiederum deutlich mehr für Sachmittel auf (+ 5,2 %) als im ersten Halbjahr 1986. Dabei schwankten die Zuwachsraten allerdings von Land zu Land erheblich (z. B. Niedersachsen + 0,3 %, Berlin [West] + 9,9 %). Da die Gemeinden/Gv. der einzelnen Bundesländer ihre Ausgaben nur mäßig erhöhten — in einigen Ländern (Rheinland-Pfalz, Saarland) konnten sogar Einsparungen erzielt werden —, stiegen die Ausgaben der Kommunen für den laufenden Sachaufwand bis Juni dieses Jahres nur unterdurchschnittlich (+ 2,1 %) auf insgesamt 13,6 Mrd. DM.

Niedrigere Kapitalmarktzinsen und der Abbau der Finanzierungsdefizite haben dazu geführt, daß der starke Anstieg der Zinsausgaben in den letzten Jahren gestoppt werden konnte. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum ergab sich sogar ein leichter Rückgang (— 0,3 %) auf insgesamt 32,5 Mrd. DM. Diese Entwicklung wurde zum großen Teil durch den Bund verursacht, der seine Ausgaben für den Schuldendienst im ersten Halbjahr 1987 um 2,6 % auf 17,1 Mrd. DM zurückführen konnte. Der Anstieg der Zinsausgaben bei den Ländern (+ 3,7 % auf 11,8 Mrd. DM) dürfte sich auch im zweiten Halbjahr 1987 fortsetzen. Dies gilt auch für die Gemeinden/Gv., deren konsequente Rückführung der Neuverschuldung

bis zum Jahr 1985, in dem sogar Überschüsse erzielt werden konnten, sich in einer weiteren Abnahme der Zinsbelastung (— 1,2 % auf 3,4 Mrd. DM) widerspiegelt.

Die unterschiedlichen Anlässe und Gründe für die laufenden Zuweisungen der öffentlichen Haushalte untereinander sowie die Zuschüsse an andere Bereiche müssen, da sie auf verschiedene Bestimmungsfaktoren zurückzuführen sind, getrennt nach Haushaltsebenen betrachtet werden.

Der Bund leistete im ersten Halbjahr 1987 insgesamt 38,1 Mrd. DM und damit 0,8 % weniger Zuweisungen an öffentliche Haushalte als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Dieser Rückgang ist im wesentlichen eine Folge davon, daß in diesem Jahr die Auszahlung des Bundeszuschusses an die Rentenversicherung in gleichmäßigen Monatsraten erfolgte, während im vergangenen Jahr zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen 1,9 Mrd. DM auf das erste Halbjahr vorgezogen werden mußten. Erhöht haben sich hingegen die Aufwendungen nach dem Gesetz zur Anerkennung von Kindererziehungszeiten, die der Rentenversicherung voll vom Bund erstattet werden, und zwar um 0,2 auf 0,3 Mrd. DM.

Die laufenden Zuschüsse des Bundes an den nicht-öffentlichen Bereich (private Haushalte, Wirtschaftsunternehmen, sonstige Institutionen sowie das Ausland) sind im ersten Halbjahr 1987 recht kräftig um 7,3 % auf insgesamt 28,8 Mrd. DM ausgeweitet worden. Besonders stark haben dabei die Zahlungen an Unternehmen zugenommen (+ 19,2 % auf 4,5 Mrd. DM). Zu nennen sind in erster Linie die finanziellen Hilfen an den Steinkohlenbergbau, die die drastisch verschlechterte Konkurrenzsituation der deutschen Kohle aufgrund des gesunkenen Ölpreises und des fallenden Dollarkurses ausgleichen sollen und gegenüber dem ersten Halbjahr 1986 um 0,6 Mrd. DM auf bisher 1,0 Mrd. DM aufgestockt wurden. Aber auch die Bundesausgaben für Renten und Unterstützungen an natürliche Personen haben deutlich (um 5,8 % auf 18,7 Mrd. DM) zugenommen, bei allerdings unterschiedlicher Entwicklung im einzelnen. Aufgrund einer geringeren Anzahl der Anspruchsberechtigten gingen die Aufwendungen für das Kindergeld auf 7,1 Mrd. DM (— 0,1 Mrd. DM) und für Kriegsopferversorgung und -fürsorge, Lastenausgleich und Wiedergutmachung auf 7,6 Mrd. DM (— 0,3 Mrd. DM) gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zurück. Bei der Arbeitslosenhilfe gab es wegen der inzwischen erfolgten stufenweisen Verlängerung des Arbeitslosengeldes der Bundesanstalt für Arbeit einen Rückgang um 0,1 Mrd. DM auf unter 4,7 Mrd. DM. Deutlich gestiegen sind hingegen die Ausgaben für das Erziehungsgeld (+ 1,0 auf 1,7 Mrd. DM) sowie das Wohngeld (+ 0,2 auf 1,1 Mrd. DM). Ursache hierfür ist zum einen das 1986 in Kraft getretene Erziehungsgeldgesetz, nach dem allen Müttern oder Vätern neugeborener Kinder ein Betrag von monatlich 600 DM bis zu einer Dauer von 10 Monaten gewährt wird; zum anderen werden die seit 1. Januar 1986 gültigen Verbesserungen durch die 6. Wohngeldnovelle in diesem Jahr voll ausgabenwirksam.

Die kräftige Zunahme der Länderzuweisungen an öffentliche Haushalte (+ 8,0 % auf 20,1 Mrd. DM) ist im wesentlichen auf hohe Länderzahlungen im kommunalen Finanz-

Tabelle 1: Ausgaben und Einnahmen nach Arten und Körperschaftsgruppen

Mill. DM

Ausgabe-/Einnahmeart	Insgesamt		Bund		Lastenausgleichs-		ERP-		Länder		Gemeinden/Gv	
	1 Halbjahr											
	1986	1987	1986	1987	1986	1987	1986	1987	1986 ¹⁾	1987	1986 ¹⁾	1987
Personalausgaben	87 735	91 518	19 246	19 992	—	—	—	—	48 868	50 806	19 620	20 721
Laufender Sachaufwand	39 692	41 131	16 578	17 224	4	3	1	1	9 824	10 339	13 284	13 564
Zinsausgaben												
an öffentlichen Bereich	377	322	—	—	—	—	—	—	258	204	120	119
an andere Bereiche	32 221	32 185	17 511	17 063	—	—	282	260	11 105	11 580	3 323	3 283
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse												
an öffentlichen Bereich	71 771	74 175	38 403 ²⁾	38 081 ²⁾	15	11	—	—	18 585	20 065	14 769	16 017
an andere Bereiche	54 455	58 523	26 885	28 846	634	592	10	10	13 564	14 552	13 362	14 523
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	44 774	47 574	—	—	—	—	—	—	1 385	1 735	11 789	12 974
Ausgaben d. laufenden Rechnung	241 477	250 280	118 623	121 206	653	606	294	271	100 818	106 809	52 688	55 253
Baumaßnahmen	12 698	13 153	1 831	1 748	—	—	—	—	2 072	2 237	8 795	9 168
Erwerb von Sachvermögen	4 775	4 857	528	558	—	—	—	—	843	886	3 404	3 414
Vermögensübertragungen												
an öffentlichen Bereich	5 896	6 354	1 945	2 086	—	—	—	—	3 307	3 676	644	592
an andere Bereiche	9 653	10 007	4 351	4 726	126	108	—	—	4 269	4 230	908	943
Darlehen												
an öffentlichen Bereich	1 782	2 022	1 455	1 428	—	—	200	375	127	220	—	—
an andere Bereiche	6 962	6 856	2 166	2 025	15	16	1 500	1 525	2 847	2 937	434	354
Erwerb von Beteiligungen	1 627	1 411	855	788	—	—	2	1	288	218	482	404
Tilgungsausgaben												
an öffentlichen Bereich	757	869	—	—	—	—	—	—	393	479	364	390
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	7 452	7 750	—	—	—	—	—	—	4	2	305	297
Ausgaben der Kapitalrechnung	36 698	37 778	13 130	13 359	141	124	1 702	1 900	14 141	14 880	14 726	14 967
Bereinigte Ausgaben	278 174	288 058	131 753	134 565	794	730	1 995	2 171	114 959	120 690	67 415	70 220
Steuern und steuerähnliche Abgaben	200 637	203 904	97 043 ³⁾	98 892 ³⁾	—	—	—	—	79 215	80 599	24 379	24 412
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	23 545	20 517	13 069	10 145	—	1	2	2	3 473	2 829	7 001 ⁴⁾	7 541 ⁴⁾
Zinseinnahmen												
vom öffentlichen Bereich	151	86	126	63	—	—	20	18	5	4	—	—
von anderen Bereichen	1 298	1 229	495	372	1	1	377	492	425	364	—	—
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse												
vom öffentlichen Bereich	46 147	48 790	569	142	631	579	—	—	15 406	16 433	29 542	31 636
von anderen Bereichen	3 618	3 546	647	482	1	1	—	—	1 975	2 079	995	984
Sonstige laufende Einnahmen	13 735	14 261	1 894	1 934	4	1	1	1	3 246	3 360	8 590	8 966
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	44 774	47 574	—	—	—	—	—	—	1 385	1 735	11 789	12 974
Einnahmen d. laufenden Rechnung	244 356	244 759	113 841	112 032	637	583	400	513	102 359	103 933	58 717	60 564
Veräußerung von Vermögen	2 943	4 548	782	2 482	—	—	65	62	177	276	1 919	1 728
Vermögensübertragungen												
vom öffentlichen Bereich	5 801	6 266	—	—	—	—	—	—	2 584	2 724	3 217	3 541
von anderen Bereichen	1 638	1 587	12	7	—	—	—	—	97	85	1 530	1 494
Darlehensrückflüsse												
vom öffentlichen Bereich	392	392	279	249	—	—	59	77	55	66	—	—
von anderen Bereichen	3 168	4 048	841	906	105	90	1 156	1 876	735	824	331	352
Schuldenaufnahmen												
beim öffentlichen Bereich	1 334	1 170	—	—	—	—	—	—	738	796	596	374
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	7 452	7 750	—	—	—	—	—	—	4	2	305	297
Einnahmen der Kapitalrechnung	7 824	10 259	1 913	3 644	105	90	1 280	2 015	4 382	4 770	7 286	7 192
Bereinigte Einnahmen	252 179	255 018	115 755	115 676	742	673	1 680	2 528	106 742	108 703	66 003	67 756
Finanzierungssaldo ⁵⁾	-25 927	-32 959	-15 922	-18 797	-52	-57	-315	356	-8 235	-12 005	-1 403	-2 457
Bes. Finanzierungsvorgänge												
Ausgaben												
Schuldentilgung am Kreditmarkt	57 228	58 018	36 284 ⁶⁾	35 226 ⁶⁾	—	—	547	911	15 663	17 655	4 735	4 226
Rückzahlung innerer Darlehen	17	18	—	—	—	—	—	—	—	—	17	18
Zuführungen an Rücklagen	2 390	2 253	—	—	—	—	—	—	39	26	2 350	2 228
Deckung von Vorjahresfehlbeträgen	607	668	—	—	—	—	—	—	143	2	463	666
Einnahmen												
Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	72 358	81 917	50 270	54 786	—	—	410	380	16 160	21 037	5 518	5 714
Innere Darlehen	17	29	—	—	—	—	—	—	—	—	17	29
Entnahmen aus Rücklagen	1 841	2 164	—	—	—	—	—	—	118	140	1 723	2 024
Überschüsse aus Vorjahren	210	27	—	—	—	—	—	—	210	27	—	—
Münzeinnahmen	83	79	83	79	—	—	—	—	—	—	—	—
Kassenmäßiger Überschuß (+)/Fehlbetrag (-)	-11 658	-9 701	-1 853	841	-52	-57	-452	-175	-7 592	-8 483	-1 709	-1 828

1) Abweichungen zu den bereits veröffentlichten Daten durch Angleichung an den aktuellen Berichtsstand — 2) Einschl. Ergänzungszuweisungen des Bundes an finanzschwache Länder im Rahmen des Finanzausgleichs (1 Halbjahr 1986: 907 Mill. DM, 1. Halbjahr 1987: 967 Mill. DM). — 3) Einschl. Umsatzsteueranteil für Ergänzungszuweisungen (siehe Fußnote 2) — 4) Einschl. Ersatz von sozialen Leistungen. — 5) Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben +/- Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen. — 6) Einschl. Rückzahlung der Investitionshilfeabgabe (1 Halbjahr 1986: 12 Mill. DM, 1 Halbjahr 1987: 2 Mill. DM)

Tabelle 2: Ausgaben und Einnahmen nach Arten und Körperschaftsgruppen

Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum in Prozent

Halbjahr	Ausgaben						Einnahmen	
	insgesamt ¹⁾	darunter					insgesamt ²⁾	dar. Steuern und steuerähnliche Abgaben
		Personalausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	Baumaßnahmen		
Insgesamt ³⁾								
1983 1. Hj	+ 2,5	+ 3,2	- 0,1	+ 13,7	+ 1,6	- 10,3	+ 4,8	+ 3,4
2. Hj	- 0,2	+ 2,2	+ 5,3	+ 14,8	- 5,8	- 6,8	+ 4,3	+ 5,6
1984 1. Hj	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,2	+ 3,0	+ 2,4	- 5,4	+ 3,5	+ 6,9
2. Hj	+ 2,7	+ 1,1	+ 6,8	+ 7,1	+ 2,0	- 1,9	+ 4,6	+ 2,6
1985 1. Hj	+ 3,5	+ 4,2	+ 2,4	+ 6,2	+ 4,7	- 3,1	+ 3,8	+ 4,1
2. Hj	+ 3,5	+ 3,1	+ 4,1	+ 3,1	+ 3,5	+ 5,0	+ 6,9	+ 6,7
1986 1. Hj	+ 1,9	+ 3,9	+ 4,1	+ 6,5	- 0,5	+ 5,5	+ 4,9	+ 3,7
2. Hj	+ 5,4	+ 5,0	+ 2,0	- 0,4	+ 8,8	+ 8,1	+ 1,7	+ 2,5
1987 1. Hj	+ 3,6	+ 4,3	+ 3,6	- 0,3	+ 5,1	+ 3,6	+ 1,1	+ 1,6
Bund								
1983 1. Hj	+ 2,3	+ 2,6	+ 0,3	+ 14,1	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,5	+ 1,9
2. Hj	- 0,5	+ 1,7	+ 10,0	+ 30,4	- 11,2	+ 3,6	+ 5,1	+ 5,7
1984 1. Hj	+ 0,6	+ 1,0	- 3,5	+ 1,4	+ 2,9	+ 2,5	+ 0,8	+ 5,4
2. Hj	+ 3,6	+ 0,8	+ 9,7	+ 8,3	- 0,7	- 0,7	+ 6,8	+ 2,2
1985 1. Hj	+ 3,5	+ 4,5	- 0,2	+ 5,5	+ 4,3	+ 8,1	+ 3,2	+ 3,6
2. Hj	+ 0,6	+ 2,3	+ 2,2	+ 4,4	- 0,3	- 1,0	+ 6,6	+ 5,5
1986 1. Hj	- 2,0	+ 2,4	+ 3,8	+ 6,2	- 5,3	- 3,0	+ 5,9	+ 1,9
2. Hj	+ 5,7	+ 4,6	+ 1,5	+ 0,6	+ 11,9	+ 1,6	- 2,0	+ 0,7
1987 1. Hj	+ 2,1	+ 3,9	+ 3,9	- 2,6	+ 2,5	- 4,5	- 0,1	+ 1,9
Länder								
1983 1. Hj	+ 3,0	+ 3,8	+ 1,4	+ 21,2	+ 0,5	- 5,9	+ 4,6	+ 4,7
2. Hj	+ 0,4	+ 2,3	+ 3,7	+ 10,7	- 3,2	- 4,8	+ 2,7	+ 5,5
1984 1. Hj	+ 1,7	+ 1,7	+ 6,2	+ 8,6	- 0,6	- 6,2	+ 5,9	+ 8,8
2. Hj	+ 3,2	+ 1,0	+ 3,6	+ 9,2	+ 4,1	- 0,1	+ 2,8	+ 2,1
1985 1. Hj	+ 2,9	+ 3,9	+ 2,7	+ 9,3	+ 3,9	- 6,1	+ 3,5	+ 4,4
2. Hj	+ 4,5	+ 3,1	+ 7,7	+ 3,8	+ 5,9	+ 5,7	+ 6,3	+ 7,6
1986 1. Hj	+ 4,3	+ 3,7	+ 5,3	+ 10,2	+ 3,2	+ 9,7	+ 4,2	+ 5,9
2. Hj	+ 4,1	+ 4,5	+ 2,8	+ 0,5	+ 6,0	+ 4,3	+ 3,5	+ 4,0
1987 1. Hj	+ 5,0	+ 4,0	+ 5,2	+ 3,7	+ 7,7	+ 8,0	+ 1,8	+ 1,7
Gemeinden/Gv.								
1983 1. Hj	- 1,5	+ 2,1	- 1,9	- 2,1	+ 2,3	- 13,1	+ 3,4	+ 5,6
2. Hj	- 1,7	+ 2,2	+ 0,0	- 7,4	+ 2,7	- 10,0	+ 2,7	+ 5,2
1984 1. Hj	+ 1,4	+ 2,1	+ 7,3	- 3,6	+ 4,9	- 6,7	+ 3,6	+ 7,4
2. Hj	+ 1,9	+ 1,7	+ 5,0	+ 0,1	+ 4,9	- 2,7	+ 3,5	+ 5,6
1985 1. Hj	+ 4,1	+ 4,6	+ 5,5	+ 0,4	+ 6,9	- 4,7	+ 3,4	+ 4,8
2. Hj	+ 6,9	+ 3,6	+ 8,3	- 2,3	- 8,2	+ 6,6	+ 6,6	+ 8,6
1986 1. Hj	+ 6,0	+ 5,9	+ 3,5	- 2,8	+ 7,9	+ 6,5	+ 3,5	+ 4,0
2. Hj	+ 5,4	+ 6,5	+ 2,2	- 4,3	+ 6,9	+ 10,9	+ 4,2	+ 5,1
1987 1. Hj	+ 4,2	+ 5,6	+ 2,1	- 1,2	+ 8,6	+ 4,2	+ 2,7	+ 0,1

¹⁾ Bereinigte Ausgaben. — ²⁾ Bereinigte Einnahmen. — ³⁾ Einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen.

ausgleich (+ 8,1 % auf 13,7 Mrd. DM) zurückzuführen. Dieser erhöhte Mittelabfluß ist jedoch aus zahlungstechnischen Gründen überzeichnet. In Nordrhein-Westfalen wurde nämlich die unmittelbare Beteiligung der kreisfreien Städte und Kreise an der Grunderwerbsteuer aufgehoben und statt dessen das gesamte Grunderwerbsteueraufkommen des Landes in den allgemeinen Steuerverbund des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1987 einbezogen. Entsprechend stiegen die allgemeinen Zuweisungen in diesem Land um 16,1 % auf 5 Mrd. DM, während in den meisten anderen Ländern diese Leistungen an die Gemeinden nur mäßig erhöht wurden. Die Zahlungen der Länder im Rahmen des Länderfinanzausgleichs haben um 12,8 % zugenommen, doch bestehen erhebliche Unter-

schiede zwischen den ausgleichspflichtigen Ländern (Hessen: + 18,5 %, Baden-Württemberg: + 10,3 %, Hamburg: - 7,3 %). Auch bei den Zuwendungen der Länder an andere Bereiche ergaben sich im ersten Halbjahr 1987 überdurchschnittliche Steigerungen von 8,2 % auf insgesamt 13,4 Mrd. DM. Die deutlichsten Zuwächse verzeichneten hier die laufenden Zuschüsse der Länder im sozialen Bereich (Renten, Unterstützungen u. ä.), die gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 8,8 % auf 5,4 Mrd. DM anstiegen. Die Mehrbelastungen sind vor allen Dingen in Nordrhein-Westfalen (+ 130 Mill. DM), Hamburg (+ 70 Mill. DM) und Berlin (West) (+ 50 Mill. DM) angefallen. Aber auch die Zuwendungen an Unternehmen haben kräftig zugenommen (+ 7,5 % auf 4,1 Mrd. DM), wobei es im wesentlichen wiederum in Nordrhein-Westfalen (+ 140 Mill. DM), aber auch in Hamburg, in Niedersachsen und in Baden-Württemberg (jeweils + 60 Mill. DM) zu verstärkten Mehrausgaben kam.

Die Entwicklung der laufenden Zuweisungen der Gemeinden/Gv. an den öffentlichen Bereich (+ 8,5 % auf insgesamt 16,0 Mrd. DM) wird hauptsächlich durch höhere Umlageausgaben der Mitgliedsgemeinden an Gemeindeverbände (+ 8,9 % auf 10,1 Mrd. DM) verursacht. Nicht ganz so stark zugenommen haben die übrigen laufenden Zahlungen an öffentliche Haushalte (+ 7,8 %), in erster Linie Erstattungen der Gemeinden/Gv. untereinander für Gasthäuser, Sozialhilfe und verschiedene andere Leistungen, wie Zuweisungen an kommunale Zweckverbände. Die Zuschüsse der Kommunen an die privaten Haushalte sind — methodisch bereinigt um die Nachweisänderung der Sozialhilfeausgaben der Gemeinden/Gv. in Baden-Württemberg — ebenfalls recht kräftig angestiegen (+ 8,7 % auf 14,5 Mrd. DM). Maßgeblich für diesen Zuwachs sind die Mehraufwendungen für Sozialhilfe und ähnliche Leistungen von 9,2 %, die im ersten Halbjahr 1987 mit einem Gesamtbetrag von 12,3 Mrd. DM fast 85 % aller laufenden Zuschüsse der Gemeinden beanspruchen. Entscheidend für die Dynamik dieser Entwicklung ist — wie von kommunaler Seite betont wird — die zunehmende Zahl der Anspruchsberechtigten, wobei sich der Anteil derjenigen erhöht, die aufgrund von Arbeitslosigkeit zu Sozialhilfeempfängern werden, weil sie keine oder unzureichende Arbeitslosengeld- oder Arbeitslosenhilfeleistungen erhalten.

In der Kapitalrechnung sind die Ausgaben insbesondere durch unregelmäßigen Mittelabruf sowohl bei den direkten Investitionsausgaben als auch bei den investiven Förderungsmaßnahmen gekennzeichnet. Nach den vorliegenden Halbjahresdaten scheint sich jedoch die positive Entwicklung des vergangenen Jahres — wenn auch abgeschwächt — fortzusetzen. So haben die Ausgaben für Baumaßnahmen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 3,6 % auf 13,2 Mrd. DM zugenommen. Getragen wird diese Entwicklung in erster Linie von den Kommunen, die als größte öffentliche Investoren ihre Aufwendungen um 4,2 % auf 9,2 Mrd. DM erhöhten. Während die Länder ihre — allerdings weitaus geringeren — Bauausgaben sogar um 8,0 % auf insgesamt 2,2 Mrd. DM steigerten, verzeichnete der Bund einen Rückgang um 4,5 % auf 1,7 Mrd. DM, der jedoch vor allen Dingen auf ungleichmäßige Mittelabflüsse für den Straßenbau zurückzuführen

Tabelle 3 Bauausgaben nach Aufgabenbereichen und Körperschaftsgruppen
Milli DM

Aufgabenbereich	Insgesamt		Bund		Länder		Gemeinden/Gv	
	1 Halbjahr							
	1986 ¹⁾	1987	1986 ¹⁾	1987	1986 ¹⁾	1987	1986	1987
Bausausgaben insgesamt	12 698	13 153	1 831	1 748	2 072	2 237	8 796	9 168
Schulen	1 035	1 066	—	—	94	95	941	971
Hochschulen	366	424	—	—	366	424	—	—
Einrichtungen des Gesundheitswesens	47	43	—	—	47	43	—	—
Abwasserbeseitigung	1 849	1 941	—	—	—	—	1 849	1 941
Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	98	110	—	—	98	110	—	—
Straßen	4 210	3 956	1 417	1 322	475	433	2 319	2 201
Übrige Aufgabenbereiche	5 091	5 614	413	426	991	1 133	3 687	4 055

¹⁾ Abweichungen zu den bereits früher veröffentlichten Daten durch Angleichung an den aktuellen Berichtsstand

ist. Da bis zum Juni dieses Jahres für den Erwerb von Sachvermögen nur wenig mehr (+ 1,7 %) als im ersten Halbjahr 1986 ausgegeben wurde, stiegen die gesamten Aufwendungen der öffentlichen Haushalte für Sachinvestitionen um 3,1 % auf 18,0 Mrd. DM.

Auch bei den Vermögensübertragungen sind die Kassenergebnisse im Verlauf eines Jahres stärker durch Schwankungen des Mittelabflusses, und zwar insbesondere bei den Investitionszuschüssen an nachgeordnete Haushalte, gekennzeichnet. Eine spezielle Ursache läßt sich jedoch bereits erkennen. So ist die Steigerung der Investitionszuweisungen des Bundes an die Länder (+ 7,4 % auf 1,9 Mrd. DM) eine Folge der Aufstockung der Finanzhilfen für die Stadtsanierung und -entwicklung, den sozialen Wohnungsbau und die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Kommunen. Die Vermögensübertragungen der Länder an den öffentlichen Bereich — fast ausschließlich Zuweisungen für Investitionen der Gemeinden/Gv., der kommunalen Krankenhäuser und der Zweckverbände — nahmen im Berichtszeitraum sogar um 11,2 % auf 3,7 Mrd. DM zu; erfahrungsgemäß kommt es bei dieser Ausgabeart jedoch innerhalb eines Haushaltsjahres immer wieder zu starken Schwankungen des Zahlungsrhythmus. Da außerdem nach den Haushaltsansätzen für 1987 nur geringfügige Erhöhungen eingeplant sind, werden diese Zuwachsraten in der zweiten Jahreshälfte sicherlich noch nach unten angepaßt werden.

Der Bund hat seine Investitionszuschüsse für den Streckenausbau der Bundesbahn auf 1,0 Mrd. DM erhöht und auch für den sozialen Wohnungsbau im ersten Halbjahr 1987 erheblich mehr Mittel (+ 0,3 Mrd. DM) aufgewendet als im gleichen Vorjahreszeitraum. Entsprechend ergaben sich bei seinen Vermögensübertragungen an den nicht-öffentlichen Bereich deutliche Zuwächse (+ 8,6 % auf 4,7 Mrd. DM). Da die Zuschüsse der Länder das Vorjahresniveau leicht unterschritten (— 0,9 % auf 4,2 Mrd. DM), stiegen die Vermögensübertragungen an andere Bereiche (Unternehmen, private Haushalte, Ausland) einschließlich kommunaler Zahlungen von rund 1 Mrd. DM insgesamt nur um 3,7 % auf 10,0 Mrd. DM.

Einnahmen nach Arten

Für die relativ ungünstige Entwicklung der Einnahmen der öffentlichen Haushalte aus laufender Rechnung (+ 0,2 % auf 244,8 Mrd. DM) war in erster Linie der gesunkene

Bundesbankgewinn ursächlich, durch den die Einnahmen aus der Bundesbankablieferung um 3,0 Mrd. DM auf 7,3 Mrd. DM zurückgingen. Aber auch die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben (ohne Anteile der Europäischen Gemeinschaften an den Zöllen und der Umsatzsteuer) stiegen im ersten Halbjahr 1987 insgesamt nur um 1,6 % auf 203,9 Mrd. DM und damit deutlich schwächer als vor Jahresfrist. Neben der in der ersten Jahreshälfte etwas abgeschwächten Wirtschaftsentwicklung macht sich hier besonders bemerkbar, daß das Vorjahresergebnis bei der veranlagten Einkommensteuer, der Kapitalertragsteuer und der Körperschaftsteuer durch einmalige Mehreinnahmen aufgrund der Veräußerung eines großen Industrievermögens überhöht war und zudem das diesjährige Ergebnis bei der Körperschaftsteuer durch einen großen Erstattungsfall im gleichen Zusammenhang gekürzt wurde. Doch auch ohne diesen Sonderfaktor sind die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer hinter dem entsprechenden Vorjahresniveau zurückgeblieben. Damit hat sich die seit Mitte 1986 zu beobachtende rückläufige Aufkommenstendenz fortgesetzt. Für die weitere Entwicklung in diesem Jahr dürfte der Trend zu — erstmals 1985 vorgenommenen — Vorauszahlungsherabsetzungen aufgrund verschlechterter Unternehmenserträge bestimmend sein.

Obwohl die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer im Berichtszeitraum aufgrund des genannten Sonderfaktors hinter dem Ergebnis des ersten Halbjahres 1986 zurückblieben (— 1,8 % auf 13,5 Mrd. DM), hat sich das Aufkommen im zweiten Quartal 1987 beträchtlich erhöht (+ 10,4 %). Neben dem weiteren Wachstum der veranlagten Einkommen trug zu diesem günstigen Ergebnis allerdings auch bei, daß die Erstattungszahlungen im Rahmen der Einkommensteuerveranlagungen, die mit den Kasseneingängen verrechnet werden, in letzter Zeit — entgegen der längerfristigen Tendenz — wieder gesunken sind.

Die Einnahmen aus der im Quellenabzug erhobenen Lohnsteuer haben sich hingegen im gesamten ersten Halbjahr 1987 wieder deutlich auf 73,1 Mrd. DM erhöht (+ 7,2 %). Ohne die Erstattungen aus dem Lohnsteuerjahresausgleich, die etwas geringer als im Vorjahr waren, errechnet sich eine Rate von 6,8 %. Hier macht sich bemerkbar, daß die Einkommensverbesserungen aus der diesjährigen Lohnrunde wieder zu einem erheblichen Teil der Tarifprogression unterliegen, nachdem das Lohnsteueraufkommen im vergangenen Jahr durch die Auswir-

kungen des Steuersenkungsgesetzes gedämpft worden war.

Das Aufkommen aus den Steuern vom Umsatz erhöhte sich in den ersten sechs Monaten dieses Jahres insgesamt überraschend kräftig (+ 6,7 %) auf 59,0 Mrd. DM. Der starke Anstieg der Umsatzsteuer (+ 20,4 % auf 34,1 Mrd. DM) kann einerseits dadurch erklärt werden, daß die wirtschaftliche Entwicklung im bisherigen Jahresverlauf vor allem von der dieser Steuer unterliegenden inlandswirksamen Nachfrage getragen wurde. Andererseits ist im Berichtszeitraum die von den Unternehmen gezahlte Einfuhrumsatzsteuer, die als Vorsteuerabzug bei der Umsatzsteuer geltend gemacht werden kann, aufgrund rückläufiger nominaler Einfuhren gesunken, so daß entsprechend geringere Vorsteuerabzüge das Aufkommen der Umsatzsteuer zusätzlich ansteigen ließen.

Unter den übrigen Steuerquellen brachten lediglich die Tabaksteuer (+ 0,2 Mrd. DM) sowie die Vermögensteuer (+ 0,4 Mrd. DM) nennenswerte Mehrerträge. Die den Länderhaushalten zufließende Kraftfahrzeugsteuer war hingegen deutlich rückläufig (— 8,0 %), nachdem sie im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres aufgrund der steuerlichen Mehrbelastung nicht-schadstoffarmer Pkw von 1986 an sprunghaft (+ 21,8 %) angestiegen war.

Nach Verteilung der Gemeinschaftsteuern und der Gewerbesteuerumlage hat sich im ersten Halbjahr 1987 beim Bund (+ 1,9 % auf 98,9 Mrd. DM) und bei den Ländern (+ 1,7 % auf 80,6 Mrd. DM) eine etwas über dem Durchschnitt liegende Zunahme der Steuereinnahmen (einschl. steuerähnlicher Abgaben) ergeben, während das Steueraufkommen der Gemeinden/Gv. mit 24,4 Mrd. DM auf dem Vorjahresniveau verharrte. Neben den gesunkenen Gewerbesteuererträgen (— 0,1 Mrd. DM auf 14,2 Mrd. DM) macht sich hier besonders bemerkbar, daß — wie oben bereits erwähnt — die unmittelbare Beteiligung der nordrhein-westfälischen Kommunen an der Grunderwerbsteuer in diesem Jahr aufgehoben wurde. Dadurch verminderte sich das kommunale Aufkommen aus dieser Quelle insgesamt um 250 Mill. DM auf knapp 200 Mill. DM.

Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte aus wirtschaftlicher Tätigkeit sind im ersten Halbjahr 1987 deutlich spärlicher geflossen (— 12,9 % auf 20,5 Mrd. DM). Maßgeblich für die Entwicklung beim Bund (— 22,4 % auf 10,1 Mrd. DM) war der gesunkene Bundesbankgewinn des vergangenen Jahres. Während in diesem Jahr die gesamte Gewinnablieferung in das erste Halbjahr fiel und nur 7,3 Mrd. DM betrug, wurden 1986 noch — einschließlich der im zweiten Halbjahr gezahlten Raten in Höhe von 2,4 Mrd. DM — insgesamt 12,7 Mrd. DM überwiesen. Ähnlich deutlich wurden die Vorjahreseinnahmen bei den Ländern unterschritten (— 18,5 % auf 2,8 Mrd. DM). Dabei meldeten zwar bis auf Bayern und Rheinland-Pfalz alle Flächenländer mehr oder weniger starke Einbußen; die Ursache für diesen überaus starken Einbruch war jedoch vor allen Dingen in einem deutlichen Rückgang des Förderzinsaufkommens in Niedersachsen zu sehen. Bei den Gemeinden/Gv. werden unter dieser Position neben den eigentlichen Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit auch die Rückerstattungen von Sozialleistungen durch Dritte statistisch nachgewiesen, so daß sich diese Ergeb-

nisse nur schwer interpretieren lassen. Der Anstieg um 7,7 % auf insgesamt 7,5 Mrd. DM könnte jedoch darauf zurückzuführen sein, daß mit den rapide wachsenden Sozialhilfeausgaben auch dieser Aufwendersersatz zugenommen hat.

Neben den Steuereinnahmen stellen vor allem für die Gemeinden/Gv., aber auch für die Länder, die laufenden Zuweisungen von anderen öffentlichen Haushalten eine der wichtigsten Einnahmequellen dar. Den Kommunen flossen hieraus im Berichtszeitraum zusammen 31,6 Mrd. DM oder 7,1 % mehr (allgemeine und zweckgebundene Landeszuweisungen sowie Umlageeinnahmen der Gemeindeverbände), den Ländern 16,4 Mrd. DM oder 6,7 % mehr (in erster Linie Zuweisungen vom Bund) zu als im ersten Halbjahr des Vorjahres. Die Entwicklung im einzelnen ist bereits bei den entsprechenden Zuweisungsausgaben dargestellt worden. Zuweisungseinnahmen spielen für den Bund eine eher unbedeutende Rolle. Aufgrund der Rückzahlung eines Teils (390 Mill. DM) des gesetzlichen Rentenversicherung 1985 gewährten einmaligen Bundeszuschusses war hier das Vorjahresergebnis überhöht.

Die sonstigen laufenden Einnahmen, die gegenüber dem ersten Halbjahr 1986 um 3,8 % auf insgesamt 14,3 Mrd. DM zugenommen haben, spielen vor allen Dingen bei Gemeinden/Gv. eine wichtige Rolle. Hierbei handelt es sich im wesentlichen um Benutzungsgebühren für kommunale Einrichtungen sowie um Gebühren aus der Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen. Im Berichtszeitraum konnten die Kommunen hier Einnahmen in Höhe von 9,0 Mrd. DM (+ 4,4 %) erzielen.

Fast verdoppelt haben sich die Einnahmen des Bundes in der Kapitalrechnung (+ 90,5 % auf 3,6 Mrd. DM). Ausschlaggebend war hierbei, daß der Bund im ersten Halbjahr 1987 den Verkaufserlös aus der Privatisierung der VEBA AG in Höhe von 2,4 Mrd. DM vereinnahmte, während seine sonstigen Einnahmen der Kapitalrechnung — im wesentlichen Darlehensrückflüsse — nur ein geringfügiges Plus erbrachten. Die Einnahmen der Länder aus den Investitionszuweisungen des Bundes haben im Berichtszeitraum um 5,2 % auf 2,3 Mrd. DM zugenommen. Da außerdem in Schleswig-Holstein (+ 70 Mill. DM), Nordrhein-Westfalen (+ 40 Mill. DM) und Berlin (West) (+ 70 Mill. DM) Mehrerträge durch die Veräußerung von Sachvermögen bzw. den Verkauf von Beteiligungen erzielt werden konnten und die Darlehensrückflüsse von anderen Bereichen in Berlin (West) und Nordrhein-Westfalen den Vorjahresbetrag um rund 100 Mill. DM übertrafen, stiegen die Ländereinnahmen der Kapitalrechnung insgesamt um 8,8 % auf 4,8 Mrd. DM.

Leicht rückläufig waren im Berichtszeitraum hingegen die kommunalen Einnahmen der Kapitalrechnung (— 1,3 % auf 7,2 Mrd. DM). Die Gemeinden/Gv. konnten zwar bei ihrer wichtigsten Einnahmequelle, den als „Vermögensübertragungen“ nachgewiesenen Zuweisungen anderer öffentlicher Haushalte für investive Zwecke, aufgrund höherer Investitionszuweisungen der Länder und des Bundes kräftige Zuwächse verbuchen (+ 10,1 % auf 3,5 Mrd. DM). Diese wurden jedoch mehr als kompensiert, da die Erlöse aus der Veräußerung von kommunalem

Sachvermögen deutlich niedriger ausfielen (— 9,9 % auf 1,7 Mrd. DM) und außerdem die kommunale Schuldenaufnahme bei anderen öffentlichen Haushalten im gleichen Zeitraum um mehr als ein Drittel (auf 0,4 Mrd. DM) zurückging.

Schulden

Die Schulden der öffentlichen Haushalte beliefen sich am 30. Juni 1987 auf 805,7 Mrd. DM (ohne die Schulden der Verwaltungen untereinander in Höhe von 38,1 Mrd. DM). Damit sind die öffentlichen Schulden seit Jahresbeginn um 20,0 Mrd. DM und gegenüber dem gleichen Stichtag des Vorjahres um 49,2 Mrd. DM gestiegen.

Die seit Jahresbeginn aufgenommenen Mittel stammen ausschließlich vom inländischen Kreditmarkt. Die Schulden bei ausländischen Kreditinstituten oder sonstigen

**Tabelle 4: Öffentliche Schulden¹⁾
nach Arten und Körperschaftsgruppen
Mill. DM**

Schuldner	Stand am			
	30. 6. 1986	31.12. 1986	31. 3. 1987	30. 6. 1987
Fundierte Schulden (ohne Schulden bei Verwaltungen)				
Bund	397 598	413 376	424 161	425 790
dar.: Lastenausgleichs- fonds	1 620	1 641	1 068	868
ERP-Sondervermögen ..	6 152	6 415	6 064	5 884
Länder	249 181	261 943	265 020	268 761
Gemeinden/Gv.	103 425	103 762	104 673	105 216
Insgesamt ...	756 356	785 496	799 918	805 651
Schulden bei Verwaltungen				
Bund	5	4	4	3
dar.: Lastenausgleichs- fonds	5	4	4	3
ERP-Sondervermögen ..	—	—	—	—
Länder	28 202	28 856	28 760	29 134
Gemeinden/Gv.	8 675	9 005	9 057	8 953
Insgesamt .	36 882	37 865	37 821	38 090
Schwebende Schulden/Kassenkredite				
Bund	—	2 015	—	—
dar.: Lastenausgleichs- fonds	—	—	—	—
ERP-Sondervermögen ..	150	—	150	160
Länder	2 572	2 322	2 047	2 830
Gemeinden/Gv.	1 858	1 825	1 669	1 788
Insgesamt ..	4 580	6 162	3 866	4 778

¹⁾ Zum 31. Dezember 1986 Ergebnis der Jährlichen Schuldenstatistik, sonst Ergebnisse der vierteljährlichen Schuldenstatistik; ohne Zweckverbände.

ausländischen Stellen wurden im betrachteten Zeitraum um 4,0 Mrd. DM, die Ausgleichsforderungen und sonstigen Altverbindlichkeiten um 0,2 Mrd. DM abgebaut. Die Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe waren am 30. Juni 1987 bis auf einen Restbetrag von 80 Mill. DM getilgt.

Von dem Gesamtbetrag der öffentlichen Schulden entfielen 425,8 Mrd. DM auf den Bund, 268,8 Mrd. DM auf die Länder, 105,2 Mrd. DM auf die Gemeinden/Gv. und 5,9 Mrd. DM auf das ERP-Sondervermögen.

Dipl.-Volkswirt Andreas Crumfinger

Wohnungsvermietung nach Eigentümern in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorbemerkung

In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird die Wohnungsvermietung funktional abgegrenzt und unabhängig davon, wer der Eigentümer ist, geschlossen im Unternehmenssektor nachgewiesen. Insbesondere für die Darstellung der Einkommen aus Wohnungsvermietung ist diese Regelung wenig befriedigend, da die Wohnungseigentümer ganz überwiegend private Haushalte sind und die Eigennutzung eine wesentliche Rolle spielt. In diesem Aufsatz werden zusätzlich zum bisherigen Nachweis der Bruttoeinkommen aus Wohnungsvermietung¹⁾ erstmals Wohnungsinvestitionen und der damit in Zusammenhang stehende Grundstückserwerb sowie deren Finanzierung in der Gliederung nach Eigentümern aufgezeigt, wobei zwischen den privaten Haushalten (hier und im folgenden stets einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck) einerseits und den Unternehmen und dem Staat andererseits unterschieden wird. Zusätzlich wird die Eigennutzung von Wohnungen getrennt nachgewiesen.

Ein Nachweis der Wohnungsvermietung auch in institutioneller Gliederung ist in der letzten Zeit von verschiedener Seite verstärkt gefordert worden²⁾. Es geht unter anderem darum, die in den letzten Jahren häufig negativen nicht-entnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit mit der Darstellung der nicht-entnommenen Gewinne aus Wohnungsvermietung der privaten Haushalte besser erklären zu können³⁾. Im Hinblick auf die Analyse der Ergebnisse erscheint es zudem fraglich, ob die für Unternehmen üblichen Gesichtspunkte bezüglich der Gewinnermittlung unter Berücksichtigung einer angemessenen Refinanzierung der Investitionen in vollem Umfang auf die „private“ Wohnungsvermietung (einschl. Eigennutzung) übertragen werden können. Ein getrennter Ausweis der Vorgänge der Wohnungsvermietung in institutioneller Gliederung erlaubt auch eine verbesserte Interpretation der für den Unternehmenssektor insgesamt ausgewiesenen Tatbestände. Für die Zukunft

ist eine weitere sektorale Untergliederung der Wohnungsvermietung wünschenswert und auch vorgesehen.

Dieser Aufsatz gibt zunächst methodische Hinweise zur Abgrenzung und Berechnung der Wohnungsvermietung nach Eigentümergruppen. Anschließend werden die wichtigsten Ergebnisse kommentiert. Es sei bereits an dieser Stelle betont, daß bei den Berechnungen in erheblichem Umfang auch Annahmen und Schätzungen notwendig waren, da das verfügbare Ausgangsmaterial, insbesondere über den nach Eigentümergruppen gegliederten Wohnungsbau und den Grundstückserwerb sowie über deren Finanzierung, recht lückenhaft ist.

1 Begriffsabgrenzungen und Darstellungskonzept

1.1 Abgrenzung des Bereichs Wohnungsvermietung

Der Wirtschaftsbereich Wohnungsvermietung umfaßt in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Vermietung von Wohnraum durch Unternehmen, den Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck sowie die Eigennutzung von Wohnungen. Im Gegensatz zu der Zuordnung der Unternehmen zu Wirtschaftsbereichen nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt, die in der Entstehungsrechnung des Sozialprodukts normalerweise angewandt wird, ist der Bereich Wohnungsvermietung funktional abgegrenzt, das heißt, alle mit der Vermietung von Wohnungen im Zusammenhang stehenden Transaktionen werden in diesem Wirtschaftsbereich nachgewiesen, unabhängig davon, in welchen Bereichen der wirtschaftliche Schwerpunkt des jeweiligen Eigentümers liegt.

In der sektoralen Gliederung werden im deutschen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen aus verschiedenen Gründen — abweichend von den Empfehlungen in den internationalen Systemen Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen — die Vorgänge der Einkommensentstehungs-, Einkommensverwendungs- und Finanzierungsrechnung für alle Unternehmen zusammengefaßt, und zwar unabhängig davon, ob sie den Status einer juristischen Person besitzen oder sich im direkten Eigentum von Einzelpersonen oder Personengemeinschaften befinden, wobei auch für die Wohnungsvermietung (einschl. der Eigennutzung) eine unternehmerische Tätigkeit unterstellt wird. Lediglich in der Einkommensverteilungs- und Einkommensumverteilungsrechnung erfolgt eine getrennte Darstellung der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, zu denen auch Wohnungsunternehmen in der Rechtsform von Aktiengesellschaften oder von Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie Wohnungsgenossenschaften zählen. Ein großer Teil dieser Unternehmen gehört der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft an. Wohnungen im Eigentum öffentlicher Körperschaften, privater Organisationen ohne Erwerbszweck sowie Wohnungsbesitz von Einzelpersonen, von Personengemeinschaften bürgerlichen Rechts — einschließlich selbstgenutzter Wohnungen — und auch von Personengesellschaften werden in den Einkommensverteilungs-

¹⁾ Siehe Dorow, F./Hartmann, N.: „Einkommen aus Wohnungsvermietung 1960 bis 1977, Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung“ in WiSta 5/1978, S. 314 ff. sowie Tabelle 3.23 der Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Konten und Standardtabellen

²⁾ Dies kam u. a. auf der Sitzung des Fachausschusses „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ am 15. November 1984 im Statistischen Bundesamt zum Ausdruck. Siehe hierzu: „Ansätze zur Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ in WiSta 2/1985, S. 99

³⁾ Siehe De la Chevallerie, O.: „Einkommen aus Vermietung — Quantifizierung von Verzerrungen der Gewinnstruktur in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ in Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht Nr 45/1985.

und -umverteilungskonten den Sektoren zugeordnet, zu denen die jeweiligen Eigentümer zählen. Entsprechend werden in der vorliegenden Ausarbeitung auch die Vorgänge der Einkommensentstehung und -verwendung sowie der Finanzierung in den betreffenden Eigentümersektoren nachgewiesen.

Der Begriff der Wohnung, der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beim Nachweis der Vorgänge der Wohnungsvermietung verwendet wird, lehnt sich eng an die Definition der Gebäude- und Wohnungszählungen sowie der Wohnungsstichproben an. Danach besteht eine Wohnung⁴⁾ aus einem Raum oder mehreren zusammenhängenden Räumen, die nach außen abgeschlossen sind und Wohnzwecken dienen. Der weitaus überwiegende Teil (mehr als 90 %) der Wohnungen befindet sich in Wohngebäuden, der Rest in Nichtwohngebäuden, wie zum Beispiel Hausmeisterwohnungen in gewerblich genutzten Gebäuden. Zu den Wohnungen zählen auch Wohneinheiten in Wohnheimen (z. B. Studentenwohnheime, Altenwohnheime, Schwesternwohnheime oder Wohnheime für Mutter und Kind) und Freizeitwohnungen, soweit diese für einen längeren Zeitraum, das heißt zum Beispiel über Ferienzeiten hinaus, genutzt werden. Nicht zu dem Begriff Wohnungen zählen zum Beispiel Büro- und Praxisräume, Werkstätten und Garagen. Auch Räume in Baracken, Wohnlauben oder Wohnwagen werden nicht als Wohnung bezeichnet. Ebenso wenig fallen unter diesen Begriff Unterkünfte in Kasernen, Gefängnissen, Krankenhäusern oder in Kliniken.

1.2 Die dargestellten Transaktionen

Der Produktionswert im Bereich Wohnungsvermietung umfaßt die tatsächlich gezahlten Wohnungsmieten und zusätzlich unterstellte Mieten für die Eigennutzung von Wohnungen. Die für die Überlassung von Wohnungen zwischen Mietparteien vereinbarten Wohnungsmieten umschließen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen — entsprechend der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte (Ausgabe 1983) — Umlagen für Wasser, Abwasserbeseitigung, Müllabfuhr, Bürgersteig-, Straßen- und Schornsteinreinigung sowie sonstige Wohnungsnebenkosten wie zum Beispiel Treppenhausbeleuchtung oder Hausaufzug, unabhängig davon, ob diese Ausgaben in der Miete enthalten sind oder vom Wohnungsmieter selbst abgeführt werden. Nicht zu den Wohnungsmieten zählen dagegen Umlagen für Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Garagen- und Stellplatzmieten sowie Zuschläge, zum Beispiel für Möblierung, und vom Mieter selbst getragene Reparaturkosten. Auch Untermieten rechnen nicht zu den Wohnungsmieten, da sie einen Beitrag des Untermieters zur Hauptmiete darstellen.

Unterstellte Mieten werden für die Nutzung von Wohnungen angesetzt, die von den Eigentümern selbst bewohnt werden und für die keine Marktmiete für die Wohnungsnutzung gezahlt wird. Dabei wird von tatsäch-

lich gezahlten Mieten für Wohnungen gleicher Art und Größe ausgegangen. Die Einbeziehung unterstellter Mieten für eigengenutzte Wohnungen in den Produktionswert des Bereichs Wohnungsvermietung und — als Gegenbuchung — in den Privaten Verbrauch, erfolgt, um die Produktionstätigkeit dieses Bereichs möglichst vollständig darzustellen. In diesem Aufsatz wird erstmals die eigengenutzte „Wohnungsvermietung“ getrennt von der tatsächlichen Wohnungsvermietung nachgewiesen.

Die Bruttoeinkommen aus Wohnungsvermietung ergeben sich aus dem Produktionswert, der auch als Bruttomiete bezeichnet wird, durch Abzug der Vorleistungen, Abschreibungen (zu Wiederbeschaffungspreisen bewertet), Produktionssteuern abzüglich Subventionen, geleisteten Einkommen aus unselbständiger Ar-

Tabelle 1: Entstehung und Verteilung der Einkommen aus Wohnungsvermietung nach Eigentümersektoren im Jahr 1985¹⁾
Mill. DM

Gegenstand der Nachweisung	Wohnungsvermietung insgesamt	Unternehmen und Staat	Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	
			zusammen	dar. Eigennutzung
Produktionswert (Bruttomieten) ..	159 340	24 160	135 180	84 500
– Vorleistungen	34 930	5 750	29 180	19 300
= Bruttowertschöpfung	124 410	18 410	106 000	65 200
– Abschreibungen	49 060	7 440	41 620	26 000
– Produktionssteuern (abzögl. Subventionen) ..	1 270	– 1 150	2 420	1 520
= Nettowertschöpfung	74 080	12 120	61 960	37 680
– Geleistete Einkommen aus unselbständiger Arbeit ..	1 640	1 340	300	40
= Entstandene Einkommen aus Unternehmertätigkeit im Bereich Wohnungsvermietung	72 440	10 780	61 660	37 640
– Per Saldo geleistete Zinsen u. ä.	55 220	7 610	47 610	30 930
= Bruttoeinkommen aus Wohnungsvermietung (Unternehmensgewinn)	17 220	3 170	14 050	6 710

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis

beit und der geleisteten (abzüglich der empfangenen) Zinsen und Nettopachten, wie auch aus Tabelle 1 zu ersehen ist. Diese Positionen beziehen sich nur auf den funktional abgegrenzten Bereich Wohnungsvermietung. So werden etwa die Tätigkeiten eines Hausmeisters nur insoweit berücksichtigt, als Wohnungen in der oben definierten Abgrenzung betroffen sind. Arbeiten an der Heizanlage zum Beispiel bleiben unberücksichtigt, da Umlagen für Zentralheizung nicht in der Wohnungsmiete enthalten sind.

Der Begriff Bruttoeinkommen aus Wohnungsvermietung deckt sich definitorisch mit dem der Unternehmensgewinne in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Zu den Bruttoeinkommen aus Wohnungsvermietung zählen die Unternehmensgewinne der Wohnungsunternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie die Gewinne der „Wohnungsunternehmen“ ohne eigene Rechtspersönlichkeit, und zwar unabhängig davon, ob die Gewinne ausgeschüttet, entnommen oder nicht entnommen werden. Direkte Steuern und andere Umverteilungsgrößen sind noch nicht abgezogen bzw. noch nicht berücksichtigt. Die in Tabelle 1 bei den privaten Haushalten einschließlich privater Organisationen ohne

⁴⁾ Anstelle des wohnstatistischen Begriffs „Wohneinheit“ wird im folgenden stets von „Wohnung“ gesprochen

Erwerbszweck ausgewiesenen Unternehmensgewinne beziehen sich ausschließlich auf „Unternehmen“ ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Hinsichtlich der Verwendung der Unternehmensgewinne aus Wohnungsvermietung zur Zahlung direkter Steuern und anderer laufender Übertragungen sowie für Ausschüttungen, Entnahmen und nichtentnommene Gewinne ist zu beachten, daß diese Gewinne bei den Eigentümern meist nur eine von mehreren Einkommensquellen darstellen. Insbesondere bei den privaten Haushalten können die Abführungen z. B. von Einkommensteuern, die Ausgaben für den Konsum und die Ersparnisbildung in der Regel nur auf die Summe der Haushaltseinkommen und nicht auf spezielle Einkommensarten bezogen werden. Für die Bruttoeinkommen aus Wohnungsvermietung (Unternehmensgewinne) bedeutet dies, daß sie sich nicht unmittelbar in entnommene Gewinne (für einzelne Ausgabekategorien) und in nichtentnommene Gewinne (Ersparnis), die der Funktion Wohnungsvermietung zugeordnet bleiben, aufteilen lassen. Die Ersparnis im Bereich Wohnungsvermietung kann konzeptionell vielmehr nur von bestimmten Formen der Vermögensbildung aus ermittelt werden, wie Wohnungsinvestitionen, Vermögensübertragungen in der Form von Zuschüssen für den Wohnungsbau und Veränderungen in den Beständen zurechenbarer Forderungen und Verbindlichkeiten.

Für die Darstellung der Finanzierungsvorgänge sind die Wohnungsinvestitionen eine wichtige Größe. Sie werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowohl nach dem Wohnbauten- als auch nach dem Wohnungskonzept⁵⁾ nachgewiesen. Die in diesem Aufsatz dargestellten Wohnungsinvestitionen nach dem Wohnungskonzept umfassen den Neubau von Wohnungen in Wohnbauten und in Nichtwohnbauten, schließen jedoch gewerblich genutzte Räume aus. Zu den Wohnungsinvestitionen rechnen die Leistungen des Bauwerbes, aber auch in Eigenleistung erbrachte Werte. Fest mit den Bauten verbundene Einrichtungen, wie Fahrstühle oder Heizkörper, sind eingeschlossen. Das gleiche gilt für die Baunebenkosten, wie zum Beispiel Architekten-, Bauamts-, Gerichts-, Notargebühren sowie Maklerprovisionen und Grunderwerbsteuern. Die Wohnungsinvestitionen werden zum Zeitpunkt der Produktion, also nach dem jeweiligen Baufortschritt, nachgewiesen. In der Gliederung nach Eigentümern sind auch Verkäufe und Käufe von Wohnungen zu berücksichtigen. Sie äußern sich als Abgänge bei den Verkäufersektoren und als Zugänge bei den Käufersektoren. Die Wohnungsinvestitionen insgesamt bleiben insoweit unverändert.

Mit dem Neubau oder Kauf von Wohnungen ist der Erwerb von Wohnungen eng verbunden. Dabei ist von Bedeutung, ob die Wohngrundstücke entgeltlich erworben werden oder ob sie unentgeltlich zur Verfügung stehen, weil sie sich etwa schon seit längerer Zeit im Eigentum des Bauherrn befanden oder zum Zeitpunkt des

Baubeginns durch Erbschaft bzw. Schenkung in das Eigentum des Bauherrn oder neuen Wohnungseigentümers gelangt sind. Bei den entgeltlich erworbenen Wohngrundstücken ist außerdem danach zu unterscheiden, ob diese Grundstücke beim Verkäufer bereits als Wohngrundstücke galten (Funktion Wohnungsvermietung) oder ob sie bisher anders genutzt wurden. Das nachstehende Schema verdeutlicht diese Möglichkeiten:

Art des Erwerbs und Zustand der Wohngrundstücke		Funktion Wohnungsvermietung		Andere Funktionen
		Erwerbersektoren	Veräußerersektoren	
Entgeltlich	unbebaut	x	x ¹⁾	x
	bebaut	x	x	
Unentgeltlich	unbebaut	x		x
	bebaut	x	x	

¹⁾ Wiederverkäufe.

Unter dem Gesichtspunkt einer vollständigen Darstellung des Wohnungswesens wäre sicherlich ein Bruttonachweis der Wohngrundstückstransaktionen unter Einbeziehung der unentgeltlichen Grundstücksübertragungen sinnvoll. Aus statistischen Gründen ist allerdings eine Beschränkung auf die entgeltlichen Transaktionen notwendig und im Hinblick auf die Darstellung der Finanzierungsvorgänge, bei der im Falle des Nachweises von unentgeltlichem Grundstückserwerb Finanzierungsmittel fiktiv eingesetzt werden müßten, auch zweckmäßig. Aber auch hier gibt es konzeptionelle Probleme. So ist bei Transaktionen mit bebauten Grundstücken eine Trennung zwischen dem Gebäude- und dem Grundstückswert meist nur schwer vorstellbar. Bei dem Erwerb unbebauter Grundstücke erscheint es sinnvoll, nur den Erwerb von baureifem Land zu den Wohngrundstückskäufen zu zählen, da nur hier eine unmittelbare Bebauung möglich ist.

Bei dem in Tabelle 2 ausgewiesenen Nettoerwerb von Wohngrundstücken sind, wie bereits erwähnt, nur die entgeltlichen Transaktionen berücksichtigt und außerdem

Tabelle 2: Ableitung der Ersparnis aus Wohnungsvermietung nach Eigentümersektoren für das Jahr 1985¹⁾

Mill. DM

Gegenstand der Nachweisung	Wohnungsvermietung insgesamt	Unternehmen und Staat	Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	
			zusammen	der Eigen-nutzung
Finanzierungssaldo	-36 780	-5 430	-31 350	-23 500
+ Bruttowohnungsinvestitionen	94 790	15 240	79 550	64 200
+ Nettoerwerb von Wohngrundstücken	3 810	- 760	4 570	3 000
- Empfangene Vermögensübertragungen	38 790	1 350	37 440	27 300
- Abschreibungen	49 060	7 440	41 620	26 000
= Ersparnis (nichtentnommene Gewinne)	-26 030	260	-26 290	- 9 600

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis

die Verkäufe bebauter Grundstücke sowie die Wiederverkäufe baureifer Grundstücke saldiert. In sektoraler Darstellung werden so nur die Nettozukäufe oder die Nettoverkäufe ausgewiesen. Die Unternehmen (mit eigener Rechtspersönlichkeit) und der Staat haben 1985 also per saldo Wohngrundstücke an die privaten Haushalte ver-

⁵⁾ Siehe Kupka, G. „Methoden der Berechnung der Anlageinvestitionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ in WiSta 12/1977, S. 757 ff., und Engelmann, M./Mohr, D. „Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen“ in WiSta 12/1978, S. 755 ff.

kauft. Nicht gegeneinander aufgerechnet sind dagegen Käufe von Grundstücken, die beim Verkäufer nicht als Wohngrundstücke galten. Der in Tabelle 2 für die Wohnungsvermietung insgesamt ausgewiesene Wert zeigt ausschließlich und vollständig den Umfang dieser Grundstückstransaktionen.

Zu den Vermögensübertragungen, die neben Abschreibungen und nichtentnommenen Gewinnen Eigenmittel zur Finanzierung von Wohnungsinvestitionen darstellen, gehören vor allem Investitionszuschüsse des Staates für den Wohnungsbau in Form von Zuschüssen für den sozialen Wohnungsbau oder Zuschüsse im Rahmen von Eigentums-, Modernisierungs- und Energiesparprogrammen vor allem der Länder und Gemeinden. Nicht einbezogen ist die Gewährung von Darlehen und Schuldendiensthilfen der öffentlichen Hand. Zu letztgenannten gehören zum Beispiel Zinszuschüsse, die den Subventionen zugerechnet werden. Außerdem werden bei den privaten Haushalten die Zuteilung angesparter Bauspareinlagen — soweit sie für Bauzwecke verwendet werden — sowie die Tilgung von Bauspardarlehen als Vermögensübertragungen nachgewiesen, beim Staat dessen Eigenmittel für den staatseigenen Wohnungsbau.

Die für die Wohnungsinvestitionen verwendeten fremden Mittel werden durch den Finanzierungssaldo angezeigt, der als Differenz der Veränderungen von Forderungen und Verbindlichkeiten definiert ist. In der Finanzierungsrechnung des Bereichs Wohnungsvermietung setzen sich Forderungen weitgehend aus Bargeld und Sichteinlagen zusammen, in geringerem Umfang, insbesondere bei größeren Wohnungsunternehmen, auch aus Aktien- und Wertpapierbesitz. Bei den privaten Haushalten spielen vor allem Rückstellungen von Wohnungseigentumsgemeinschaften eine Rolle. Das Ansparen von Bausparverträgen wird nicht der Wohnungsvermietung, sondern — wie andere Sparformen — dem nichtunternehmerischen Bereich der privaten Haushalte zugerechnet. Erst bei der Zuteilung der Bausparverträge und Verwendung dieser angesparten Einlagen für Wohnbauzwecke werden diese Mittel als Vermögensübertragungen an den Bereich Wohnungsvermietung geleitet. Die Verbindlichkeiten umfassen Kredite der Kreditinstitute, der Bausparkassen und der Versicherungsunternehmen, weiterhin Direktkredite der öffentlichen Hand und der Unternehmen, unter anderem in Form von Arbeitgeberdarlehen. Auch die von Kapitalgesellschaften des Wohnungsbaus ausgegebenen Aktien oder Genossenschaftsanteile zählen zu den Verbindlichkeiten des Bereichs Wohnungsvermietung. Die hier beschriebenen Forderungen und Verbindlichkeiten und der daraus ermittelte Finanzierungssaldo für den Bereich Wohnungsvermietung unterscheidet sich von dem für Wohnbauten veröffentlichten Finanzierungssaldo der Deutschen Bundesbank im wesentlichen durch Nichtberücksichtigung der auf gewerbliche Räume und Garagen entfallenden Finanzierungsvorgänge, da in der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank⁶⁾ vom

Wohnbautenkonzept ausgegangen wird. Der Nachweis des Finanzierungssaldos nach dem Wohnungskonzept in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes erfolgt im Hinblick auf die Darstellung der Produktions- und Einkommensvorgänge im Bereich Wohnungsvermietung, die sich ausschließlich auf Wohnungen bezieht und die Vermietung gewerblicher Räume nicht berücksichtigt.

2 Berechnungsgrundlagen und -methoden

Die Berechnungsgrundlagen und -methoden zur Ermittlung der nach Eigentümern gegliederten Bruttoeinkommen aus Wohnungsvermietung sind bereits in einem früheren Aufsatz in dieser Zeitschrift⁷⁾ beschrieben worden. In den folgenden Ausführungen wird deshalb im wesentlichen auf neu herangezogenes Datenmaterial zur Berechnung dieser Größen eingegangen. Besonderes Gewicht wird auf Erläuterungen zur Berechnung der — jeweils nach Eigentümern gegliederten — Wohnungsinvestitionen, des Nettoerwerbs von Wohngrundstücken, der Finanzierungsvorgänge einschließlich der nichtentnommenen Gewinne sowie der Eigennutzung von Wohnungen gelegt.

Die Berechnung des Produktionswertes (Bruttomieten) des Bereichs Wohnungsvermietung, der zusammen mit anderen Größen der Entstehungsrechnung dieses Bereichs im Rahmen der Sozialproduktberechnungen laufend ermittelt wird, basiert hauptsächlich auf tiefgegliederten Angaben der Gebäude- und Wohnungszählungen, der Wohnungsstichproben, der Bautätigkeitsstatistiken, der Zusatzerhebungen zur Mietbelastung und Unterbringung der Haushalte im Rahmen der 1%-Mikrozensusserhebungen 1980 und 1982⁸⁾ sowie auf Preisangaben für Wohnungsmieten aus dem Preisindex der Lebenshaltung. Mit Hilfe dieser Angaben wurden Zeitreihen für nach Eigentümersektoren und Eigennutzung gegliederten Wohnflächen und Wohnungen aufgestellt, die mit durchschnittlichen Mietpreisen bewertet wurden. Informationen zur Schätzung der nach Sektoren unterschiedenen durchschnittlichen Mietpreise liegen vor allem aus den 1%-Wohnungsstichproben 1972 und 1978 vor, die mit der allgemeinen Preisentwicklung der Mieten zeitlich inter- und extrapoliert wurden. Für die Ermittlung langer Reihen von Wohnflächen und Wohnungen wurden die Ergebnisse der Wohnungszählungen, der Wohnungsstichproben und der Zusatzbefragungen im Mikrozensus den kumulierten Ergebnissen der Bautätigkeitsstatistiken gegenübergestellt und zu einem in sich konsistenten, plausiblen wohnungstatistischen Bild zusammengefügt. Dabei fielen auch Anhaltspunkte über Verkäufe von bereits erstellten Wohnungen und über nicht gemeldete Um- und Ausbauten an, die zur Schätzung der Wohnungsinvestitionen und des Nettoerwerbs von Wohngrundstücken in der Untergliederung nach Eigentümern herangezogen wurden.

⁶⁾ Siehe Deutsche Bundesbank: „Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für das Jahr 1986“, in Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Mai 1987, S. 13 ff.

⁷⁾ Siehe Dorow, F./Hartmann, N.: „Einkommen aus Wohnungsvermietung 1960 bis 1977. Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung“ in WiSta 5/1978, S. 315 ff.

⁸⁾ Die Ergebnisse der Mikrozensuszusatzbefragungen des Jahres 1985 konnten aus redaktionellen Gründen nicht mehr in die Berechnung eingebaut werden.

Bei der Berechnung der *Vorleistungen*, also der Kosten, die bei der Vermietung von Wohnungen für Wartung, Reparaturen, Gartenpflege u. ä. anfallen, und der indirekten Steuern — hauptsächlich Grundsteuer B — konnte auf Informationen aus dem Rechnungswesen von Wohnungsunternehmen und Wohnbaugesellschaften, aus der Bilanzstatistik und aus den Einkommens- und Verbrauchsstichproben zurückgegriffen werden. Die Aufteilung der Subventionen — in der Hauptsache Zinsverbilligungszuschüsse — auf Eigentümersektoren erfolgte nach Angaben aus Haushaltsplänen des Bundes und der Länder, die der Abschreibungen grob anhand von Schätzungen des Wohnungsbestandes bzw. der Bruttomieten nach Eigentümergruppen. Die Berechnung der betragsmäßig nur wenig ins Gewicht fallenden Einkommen aus *unselbständiger Arbeit* basierte auf Angaben der Arbeitsstättenzählung 1970 und auf der Entwicklung der Durchschnittsverdienste in anderen Dienstleistungsbereichen. Auf die Schwierigkeiten der Definition dieser Größe aufgrund der funktionalen Abgrenzung des Bereichs Wohnungsvermietung wurde bereits im Abschnitt 1 eingegangen. Die Ermittlung der per saldo geleisteten Zinsen und Nettopachten des nach Eigentümern gegliederten Bereichs Wohnungsvermietung erfolgt im Zusammenhang mit den sektoralen Zinsberechnungen für die laufenden Veröffentlichungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Sie stützt sich in erster Linie auf Angaben der Deutschen Bundesbank über Forderungen und Verpflichtungen der Wohnungswirtschaft aus der Geldvermögensrechnung und auf Angaben der Bankensstatistik über Hypothekenbestände und -zinssätze. Weiterhin wird auf die Veröffentlichung der Deutschen Bundesbank über die Darlehensgewährung von Bausparkassen sowie auf interne Unterlagen über nach Bankengruppen unterschiedene Zinsen zurückgegriffen. Darüber hinaus liefern die Einkommens- und Verbrauchsstichproben Angaben über Zinszahlungen von Haushalten mit Haus- und Grundbesitz. Für geleistete Nettopachten, im wesentlichen Erbpachten, liegen nur sehr wenig Anhaltspunkte vor. Sie können deshalb nur grob geschätzt werden. Die Angaben sind jeweils gekürzt um Zinsen und Erbpachten, die sich auf gewerblich genutzte Räume in Wohngebäuden und auf Garagen beziehen. Anhaltspunkte hierfür liefern die Gegenüberstellungen von Wohnbauten und Wohnungen aus der Vermögensrechnung. Durch Abzug der genannten Ausgaben für Vorleistungen, Zinsen usw. sowie der Abschreibungen von den Bruttomieten (Produktionswert) ergeben sich die *Bruttoeinkommen aus Wohnungsvermietung* (Unternehmensgewinn).

Ausgangswerte für die Aufteilung der Wohnungsinvestitionen nach Eigentümern bilden die Wohnungsinvestitionen insgesamt, die im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen laufend veröffentlicht werden. Über die Berechnung der Wohnungsinvestitionen insgesamt ist bereits mehrmals berichtet worden⁹⁾, so daß hierauf nicht näher eingegangen wird. Wichtigste Grund-

lage für die Aufgliederung der Wohnungsinvestitionen nach Eigentümern sind die Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistiken, die nach Bauherren gegliederte Angaben, insbesondere über die Anzahl und Größe von Wohnungen, über Geschosarten, über neuerrichtete Wohnungen und (gemeldete) Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden sowie über veranschlagte Baukosten, liefern. Zu diesen Angaben kommen nach Eigentümern aufgeschlüsselte Ergebnisse über Wohnflächen und Wohnungen, die auch für die Berechnung der Bruttomieten herangezogen werden, und bei deren Berechnung — wie weiter oben bereits erwähnt — Anhaltspunkte über nichtgemeldete Um- und Ausbauten sowie über Verkäufe von bereits errichteten Wohnungen anfallen. In einem ersten Schritt wurden die Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistik unter Ergänzung um nichtgemeldete Um- und Ausbauten auf Wohnungsinvestitionen insgesamt aufgeschätzt. Die Berechnung erfolgte in der Gliederung nach Bauherren sowie nach neuerrichteten Wohnungen und nach (gemeldeten) Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. Bei den nichtgemeldeten Um- und Ausbauten, die häufig zeitlich nach der Fertigstellung von Wohnungen zum Beispiel in Form von Dachausbauten vorgenommen werden, wurde davon ausgegangen, daß die Baukosten pro Quadratmeter etwas unter denjenigen von neuerrichteten Wohnungen liegen und daß sie nur von privaten Haushalten durchgeführt werden. Der nächste Schritt umfaßte die Berechnung der Verkäufe von vorhandenen Wohnungen. Hierfür stehen aus den bereits beschriebenen Berechnungen der Wohnflächen und Wohnungen nach Sektoren gegliederte Angaben über per saldo verkaufte Wohnflächen zur Verfügung, die mit durchschnittlichen Verkaufspreisen bewertet wurden. Bei der Ermittlung der Verkaufspreise wurde berücksichtigt, daß es sich nicht allein um Weiterverkäufe neuerrichteter Wohnungen, sondern auch um Verkäufe aus dem Altbestand handeln kann. Diesen Schätzungen zufolge sind per saldo allein die privaten Haushalte Käufer von Wohnungen, denen die Unternehmen und der Staat als Verkäufer gegenüberstehen.

Die Ermittlung der Käufe und Verkäufe von *Wohngrundstücken* basierte vor allem auf den Jahresergebnissen der Statistik der Kaufwerte für Bauland in der Gliederung nach Baulandarten, Baugebieten, Veräußerern und Erwerbern. Wie im Abschnitt 1 zu den Begriffsabgrenzungen dargelegt wurde, wird beim Erwerb von unbebauten Grundstücken nur baureifes Land berücksichtigt, also Grundstücke, die eine unmittelbare Bebauung möglich machen. Um möglichst nur die Grundstücke in die Berechnung einzubeziehen, die zum Zweck des Wohnungsbaus erworben werden und nicht etwa gewerblich genutzt werden sollen, wurden in die Berechnungen nur die Verkäufe und Käufe in Dorf- und Wohngebieten sowie — jedoch nur zum Teil — in Mischgebieten (Geschäfts- und Wohngebiete) einbezogen. Die Bodenkäufe des Staates und der privaten Organisationen ohne Erwerbzweck wurden um einen beachtlichen Anteil gekürzt, da in dem beobachteten Zeitabschnitt 1970 bis 1985 die Relation Bodenkäufe zu Baufertigstellungen (unter Berücksichtigung der Verkäufe von Wohnungen) bei diesen Sektoren im Vergleich zu den anderen Sektoren unplausibel hoch erscheint. Bei diesen Käufen kann es sich zum Beispiel um Bodenkäufe für

⁹⁾ Siehe die Hinweise in Fußnote 5.

Schulen, Kindergärten, Sporteinrichtungen und andere soziale Einrichtungen handeln, die nicht dem Bereich Wohnungsvermietung zuzuordnen sind. Zusätzlich zu diesen Korrekturen der Eckzahlen aus den Kaufwertstatistiken wurden die gesamten Kaufumsätze für baureifes Land in den genannten Baugebieten um einen Schätzwert für Wiederverkäufe gekürzt, da in den gesamten Kaufumsätzen Käufe enthalten sind, die bereits in früheren Perioden von Sektoren des Bereichs Wohnungsvermietung getätigt wurden. Der Ansatz für diese Größe ergibt sich aus einem sektoralen Vergleich des aufgrund von Baufertigstellungen geschätzten Bodenbedarfs mit den per saldo effektiv durchgeführten Bodenkäufen. Analog zu den Wiederverkäufen von Wohnungen bewirken diese Vorgänge einen Wechsel der Eigentumsverhältnisse bei Sektoren innerhalb des funktionalen Bereichs Wohnungsvermietung. Dieser Effekt tritt auch bei den Eigentümerwechseln von (bebauten) Grundstücken auf, die mit dem Verkauf von vorhandenen Wohnungen untrennbar verbunden sind. Zur Schätzung dieser Größen wurden — in der Gliederung nach Sektoren — aus der 1%-Wohnungsstichprobe 1978 und aus den Bautätigkeitsstatistiken Relationen von Wohnungsflächen zu bebauten Grundstücksflächen gebildet, die — mit den Flächen verkaufter Wohnungen gewichtet — Angaben über die beim Verkauf von Wohnungen dazugehörigen Grundstücksflächen liefern. Mit durchschnittlichen Verkaufspreisen bewertet ergaben sich Schätzwerte für Verkäufe von Grundstücken, die mit Wohnungen bebaut sind.

Ausgangspunkt für die Ermittlung des nach Wohnungseigentümern gegliederten *Finanzierungssaldos*, das heißt der Differenz aus der Veränderung von Forderungen und der Veränderung von Verbindlichkeiten, sind Berechnungsergebnisse der Deutschen Bundesbank für Wohnbauten, die im Rahmen der Geldvermögensrechnung veröffentlicht werden¹⁰⁾. Es sind zum Teil die gleichen Unterlagen, die auch für die Berechnung der empfangenen und geleisteten Zinsen herangezogen werden. Zusätzlich zu den veröffentlichten Beständen an Forderungen, hauptsächlich in Form von Bargeld und Sichteinlagen und den Beständen an Verbindlichkeiten der Wohnungswirtschaft gegenüber Kreditinstituten, Bausparkassen, Versicherungsunternehmen und gegenüber Aktien- und Anteilsbesitzern, stehen für eine Aufteilung der übrigen Verbindlichkeiten interne Schätzungen der Deutschen Bundesbank zur Verfügung. Dies betrifft vor allem Angaben über Direktkredite der öffentlichen Hand und der Unternehmen. Zur Umrechnung der nach dem Wohnbautenkonzept abgegrenzten Angaben der Deutschen Bundesbank auf das Wohnungskonzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes und der Aufteilung der Bestände auf Wohnungseigentümer wurde im großen und ganzen auf Informationen und Schätzungen zurückgegriffen, die auch bei den Zinsberechnungen zum Ansatz kommen. Zur Schätzung des Teils der Forderungen und Verbindlichkeiten, der gedanklich auf gewerblich genutzte Räume und Garagen entfällt, wurde das Verhältnis von Wohnungen und Wohnbauten aus der Vermö-

gensrechnung zugrunde gelegt. Die Aufteilung der Forderungen auf Wohnungseigentümer stützt sich auf Informationen der Bilanzstatistik und auf die Schätzung von Rückstellungsbeständen der — insbesondere privaten Haushalten zuzurechnenden — Wohnungseigentümergeinschaften. Bei der Aufgliederung der Verbindlichkeiten konnten nach Sektoren gegliederte Ergebnisse der Bankenstatistik der Deutschen Bundesbank sowie Ergebnisse aus den Einkommens- und Verbrauchsstichproben herangezogen werden. Einige Verbindlichkeiten können nach ihrer Art überwiegend oder vollständig den privaten Haushalten zugerechnet werden, wie zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen oder Verbindlichkeiten aufgrund von Direktkrediten des Staates und der Unternehmen. Vielfach waren nur grobe Schätzungen möglich, so daß der ausgewiesene Finanzierungssaldo nach Wohnungseigentümern mit erheblichen Unsicherheiten behaftet ist.

Bei der Berechnung der vom Bereich Wohnungsvermietung empfangenen *Vermögensübertragungen* wurden zunächst aus der Finanzstatistik Investitionszuschüsse des Staates und Eigenmittel des Staates für den staateigenen Wohnungsbau herausgerechnet und mit Hilfe von — ebenfalls anhand dieser Unterlagen ermittelten — Schlüsseln auf die Sektoren Unternehmen, Staat und private Haushalte aufgeteilt. Weiterhin wurden die von der Deutschen Bundesbank ermittelten Werte über Zuteilungen von für Bauzwecke verwendete Bauspareinlagen und Tilgungen von Bauspardarlehen — nach Kürzung um die auf gewerbliche Nutzung und Garagen entfallenden Teile — den privaten Haushalten zugeordnet.

Wie bereits in Abschnitt 1.2 dargelegt wurde, bereitet die getrennte Darstellung der Vorgänge der Einkommensverteilung, -umverteilung und -verwendung bis zur Ersparnis für den Bereich Wohnungsvermietung konzeptionelle Probleme. Eine Ableitung der *Ersparnis* (nichtentnommene Gewinne) aus den Unternehmensgewinnen (Bruttoeinkommen aus Wohnungsvermietung) ist deshalb, aber auch aus statistischen Gründen, nicht möglich. Wie aus Tabelle 2 hervorgeht, wird diese Größe für den gesamten Bereich Wohnungsvermietung und für die Eigentümersektoren, einschließlich der Eigennutzung, rechnerisch deshalb so ermittelt, daß zu dem Finanzierungssaldo die Bruttoinvestitionen und der Nettoerwerb von Wohngrundstücken hinzugezählt und von dieser Summe die empfangenen Vermögensübertragungen und Abschreibungen abgezogen werden. Aus Tabelle 2 läßt sich durch einfache Umformung die Beziehung von Bruttoinvestitionen zuzüglich Nettoerwerb von Grundstücken und deren Finanzierung durch eigene Mittel (Abschreibungen, empfangene Vermögensübertragungen, nichtentnommene Gewinne) und durch fremde Mittel (Finanzierungssaldo) ableiten.

Wie bereits dargelegt, werden in diesem Aufsatz zum ersten Mal die Vorgänge im Zusammenhang mit *eigen genutzten Wohnungen* innerhalb des Sektors der privaten Haushalte gesondert nachgewiesen. Die Informationen über diesen Bereich sind sehr lückenhaft. Es mußten deshalb relativ grobe Schätzungen vorgenommen werden, die im Vergleich zu den Ergebnissen für die sektorale

¹⁰⁾ Siehe die Hinweise in Fußnote 6.

Gliederung des Bereichs Wohnungsvermietung mit größeren Fehlermargen behaftet sind. Dennoch erscheint ein Nachweis der Eigennutzung von Wohnungen vor allem im Hinblick auf die nichtentnommenen Gewinne dieses Bereichs, die einen nicht unbeachtlichen Teil der nichtentnommenen Gewinne des Bereichs Wohnungsvermietung insgesamt ausmachen, wichtig und vertretbar. Vergleichsweise umfangreiche Unterlagen stehen zur Berechnung der für die Eigennutzung von Wohnraum unterstellten Mieten zur Verfügung. Es sind dies Angaben über die Größe eigengenutzter Wohnungen aus der Gebäude- und Wohnungszählung 1968, den 1%-Wohnungsstichproben 1972 und 1978 sowie den Zusatzbefragungen im Rahmen der Mikrozensen 1980 und 1982. Bei den Mietpreisen für eigengenutzte Wohnungen wird von den Marktmieten vergleichbarer Mietwohnungen ausgegangen, die jedoch wegen der vergleichsweise besseren Wohnlage und Ausstattung etwas angehoben wurden. Dafür wurden unter anderem Zusammenstellungen von Mietpreisspiegeln durch den Ring Deutscher Makler herangezogen. Eine weitere wichtige Informationsquelle bildet die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe mit Angaben über Vorleistungskäufe, Zinszahlungen, Tilgungen und Verbindlichkeiten der Hauseigentümer, die ihre Wohnungen selbst bewohnen. Die Abschreibungen auf selbstgenutzte Wohnungen wurden in Relation der Eigenmieten zu den von privaten Haushalten vereinnahmten Bruttomieten insgesamt geschätzt. Mangels anderer Informationen wurden diese Relationen auch für die Produktionssteuern, Subventionen und Vermögensübertragungen verwendet. Besondere Schätzprobleme bereiten die zum Zweck der Eigennutzung vorgenommenen Wohnungsinvestitionen sowie die Finanzierungsrechnung für diesen Bereich. Zwar liegen, wie bei der Berechnung der Eigenmieten beschrieben, Bestandsangaben über eigengenutzte Wohnflächen für einige ausgewählte Jahre vor, doch lassen diese Informationen noch keinen Schluß über die jährlichen Zugänge eigengenutzter Wohnungen zu. Hierzu stehen erst für die Jahre ab 1983 Angaben aus den Bautätigkeitsstatistiken zur Verfügung. Für weiter zurückliegende Jahre mußten die aus den Bestandsangaben vorliegenden Eigennutzungsquoten mit Hilfe von Annahmen extrapoliert werden. Diese stützen sich außer auf die Neubautätigkeiten von Ein- und Mehrfamilienhäusern sowie von Eigentumswohnungen auch auf die Entwicklung von Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden und von Aus- und Umbauten, die zu einem großen Teil eigengenutzten Wohnungen zuzuordnen sein dürften. Darüber hinaus wurde auf Schätzungen zurückgegriffen, die das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in einer Reihe von Untersuchungen durchgeführt hat¹¹⁾. Ähnliche Schätzprobleme tauchen bei der Ermittlung des Finanzierungssaldos für eigengenutzte Wohnungen auf. Auch hier läßt sich — allerdings für nur einen Stichtag — aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 der auf selbstbewohnte Wohnungen entfallende Teil von Ver-

pflichtungen ermitteln, der mit Annahmen über Neuverschuldungen und Tilgungen fortgeschrieben wurde¹²⁾.

3 Ergebnisse

Die Ergebnisbeschreibung bezieht sich am aktuellen Rand im wesentlichen auf das Jahr 1985, da die Ergebnisse für 1986 noch nicht vollständig und weniger gesichert sind. In Tabelle 3 werden die Einkommen aus Wohnungsvermietung den gesamten Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gegenübergestellt. 1985 beliefen sich die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen auf 430 Mrd. DM. Hiervon entfielen 17 Mrd. DM (4 %) auf Bruttoeinkommen aus Wohnungsvermietung. Diese Einkommen werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht den Vermögenseinkommen (im Jahr 1985 70 Mrd. DM), sondern den Einkommen aus Unternehmertätigkeit zugerechnet, die sich aus unverteilter Gewinnen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit und aus entnommenen und nichtentnommenen Gewinnen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit zusammensetzen und im Jahr 1985 360 Mrd. DM betragen. Die Bruttoeinkommen aus Wohnungsvermietung, die definitorisch den Unternehmensgewinnen in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entsprechen, ergeben sich als Differenz aus den empfangenen Bruttomieten (1985 159 Mrd. DM, siehe Tabelle 1) durch Abzug der Vorleistungen (35 Mrd. DM), Abschreibungen (49 Mrd. DM), Produktionssteuern abzüglich Subventionen (1½ Mrd. DM), der gezahlten Lohneinkommen (1½ Mrd. DM) sowie der per saldo geleisteten Zinsen (55 Mrd. DM).

Der weitaus größte Teil der Bruttoeinkommen aus Wohnungsvermietung entfällt auf private Haushalte (einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck). Im Jahr 1985 waren dies 14 Mrd. DM oder 82 % der gesamten Bruttoeinkommen aus Wohnungsvermietung. Die verbleibenden Einkommen stellen die Unternehmensgewinne aus Wohnungsvermietung der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit und des Staates dar. Sie beliefen sich im Jahr 1985 auf rund 3 Mrd. DM. Die Bruttoeinkommen aus Wohnungsvermietung der privaten Haushalte lassen sich in tatsächliche Einkommen, die aus der Fremdvermietung erzielt werden, und in fiktive Einkommen, die sich als Differenz aus unterstellten Bruttomieteinnahmen für die Eigennutzung von Wohnungen abzüglich Abschreibungen und Ausgaben für Vorleistungen, Zinsen usw. ergeben, aufteilen. Bei den privaten Haushalten, die ihre Wohnungen selbst nutzen, werden in Höhe der unterstellten Bruttomieteinnahmen (1985 84½ Mrd. DM) als Gegenbuchung fiktive Mietausgaben im Rahmen ihres privaten Verbrauchs in Ansatz gebracht. Die im Zusammenhang mit der Eigennutzung von Wohnungen „erzielten“ Bruttoeinkommen machten 1985 knapp 7 Mrd. DM aus und damit 48 % der Brutto-

¹¹⁾ Siehe u. a. Bartholmai, B.: „Einkommen aus Wohnungsvermietung. Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, unterteilt für die Bereiche eigengenutzte und vermietete Wohnungen“, in Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/2, 1987

¹²⁾ Berechnungen zur Finanzierung von Wohnbauten der privaten Haushalte wurden kürzlich auch von der Deutschen Bundesbank vorgenommen. Siehe Deutsche Bundesbank, „Private Sach- und Geldvermögensbildung und ihre Finanzierung“, in Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, August 1987, S. 41 ff.

einkommen aus Wohnungsvermietung der privaten Haushalte.

Im Zeitabschnitt 1970 bis 1985 nahmen die Bruttoeinkommen aus Wohnungsvermietung um 96 % zu und damit weniger als die gesamten Einkommen aus Unternehmertätigkeit (+ 144 %). Der Anstieg lag im betrachteten Zeitabschnitt auch deutlich unter der Entwicklung der Vermögenseinkommen (+ 214 %), die in Form von Zinsen, Dividenden u. ä. an die privaten Haushalte und an den Staat flossen. Entsprechend sank der Anteil der Bruttoeinkommen aus Wohnungsvermietung an den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen insgesamt von 5 % im Jahr 1970 auf 4 % im Jahr 1985. Die in Tabelle 3 dargestellten Bruttoeinkommen aus Wohnungsvermietung zeigen in der Entwicklung von Jahr zu Jahr häufig sprunghafte Veränderungen (z. B. von 1982 bis 1983 eine Zunahme um 92 %). Der Grund liegt darin, daß die als Differenz ermittelten Bruttoeinkommen aus Wohnungsvermietung im Vergleich zu den Ausgangsgrößen, mit denen sie berechnet werden, sehr klein sind. In diesem Fall können verhältnismäßig geringe Unterschiede in der jährlichen Veränderung der Ausgangsgrößen erhebliche Auswirkungen auf die Bruttoeinkommen aus Wohnungsvermietung haben. Von Bedeutung ist hier insbesondere die Veränderung der Bruttomieten einerseits und die der wichtigen Abzugsgrößen (vor allem Abschreibungen und geleistete Zinsen) andererseits. Die jährliche Veränderung der Bruttomieten wird wesentlich durch die Mietpreisentwicklung, die der Abschreibungen durch die Preisentwicklung der Wohnbauinvestitionen und die der Zinsen durch die Veränderung der durchschnittlichen Zinssätze be-

stimmt. Diese Einflußfaktoren, und hier insbesondere die Zinssätze, können sich von Jahr zu Jahr sehr unterschiedlich verändern. — Nach den bisher vorliegenden Unterlagen haben 1986 die Bruttoeinkommen aus Wohnungsvermietung stark zugenommen (+ 18 %). Der Grund für diesen hohen Zuwachs liegt vor allem in der Zinsentwicklung. Die per saldo geleisteten Zinsen haben gegenüber 1985 um 1 Mrd. DM (1,8 %) abgenommen, während die Bruttomieten angestiegen sind (+ 4,3 %).

In Tabelle 4 wird die Finanzierung der Wohnungsinvestitionen und des Nettoerwerbs von Wohngrundstücken untergliedert nach Eigentümern dargestellt. Im Jahr 1985 wurden insgesamt 98½ Mrd. DM investiert, wovon — wie aus Tabelle 2 ersichtlich ist — knapp 95 Mrd. DM auf Bruttowohnungsinvestitionen und nur 4 Mrd. DM auf den Kauf von Wohngrundstücken aus Bereichen außerhalb der Wohnungsvermietung entfielen. Bei der Gliederung des Nettogrundstückserwerbs nach Eigentümersektoren zeigt sich, daß die Unternehmen und der Staat zusammen im Jahr 1985 per saldo in Höhe von knapp 1 Mrd. DM Wohngrundstücke — unbebaute und bebaute — an die privaten Haushalte verkauft haben (siehe Tabelle 2). Nettoverkäufe des Staates und der Unternehmen von Wohngrundstücken an die privaten Haushalte waren im gesamten Zeitabschnitt von 1970 bis 1985 zu beobachten gewesen. Die privaten Haushalte weisen im Jahr 1985 einen Nettoerwerb von Wohngrundstücken in Höhe von 4½ Mrd. DM auf. Hiervon entfallen 3 Mrd. DM auf den Nettogrundstückserwerb, der dem Bereich der Eigenutzung zuzurechnen ist. Bei der Interpretation des gering

Tabelle 3: Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen und Bruttoeinkommen aus Wohnungsvermietung

Jahr	Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ¹⁾	Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und des Staates ²⁾	Einkommen aus Unternehmertätigkeit ³⁾	Darunter Bruttoeinkommen aus Wohnungsvermietung			
				alle Sektoren	Unternehmen und Staat	private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	
						zusammen	dar. Eigennutzung
Mill DM							
1970	169 760	22 250	147 510	8 780	1 750	7 030	3 570
1971	179 080	23 430	155 650	8 620	1 620	7 000	3 500
1972	195 080	24 390	170 690	10 150	1 890	8 260	4 220
1973	210 960	31 410	179 550	10 650	1 950	8 700	4 440
1974	209 840	32 770	177 070	9 890	1 960	7 930	3 890
1975	216 370	32 780	183 590	14 880	2 940	11 940	6 290
1976	250 860	31 980	218 880	16 730	3 450	13 280	7 120
1977	262 300	32 280	230 020	18 000	3 750	14 250	7 670
1978	288 600	33 220	255 380	19 500	3 870	15 630	8 460
1979	310 070	39 210	270 860	16 950	3 250	13 700	7 170
1980	304 190	48 060	256 130	10 920	2 210	8 710	3 890
1981	304 300	56 560	247 740	7 220	1 760	5 460	1 670
1982	321 000	65 740	255 260	7 440	1 670	5 770	1 710
1983	365 330	56 020	309 310	14 260	2 680	11 580	5 340
1984	403 930	64 510	339 420	14 720	2 780	11 940	5 470
1985 ⁴⁾	430 030	69 960	360 070	17 220	3 170	14 050	6 710
1986 ⁴⁾	472 010	69 470	402 540	20 350	3 650	16 700	8 360
1970 = 100							
1975	128	147	124	170	168	170	176
1980	179	216	174	124	126	124	109
1985 ⁴⁾	253	314	244	196	181	200	188
1986 ⁴⁾	278	312	273	232	209	238	234
% des Bruttoeinkommens insgesamt							
1970	100	13,1	86,9	5,2	1,0	4,2	2,1
1975	100	15,1	84,9	6,9	1,4	5,5	2,9
1980	100	15,8	84,2	3,6	0,7	2,9	1,3
1985 ⁴⁾	100	16,3	83,7	4,0	0,7	3,3	1,6
1986 ⁴⁾	100	14,7	85,3	4,3	0,8	3,5	1,8

¹⁾ Teil des Volkseinkommens — ²⁾ Nach Abzug der geleisteten Zinsen auf Konsumentenschulden und auf öffentliche Schulden. — ³⁾ Unverteilte Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie entnommene und nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. — ⁴⁾ Vorläufiges Ergebnis.

erscheinenden Umfangs der Bodenkäufe in Relation zu den Wohnungsinvestitionen ist zu beachten, daß hier nur der Nettozukauf an baureifem Land für Wohnzwecke ausgewiesen wird und der Zukauf von Rohbauland u. ä., das möglicherweise später auch einmal bebaut werden kann, nicht berücksichtigt ist. Weiterhin ist zu bedenken, daß Transaktionen mit bisher schon als Wohngrundstücke genutzten Flächen saldiert sind und Wohnungsinvestitionen auch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden umfassen, die zu keinem zusätzlichen Bodenbedarf führen.

Der größte Teil der Wohnungsinvestitionen und des Nettoerwerbs von Wohngrundstücken entfällt auf private Haushalte (einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck). Wie Tabelle 4 zeigt, waren dies im Jahr 1985 84 Mrd. DM oder 85,3 % der gesamten investiven Ausgaben im Bereich Wohnungsvermietung. Dieser Anteil schwankte in den Jahren zwischen 1970 und 1985 um bis zu 4 Prozentpunkte nach oben und nach unten. Die Wohnungsinvestitionen des zusammengefaßten Sektors Unternehmen und Staat beliefen sich nach Abzug der per saldo durchgeführten Grundstücksverkäufe im Jahr 1985 auf 14½ Mrd. DM.

Die Wohnungsinvestitionen und der Nettoerwerb von Wohngrundstücken, die für Zwecke der Eigennutzung vorgenommen wurden, betragen im Jahr 1985 67 Mrd. DM. Sie gewannen in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung. Dies wird deutlich an der Entwicklung ihres Anteils an den Wohnungsinvestitionen (einschl. Nettogrundstückserwerb) des Sektors Private Haushalte, der von 59 % im Jahr 1970 auf knapp 80 % im Jahr 1985 stieg. Diese Tendenz hat nach den bisher vorliegenden Ergebnissen auch im Jahr 1986 — bei stagnierenden Wohnungsinvestitionen insgesamt — angehalten. Bei dieser Entwicklung dürften außer gesunkenen Rentabilitätserwartungen bei der Vermietung von Wohnungen auch die

in den letzten Jahren gestiegenen Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, bei denen zu vermuten ist, daß sie in Form von Ausbau-, Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen in besonderem Maße bei eigengenutzten Wohnungen durchgeführt wurden, eine nicht unbedeutende Rolle gespielt haben.

Die Finanzierung der Bruttowohnungsinvestitionen und des Nettoerwerbs von Wohngrundstücken erfolgt — bei der Gesamtbetrachtung des Bereichs Wohnungsvermietung — durch den Einsatz eigener Mittel in Form von Abschreibungen, empfangenen Vermögensübertragungen und nichtentnommenen Gewinnen sowie durch per saldo aufgenommene fremde Mittel. Zur Finanzierung ihrer Wohnungsinvestitionen — im folgenden stets einschließlich des Nettoerwerbs von Wohngrundstücken — in Höhe von 98½ Mrd. DM im Jahr 1985 wurden in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung von den Eigentümersektoren knapp 62 Mrd. DM Eigenmittel aufgebracht und knapp 37 Mrd. DM fremdfinanziert. In dieser Betrachtungsweise wird unterstellt, daß die Abschreibungsgegenwerte der Wohnungseigentümer zur Eigenfinanzierung des Wohnungsneubaus auch zur Verfügung stehen. Einzelwirtschaftlich kann von einer solchen Annahme bei der „privaten“ Wohnungsvermietung sicherlich nur selten ausgegangen werden. Die Summe der Eigenmittel setzte sich 1985 im wesentlichen aus Abschreibungen (49 Mrd. DM) und empfangenen Vermögensübertragungen (39 Mrd. DM) zusammen. Diese Mittel standen allerdings zur Wohnungsfinanzierung auch in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung nicht voll zur Verfügung, was durch die negativen nichtentnommenen Gewinne zum Ausdruck kommt.

Bei der Wohnungsfinanzierung der privaten Haushalte spielen die empfangenen Vermögensübertragungen (1985 37½ Mrd. DM) eine wesentlich größere Rolle als bei den anderen Sektoren (1½ Mrd. DM). Zu

Tabelle 4: Wohnungsinvestitionen und ihre Finanzierung

Gegenstand der Nachweisung	Bruttowohnungsinvestitionen und Nettoerwerb von Wohngrundstücken	Finanzierung					fremde Mittel	nachrichtlich Fremdfinanzierungsquote (Anteil Spalte 6 an Spalte 1) %
		eigene Mittel				nichtentnommene Gewinne		
		insgesamt	Abschreibungen	empfangene Vermögensübertragungen				
Mill. DM								
1970								
Wohnungsvermietung insgesamt	45 540	26 570	12 640	11 510	2 420	18 970	41,7	
Unternehmen und Staat	6 810	3 220	2 200	320	700	3 590	52,7	
private Haushalte ¹⁾	38 730	23 350	10 440	11 190	1 720	15 380	39,7	
dar. Eigennutzung	22 800	13 900	6 100	6 100	1 700	8 900	39,0	
1975								
Wohnungsvermietung insgesamt	58 220	37 020	21 740	22 070	— 6 790	21 200	36,4	
Unternehmen und Staat	7 630	6 260	3 690	810	1 760	1 370	16,0	
private Haushalte ¹⁾	50 590	30 760	18 050	21 260	— 8 550	19 830	39,2	
dar. Eigennutzung	34 600	21 500	10 900	13 800	— 3 200	13 100	37,9	
1980								
Wohnungsvermietung insgesamt	98 690	44 620	36 080	33 320	— 24 780	54 070	54,8	
Unternehmen und Staat	12 990	5 330	5 730	1 400	— 1 800	7 660	59,0	
private Haushalte ¹⁾	85 700	39 290	30 350	31 920	— 22 980	46 410	54,2	
dar. Eigennutzung	63 300	30 600	18 600	21 900	— 9 900	32 700	51,6	
1985 ²⁾								
Wohnungsvermietung insgesamt	98 600	61 820	49 060	38 790	— 26 030	36 780	37,3	
Unternehmen und Staat	14 480	9 050	7 440	1 350	260	5 430	37,5	
private Haushalte ¹⁾	84 120	52 770	41 620	37 440	— 26 290	31 350	37,3	
dar. Eigennutzung	67 200	43 700	26 000	27 300	— 9 600	23 500	35,0	

¹⁾ Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — ²⁾ Vorläufiges Ergebnis.

diesen Vermögensübertragungen werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vor allem die Zuteilung angesparter Bausparguthaben und die Tilgung von Bauspardarlehen gezählt. Es handelt sich also um eigene Mittel der privaten Haushalte, die zur Wohnungsfinanzierung bereitgestellt werden und auf deren gesonderten Nachweis im deutschen Kontensystem Wert gelegt wird. Die statistischen Unterlagen lassen dies auch zu. Bei anderen Eigenmitteln, die zum Beispiel durch Auflösung von privaten Sparkonten oder durch den Verkauf von Wertpapieren von den Haushalten zum Bau von Wohnungen eingesetzt werden, ist dies nicht der Fall. Sie äußern sich (positiv) in den nichtentnommenen Gewinnen. In der in diesem Aufsatz vorgelegten Darstellung der Wohnungsvermietung in institutioneller Gliederung wäre es an sich nicht mehr notwendig, Vermögensübertragungen für diese Art des Einsatzes eigener Mittel nachzuweisen. Entsprechend weniger negativ wären die nichtentnommenen Gewinne aus Wohnungsvermietung der privaten Haushalte. Trotzdem wurde diese Verbuchungsweise beibehalten, um eine volle Vergleichbarkeit mit der laufenden Darstellung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu gewährleisten.

Im Jahr 1985 wiesen die nichtentnommenen Gewinne aus Wohnungsvermietung bei den Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (einschl. Staat) einen positiven Betrag in Höhe von ½ Mrd. DM auf. Bei den privaten Haushalten waren die nichtentnommenen Gewinne dagegen negativ (— 26½ Mrd. DM). Auf Eigentümer, die ihre Wohnung selbst bewohnen, entfielen davon — 9½ Mrd. DM. Auch in den meisten zurückliegenden Jahren des betrachteten Zeitabschnitts 1970 bis 1985 waren die nichtentnommenen Gewinne bei den Unternehmen (einschl. Staat) positiv gewesen, bei den privaten Haushalten insgesamt und bei eigengenutzten Wohnungen wurden dagegen — mit Ausnahme der Jahre 1970 und 1971 — negative Beträge nachgewiesen (siehe Tabelle 5).

Der Nachweis negativer nichtentnommener Gewinne aus Wohnungsvermietung der privaten Haushalte bereitet häufig erhebliche Verständnisprobleme. Ihr Zustandekommen hat wesentlich mit der Einkommensdefinition in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu tun, nach der als Einkommen nur der Betrag angesehen wird, der nach Erhalt der realen Substanz des Sachvermögens verbleibt. Als Maß für die reale Substanzerhaltung sind Abschreibungen zu Wiederbeschaffungspreisen anzusetzen. Dieses in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung sicherlich vernünftige Einkommenskonzept läßt sich in einzelwirtschaftlicher Betrachtung auf die privaten Haushalte als Wohnungseigentümer nur schwer übertragen. Vermietet beispielsweise ein privater Haushalt Wohnungen, so wird er in der Regel die gesamten Mieteinnahmen (die Bruttomiete) als Einkommen betrachten und hiervon — nach Abzug der tatsächlich anfallenden Kosten — für Nichtwohnzwecke möglicherweise wesentlich mehr verwenden (entnehmen), als Einkommen unter der Bedingung der realen Substanzerhaltung überhaupt zur Verfügung steht. Es kommt dann zu negativen „nichtentnommenen Gewinnen“ im gesamtwirtschaftlichen Sinn, das heißt, es verbleiben aus den Einkommen aus Wohnungsvermietung keine eigenen Mittel, um in Höhe der Abschreibungen Reinvestitionen durchführen zu können. In Tabelle 5 sind die Bruttoeinkommen sowie die nichtentnommenen Gewinne aus Wohnungsvermietung der privaten Haushalte sowohl vor als auch nach Abzug der zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen auf das Wohnungsvermögen ausgewiesen. Die Zahlen zeigen, daß es zu negativen nichtentnommenen Gewinnen erst kommt, wenn die Abschreibungen abgezogen werden.

Zur Finanzierung der Bruttowohnungsinvestitionen und des Nettoerwerbs von Grundstücken hat sich der Bereich Wohnungsvermietung 1985 um 37 Mrd. DM zusätzlich verschuldet. Bezogen auf die Wohnungsinvestitionen in

Tabelle 5: Bruttoeinkommen aus Wohnungsvermietung der privaten Haushalte¹⁾ vor und nach Abzug von Abschreibungen²⁾

Jahr	Bruttoeinkommen aus Wohnungsvermietung				Dar. nichtentnommene Gewinne			
	nach		vor		nach		vor	
	Abzug von Abschreibungen				Abzug von Abschreibungen			
	insgesamt	dar. Eigennutzung	insgesamt	dar. Eigennutzung	insgesamt	dar. Eigennutzung	insgesamt	dar. Eigennutzung
	Mill. DM							
1970	7 030	3 570	17 480	9 670	1 720	1 700	12 160	7 800
1971	7 000	3 500	19 070	10 800	3 900	3 000	15 970	10 100
1972	8 260	4 220	21 810	12 220	— 870	— 200	12 680	7 800
1973	8 700	4 440	23 960	13 540	— 7 880	— 3 500	7 380	5 600
1974	7 930	3 890	24 990	14 090	— 5 280	— 500	11 780	9 700
1975	11 940	6 290	29 990	17 190	— 8 550	— 3 200	9 500	7 700
1976	13 280	7 120	32 970	19 020	— 9 660	— 4 200	10 030	7 700
1977	14 250	7 670	35 680	20 670	— 13 210	— 5 700	8 220	7 300
1978	15 630	8 460	39 210	22 860	— 20 330	— 10 500	3 250	3 900
1979	13 700	7 170	40 270	23 470	— 23 260	— 11 300	3 310	5 000
1980	8 710	3 890	39 060	22 490	— 22 980	— 9 900	7 370	8 700
1981	5 460	1 670	38 690	22 170	— 25 590	— 11 400	7 640	9 100
1982	5 770	1 710	41 140	23 510	— 18 090	— 6 400	17 280	15 400
1983	11 580	5 340	48 890	28 440	— 27 750	— 13 300	9 550	9 800
1984	11 940	5 470	51 760	30 170	— 27 080	— 12 400	12 740	12 300
1985 ³⁾	14 050	6 710	55 670	32 710	— 26 290	— 9 600	15 330	16 400
1986 ³⁾	16 700	8 360	60 120	35 660	— 19 320	— 3 500	24 100	23 800
	1970 = 100							
1975	170	176	172	178	x	x	78	99
1980	124	109	224	233	x	x	61	112
1985 ³⁾	200	188	319	338	x	x	126	210
1986 ³⁾	238	234	344	369	x	x	198	305

¹⁾ Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — ²⁾ Zu Wiederbeschaffungspreisen. — ³⁾ Vorläufiges Ergebnis.

diesem Jahr war dies nach den Berechnungskonzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine Fremdfinanzierungsquote von 37,3 % (siehe Tabelle 4). Bei den zusammengefaßten Sektoren Unternehmen und Staat betrug diese Quote 37,5 %, bei privaten Haushalten 37,3 %. Eigengenutzte Wohnungen wiesen eine etwas geringere Fremdfinanzierungsquote von 35,0 % auf. Im Zeitablauf sind die Fremdfinanzierungsquoten insgesamt und in den Eigentümersektoren meist unterschiedlich gewesen. Am häufigsten lagen bei den Unternehmen einschließlich Staat die Quoten über denen der privaten Haushalte. Die Fremdfinanzierungsquoten bei eigengenutzten Wohnungen lagen stets unter denen der privaten Haushalte insgesamt. Auf die Vielzahl der Einflußfaktoren auf diese Quote kann hier nicht näher eingegangen werden. Auffallend ist jedoch, daß mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung die Finanzierungsquoten aller Sektoren auf Änderungen des Hypothekenzinssatzes reagieren. In den letzten Jahren ist dies jedoch nicht mehr so deutlich der Fall, was unter anderem mit der nachlassenden Bautätigkeit und dem damit häufig verbundenen verstärkten Einfluß von Tilgungen auf den Finanzierungssaldo in Verbindung stehen dürfte. Bei der Interpretation der hier dargestellten Fremdfinanzierungsquoten für den gesamten Bereich Wohnungsvermietung bzw. für zusammengefaßte Eigentümersektoren ist zu beachten, daß sie nur wenig über die Finanzierung von Neuinvestitionen in einzelwirtschaftlicher Betrachtung aussagen. So wirken sich Tilgungen von Wohnbaurdarlehen mindernd auf das Finanzierungsdefizit aus, obwohl in der Regel die Darlehensrückzahlung durch Haushalte erfolgt, die bereits früher gebaut haben. Anders als bei Unternehmen im engeren Sinne dürfte es bei „privaten“ Wohnungseigentümern nur selten vorkommen, daß Reinvestitionen getätigt werden, bedingt auch durch die lange Nutzungsdauer der Wohnungen. Neuanschaffungen von Wohnungen werden überwiegend von Haushalten vorgenommen, die bisher noch keine Wohnungseigentümer waren.

Eines der Ziele dieser Arbeit war es, mit der Ermittlung der nach Eigentümern gegliederten nichtentnommenen Gewinne aus Wohnungsvermietung zur Erklärung der Höhe und des zeitlichen Verlaufs der nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit beizutragen. In den Konten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden die nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit auf der Aufkommenseite des Vermögensveränderungskontos des Sektors der privaten Haushalte und als Gegenbuchung auf der Verwendungsseite der gleichen Kontengruppe des Unternehmenssektors dargestellt, wo sie zusammen mit den unverteilten Gewinnen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit als Mittel zur Finanzierung der Investitionen der Unternehmen (einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck) zur Verfügung stehen. Auch die nichtentnommenen Gewinne der privaten Haushalte aus Wohnungsvermietung sind Teil dieser nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Wie aus Tabelle 6 hervorgeht, sind die nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit seit 1973 negativ, die nichtentnommenen Gewinne der privaten Haushalte aus Wohnungsvermietung bereits seit 1972. Zieht man von den nichtentnommenen Gewinnen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit die aus Wohnungsvermietung der privaten Haushalte ab, so zeigt sich, daß die verbleibenden nichtentnommenen Gewinne in den Jahren 1970 bis 1979 — mit Ausnahme der wirtschaftlich schwachen Jahre 1974 und 1975 — positive Beträge aufwiesen. Von 1980 bis 1985 dagegen waren auch die nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit nach Abzug der Wohnungsvermietung noch negativ. Bei der Beurteilung dieser Ergebnisse ist zu beachten — und hierauf wird laufend bei der Darstellung von Veröffentlichungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hingewiesen —, daß sich die nichtentnommenen Gewinne der

Tabelle 6: Unternehmensgewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit¹⁾

Mill. DM

Jahr	Unternehmensgewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit			Bruttoeinkommen aus Wohnungsvermietung der privaten Haushalte ²⁾			Unternehmensgewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit ohne Wohnungsvermietung der privaten Haushalte ²⁾		
	insgesamt	entnommene Gewinne	nichtentnommene Gewinne	insgesamt	entnommene Gewinne	nichtentnommene Gewinne	insgesamt	entnommene Gewinne	nichtentnommene Gewinne
1970	131 930	113 700	18 230	7 030	5 310	1 720	124 900	108 390	16 510
1971	138 560	125 630	12 930	7 000	3 100	3 900	131 560	122 530	9 030
1972	147 630	144 230	3 400	8 260	9 130	- 870	139 370	135 100	4 270
1973	148 350	153 450	- 5 100	8 700	16 580	- 7 880	139 650	136 870	2 780
1974	152 470	158 150	- 5 680	7 930	13 210	- 5 280	144 540	144 940	- 400
1975	160 410	172 270	- 11 860	11 940	20 490	- 8 550	148 470	151 780	- 3 310
1976	186 810	189 760	- 2 950	13 280	22 940	- 9 660	173 530	166 820	6 710
1977	197 030	203 430	- 6 400	14 250	27 460	- 13 210	182 780	175 970	6 810
1978	210 630	214 710	- 4 080	15 630	35 960	- 20 330	195 000	178 750	16 250
1979	219 310	232 740	- 13 430	13 700	36 960	- 23 260	205 610	195 780	9 830
1980	210 390	240 880	- 30 490	8 710	31 690	- 22 980	201 680	209 190	- 7 510
1981	197 130	253 040	- 55 910	5 460	31 050	- 25 590	191 670	221 990	- 30 320
1982	206 650	252 800	- 46 150	5 770	23 860	- 18 090	200 880	228 940	- 28 060
1983	246 220	275 650	- 29 430	11 580	39 330	- 27 750	234 640	236 320	- 1 680
1984	266 800	305 360	- 38 560	11 940	39 020	- 27 080	254 860	266 340	- 11 480
1985 ³⁾	282 370	326 370	- 44 000	14 050	40 340	- 26 290	268 320	286 030	- 17 710
1986 ³⁾	.	342 080	.	16 700	36 020	- 19 320	.	306 060	.

¹⁾ Ohne Entnahmen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit aus Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit — ²⁾ Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — ³⁾ Vorläufiges Ergebnis.

Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit nur als Differenz zwischen dem aus der Entstehungsrechnung abgeleiteten Volkseinkommen und den übrigen Größen der Verteilungs- und Finanzierungsrechnung (Finanzierungssaldo der privaten Haushalte, Einkommen aus unselbständiger Arbeit, entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen) ermitteln lassen. Auch geringe Ungenauigkeiten bei der Berechnung dieser Größen können dadurch eine erhebliche Auswirkung auf die relativ kleine Restgröße haben. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß Höhe und Entwicklung der nichtentnommenen Gewinne nicht allein von den Unternehmensgewinnen abhängen, sondern auch von dem Entnahmeverhalten der Unternehmer, das wiederum von einer Reihe von Faktoren, wie zum Beispiel Zinsniveau oder wirtschaftliche Erwartungen, bestimmt wird. So äußert sich etwa die Entnahme eines Einzelunternehmers aus dem laufenden Gewinn, die dieser — und sei es nur für eine bestimmte Zeit — zinsbringend in Wertpapieren anlegt, in Form eines niedrigeren oder sogar negativen nichtentnommenen Gewinns.

Dipl.-Volkswirt Norbert Hartmann

Preise im September 1987

Ausgewählte Preisindizes
1980 = 100

Im September 1987 dokumentierten die Preisindizes der hier beobachteten Wirtschaftsstufen weiterhin eine für die Käufer von Waren und Dienstleistungen sehr günstige Preisentwicklung, und zwar sowohl gegenüber dem Vormonat August wie auch gegenüber dem Vorjahresmonat September. Nachdem im August dieses Jahres eine deutliche Verteuerung der Mineralölzeugnisse sowohl den Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte als auch den Index der Großhandelsverkaufspreise nach oben gedrückt hatte, war von diesen Auftriebstendenzen im September nichts mehr zu verspüren. Vielmehr trugen die — trotz der politisch instabilen Lage am Persischen Golf — billigeren Mineralölzeugnisse zu den Indexrückgängen auf allen Wirtschaftsstufen gegenüber dem Vormonat bei. Daneben blieben auf die Preisindizes durchschlagende Verteuerungen von Saisonnahrungsmitteln, wie sie angesichts des schlechten Erntejahres 1987 hätten erwartet werden können, bisher aus — nicht zuletzt sicherlich aufgrund der preisdämpfenden Wirkung der EG-Agrarüberschüsse.

Im Vergleich zum September des Vorjahres wiesen nur die Indizes für die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte und für den Großhandel ein niedrigeres Preisniveau auf. Dagegen haben sich die Preise auf der Verbraucherstufe — wenn auch geringfügig — erhöht.

	Veränderung September 1987 gegenüber August 1987		September 1986
	%		
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	- 0,2	- 1,6	
ohne Mineralölzeugnisse	-	- 1,8	
Großhandelsverkaufspreise	- 0,8	- 2,9	
ohne Mineralölzeugnisse	- 0,2	- 2,9	
Einzelhandelspreise	- 0,3	+ 0,5	
ohne Heizöl und Kraftstoffe	- 0,1	+ 0,5	
Lebenshaltung aller privaten Haushalte	- 0,2	+ 0,4	
ohne Heizöl und Kraftstoffe	-	+ 0,6	

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) ermäßigte sich von August bis September 1987 um 0,2 Prozent. Mit einem Stand von 115,6 (1980 = 100) lag der Index um 1,6 Prozent niedriger als im September 1986. Im August und Juli 1987 hatten die entsprechenden Veränderungsrate — 1,4 bzw. — 1,8 % betragen.

Mit dem Preisrückgang im September, der vor allem auf der Entwicklung bei Mineralölprodukten basierte, wurde der Anstieg vom August kompensiert, so daß der Index wieder auf den Stand vom Juli zurückging. Der Verbilligung bei Mineralölprodukten steht eine — im Vergleich zum August allerdings geringere — Preisanhebung bei Orts- und Erdgas gegenüber (+ 0,4 %). Im Jahresabstand hat sich Orts- und Erdgas allerdings um 39,0 % verbilligt, wobei die Erzeugerpreise bei Abgabe an die Industrie wesentlich stärker zurückgegangen sind als bei Abgabe an

Jahr Monat	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾			Großhandelsverkaufspreise ¹⁾	Einzelhandelspreise ³⁾	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	
	insgesamt	darunter				insgesamt	ohne Saisonwaren ⁴⁾
		Investitionsgüter ²⁾	Verbrauchsgüter ²⁾				
1982 D.	114,1	110,5	111,8	113,6	110,3	111,9	112,0
1983 D.	115,8	113,9	112,7	113,7	113,2	115,6	115,7
1984 D.	119,2	116,8	115,4	116,9	115,6	118,4	118,4
1985 D.	121,8	120,1	118,5	117,5	117,5	121,0	121,0
1986 D.	118,2	123,4	110,6	108,8	117,3	120,7	120,8
1986 Juli	117,7	123,7	108,2	106,8	117,2	120,5	120,5
Aug.	117,5	124,0	108,9	106,6	116,9	120,2	120,5
Sept.	117,5	124,2	109,5	107,2	116,9	120,4	120,7
Okt.	116,2	124,4	108,7	105,8	116,7	120,0	120,3
Nov.	115,9	124,5	108,8	105,2	116,8	119,9	120,3
Dez.	115,7	124,5	108,7	104,4	116,9	120,1	120,4
1987 Jan.	115,9	125,0	111,2	105,2	117,5	120,6	120,7
Febr.	115,5	125,4	109,7	104,8	117,7	120,7	120,7
März	115,4	125,6	110,1	104,8	117,7	120,7	120,7
April	115,1	126,1	110,5	104,9	117,9	121,0	120,9
Mai	115,2	126,3	110,9	104,9	118,2	121,1	120,9
Juni	115,3	126,7	110,7	105,0	118,2	121,3	121,1
Juli	115,6	126,9	111,3	104,6	118,0	121,3	121,2
Aug.	115,8	127,0	111,4	104,9	117,8	121,2	121,3
Sept.	115,6	126,9	110,7	104,1	117,5	120,9	121,2
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %							
1986 Juli	- 0,7	+ 0,2	- 1,8	- 2,1	- 0,4	- 0,5	- 0,3
Aug.	- 0,2	+ 0,2	+ 0,6	- 0,2	- 0,3	- 0,2	-
Sept.	-	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,6	-	+ 0,2	+ 0,2
Okt.	- 1,1	+ 0,2	- 0,7	- 1,3	- 0,2	- 0,3	- 0,3
Nov.	- 0,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,6	+ 0,1	- 0,1	-
Dez.	- 0,2	-	- 0,1	- 0,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1
1987 Jan.	+ 0,2	+ 0,4	+ 2,3	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2
Febr.	- 0,3	+ 0,3	- 1,3	- 0,4	+ 0,2	+ 0,1	-
März	- 0,1	+ 0,2	+ 0,4	-	-	-	-
April	- 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Mai	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	-	+ 0,3	+ 0,1	-
Juni	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	+ 0,1	-	+ 0,2	+ 0,2
Juli	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,5	- 0,4	- 0,2	-	+ 0,1
Aug.	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,1	+ 0,1
Sept.	- 0,2	- 0,1	- 0,6	- 0,8	- 0,3	- 0,2	- 0,1
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %							
1982 D.	+ 5,8	+ 5,8	+ 3,3	+ 5,5	+ 4,7	+ 5,3	+ 5,4
1983 D.	+ 1,5	+ 3,1	+ 0,8	+ 0,1	+ 2,6	+ 3,3	+ 3,3
1984 D.	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,3
1985 D.	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,7	+ 0,5	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,2
1986 D.	- 3,0	+ 2,7	- 6,7	- 7,4	- 0,2	- 0,2	- 0,2
1986 Juli	- 3,6	+ 2,7	- 8,5	- 8,7	- 0,3	- 0,5	- 0,5
Aug.	- 3,6	+ 2,9	- 7,6	- 8,3	- 0,1	- 0,4	- 0,5
Sept.	- 3,8	+ 3,0	- 7,5	- 8,1	- 0,3	- 0,4	- 0,6
Okt.	- 4,7	+ 2,9	- 8,3	- 8,5	- 0,5	- 0,9	- 1,1
Nov.	- 4,9	+ 3,0	- 8,5	- 9,2	- 0,8	- 1,2	- 1,2
Dez.	- 4,8	+ 2,7	- 7,3	- 9,4	- 0,8	- 1,1	- 1,1
1987 Jan.	- 4,4	+ 2,6	- 3,9	- 8,6	- 0,3	- 0,8	- 0,8
Febr.	- 4,2	+ 2,8	- 3,7	- 6,9	- 0,1	- 0,5	- 0,5
März	- 3,9	+ 2,7	- 1,8	- 6,0	+ 0,1	- 0,2	- 0,2
April	- 3,6	+ 2,7	- 1,0	- 5,6	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
Mai	- 2,9	+ 2,7	+ 0,5	- 4,7	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2
Juni	- 2,7	+ 2,7	+ 0,5	- 3,8	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2
Juli	- 1,8	+ 2,6	+ 2,9	- 2,1	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6
Aug.	- 1,4	+ 2,4	+ 2,3	- 1,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7
Sept.	- 1,6	+ 2,0	+ 1,1	- 2,9	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 2) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung, entsprechend der Warengliederung des Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter. — 3) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer — 4) Kartoffeln, Gemüse, Obst, Südfrüchte, Frischfisch und Blumen.

Handel und Gewerbe sowie vor allem an private Haushalte.

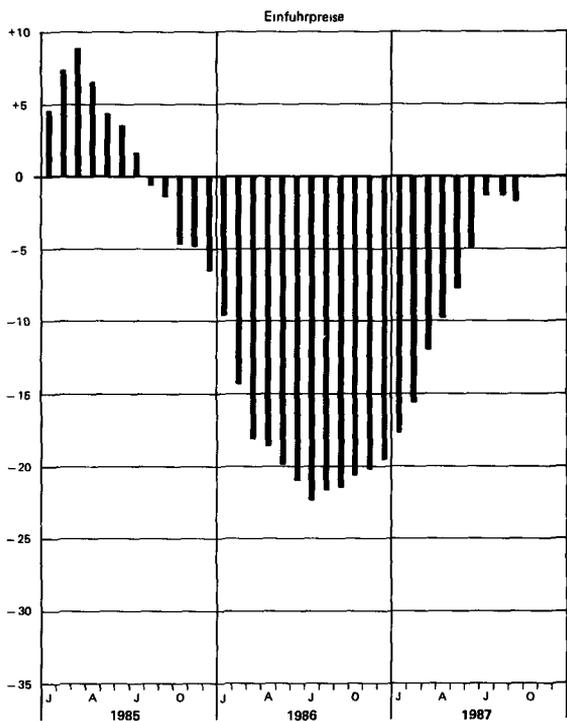
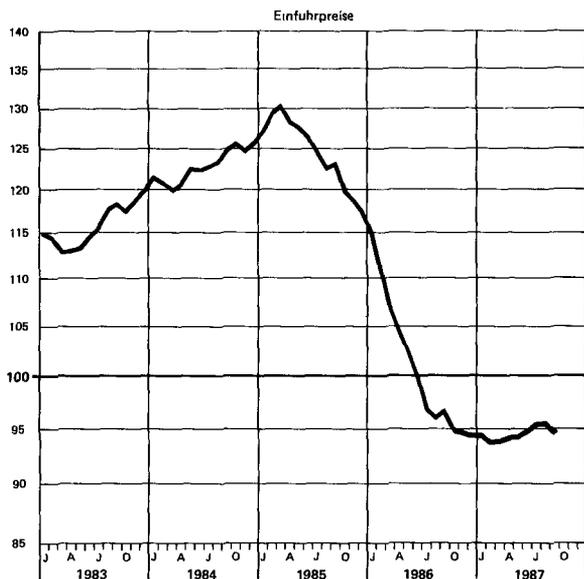
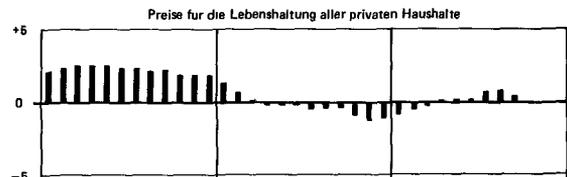
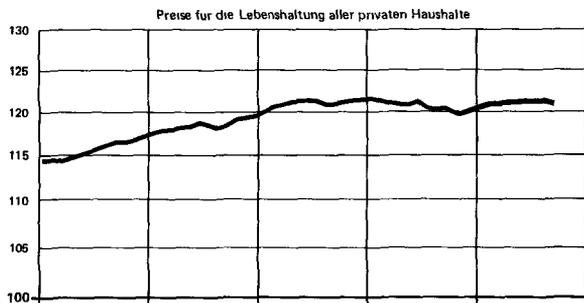
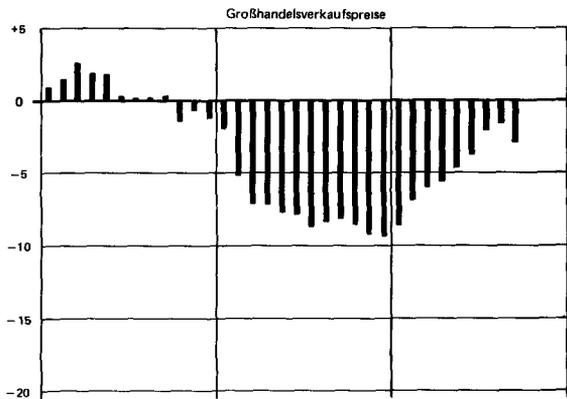
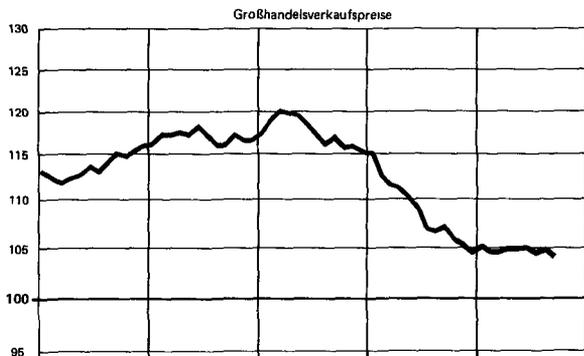
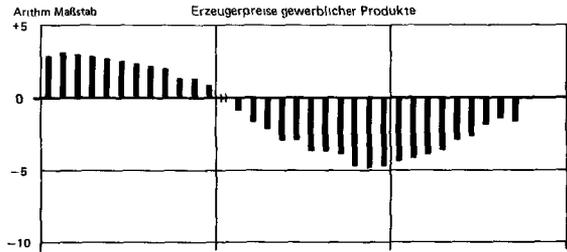
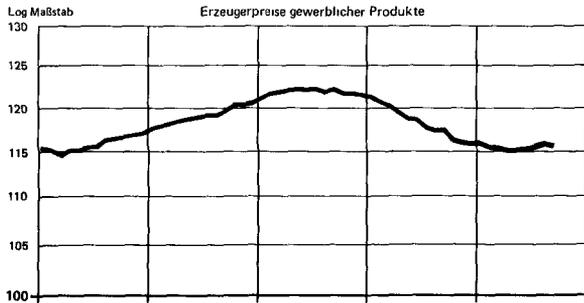
Der Index der Großhandelsverkaufspreise war im September um 0,8 % niedriger als im August 1987. Der Indexstand von 104,1 (1980 = 100) war der niedrigste seit Mai 1981. Die Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahresmonat belief sich im September auf — 2,9 %. Seit Dezember 1986 sind damit die Großhan-

Schaubild 1

AUSGEWALTE PREISINDIZES
1980 = 100

Preisindex

Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in %



Statistisches Bundesamt 87 0119

delsverkaufspreise im Vorjahresvergleich erstmals wieder stärker zurückgegangen als im jeweiligen Vormonat. Die Jahresveränderungsrate hatte im Dezember 1986 bei $-9,4\%$ gelegen und sich bis August 1987 stetig bis auf $-1,6\%$ ermäßigt.

Beim Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren war der Preisrückgang mit $-1,4\%$ gegenüber dem Vormonat und mit $-4,4\%$ gegenüber dem Vorjahresmonat wesentlich stärker ausgeprägt als in dem anderen großen Wirtschaftsbereich des Großhandels, dem Großhandel mit Fertigwaren ($-0,4$ bzw. $-1,7\%$). Auch der Indexstand auf Basis 1980 = 100 war bei Rohstoffen und Halbwaren mit 94,0 wesentlich niedriger als bei Fertigwaren (113,0).

Wie bei den gewerblichen Erzeugerpreisen hatten im August auch im Großhandel die spürbar teurer gewordenen Mineralölzeugnisse den Index ansteigen lassen und im September zum Rückgang des Index beigetragen. Mineralölzeugnisse waren sowohl billiger als im August 1987 ($-6,0\%$) als auch im Vorjahresvergleich ($-1,9\%$). In der Betrachtung ohne Mineralölzeugnisse hätte sich der Gesamtindex gegenüber August 1987 nur um $0,2\%$ ermäßigt. Neben den Mineralölzeugnissen haben zu der für die Käufer günstigen Entwicklung auch die Saisonwaren beigetragen. Kartoffeln, Frischgemüse, Frischobst einschließlich Südfrüchte, Frischfisch und Schnittblumen wurden vom Großhandel im Durchschnitt um $5,5\%$ billiger als im Vormonat und um $3,3\%$ billiger als im Vorjahresmonat verkauft.

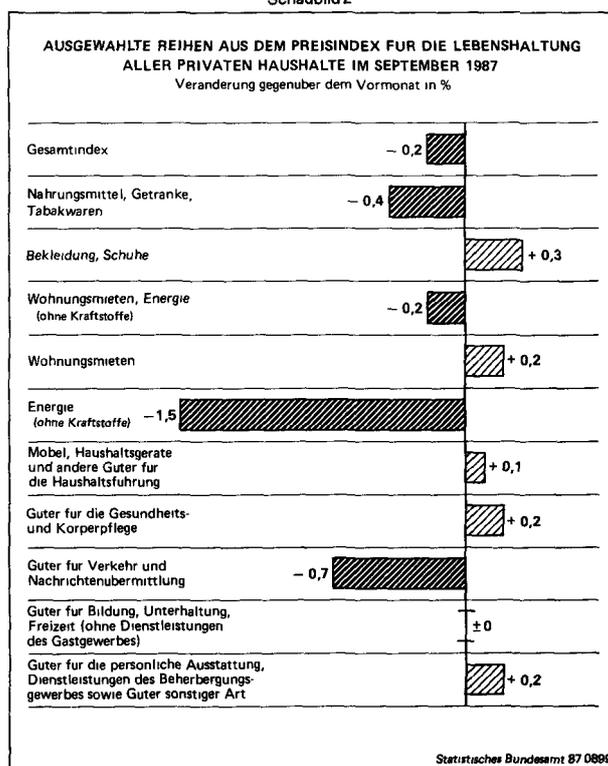
Ein besonders auffälliger Preisrückgang ist bei Altmaterial und Reststoffen zu verzeichnen. Diese Waren sind binnen Jahresfrist um $3,8\%$ und vom August bis September 1987 um $0,7\%$ billiger geworden. Damit belief sich der Indexstand auf Basis 1980 nur noch auf 75,6. Dagegen haben seit 1980 die Großhandelsverkaufspreise folgender Fertigwaren besonders stark angezogen: „Pharmazeutische, kosmetische und ähnliche Erzeugnisse“ ($+24,4\%$), „Papier, Druckerzeugnisse, Waren verschiedener Art“ ($+23,0\%$) und „Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren“ ($+22,1\%$).

Der Index der Einzelhandelspreise ging im September 1987 gegenüber August 1987 um $0,3\%$ auf einen Stand von 117,5 (1980 = 100) zurück und lag damit um $0,5\%$ über dem Stand des entsprechenden Vorjahresmonats. Im Jahresabstand hat sich damit der Preisanstieg nach Juli ($+0,7\%$) und August ($+0,8\%$) etwas verringert, aber vollständig konnten die seit Juli 1987 wieder zurückgehenden Einzelhandelspreise den Basiseffekt nicht ausgleichen, der aus den in den Vergleichsmonaten 1986 noch stärker gefallenem Preisen herrührt.

Den größten Anteil an dem Rückgang des Gesamtindex von August bis September hatte der Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ($-0,5\%$). Auch im Jahresabstand waren diese Waren um $0,9\%$ billiger. Verteuert haben sich dagegen im Vergleich zum September des Vorjahres vor allem der Einzelhandel mit Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen ($+2,4\%$).

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ist nach dem leich-

Schaubild 2



ten Rückgang im August ($-0,1\%$) im September um $0,2\%$ weiter gesunken. Dennoch weist der Index im Vergleich zum September des Vorjahres immer noch einen um $0,4\%$ höheren Stand auf. Insgesamt lassen sich aber die Verbraucherpreise angesichts der geringen Preisschwankungen während der letzten beiden Jahre als relativ stabil bezeichnen. Gleichwohl weist der Preisindex für die Lebenshaltung von den hier betrachteten Indizes nach wie vor den weitaus höchsten Stand auf. Die Preise für die Lebenshaltung der privaten Haushalte sind im Vergleich zum Basisjahr 1980 wesentlich stärker gestiegen als die gewerblichen Erzeugerpreise oder als die Großhandelsverkaufspreise.

Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat ergab sich im September 1987 wieder eine Veränderungsrate von $+0,4\%$ (nach $+0,8\%$ im August und $0,7\%$ im Juli 1987).

Bei der Berechnung ohne Heizöl und Kraftstoffe blieb der Gesamtindex der privaten Haushalte im September 1987 gegenüber August unverändert (123,4) und lag damit um $0,6\%$ über dem entsprechenden Vorjahresmonat. Die Verbilligung der Mineralölprodukte war also erneut mit ausschlaggebend für den Rückgang der Verbraucherpreise im September. Billiger als im August waren auch die besonders ernte-, saison- und witterungsabhängigen Nahrungsmittel ($-6,1\%$). Im Vergleich zum September des Vorjahres haben sie sich jedoch um $1,1\%$ verteuert.

Diese vom Durchschnitt der Verbraucherpreise abweichende Entwicklung bei den Saisonwaren wirkte sich aufgrund ihres geringen Gewichts allerdings nicht auf den Gesamtindex aus.

Von den Hauptgruppen des Index haben sich vor allem die Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung ($-0,7\%$)

und Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (— 0,4 %) gegenüber dem Vormonat verbilligt. Dies ist nicht zuletzt auf die Entwicklung der Kraftstoffe und der Saisonwaren zurückzuführen. Die im Vormonats- wie im Jahresvergleich rückläufige Indexentwicklung für Wohnungsmieten und Energie resultiert hauptsächlich aus der Preisentwicklung für Energie. Die Wohnungsmieten allein haben sich binnen Monatsfrist um 0,2 % und im Vergleich zum Vorjahr um 1,8 % erhöht. Eine ähnliche Entwicklung verzeichneten auch die übrigen Hauptgruppen des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. Die Teilindizes liegen um bis zu 0,3 % über dem Stand vom August 1987. Gegenüber dem Vorjahresmonat haben sich besonders die „Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art“ verteuert (+ 2,5 %).

Der gesondert berechnete Preisindex für die Kraftfahrzeuganschaffung und -unterhaltung („Kraftfahrer-Preisindex“) lag im September um 0,6 % unter dem Vergleichswert des Vormonats und um 1,1 % über dem Stand vor einem Jahr. Diese Durchschnittswerte resultieren aus unterschiedlichen Entwicklungen. Während sich Kraftstoffe und die Kraftfahrzeugsteuer gegenüber dem Vormonat und auch gegenüber dem Vorjahresmonat erheblich verbilligten, sind Kraftfahrzeugversicherung, Reparaturen, Inspektion und Wagenwäsche sowie der Neukauf von Personenkraftwagen zum Teil erheblich teurer geworden.

Bei den für spezielle Haushaltstypen nachgewiesenen Preisindizes ergaben sich im September 1987 folgende Veränderungen zum Vormonat bzw. entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderung September 1987 gegenüber August 1987 September 1986 %	
	1987	1986
4-Personen-Haushalte		
von Angestellten und Beamten		
mit höherem Einkommen	— 0,2	+ 0,6
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte		
mit mittlerem Einkommen	— 0,2	+ 0,2
2-Personen-Haushalte		
von Renten- und		
Sozialhilfeempfängern	— 0,2	— 0,3
Einfache Lebenshaltung		
eines Kindes	— 0,3	+ 0,6

Die monatlichen Veränderungsraten für die einzelnen Haushaltstypen entsprechen dem Durchschnitt aller privaten Haushalte, während es im Vergleich zum Vorjahresmonat aufgrund der unterschiedlichen Gewichtung einzelner Warengruppen in den verschiedenen Indizes gewisse Abweichungen gibt. Als einziger ermäßigte sich der Preisindex für die Lebenshaltung von 2-Personen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern, und zwar um 0,3 %. Ausschlaggebend dafür waren die im Vergleich zum September 1986 niedrigeren Preise für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren in Verbindung mit ihrem höheren Wägungsanteil bei diesem Haushaltstyp.

Im einzelnen sind bei den verschiedenen Wirtschaftsstufen folgende stärkere Preisveränderungen von August bis September 1987 hervorzuheben (in Klammern die Veränderungen gegenüber September 1986):

	Veränderungen %	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Sauerkonserven	+ 11,9	(+ 11,9)
Huttenaluminium	+ 4,8	(+ 2,0)
Ólkuchen und Schrote	+ 3,9	(— 8,2)
Flussiggas	+ 2,5	(+ 19,1)
Braunkohlenbriketts	+ 2,1	(+ 3,3)
Polyvinylchlorid	+ 2,1	(+ 5,8)
Motorenbenzin	— 2,7	(— 3,1)
Dieselmotorenkraftstoff	— 3,2	(+ 4,0)
Betonstahl	— 3,3	(— 17,9)
Baustahlmatten	— 3,9	(— 24,6)
Leichtes Heizöl	— 8,0	(+ 9,0)
Hüttenzink	— 8,1	(— 24,7)
Schweres Heizöl	— 11,2	(+ 3,4)
Großhandelsverkaufspreise		
Seefische	— 13,6	(— 5,0)
Lebende Schlachtschweine	+ 3,8	(— 10,0)
Rindfleisch, gekühlt	+ 3,3	(— 2,2)
Rohkaffee	+ 2,8	(— 48,7)
Braunkohlenbriketts	+ 2,3	(— 0,5)
NE-Metallhalbzeug	+ 0,8	(— 2,3)
Stahlrohre	+ 0,7	(— 3,4)
Betonstahl	— 1,3	(— 16,6)
Tafelschokolade	— 1,7	(— 8,6)
Röstkaffee	— 2,7	(— 28,5)
Motorenbenzin	— 3,6	(— 6,2)
Weizen- und Roggenkleie	— 3,9	(— 10,6)
Fernsehempfangsgeräte	— 5,8	(— 8,7)
Leichtes Heizöl	— 10,4	(+ 3,9)
Schweres Heizöl	— 13,5	(— 1,1)
Frischgemüse	— 14,2	(+ 11,1)
Verbraucherpreise		
Süd- und Zitrusfrüchte	+ 1,0	(+ 0,4)
Eier	+ 0,9	(+ 0,4)
Feste Brennstoffe	+ 0,5	(+ 0,2)
Schuhe	+ 0,3	(+ 1,5)
Damen- und Herrenoberbekleidung	+ 0,3	(+ 1,3)
Fremdrepaturen an Kraftwagen	+ 0,2	(+ 3,6)
Änderungen und Reparaturen an Bekleidung und Schuhen	+ 0,2	(+ 1,7)
Friseurleistungen	+ 0,2	(+ 1,6)
Örtliche Verkehrsmittel	+ 0,1	(+ 1,4)
Trinkmilch	+ 0,1	(— 2,0)
Frischfleisch	— 0,1	(— 2,7)
Gas	— 0,1	(— 24,0)
Butter	— 0,2	(— 4,3)
Margarine	— 0,2	(— 7,2)
Frische Fische und Fischfilet	— 0,8	(— 0,5)
Kaffee	— 2,0	(— 23,0)
Frischgemüse	— 3,7	(+ 14,0)
Kraftstoffe	— 4,1	(— 4,3)
Frischobst	— 7,1	(— 1,9)
Leichtes Heizöl	— 8,4	(+ 4,7)
Kartoffeln	— 11,0	(— 15,0)

Dipl.-Volkswirt Gerd Ströhl

Übersicht

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Allgemeines, Methoden, Systematiken		
Zu einigen aktuellen Aspekten der Forschung und Entwicklung im Statistischen Bundesamt	1	31
Informationskampagne zur Volkszählung 1987	9	681
Zweck und Bedeutung der Volks-, Berufs-, Gebäude- und Wohnungszählung	3	195
Volkszählungen im internationalen Vergleich	3	207
Definition und Struktur der Erwerbslosigkeit	6	453
Arbeitsstättenzählung 1987	1	15
Weiterentwicklung des Zensus im Produzierenden Gewerbe	8	625
Neue Warennomenklaturen für die Außenhandelsstatistik ab 1988	5	396
Bruttodarstellung des Handels in der Input-Output-Rechnung	8	601
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988	8	662
Strukturberichterstattung und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	10	763
Wohnungsvermietung nach Eigentümern in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	10	804
Kreditinstitute in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	1	37
Alternativen zum Nachweis der Kreditinstitute in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	7	519
Demographischer Bezugsrahmen zur Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	5	361
Realeinkommen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	2	115
Neuere Entwicklungen in der Auslandsstatistik des Statistischen Bundesamtes	4	343
Bevölkerung		
Zweck und Bedeutung der Volks-, Berufs-, Gebäude- und Wohnungszählung	3	195
Entwicklung der Einbürgerungen seit 1983	1	46
Bevölkerungsentwicklung 1986	8	610
Ausländer im Bundesgebiet 1986	3	219
Eheschließungen, Scheidungen, Geburten und Sterbefälle von Ausländern 1985	3	223
Wahlen		
Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987	2	123
Erwerbstätigkeit/Streiks		
Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Berufen	4	292
Definition und Struktur der Erwerbslosigkeit	6	453
Beruf und Tätigkeitsmerkmale der Erwerbstätigen	8	618
Erwerbstätigkeit und Ausbildung	9	719
Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1986	4	285
im ersten Halbjahr 1987	9	724
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Beschäftigungsdauer und Bruttoarbeitsentgelt	5	371
Personal im Bundesdienst am 30. Juni 1986	2	132
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Insolvenzen 1986	3	230
Finanzielle Ergebnisse der 1985 eröffneten Konkurs- und Vergleichsverfahren	7	527
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke	10	768
Weinmosternte 1986	3	234
Tierische Erzeugung 1986	6	467
Seefischerei 1986	5	382
Produzierendes Gewerbe		
Weiterentwicklung des Zensus im Produzierenden Gewerbe	8	625
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 1986	4	297
Eisenschaffende Industrie im Jahr 1986	5	387
Schuhindustrie in der Bundesrepublik Deutschland	10	778

	Heft	Seite
Bautätigkeit und Wohnungen		
Zur Entwicklung der Bauwirtschaft und Bautätigkeit 1986	4	306
Sozialer Wohnungsbau 1986	9	729
Wohngeld 1986	10	782
Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr		
Urlaubs- und Erholungsreiseverkehr 1984/85	8	634
Inlandsreiseverkehr 1986	5	391
Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost)	3	236
Außenhandel		
Neue Warennomenklaturen für die Außenhandelsstatistik ab 1988	5	396
Außenhandel 1986	1	52
nach Herstellungs- und Verbrauchsländern	2	136
nach Waren	3	240
mit den Entwicklungsländern	7	532
im vierten Vierteljahr 1986	2	145
ersten Vierteljahr 1987	5	410
zweiten Vierteljahr und im ersten Halbjahr 1987	8	639
Handelswege im Außenhandel 1986	6	474
Einfuhr nach Grenzabschnitten und Verkehrszweigen 1986	7	539
Verkehr		
Güterbeförderung der Bundesrepublik Deutschland durch die Niederlande 1984	1	59
Eisenbahnverkehr 1986	7	546
Unternehmen der Binnenschifffahrt 1986	5	415
Binnenschifffahrt 1986	8	645
Luftverkehr 1986	3	248
Geld und Kredit		
Aktienmarkt im Jahr 1986	1	67
Bauspargeschäft 1986	9	733
Bildung und Kultur		
Wissenschaftliches und künstlerisches Personal an Hochschulen 1983	6	482
Auszubildende 1986	9	738
Studenten im Wintersemester 1986/87	4	313
Prüfungen an Hochschulen 1985	7	550
Pressestatistik 1985	7	558
Gesundheitswesen		
Sterblichkeit an ausgewählten Todesursachen im regionalen Vergleich	4	319
Ausgaben für Gesundheit 1985	8	655
Meldepflichtige Krankheiten 1985	1	74
Krankenhäuser 1985	6	490
Versicherungen		
Kranken- und Rentenversicherungsschutz der Bevölkerung	3	252
Sozialleistungen		
Rehabilitationsmaßnahmen 1985	7	565
Sozialhilfeempfänger 1985	2	151
Jugendhilfe 1985	4	326
Finanzen und Steuern		
Finanzplanung von Bund und Ländern 1986 bis 1990	1	79
Kommunale Finanzplanungen 1986 bis 1990	4	332
Parafiskalische Sonderabgaben	3	260
Öffentliche Ausgaben für den Verkehr 1984	1	82
Personal im Bundesdienst am 30. Juni 1986	2	132
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Februar 1987	5	425
Vermögen und seine Besteuerung 1983	7	570
Öffentliche Haushaltsplanungen 1987	5	428
Öffentliche Finanzwirtschaft im ersten Halbjahr 1987	10	797
Hochschulfinanzen 1978 bis 1985	10	791
Öffentliche Finanzen 1986	4	336
Öffentliche Schulden 1986	6	494

	Heft	Seite
Wirtschaftsrechnungen und Versorgung		
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988	8	662
Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte im Jahr 1983	6	499
Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im Jahr 1983 nach Haushaltsgruppen	7	579
Löhne und Gehälter		
Arbeitskosten im Groß- und Einzelhandel, Bank- und Versicherungsgewerbe 1984	1	92
Ergebnisse der laufenden Lohnstatistik für 1986	3	265
Preise		
Preise im Jahr 1986	1	100
Januar 1987	2	158
Februar 1987	3	274
März 1987	4	350
April 1987	5	442
Mai 1987	6	508
Juni 1987	7	590
Juli 1987	8	668
August 1987	9	751
September 1987	10	816
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Strukturberichterstattung und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	10	763
Bruttodarstellung des Handels in der Input-Output-Rechnung	8	601
Wohnungsvermietung nach Eigentümern in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	10	804
Kreditinstitute in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	1	37
Alternativen zum Nachweis der Kreditinstitute in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	7	519
Demographischer Bezugsrahmen zur Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	5	361
Realeinkommen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	2	115
Sozialversicherung im Jahr 1986	5	435
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1986	3	169
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1. Halbjahr 1987	9	690
Sozialprodukt im Jahr 1986	1	5
Umweltschutz		
Statistik der Unfälle bei der Lagerung und beim Transport wassergefährdender Stoffe 1975 bis 1985	9	745

Tabellenteil

Inhalt

	Seite	Periodizität
Statistische Monatszahlen		
Grundzahlen/Veränderungen	358*	monatlich
Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung	370*	„
Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts, Volkseinkommen	371*	„
Ausgewählte Tabellen		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Durchschnittliche Kaufwerte für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung im Bundesgebiet und nach betriebsstrukturellen Kreistypen; Flächenkategorien der Agrarstatistik und der Einheitsbewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens	372*	einmalig
Produzierendes Gewerbe		
Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen	377*	monatlich
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe	378*	„
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe — Fachliche Unternehmensteile	379*	„
Finanzen und Steuern		
Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte, Nettokreditaufnahme, Fundierte Schulden, Gemeindesteuern	381*	vierteljährlich
Hochschulausgaben 1984 und 1985 nach Ausgabearten, Hochschularten, Fächergruppen sowie ausgewählten Lehr- und Forschungsbereichen	382*	einmalig
Löhne und Gehälter		
Indizes der tariflichen Stundenlöhne und Monatsgehälter der Arbeiter und Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft	383*	vierteljährlich
Preise		
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)	384*	monatlich
Preisindex für die Lebenshaltung	386*	„
Preisindizes für Bauwerke; Kaufwerte für Bauland	388*	vierteljährlich

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1984	1985	1986	1987							
					März	April	Mai	Juni	Juli	Aug	Sept.	
Bevölkerung¹⁾												
Erwerbstätigkeit												
Erwerbstätige ²⁾	1 000	25 363	25 540p	25 796p	25 666p	25 797p	25 867p	25 928p	25 990p	26 110p
dar. Abhängige	1 000	22 097	22 274p	22 525p	22 586p
Arbeitsmarkt³⁾												
Arbeitslose ⁴⁾	1 000	2 266	2 304	2 228	2 412	2 216	2 099	2 097	2 176	2 165p	2 107p	...
und zwar:												
Männer	1 000	1 277	1 289	1 200	1 396	1 216	1 120	1 107	1 133	1 119p	1 082p	...
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	166	159	145	135	117	106	117	137	142p	133p	...
Ausländer	1 000	270	253	248	276	264	254	254	255	253p	255p	...
Arbeitslosenquote	%	9,1	9,3	9,0	9,6	8,8	8,3	8,3	8,7	8,6p	8,4p	...
Zugang an Arbeitslosen	1 000	306	313	303	256	264	205	261	356	285p	276p	...
Offene Stellen	1 000	88	110	154	180	179	181	182	180	177p	180p	...
Arbeitsvermittlungen	1 000	146	156	164	163	189	179	172	189	180p	176p	...
Kurzarbeiter	1 000	384	235	197	463	302	222	184	216	175p	253p	...
Unternehmen und Arbeitsstätten												
Insolvenzen	Anzahl	16 760	18 876	18 842	1 792	1 502	1 456	1 446	1 336	1 511
Unternehmen	Anzahl	12 018	13 625	13 500	1 258	1 039	1 029	958	923	1 030
dar.: Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	2 193	2 306	2 148	217	149	171	161	146	179
Baugewerbe	Anzahl	2 765	3 228	3 008	283	280	241	218	199	238
Handel	Anzahl	3 146	3 370	3 547	317	256	259	250	233	266
Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	Anzahl	3 149	3 835	3 946	372	289	295	259	291	285
Übrige Gemeinschaftler ⁵⁾	Anzahl	4 742	5 251	5 342	534	463	427	488	413	481
Beantragte Konkursverfahren	Anzahl	16 698	18 804	18 793	1 789	1 501	1 452	1 444	1 329	1 510
dar. mangels Masse abgelehnt	Anzahl	12 826	14 512	14 695	1 363	1 186	1 132	1 134	1 091	1 164
Eröffnete Vergleichsverfahren	Anzahl	91	105	82	6	5	9	6	7	3
Wechselproteste												
Wechselsumme	Anzahl	153 929	152 349	129 744	9 379	8 670	9 194	9 728	9 598	8 026
.....	Mill. DM	1 295	1 410	1 184	90	84	80	82	94	82
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei												
Viehbestand⁶⁾												
Rinder (einschl. Kälber)	1 000	15 688	15 627	15 305	15 400
Schweine	1 000	23 617	24 282	24 503	24 614	25 037
Gewerbliche Schlachtungen												
Rinder	1 000	5 018	4 859	5 112	455	399	389	399	380	409
Kälber	1 000	686	688	687	58	66	62	62	57	59
Schweine	1 000	36 805	37 019	37 783	3 272	3 067	3 077	3 281	3 185	3 189
Schlachtmenge	1 000 t	4 657	4 630	4 846	425	392	392	410	393	404
dar.: Rinder	1 000 t	1 497	1 460	1 578	141	122	120	124	116	126
Kälber	1 000 t	80	81	82	7	8	8	8	7	7
Schweine	1 000 t	3 057	3 068	3 167	276	260	262	278	268	269
Geflügel												
Eingelegte Bruteier ⁷⁾	1 000	432 875	410 232	409 955	39 850	38 314	37 006	35 265	37 553	38 522
Geschlachtetes Geflügel ⁸⁾	t	304 333	310 767	330 821	30 100	29 084	27 925	29 466	31 710	28 523
Hochsee- und Küstenfischerei												
Fangmenge	1 000 t	293	191	161	6	13	14	7	14
Produzierendes Gewerbe												
Index der Nettoproduktion ^{9) 10)}	1980=100	98,6	103,0	105,3	104,5	108,0	105,6	108,4	97,4	92,1
Elektrizitäts- und Gasversorgung												
Index der Nettoproduktion ^{9) 10)}	1980=100	105,5	110,5	109,8	127,6	105,2	104,4	103,1	89,1	90,1
Elektrizitätserzeugung	Mill. kWh	394 885	408 706	407 087	39 373	32 749	32 197
Inlandsversorgung mit Elektrizität	Mill. kWh	372 974	384 027	385 168	37 125	31 020	30 669
Gaserzeugung	Mill. kWh	343 548	342 549	313 854	28 365	27 392	30 711	28 430	23 142	24 913
Inlandsversorgung mit Gas	Mill. kWh	606 437	644 239	619 311	72 464	52 689	52 766	44 842	36 741	35 958
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe												
Gewerbe												
Beschäftigte ¹¹⁾	1 000	6 854	6 943	7 063	7 045	7 035	7 027	7 036	7 067	7 089
Tätige Inhaber und Angestellte ¹²⁾	1 000	2 149	2 174	2 218	2 247	2 243	2 243	2 241	2 243	2 256
Arbeiter ¹³⁾	1 000	4 704	4 769	4 844	4 797	4 791	4 785	4 795	4 824	4 833
Bergbau	1 000	218	213	210	206	205	205	203	202	201
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	6 636	6 730	6 853	6 838	6 829	6 823	6 832	6 865	6 888
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1 000	1 372	1 368	1 365	1 340	1 344	1 343	1 346	1 352	1 352
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1 000	3 488	3 600	3 732	3 756	3 747	3 743	3 746	3 763	3 774
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1 000	1 327	1 317	1 314	1 306	1 304	1 301	1 302	1 305	1 310
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1 000	450	446	442	435	435	435	440	446	452
Geleistete Arbeiterstunden ¹¹⁾	Mill. Std	7 841	7 910	7 962	691	667	637	619	629	590
Bruttolohnsumme ¹¹⁾	Mill. DM	158 621	167 559	177 037	13 874	14 078	14 455	15 473	15 992	14 843
Bruttogehaltssumme ¹¹⁾	Mill. DM	115 031	121 036	128 672	10 724	10 569	11 315	11 966	11 171	10 713
Kohlverbrauch ^{11) 14)}	1 000 t	41 833	41 206	44 408	11 596	9 149
Heizölverbrauch ¹¹⁾	1 000 t	14 409	12 838	13 485	4 199	2 886
Gasverbrauch ^{11) 15)}	Mill. m ³	26 485	26 983	26 791	8 232	6 559
Stromverbrauch ¹¹⁾	Mill. kWh	173 919	178 106	178 746	15 549	14 899	14 888	15 517	15 293	14 250

1) Angaben über die Bevölkerung sind in einer gesonderten Tabelle auf S. 370* dargestellt — 2) Jährliche und monatliche Erwerbstätigenschätzungen (Durchschnittsberechnungen; für Abhängige nur Jahres- und Quartalsdurchschnitte). — Methodische Erläuterungen hierzu in „Entwicklung der Erwerbstätigkeit“, WiSta 11/1982 und „Grundzüge der Schätzung monatlicher Erwerbstätigenzahlen“, WiSta 8/1986. — 3) Angaben nach den Unterlagen der Arbeitsämter — 4) Siehe auch „Empfänger von Arbeitslosengeld/-hilfe“ im Abschnitt „Sozialleistungen“ — 5) Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte und Nachlass — 6) 1984 bis 1986: Viehzählung im Dezember — 7) In Brutereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr — 8) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat — 9) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt — 10) Fachliche Unternehmensstelle. — 11) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung — Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigungszahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1 1 — 12) Einschl. Mithelfende Familienangehörige sowie Auszubildende in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen — 13) Einschl. Auszubildende in gewerblichen Ausbildungsberufen — 14) Heizwert $H_u = 29,3076$ Gigajoule/t. = 8,1410 kWh/m³ — 15) Brennwert $H_o = 35,169$ kJ/m³ = 9,7692 kWh/m³.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1984	1985	1986	Juni 87	Juli 87	Aug. 87	Sept. 87	Juni 87	Juli 87	Aug. 87	Sept. 87
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
1983	1984	1985	Juni 86	Juli 86	Aug. 86	Sept. 86	Mai 87	Juni 87	Juli 87	Aug. 87	
Bevölkerung¹⁾											
Erwerbstätigkeit											
Erwerbstätige²⁾	+ 0,1	+ 0,7p	+ 1,0p	+ 0,6p	+ 0,5p	+ 0,5p	...	+ 0,2p	+ 0,2p	+ 0,5p	...
dar. Abhängige	+ 0,2	+ 0,8p	+ 1,1p								
Arbeitsmarkt³⁾											
Arbeitslose⁴⁾	+ 0,3	+ 1,7	- 3,3	+ 0,9	+ 2,1	+ 2,1p	+ 3,0p	- 0,1	+ 3,8	- 0,5p	- 2,7p
und zwar:											
Männer	+ 0,3	+ 1,0	- 6,9	+ 2,8	+ 3,8	+ 3,6p	+ 4,1p	- 1,2	+ 2,4	- 1,3p	- 3,3p
Jugendliche unter 20 Jahren	- 13,6	- 4,3	- 9,0	- 6,2	- 8,7	- 10,5p	- 11,5p	+ 10,3	+ 17,1	+ 3,7p	- 6,4p
Ausländer	- 7,5	- 6,3	- 2,1	+ 7,8	+ 8,8	+ 9,2p	+ 9,1p	- 0,1	+ 0,4	- 0,8p	+ 0,8p
Arbeitslosenquote	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Zugang an Arbeitslosen	- 0,8	+ 2,1	- 3,0	+ 3,9	+ 2,6	+ 6,1p	- 2,2p	+ 27,0	+ 36,4	- 19,8p	- 3,1p
Offene Stellen	+ 16,0	+ 25,1	+ 39,9	+ 5,8	+ 6,3	+ 5,1p	+ 9,0p	+ 0,8	- 1,2	- 1,6p	+ 1,5p
Arbeitsvermittlungen	+ 12,6	+ 7,0	+ 4,7	- 3,5	- 0,9	+ 12,4p	- 2,3p	- 3,8	+ 9,8	- 5,0p	- 2,3p
Kurzarbeiter	- 43,2	- 38,9	- 15,8	+ 56,0	+148,2	+128,2p	+ 40,8p	- 17,0	+ 17,2	- 18,8p	+ 44,6p
Unternehmen und Arbeitsstätten											
Insolvenzen	+ 4,0	+ 12,6	- 1,4	- 11,5	- 20,5	+ 1,8	...	- 0,7	- 4,7	+ 13,1	...
Unternehmen	+ 1,5	+ 13,4	- 0,9	- 21,2	- 25,4	- 1,5	...	- 6,9	- 3,7	+ 11,6	...
dar. Verarbeitendes Gewerbe	- 11,3	+ 5,2	- 6,9	- 19,1	- 19,3	+ 8,5	...	- 5,8	- 9,3	+ 22,6	...
Baugewerbe	+ 12,1	+ 16,7	- 6,8	- 12,8	- 26,0	+ 15,0	...	- 9,5	- 8,7	+ 19,6	...
Handel	+ 1,1	+ 7,1	+ 5,3	- 21,4	- 30,0	- 9,8	...	- 3,5	- 6,8	+ 14,2	...
Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	+ 6,1	+ 21,8	+ 2,9	- 32,2	- 24,6	- 12,8	...	- 12,2	+ 12,4	- 2,1	...
Übrige Gemeinschuldner ⁵⁾	+ 11,1	+ 10,7	+ 1,7	+ 16,5	- 6,8	+ 9,8	...	+ 14,3	- 15,4	+ 16,5	...
Beantragte Konkursverfahren	+ 4,4	+ 12,6	- 0,1	- 11,6	- 20,7	+ 1,8	...	- 0,6	- 8,0	+ 13,6	...
dar. mangels Masse abgelehnt	+ 4,7	+ 13,1	+ 1,3	- 10,7	- 15,9	- 0,9	...	+ 0,2	- 3,8	+ 6,7	...
Eröffnete Vergleichsverfahren	- 37,2	+ 15,4	- 21,9	- 25,0	- 12,5	- 40,0	...	- 33,3	+ 16,7	- 57,1	...
Wechselproteste	- 5,6	- 1,0	- 14,8	- 13,0	- 14,5	- 19,2	...	+ 5,8	- 1,3	- 16,4	...
Wechselsumme	- 14,3	+ 8,9	- 16,0	- 25,5	- 14,5	- 6,8	...	+ 2,5	+ 14,6	- 12,8	...
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei											
Viehbestand⁶⁾											
Rinder (einschl. Kälber)	+ 0,9	- 0,4	- 2,1	- 2,6				+ 0,6 ^{c)}			
Schweine	+ 0,7	+ 2,8	+ 0,9			+ 0,3				+ 1,7 ^{c)}	
Gewerbliche Schlachtungen											
Rinder	+ 9,8	- 3,2	+ 5,2	+ 3,8	- 6,3	+ 4,7	...	+ 2,5	- 4,6	+ 7,7	...
Kälber	+ 9,0	+ 0,3	- 0,2	+ 12,2	+ 9,2	+ 10,3	...	- 0,3	- 7,3	+ 4,1	...
Schweine	+ 1,8	+ 0,6	+ 2,1	+ 1,7	+ 0,6	+ 5,9	...	+ 6,6	- 2,9	+ 0,1	...
Schlachtmenge	+ 3,1	- 0,6	+ 4,7	+ 3,2	- 0,7	+ 6,7	...	+ 4,8	- 4,2	+ 2,7	...
dar.: Rinder	+ 8,1	- 2,5	+ 8,1	+ 3,0	- 7,4	+ 4,9	...	+ 2,7	- 5,8	+ 8,3	...
Kälber	+ 12,3	+ 0,5	+ 1,9	+ 17,7	+ 12,6	+ 10,3	...	- 0,7	- 8,6	+ 3,9	...
Schweine	+ 0,6	+ 0,4	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,1	+ 7,4	...	+ 5,9	- 3,4	+ 0,1	...
Geflügel											
Eingelegte Brut ⁷⁾	- 0,5	- 5,2	- 0,1	+ 5,8	+ 7,2	+ 10,6	...	- 4,7	+ 6,5	+ 2,6	...
Geschlachtetes Geflügel ⁸⁾	+ 2,5	+ 2,1	+ 6,5	+ 9,3	+ 5,6	+ 8,5	...	+ 5,5	+ 7,6	- 10,0	...
Hochsee- und Küstenfischerei											
Fangmenge	+ 7,1	- 35,0	- 15,4	- 46,9	+ 20,7	- 48,7	+103,9
Produzierendes Gewerbe											
Index der Nettoproduktion ^{9) 10)}	+ 3,4	+ 4,5	+ 2,2	- 1,1	- 3,2	+ 2,2	...	+ 2,7	- 10,1	- 5,4	...
Elektrizitäts- und Gasversorgung											
Index der Nettoproduktion ^{9) 10)}	+ 4,2	+ 4,7	- 0,6	+ 7,2	+ 1,9	+ 5,8	...	- 1,2	- 13,6	+ 1,1	...
Elektrizitätserzeugung	+ 5,6	+ 3,5	+ 0,4
Inlandsversorgung mit Elektrizität	+ 3,8	+ 3,0	+ 0,3
Gaserzeugung	- 3,3	- 0,3	- 8,4	+ 25,8	- 3,3	+ 3,0	...	- 7,4	- 18,6	+ 7,7	...
Inlandsversorgung mit Gas	+ 1,1	+ 6,2	- 3,9	+ 19,3	- 0,4	- 0,1	...	- 15,0	- 18,1	- 2,1	...
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe											
Beschäftigte¹¹⁾	- 1,1	+ 1,3	+ 1,7	- 0,1	- 0,4	- 0,5	...	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,3	...
Tätige Inhaber und Angestellte ¹²⁾	- 0,9	+ 1,2	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,4	...	- 0,1	+ 0,1	+ 0,6	...
Arbeiter ¹³⁾	- 1,1	+ 1,4	+ 1,6	- 0,9	- 1,3	- 1,3	...	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,2	...
Bergbau	- 4,3	- 2,2	- 1,4	- 2,6	- 3,0	- 3,6	...	- 0,7	- 0,4	- 0,5	...
Verarbeitendes Gewerbe	- 0,9	+ 1,4	+ 1,8	± 0,0	- 0,4	- 0,4	...	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,3	...
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	- 1,6	- 0,3	- 0,2	- 1,5	- 1,8	- 1,9	...	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,1	...
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	- 0,7	+ 3,2	+ 3,7	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,2	...	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,3	...
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	- 1,0	- 0,8	- 0,2	- 0,6	- 0,7	- 0,5	...	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	...
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	- 0,9	- 0,9	- 0,7	± 0,0	- 0,3	- 0,3	...	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,2	...
Geleistete Arbeiterstunden ¹¹⁾	- 1,0	+ 0,9	+ 0,7	- 6,1	- 7,0	- 0,4	...	- 2,8	+ 1,5	- 6,1	...
Bruttolohnsumme ¹¹⁾	+ 2,2	+ 5,6	+ 5,7	+ 2,5	+ 1,6	+ 1,2	...	+ 7,0	+ 3,4	- 7,2	...
Bruttogehaltsumme ¹¹⁾	+ 3,1	+ 5,2	+ 6,3	+ 3,8	+ 3,9	+ 5,0	...	+ 5,8	- 6,6	- 4,1	...
Kohlverbrauch ^{11) 14)}	- 7,6	- 16,6	+ 7,8	- 1,5 ^{a)}			...	- 5,5 ^{b)}			...
Heizölverbrauch	- 6,8	- 10,9	+ 5,0	- 4,9 ^{a)}			...	- 31,3 ^{b)}			...
Gasverbrauch ^{11) 15)}	+ 3,0	+ 1,9	- 0,7	+ 1,3 ^{a)}			...	- 20,3 ^{b)}			...
Stromverbrauch ¹¹⁾	+ 4,4	+ 2,4	+ 0,4	- 1,7	+ 3,2	+ 0,9	...	- 2,5	+ 5,3	- 6,8	...

1) Angaben über die Bevölkerung sind in einer gesonderten Tabelle auf S. 370* dargestellt - 2) Jährliche und monatliche Erwerbstätigenschätzungen (Durchschnittsberechnungen; für Abhängige nur Jahres- und Quartalsdurchschnitt bzw. Veränderung gegenüber Vorjahresquartal oder Vorquartal). - Methodische Erläuterungen hierzu in WiSta 11/1982 und WiSta 8/1986 - 3) Angaben nach den Unterlagen der Arbeitsämter - 4) Siehe auch „Empfänger von Arbeitslosengeld/-hilfe“ im Abschnitt „Sozialleistungen“ - 5) Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte und Nachlässe - 6) 1983 bis 1986: Viehzählung im Dezember - 7) In Brutereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr - 8) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat - 9) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 10) Fachliche Unternehmensteile. - 11) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas, Fernwärme- und Wasserversorgung. - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1 1. - 12) Einschl. Mithelfende Familienangehörige sowie Auszubildende in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen - 13) Einschl. Auszubildende in gewerblichen Ausbildungsberufen - 14) Heizwert H_u = 29,3076 GigaJoule/t = 8,410 kWh/m³ - 15) Brennwert H_o = 35 169 kJ/m³ = 9,7692 kWh/m³

a) 2. Vj 1987 gegenüber 2. Vj 1986 - b) 2. Vj 1987 gegenüber 1. Vj 1987 - c) Gegenüber Vorzahlung.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Ernheit	1984	1985	1986	1987						
					Febr.	Marz	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Index des Auftragseingangs für ¹⁾ das Verarbeitende Gewerbe	1980=100	118,2	127,8	127,9	127,8	137,3	130,5	120,2	122,0	125,5	117,0
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	1980=100	120,8	125,7	119,0	115,0	121,5	117,9	114,4	118,4	121,5	107,5
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	119,3	133,6	136,4	137,0	144,7	138,6	126,5	128,6	133,5	124,8
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	111,4	115,0	118,6	122,9	141,9	127,6	112,0	109,5	110,0	110,6
Index der Nettoproduktion ²⁾³⁾ Bergbau	1980=100	90,1	91,1	86,8	93,2	88,1	85,2	88,1	85,4	77,5	76,7
Verarbeitendes Gewerbe	1980=100	99,5	105,1	107,7	111,0	109,4	110,4	107,6	110,7	98,7	93,2
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	1980=100	97,8	99,1	98,5	89,0	97,6	102,4	101,3	102,3	97,7	93,8
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	102,2	112,7	117,7	122,0	121,7	120,8	117,3	122,5	102,4	95,3
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	94,0	95,1	97,0	103,3	101,8	99,6	96,5	97,3	88,6	83,9
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1980=100	101,1	104,0	105,3	105,2	98,7	103,2	98,9	102,4	100,9	97,5
Index der Bruttonproduktion ²⁾ für Investitionsgüter	1980=100	99,6	111,4	113,7	111,6	114,1	111,8	108,2	115,8	96,3	90,2
Verbrauchsgüter	1980=100	95,4	98,9	103,9	114,5	110,3	109,9	103,7	104,6	90,2	83,8
Index der Arbeitsproduktivität Produktionsergebnis je Beschäftigten	1980=100	109,7	114,1	115,2	119,3	117,3	118,6	115,7	118,9	105,8	100,1
Produktionsergebnis je Arbeiter	1980=100	112,5	116,7	117,8	122,6	120,8	122,1	119,3	122,5	108,9	103,2
Produktion ausgewählter Erzeugnisse											
Steinkohle (Förderung)	1000 t	79 426	82 398	80 801	6 836	6 966	6 740	6 104	5 923	6 188	5 737
Braunkohle, roh (Förderung)	1000 t	126 739	120 667	114 310	9 589	9 958	8 646	9 327	8 798	8 863	8 985
Erdöl, roh	1000 t	4 055	4 105	4 017	294	323	313	320	314	314	315
Zement (ohne Zementklinker)	1000 t	28 633	25 600	26 639	980	1 412	2 543	2 774	2 437	2 769	2 475
Roheisen für die Stahlherzeugung	1000 t	28 937	30 229	27 622	2 219	2 470	2 203	2 481	2 298	2 353	2 177
Stahlrohblöcke und -brammen	1000 t	38 991	40 086	36 730	2 951	3 271	2 931	3 256	3 026	3 160	2 817
Walzstahl (ohne vorgewalztes Stahlhalzeug)	1000 t	27 957	28 919	27 524	2 214	2 500	2 210	2 445	2 391	2 378	2 190
Chemiefasern	1000 t	934	965	952	81	87	84	85	85	80r	61
Motorenbenzin	1000 t	19 813	20 037	19 200	1 390	1 438	1 556	1 591	1 577	1 600	1 605
Heizöl	1000 t	36 890	34 851	34 208	2 646	2 683	2 677	2 562	2 567	2 599	2 824
Schnittholz	1000 m ³	9 874	9 361	9 614	608	698	841	868	876	914	776
Personenkraftwagen	1000 St	3 511	3 868	3 953	356	388	364	334	333	266	234
Farbfernsehempfangsgeräte	1000 St	3 906	3 714	3 866	324	331	316	258	266	158	213
Geräte und Einrichtungen für die ADV ⁴⁾	Mill. DM	11 915	15 095	16 591	1 315	1 319	1 212	1 395	1 270	1 221	1 151
Isolierglas, auch bearbeitet	1000 m ²	12 030	11 659
Baumwollgarn	t	189 601	197 146	202 074	20 430	22 417	19 870	18 852	17 550	16 137	10 156
Fleischwaren	t	955 337	988 523	998 123	78 719	83 537	86 901	81 789	86 893	88 179r	86 345
Zigaretten	Mill. St	160 630	166 048	167 046	13 278	13 117	12 441	11 802	12 461	13 940r	13 269
Gesamtumsatz ⁵⁾⁶⁾	Mrd. DM	1 398,5	1 494,8	1 468,4	115,9	126,7	123,1	117,9	121,2	120,9	109,3
Bergbau	Mill. DM	34 878	35 749	33 199	2 715	2 710	2 381	2 373	2 482	2 376	2 210
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM	1 363,6	1 459,0	1 435,2	113,2	124,0	120,7	115,6	118,7	118,5	107,1
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	Mill. DM	441 888	461 216	407 117	30 490	33 289	33 547	32 752	33 338	34 012	31 476
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Mill. DM	562 482	627 431	651 534	52 579	58 165	55 536	53 392	55 411	53 210	46 444
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Mill. DM	187 606	194 733	200 499	16 856	18 332	17 154	15 646	15 667	16 788	15 578
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	Mill. DM	171 605	175 624	176 047	13 262	14 216	14 505	13 777	14 273	14 533	13 632
dar. Auslandsumsatz ⁷⁾	Mill. DM	402 524	442 905	436 404	35 285	38 832	36 987	34 761	36 740	35 404	30 345
Bauhauptgewerbe											
Beschäftigte	1 000	1 106	1 026	1 003	889	916	969	983	991	997	1 005
dar.: Angestellte	1 000	153	147	144	141	140	140	140	140	139	140
Arbeiter	1 000	899	827	809	699	727	780	796	803	810	818
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std	1 460,7	1 269,5	1 279,3	55,6	69,8	110,8	110,7	114,1	121,3	108,4
im Hochbau	Mill. Std	1 030,9	856,1	845,2	40,4	48,3	71,3	71,3	74,1	78,0	69,2
dar.: Wohnungsbau	1000 Std	620 907	484 248	462 039	19 171	23 196	37 313	37 865	38 817	40 233	35 295
Gewerblicher Hochbau	1000 Std	268 446	240 259	249 200	15 026	17 326	22 071	21 734	21 804	24 368	22 109
Öffentlicher Hochbau	1000 Std	126 010	116 845	121 778	5 916	7 406	11 043	10 688	12 372	12 177	10 829
im Tiefbau	1000 Std	429 877	413 356	434 126	15 233	21 562	39 469	39 403	40 023	43 325	39 136
Straßenbau	1000 Std	143 931	132 496	135 632	3 150	5 071	11 919	12 528	13 109	14 223	13 022
Gewerblicher Tiefbau	1000 Std	91 562	91 466	97 233	4 910	6 068	8 797	8 793	8 840	9 352	8 467
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1000 Std	194 384	189 394	201 261	7 173	10 423	18 753	18 082	18 074	19 750	17 647
Bruttolohnsumme	Mill. DM	31 334	27 513	27 936	1 231	1 494	2 302	2 354	2 499	2 655	2 479
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	6 879	6 701	6 816	514	522	538	544	575	564	558
Index des Auftragseingangs	1980=100	88,9	87,4	95,3	64,9	100,9	99,5	96,9	112,6	103,2	98,6
Index des Auftragsbestands	1980=100	82,6	77,3	81,7	...	85,0	87,2
Produktionsindex ²⁾⁸⁾	1980=100	89,1	82,7	85,8	45,6	52,4	94,1	92,8	96,9	95,6	86,1
Gesamtumsatz	Mill. DM	111 006	101 958	106 524	4 374	5 320	7 053	8 320	9 295	10 243	9 793
dar. Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	108 950	99 976	104 526	4 290	5 209	6 901	8 151	9 106	10 048	9 594
Handwerk											
Beschäftigte	1 000	3 733,7	3 668,6	3 631,5	...	3 515,8	3 630,5
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	329 139	325 966	340 731	...	68 708,9	86 779,6

1) 1986 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen - 2) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 3) Fachliche Unternehmensteile - 4) Ohne Ein- und Ausgabeneinheiten, einschl. Zubehör, Einzel- und Ersatzteile. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1 - 6) Ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer - 7) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren. - 8) Unternehmen.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1984	1985	1986	Mai 87	Juni 87	Juli 87	Aug. 87	Mai 87	Juni 87	Juli 87	Aug. 87
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1983	1984	1985	Mai 86	Juni 86	Juli 86	Aug. 86	April 87	Mar 87	Juni 87	Juli 87
Index des Auftragseingangs für 1) das Verarbeitende Gewerbe	+ 9,5	+ 8,1	+ 0,1	± 0,0	- 5,4	- 1,6	+ 7,4	- 7,9	+ 1,5	+ 2,9	- 6,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	+ 10,6	+ 4,1	- 5,3	- 0,3	- 2,9	- 1,6	+ 1,3	- 3,0	+ 3,5	+ 2,6	- 11,5
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 10,3	+ 12,0	+ 2,1	- 1,4	- 7,9	- 2,6	+ 10,5	- 8,7	+ 1,7	+ 3,8	- 6,5
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 6,1	+ 3,2	+ 3,1	+ 5,3	- 0,7	+ 1,5	+ 8,1	- 12,2	- 2,2	+ 0,5	+ 0,5
Index der Nettoproduktion 2) 3)											
Bergbau	- 0,6	+ 1,1	- 4,7	+ 6,7	+ 0,7	- 2,9	- 4,5	+ 3,4	- 3,1	- 9,3	- 1,0
Verarbeitendes Gewerbe	+ 3,3	+ 5,6	+ 2,5	+ 1,8	- 1,3	- 3,0	+ 2,9	- 2,5	+ 2,9	- 10,8	- 5,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	+ 4,0	+ 1,3	- 0,6	+ 0,9	- 1,3	+ 0,8	+ 4,1	- 1,1	+ 1,0	- 4,5	- 4,0
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 3,5	+ 10,3	+ 4,4	+ 1,7	- 1,4	- 5,4	+ 2,8	- 2,9	+ 4,4	- 16,4	- 6,9
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 2,7	+ 1,2	+ 2,0	+ 4,0	- 0,8	- 2,5	+ 5,3	- 3,1	+ 0,8	- 8,9	- 5,3
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	+ 1,8	+ 2,9	+ 1,3	+ 0,5	- 2,0	- 2,6	- 2,5	- 4,2	+ 3,5	- 1,5	- 3,4
Index der Bruttonettoproduktion 2) für											
Investitionsgüter	+ 3,0	+ 11,8	+ 2,1	- 0,3	- 3,3	- 6,5	+ 1,2	- 3,2	+ 7,0	- 16,8	- 6,3
Verbrauchsgüter	+ 1,3	+ 3,7	+ 5,1	+ 1,5	- 3,2	- 3,9	+ 6,2	- 5,6	+ 0,9	- 13,8	- 7,1
Index der Arbeitsproduktivität											
Produktionsergebnis je Beschäftigten	+ 4,5	+ 4,0	+ 1,0	+ 1,8	- 0,9	- 2,4	+ 3,3	- 2,4	+ 2,8	- 11,0	- 5,4
Produktionsergebnis je Arbeiter	+ 4,4	+ 3,5	+ 0,9	+ 2,6	- 0,1	- 1,4	+ 4,3	- 2,3	+ 2,7	- 11,1	- 5,2
Produktion ausgewählter Erzeugnisse											
Steinkohle (Förderung)	- 3,4	+ 3,7	- 1,9	+ 0,5	- 8,6	- 15,6	- 12,8	- 9,4	- 3,0	+ 4,5	+ 7,3
Braunkohle, roh (Förderung)	+ 2,0	- 4,8	- 5,3	+ 8,7	+ 13,9	- 0,1	+ 8,6	+ 7,9	- 5,7	+ 0,7	+ 1,4
Erdöl, roh	- 1,5	+ 1,2	- 2,1	- 9,3	- 5,7	- 7,1	- 6,0	+ 2,2	- 1,9	± 0	+ 0,3
Zement (ohne Zementklinker)	- 5,7	- 10,5	+ 4,1	+ 4,0	- 9,4	- 3,2	- 3,6	+ 9,1	- 12,2	+ 13,6	- 10,6
Roheisen für die Stahlherzeugung	+ 12,8	+ 4,5	- 8,6	+ 3,7	- 2,1	+ 10,7	- 2,3	+ 12,6	- 7,4	+ 2,4	- 7,5
Stahlrohblöcke und -brammen	+ 10,3	+ 2,8	- 8,4	+ 3,9	- 4,7	+ 9,6	- 5,1	+ 11,1	- 7,1	+ 4,4	- 10,9
Walzstahl (ohne vorgewalztes Stahlhalbbezeug)	+ 7,3	+ 3,4	- 4,8	+ 12,5	- 2,1	+ 10,7	+ 4,0	+ 10,6	- 2,2	- 0,6	- 7,9
Chemiefasern	+ 3,1	+ 3,3	- 1,2	- 0,3	+ 2,4	+ 4,3	+ 23,1	+ 1,2	- 1,2	- 6,2	- 23,4
Motorenbenzin	+ 2,3	+ 1,1	- 4,2	- 5,6	+ 1,2	- 8,2	- 8,0	+ 2,2	- 0,9	+ 1,5	+ 0,3
Heizöl	- 0,3	- 5,5	- 1,8	- 19,1	- 6,2	- 10,7	- 2,3	- 4,3	+ 0,2	+ 1,2	+ 8,7
Schnittholz	+ 5,9	- 4,9	+ 2,7	+ 5,6	- 4,4	+ 0,8	+ 0,5	+ 3,2	+ 0,9	+ 4,3	- 15,1
Personenkraftwagen	- 2,6	+ 10,2	+ 2,2	+ 6,7	- 3,2	- 2,2	+ 4,0	- 8,2	- 0,3	- 20,1	- 12,0
Farbfernsehempfangsgeräte	- 17,0	- 2,9	+ 4,1	- 3,4	- 17,6	- 9,7	- 12,3	- 18,4	+ 3,1	- 40,6	+ 34,8
Geräte und Einrichtungen für die ADV 4)	+ 29,8	+ 26,7	+ 9,9	- 9,6	- 11,8	- 7,5	+ 7,4	+ 15,1	- 9,0	- 3,9	- 5,7
Isolierverglas, auch bearbeitet	- 4,8	+ 3,1									
Baumwollgarn	+ 6,6	+ 4,0	+ 2,5	+ 28,7	+ 2,1	- 0,3	+ 17,5	- 5,1	- 6,9	- 8,1	- 37,1
Fleischwaren	+ 4,5	+ 3,4	+ 1,0	- 0,1	+ 6,7	+ 3,9	+ 5,6	- 5,9	+ 6,2	+ 1,5r	- 2,1
Zigaretten	+ 3,1	+ 4,0	+ 0,6	+ 0,9	- 6,7	- 12,7	- 9,5	- 5,1	+ 5,6	+ 11,3r	- 4,8
Gesamtumsatz 5) 6)	+ 6,5	+ 6,9	- 1,8	+ 2,7	- 3,1	- 0,7	+ 4,5	- 4,2	+ 2,7	- 0,2	- 9,6
Bergbau	+ 8,1	+ 2,5	- 7,1	- 5,8	+ 4,4	- 1,6	- 0,1	- 0,3	+ 4,6	- 4,3	- 7,0
Verarbeitendes Gewerbe	+ 6,5	+ 7,0	- 1,6	+ 2,9	- 3,2	- 0,7	+ 4,6	- 4,3	+ 2,7	- 0,1	- 9,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	+ 9,0	+ 4,4	- 11,7	- 2,6	- 4,6	- 0,4	+ 4,3	- 2,4	+ 1,8	+ 2,0	- 7,5
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 5,8	+ 11,5	+ 3,8	+ 7,7	- 2,5		+ 6,5	- 3,9	+ 3,8	- 4,0	- 12,7
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 6,1	+ 3,8	+ 3,0	+ 6,9	- 2,6	- 1,6	+ 6,2	- 8,8	+ 0,1	+ 7,2	- 7,2
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	+ 3,0	+ 2,3	+ 0,2	- 5,0	- 3,1	- 2,7	- 2,1	- 5,0	+ 3,6	+ 1,8	- 6,2
dar. Auslandsumsatz 7)	+ 13,3	+ 10,0	- 1,5	+ 3,2	- 3,3	- 1,0	+ 4,0	- 6,0	+ 5,7	- 3,6	- 14,3
Bauhauptgewerbe											
Beschäftigte	- 1,4	- 7,2	- 2,2	- 3,3	- 3,7	- 4,0	- 4,1	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,9
dar.: Angestellte	- 0,8	- 4,2	- 2,0	- 2,9	- 3,0	- 2,9	- 2,8	+ 0,3	+ 0,2	- 0,4	+ 0,8
Arbeiter	- 1,4	- 8,1	- 2,2	- 3,1	- 3,7	- 4,0	- 4,2	+ 1,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0
Geleistete Arbeitsstunden	- 1,3	- 13,1	+ 0,8	- 1,0	- 8,6	- 8,0	- 3,0	- 0,1	+ 3,1	+ 6,3	- 10,6
im Hochbau	- 2,0	- 17,0	- 1,3	- 2,4	- 9,0	- 9,0	- 4,3	- 0,0	+ 3,9	+ 5,2	- 11,2
dar.. Wohnungsbau	- 1,7	- 22,0	- 4,6	- 9,8	- 16,3	- 15,2	- 9,3	+ 1,5	+ 2,5	+ 3,6	- 12,3
Gewerblicher Hochbau	- 1,6	- 10,5	+ 3,7	+ 8,9	- 3,6	- 1,2	+ 3,0	+ 1,5	+ 0,3	+ 11,8	- 9,3
Öffentlicher Hochbau	- 3,3	- 7,3	+ 4,2	+ 8,1	+ 11,7	+ 0,4	+ 1,0	- 3,2	+ 15,8	- 1,6	- 11,1
im Tiefbau	+ 0,5	- 3,8	+ 5,0	+ 1,5	- 7,7	- 6,1	- 0,6	- 0,2	+ 1,6	+ 8,3	- 9,7
Straßenbau	- 1,4	- 7,9	+ 2,4	+ 1,0	- 7,2	- 4,9	+ 0,8	+ 5,1	+ 4,6	+ 8,5	- 8,4
Gewerblicher Tiefbau	+ 0,9	- 0,1	+ 6,3	+ 5,1	- 3,6	- 4,9	+ 0,6	- 0,0	+ 0,5	+ 5,8	- 9,5
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	+ 1,6	- 2,6	+ 9,1	+ 0,3	- 9,8	- 7,5	- 2,3	- 3,6	- 0,0	+ 9,3	- 10,6
Bruttolohnsumme	+ 1,7	- 12,2	+ 1,5	- 4,4	+ 0,6	- 2,4	- 0,8	+ 2,3	+ 6,1	+ 6,3	- 6,7
Bruttogehaltssumme	+ 1,7	- 2,6	+ 1,7	- 0,8	+ 0,8	- 0,2	- 0,8	+ 1,2	+ 5,7	- 1,9	- 1,2
Index des Auftragseingangs	- 5,8	- 1,7	+ 9,0	- 8,8	- 4,5	- 9,8	- 10,8	- 2,6	+ 16,2	- 8,3	- 4,5
Index des Auftragsbestands	- 7,4	- 6,4	+ 5,7		+ 0,8a)				+ 2,6b)		
Produktionsindex 2) 8)	+ 0,5	- 7,2	+ 3,7	- 3,8	- 3,6	- 7,1	- 4,2	- 1,4	+ 4,4	- 1,3	- 9,9
Gesamtumsatz	+ 2,4	- 8,2	+ 4,5	+ 3,9	- 3,5	- 3,8	+ 2,3	+ 18,0	+ 11,7	+ 10,2	- 4,4
dar. Baugewerblicher Umsatz	+ 2,4	- 8,2	+ 4,6	+ 4,0	- 3,4	- 3,7	+ 2,3	+ 18,1	+ 11,7	+ 10,3	- 4,5
Handwerk											
Beschäftigte	+ 0,2	- 1,7	- 1,0		+ 0,3a)				+ 3,3b)		
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	+ 1,7	- 1,0	+ 4,5		+ 3,5a)				+ 26,3b)		

1) 1986 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen. - 2) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 3) Fachliche Unternehmensteile - 4) Ohne Ein- und Ausgabeneinheiten, einschl. Zubehör, Einzel- und Ersatzteile - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1.1 - 6) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 7) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren - 8) Unternehmen.

a) 2. Vj 87 gegenüber 2. Vj 86 - b) 2. Vj 87 gegenüber 1. Vj 87.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1984	1985	1986	1987						
					Febr.	Marz	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Bautätigkeit und Wohnungen											
Baugenehmigungen											
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	135 869	115 823	115 999	6 693	9 838	9 918	10 520	10 479	12 191	10 282
Rauminhalt	1000 m ³	159 632	125 018	116 709	6 630	9 548	9 925	10 456	10 284	11 598	10 294
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	51 994	40 650	37 964	2 192	3 119	3 244	3 405	3 366	3 807	3 427
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	30 085	30 011	30 209	1 662	2 357	2 359	2 712	2 815	3 306	2 988
Rauminhalt	1000 m ³	119 599	127 915	140 296	8 247	13 053	12 071	11 942	12 980	14 089	13 527
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	23 868	25 108	28 533	1 697	2 922	2 520	2 221	2 811	2 681	2 671
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	336 080	252 248	219 205	12 280	16 407	16 726	17 804	17 997	19 454	18 244
Baufertigstellungen											
Wohngebäude (Rauminhalt)	1000 m ³	193 817	154 283	130 281	3 804	3 684	3 521	3 218	3 907	4 346	4 534
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1000 m ³	150 794	123 491	122 388	4 324	3 474	2 843	3 505	4 727	4 158	4 999
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	398 373	312 053	251 940	7 428	7 477	7 145	6 130	7 670	8 756	8 748
Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr											
Großhandel (Umsatzwerte) 1) 2)	1980=100	120,9	123,4	114,1	99,4r	111,5r	114,6	108,3	109,8r	110,5r	103,6
davon mit:											
Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren	1980=100	120,6	117,4	113,3r	90,1r	112,0	120,2	101,5r	93,1	82,9r	84,8
textilen Rohstoffen und Halbwaren, Hauten usw.	1980=100	154,7	159,9	131,5	113,7	120,1	113,7	115,3	119,1	100,8r	103,8
technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	1980=100	151,9	156,9	138,3	137,5	152,5	146,2	148,7r	155,8	144,4r	135,7
festen Brennstoffen, Mineralerzeugnissen	1980=100	112,6	112,7	75,2	59,9	67,5	66,4	65,0	64,5	73,0r	67,9
Erzen, Stahl, NE-Metallen usw.	1980=100	123,9	132,7	115,7	94,0r	101,3	105,7r	103,6	112,9r	102,7r	99,9
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	1980=100	106,6	100,5	104,9	69,0	81,3	109,2r	112,6r	113,6r	122,4r	116,8
Altmaterial, Reststoffen	1980=100	136,6	133,8	91,5	73,6	79,2	71,9	73,2	77,7r	80,1	72,2
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1980=100	119,9	121,5	123,0	107,2	117,8	124,8	115,6r	121,1r	120,4r	109,0
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	1980=100	126,9	132,5	134,0	138,9	146,1	136,9	108,3	99,5r	124,2r	137,1
Metallwaren, Einrichtungsgegenständen	1980=100	123,4	126,2	127,8	120,0	127,9	122,1	115,3	114,3	119,9r	118,4
feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck usw.	1980=100	138,5	139,4	136,4	117,5	146,8	127,5	126,5	154,3r	135,8r	136,6
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	1980=100	125,9	134,5	145,6	138,2	161,3	161,8	159,0r	156,1r	154,6r	134,7
pharmazeutischen, kosmetischen u.ä. Erzeugnissen	1980=100	130,3	139,3	146,1	139,9	152,0	152,0	143,9	153,3	167,7r	139,6
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art, o.ä. S.	1980=100	121,6	130,7	127,3r	122,7r	130,3r	121,6	116,8r	119,6	124,9r	112,7
Binnengroßhandel	1980=100	119,7	122,6	114,7	99,1	111,7	116,4	110,2r	112,0r	113,1r	105,3
Produktionsverbundhandel	1980=100	121,1	123,5	111,4	92,2r	105,6r	111,1	105,7r	107,6r	107,2r	100,5
Konsumtionsverbundhandel	1980=100	117,0	120,8	121,3	112,8	123,9r	127,1	119,2r	120,8r	125,0r	115,0
Außenhandel	1980=100	124,3	125,7	112,5	100,4	111,1	109,2r	103,0r	103,6r	103,0r	98,7
dar: Einfuhrhandel	1980=100	126,4	125,4	116,0	105,6	117,4	115,1r	106,8r	108,3r	110,0r	102,8
Ausfuhrhandel	1980=100	109,8	111,8	98,0r	82,5	87,4	88,9	90,8	91,3r	87,2r	93,0
Streckengroßhandel	1980=100	120,4	120,7	101,9	84,6	96,3	97,6	95,7	98,5	94,7r	89,8
Lagergroßhandel	1980=100	121,1	124,4	119,1	105,6	117,8	121,5	113,5r	114,4r	117,0r	109,3
Einzelhandel (Umsatzwerte) 2)	1980=100	111,3	113,9	117,3	103,0p	116,5p	129,3p	114,5	113,3p	121,9p	107,3p
davon mit:											
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1980=100	117,2	119,0	121,3	109,8p	119,5p	127,8p	120,3	122,3p	129,3p	118,8p
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	1980=100	104,6	108,5	112,7	79,4p	103,2p	126,6p	105,2	95,8p	110,1p	93,7p
Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische usw.)	1980=100	105,8	103,6	107,6	96,6p	108,7p	111,4p	104,8	100,9p	110,5p	94,6p
elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw.	1980=100	109,7	111,8	115,7	101,5p	103,3p	107,0p	92,7	98,0p	108,2p	101,9p
Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	1980=100	111,4	115,2	119,1	112,6p	111,9p	119,3p	99,7	108,5p	113,7p	115,2p
pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen usw.	1980=100	119,1	124,5	129,2	127,2p	128,7p	137,2p	126,7	130,3p	137,2p	125,0p
Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankst.)	1980=100	124,3	122,6	104,2	94,3p	104,5p	117,7p	112,9	114,5p	108,2p	97,2p
Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen	1980=100	117,5	121,5	138,5	117,7p	162,3p	177,5p	149,0	151,6p	156,2p	114,5p
sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	1980=100	105,3	108,3	106,5	97,7p	101,5p	117,9p	101,7	97,5p	107,3p	98,8p
darunter nach Erscheinungsformen:											
Versandhandelsunternehmen	1980=100	98,1	98,3	102,4	102,0p	117,8p	115,2p	92,4	83,7p	78,0p	89,5p
Warenhäuser	1980=100	91,5	92,1	94,4	107,7p	75,7p	80,7p	89,7p	82,8	101,0p	83,0p
SB-Warenhäuser	1980=100	118,8	122,0	129,1
Verbrauchermärkte	1980=100	168,2	190,2	215,0
Supermärkte	1980=100	126,3	130,5	134,1
Gastgewerbe (Umsatzwerte) 2)	1980=100	109,8	111,7	113,3
Beherbergungsgewerbe	1980=100	114,9	119,3	124,1
Gaststättengewerbe	1980=100	107,1	107,5	107,4
Kantinen	1980=100	110,3	116,1	120,0
Reiseverkehr											
Einreisen über die Auslandsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland 3)	1 000	424 389	422 256	438 731	30 031	33 200	36 645	37 917	42 053	48 369	...
Einreisen über die Grenze zur DDR 4)	1 000	15 614	16 637	17 470	838	1 120	2 046	1 892	2 101	2 046	2 035
Ausreisen über die Grenze zur DDR 4)	1 000	15 855	17 162	17 244	785	1 131	1 886	1 849	2 087	1 719	2 320
Ankünfte 5)	1 000	57 180	58 676	59 709	3 774	4 247	4 793	6 324	6 314	6 406	...
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	11 942	12 686	12 217	732	785	902	1 190	1 364	1 737	...
Übernachtungen 5)	1 000	207 953	213 082	218 605	12 693	14 380	16 704	21 364	23 590	27 193	...
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	26 152	28 079	27 812	1 772	1 906	1 994	2 571	2 882	3 944	...
Warenverkehr mit Berlin (West)											
Lieferungen aus Berlin (West)	Mill. DM	35 089	37 648	36 990	2 856	3 171	3 084	2 958	2 994	3 000	2 743
Lieferungen nach Berlin (West)	Mill. DM	26 090	27 687	27 238	2 094	2 344	2 197	2 177	2 029	2 192	2 016
Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)											
Lieferungen des Bundesgebietes	Mill. DM	6 408	7 901	7 454	642	577	569	542	605	704	493
Bezüge des Bundesgebietes	Mill. DM	7 744	7 636	6 844	490	516	522	529	577	596	578

1) Ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer. - 2) In jeweiligen Preisen - 3) Einschl. Durchreisen - 4) Einschl. Transitverkehr von bzw. nach Berlin (West) - 5) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze, bis einschl. 1983 auch ohne Jugendherbergen und Kinderheime

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1984	1985	1986	Mai 87	Juni 87	Juli 87	Aug 87	Mai 87	Juni 87	Juli 87	Aug 87
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
1983	1984	1985	Mai 86	Juni 86	Juli 86	Aug. 86	April 87	Mai 87	Juni 87	Juli 87	
Bautätigkeit und Wohnungen											
Baugenehmigungen											
Genehmigte Wohngebäude	- 17,1	- 14,8	+ 0,2	- 7,9	- 16,3	- 1,1	- 6,9	+ 6,1	- 0,4	+ 16,3	- 15,7
Rauminhalt	- 21,3	- 21,7	- 6,6	- 6,6	- 15,7	- 3,5	- 5,3	+ 5,4	- 1,6	+ 12,8	- 11,2
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 19,7	- 21,8	- 6,6	- 6,1	- 14,5	- 2,0	- 3,3	+ 5,0	- 1,1	+ 13,1	- 10,0
Genehmigte Nichtwohngebäude	- 22,0	- 0,2	+ 0,7	- 5,9	- 2,5	+ 6,0	+ 8,0	+ 15,0	+ 3,8	+ 17,4	- 9,6
Rauminhalt	- 26,1	+ 7,0	+ 0,7	- 7,5	+ 1,8	+ 4,8	+ 7,8	- 1,1	+ 8,7	+ 8,5	- 4,0
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 26,3	+ 5,2	+ 13,6	- 14,9	+ 7,0	+ 6,0	+ 6,3	- 11,9	+ 26,6	- 4,6	- 0,4
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 19,9	- 24,9	- 13,1	- 12,5	- 18,9	- 11,2	- 10,2	+ 6,4	+ 1,1	+ 8,1	- 6,2
Baufertigstellungen											
Wohngebäude (Rauminhalt)	+ 11,6	- 20,4	- 15,6	+ 2,9	- 18,2	- 6,6	- 12,9	- 6,9	+ 19,2	+ 11,2	+ 4,3
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	+ 2,1	- 18,1	- 0,9	+ 5,2	+ 23,4	+ 6,3	+ 11,5	+ 23,3	+ 34,9	- 12,0	+ 20,2
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 16,9	- 21,7	- 19,3	- 7,7	- 22,1	- 5,8	- 14,5	- 14,2	+ 25,1	+ 14,2	- 0,1
Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr											
Großhandel (Umsatzwerte) 1) 2)	+ 8,1	+ 2,1	- 7,5	- 4,0	- 4,6r	- 2,8r	+ 1,8	- 5,5	+ 1,4r	+ 0,6r	- 6,3
davon mit:											
Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren	0,0	- 2,7	- 3,5r	- 10,1r	- 13,2	- 12,6r	- 16,0	- 15,6r	- 8,3r	- 11,0r	+ 2,2
textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw.	+ 28,7	+ 3,4	- 17,8	- 11,7	- 10,6r	- 12,3r	+ 1,5	+ 1,4	+ 3,3r	- 15,4	+ 3,1
technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	+ 20,0	+ 3,3	- 11,9	+ 10,6	+ 12,7	+ 6,2r	+ 13,9	+ 1,7	+ 4,8	- 7,3	- 6,0
festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen	+ 2,8	+ 0,1	- 33,3	- 18,7	- 11,5	+ 5,6r	+ 10,3	- 2,1	- 0,8	+ 13,2r	- 6,9
Erzen, Stahl, NE-Metallen usw.	+ 14,1	+ 7,1	- 13,2	- 8,8r	- 10,8r	- 12,6r	+ 2,3	- 2,0	+ 9,0r	- 9,0r	- 2,7
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	+ 5,2	- 5,7	+ 4,4	+ 7,8r	- 1,5r	- 1,0r	+ 6,6	+ 3,1r	+ 0,9r	+ 7,7r	- 4,6
Altmaterial, Reststoffen	+ 38,0	- 2,0	- 31,6	- 18,2	- 19,9r	- 11,4r	+ 2,0	+ 1,8	+ 6,1r	+ 3,1r	- 9,8
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 7,8	+ 1,3	+ 1,2	- 8,8r	- 2,9r	- 5,0r	- 1,4	- 7,4r	+ 4,8r	- 0,6r	- 9,5
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	+ 18,0	+ 4,4	+ 1,1	+ 7,3r	- 5,3r	- 2,1r	+ 1,4	- 20,9r	- 8,1r	+ 24,8r	+ 10,3
Metallwaren, Einrichtungsgegenständen	+ 11,6	+ 2,3	+ 1,3	- 1,2	- 5,8r	- 2,9r	+ 5,3	- 5,6	- 0,9r	+ 4,9r	- 1,2
feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck usw.	+ 24,9	+ 0,6	- 2,2	+ 5,7	+ 22,6	- 1,9r	+ 15,0	- 0,8	+ 22,0r	- 12,0r	+ 0,6
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	+ 8,1	+ 6,8	+ 8,3r	+ 15,1	+ 3,9r	+ 5,0r	+ 7,5	- 1,7r	- 1,8r	- 1,0r	- 12,9
pharmazeutischen, kosmetischen u.a. Erzeugnissen	+ 8,2	+ 6,9	+ 4,9	+ 3,2	+ 5,2	+ 12,6	+ 8,0	- 5,3	+ 6,5	+ 9,4r	- 16,8
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art, o.a. S.	+ 8,7	+ 7,5	- 2,6r	+ 3,3	- 3,2r	- 4,0r	- 3,1	- 3,9	+ 2,4r	+ 4,4r	- 9,8
Binnengroßhandel	+ 10,1	+ 2,4	- 6,4	- 3,3r	- 4,0r	- 1,9r	+ 1,0	- 5,3r	+ 1,6r	+ 1,0r	- 6,9
Produktionsverbundhandel	+ 11,2	+ 2,0	- 9,8	- 5,7r	- 6,7r	- 4,2r	- 0,3	- 4,9r	+ 1,8r	- 0,4	- 6,2
Konsumtionsverbundhandel	+ 8,0	+ 3,2	+ 0,4	+ 1,2r	+ 1,2r	+ 2,4r	+ 3,1	- 6,2	+ 1,3r	+ 3,5	- 8,0
Außenhandel	+ 12,4	+ 1,1	- 10,5	- 5,7r	- 6,2r	- 5,6r	+ 4,3	- 5,7r	+ 0,6r	- 0,8r	- 4,2
dar.. Einfuhrhandel	+ 12,3	- 0,8	- 7,5	- 5,9r	- 4,1r	+ 1,5r	+ 4,8	- 7,2r	+ 1,4	+ 1,6r	- 6,5
Ausfuhrhandel	+ 12,8	+ 1,8	- 12,3r	- 1,9r	- 4,1r	- 10,5r	+ 13,1	+ 2,1	+ 0,6r	- 4,5r	+ 6,7
Streckengroßhandel	+ 7,5	+ 0,2	- 15,6	- 6,7r	- 7,1r	- 5,2r	+ 2,7	- 1,9r	+ 2,9r	- 3,9r	- 5,2
Lagergroßhandel	+ 12,0	+ 2,7	- 4,3	- 2,9r	- 3,7r	- 1,9r	+ 1,5	- 6,6r	+ 0,8r	+ 2,3r	- 6,6
Einzelhandel (Umsatzwerte) 2)	+ 2,7	+ 2,3	+ 3,0	- 2,7p	+ 2,1	+ 4,7p	+ 2,6p	- 11,4	1,0p	+ 7,6p	- 12,0p
davon mit:											
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,0	- 5,0p	+ 2,0	+ 4,0p	+ 1,0p	- 5,9	+ 1,7p	+ 5,7p	- 8,1p
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	+ 2,6	+ 3,7	+ 3,9	- 7,0p	+ 2,0	+ 9,0p	+ 3,0p	- 16,9	- 8,9p	+ 14,9p	- 14,9p
Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische usw.)	+ 2,7	- 2,1	+ 3,9	+ 6,0p	+ 1,0	+ 3,0p	+ 3,0p	- 5,9	- 3,7p	+ 9,5p	- 14,4p
elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw.	+ 2,0	+ 1,9	+ 3,5	- 5,0p	+ 1,0	+ 6,0p	+ 5,0p	- 13,4	+ 5,7p	+ 10,4p	- 5,8p
Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	+ 2,6	+ 3,4	+ 3,3	+ 1,0p	+ 6,0	+ 2,0p	+ 4,0p	- 16,4	+ 8,8p	+ 4,8p	+ 1,3p
pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen usw.	+ 5,2	+ 4,5	+ 3,8	+ 1,0p	+ 3,0	+ 3,0p	+ 2,0p	- 7,7	+ 2,8p	+ 5,3p	- 8,9p
Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankst.)	+ 6,4	- 1,4	- 15,0	± 0,0p	+ 4,0	± 0,0p	- 2,0p	- 4,1	+ 1,4p	- 5,5p	- 10,2p
Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen	+ 2,6	+ 3,4	+ 14,0	+ 3,0p	+ 2,0	+ 4,0p	+ 1,0p	- 16,1	+ 1,7p	+ 3,0p	- 26,7p
sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	+ 2,4	+ 2,8	- 1,7	- 4,0p	+ 2,0	+ 5,0p	+ 5,0p	- 13,7	- 4,1p	+ 10,1p	- 7,9p
darunter nach Erscheinungsformen:											
Versandhandelsunternehmen	+ 2,9	+ 0,2	+ 4,2	+ 7,0p	+ 6,0	+ 5,0p	+ 12,0p	- 19,8	- 9,4p	- 6,8p	+ 14,7p
Warenhäuser	+ 3,0	+ 0,7	+ 2,5	- 6,0p	+ 1,0	+ 4,0p	+ 1,0p	- 7,7	+ 3,7p	+ 26,7p	- 17,8p
SB-Warenhäuser	+ 4,0	+ 2,7	+ 5,8
Verbrauchermärkte	+ 12,4	+ 13,1	+ 13,0
Supermärkte	+ 3,4	+ 3,3	+ 2,8
Gastgewerbe (Umsatzwerte) 2)	+ 2,5	+ 1,7	+ 1,5
Beherbergungsgewerbe	+ 5,3	+ 3,8	+ 4,0
Gaststättengewerbe	+ 1,1	+ 0,4	- 0,1
Kantinen	+ 0,4	+ 5,3	+ 3,4
Reiseverkehr											
Einreisen über die Auslandsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland 3)	+ 0,6	- 0,5	+ 3,9	- 1,7	+ 6,7	+ 4,5	...	+ 3,5	+ 10,9	+ 15,0	...
Einreisen über die Grenze zur DDR 4)	+ 8,5	+ 6,5	+ 5,0	- 3,2	+ 35,0	+ 5,8	+ 8,4	- 7,5	+ 11,0	- 2,7	- 0,5
Ausreisen über die Grenze zur DDR 4)	+ 9,3	+ 8,2	+ 0,5	- 6,3	+ 37,8	+ 3,9	+ 13,4	- 2,0	+ 12,8	- 17,6	+ 35,0
Ankünfte 5)	+ 3,4	+ 2,7	+ 1,8	+ 4,3	+ 6,8	+ 3,8	...	+ 31,9	- 0,2	+ 1,5	...
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 10,5	+ 6,3	- 3,7	+ 3,5	+ 9,5	+ 5,3	...	+ 31,9	+ 14,6	+ 27,4	...
Übernachtungen 5)	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,6	+ 1,2	+ 6,4	+ 2,4	...	+ 27,9	+ 10,4	+ 15,3	...
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 9,9	+ 7,5	- 1,0	+ 0,7	+ 8,6	+ 0,0	...	+ 28,9	+ 12,1	+ 36,8	...
Warenverkehr mit Berlin (West)											
Lieferungen aus Berlin (West)	+ 6,8	+ 7,3	- 1,7	+ 2,8	- 2,2	- 5,4	- 2,0	- 4,1	+ 1,2	+ 0,2	- 8,6
Lieferungen nach Berlin (West)	+ 2,7	+ 9,9	- 1,6	+ 2,9	- 8,6	- 0,8	+ 1,7	- 0,9	- 6,8	+ 8,0	- 8,1
Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)											
Lieferungen des Bundesgebietes	- 7,8	+ 23,3	- 5,7	+ 1,4	+ 14,3	+ 6,0	- 8,0	- 4,8	+ 11,7	+ 16,3	- 29,9
Bezüge des Bundesgebietes	+ 12,6	- 1,4	- 10,4	- 4,2	+ 11,0	+ 5,9	+ 12,6	+ 1,2	+ 9,1	+ 3,2	- 3,0

1) Ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer — 2) In jeweiligen Preisen. — 3) Einschl. Durchreisen — 4) Einschl. Transitverkehr von bzw. nach Berlin (West). — 5) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze, bis einschl. 1983 auch ohne Jugendherbergen und Kinderheime.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1984	1985	1986	1987						
					Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Außenhandel											
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	434 257	463 811	413 744	32 113	36 926	35 030	32 762	33 784	35 645	29 611
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	54 605	57 953	54 750	3 976	4 646	4 812	4 271	4 183	4 178	3 826
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	372 970	398 283	350 857	27 613	31 655	29 635	27 694	28 868	30 769	25 174
Rohstoffe	Mill. DM	58 237	57 456	30 873	2 301	2 322	2 349	2 328	2 335	2 503	2 312
Halbwaren	Mill. DM	81 403	86 794	60 180	3 783	4 559	4 222	3 953	4 350	4 398	3 902
Fertigwaren	Mill. DM	233 330	254 034	259 805	21 529	24 774	23 064	21 414	22 184	23 868	18 959
Ländergruppen (Herstellungsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	Mill. DM	337 775	365 521	339 539	26 627	31 130	29 485	27 460	28 161	29 411	23 638
dar. EG-Länder	Mill. DM	217 269	235 664	216 020	16 560	19 998	18 886	17 501	18 054	18 489	14 917
Entwicklungsländer	Mill. DM	69 816	71 698	52 796	4 067	4 246	3 984	3 884	4 025	4 444	4 369
Staatshandelsländer	Mill. DM	26 432	26 310	21 157	1 405	1 535	1 542	1 397	1 578	1 759	1 570
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	488 223	537 164	526 363	42 561	47 064	43 919	43 314	42 097	45 554	36 119
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	26 673	28 025	27 320	2 119	2 465	2 239	2 079	2 089	2 028	1 988
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	458 342	505 812	495 532	40 145	44 296	41 393	40 939	39 717	43 211	33 858
Rohstoffe	Mill. DM	8 299	8 565	7 279	522	574	579	565	572	530	451
Halbwaren	Mill. DM	40 172	41 038	30 635	2 259	2 456	2 333	2 409	2 334	2 421	2 145
Fertigwaren	Mill. DM	409 872	456 209	457 617	37 363	41 266	38 481	37 965	36 810	40 260	31 262
Ländergruppen (Verbrauchsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	Mill. DM	395 898	441 278	443 495	36 505	40 569	38 032	37 069	36 316	38 833	30 361
dar. EG-Länder	Mill. DM	243 639	257 265	267 454	22 299	25 204	23 673	22 581	22 816	23 889	18 003
Entwicklungsländer	Mill. DM	67 484	66 366	55 913	4 221	4 498	4 007	4 279	3 975	4 425	4 063
Staatshandelsländer	Mill. DM	23 325	27 883	25 892	1 768	1 953	1 815	1 911	1 736	2 242	1 609
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	Mill. DM	+53 966	+73 353	+112 619	+10 448	+10 138	+ 8 889	+10 553	+ 8 313	+ 9 909	+ 6 508
Index der tatsächlichen Werte											
Einfuhr	1980=100	127,2	135,9	121,2	112,9	129,8	123,1	115,2	118,8	125,3	104,1
Ausfuhr	1980=100	139,4	153,3	150,2	145,8	161,2	150,4	148,4	144,2	156,0	123,7
Index des Volumens											
Einfuhr	1980=100	105,3	109,7	116,4	114,3	130,8	126,2	119,2	122,5	127,0	107,2
Ausfuhr	1980=100	119,8	126,9	128,6	127,0	141,3	132,6	131,1	127,9	135,9	109,1
Index der Durchschnittswerte											
Einfuhr	1980=100	120,8	123,9	104,1	98,7	99,2	97,6	96,6	96,9	98,6	97,1
Ausfuhr	1980=100	116,3	120,8	116,8	114,8	114,1	113,5	113,2	112,7	114,8	113,4
Austauschverhältnis (Terms of Trade)	1980=100	96,3	97,5	112,2	116,3	115,0	116,3	117,2	116,3	116,4	116,8
Verkehr											
Beförderte Personen											
Eisenbahnverkehr	Mill.	1 086,1	1 104,4	1 124,8	91,3	93,3	87,7	87,9	84,9
Straßenverkehr	Mill.	5 948,2	5 808,9	5 667,9
Luftverkehr	Mill.	38,6	41,7	42,9	2,9	3,5	3,9	4,4
Beförderte Güter											
Eisenbahnverkehr	1000 t	329 780	334 613	315 379	24 670	26 177	25 383	25 106	24 907
Straßenverkehr	1000 t	386 502	380 512	396 889	29 928	31 872	34 959	34 985
(ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	1000 t	236 478	222 408	229 494	14 942	18 288	19 322	19 461
Binnenschifffahrt	1000 t	132 307	138 979	135 473	10 782	11 520	10 773	11 650	10 758	10 804	11 030
Seeschifffahrt	1000 t	676	741	780	69	76	73	72
Luftverkehr	1000 t	57 770	56 790	59 094	4 276	4 478	4 778	4 828	4 744
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	1000 t
Kraftfahrzeuge											
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	1000	2 739,2	2 671,0	3 105,0	205,4	327,7	368,6	316,6	290,8	298,5	200,8
dar. Personenkraftwagen	1000	2 393,9	2 379,3	2 829,4	190,2	293,5	318,6	285,0	264,3	270,8	183,2
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	1000	6 236,0	6 256,8	6 798,3	504,9	673,3	769,5	620,5	632,2	655,1	546,9
Straßenverkehrsunfälle											
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	359 485	327 745	341 921	19 184	21 598	26 889	31 731	30 026	32 886	29 716
Getötete	Anzahl	10 199	8 400	8 948	472	580	621	755	675	755	761
Schwerverletzte	Anzahl	132 514	115 533	117 862	6 482	7 065	9 125	10 763	10 011	14 307	38 935
Leichtverletzte	Anzahl	333 519	306 562	325 355	19 057	21 358	25 815	30 738	29 153
Unfälle mit nur Sachschaden	1000	1 421,3	1 512,6	1 593,7	132,7	139,3	119,4	144,9	135,2	130,1	120,9
Geld und Kredit											
Bargeldumlauf	Mrd. DM	99,8	104,2	112,2	111,3	111,4	114,6	115,0	115,4	119,6	117,8
Deutsche Bundesbank											
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva ¹⁾	Mrd. DM	84,1	86,0	94,0	111,9	107,4	110,0	113,2	111,5	109,3	109,9
Kredite an inländische Kreditinstitute	Mrd. DM	96,3	105,3	96,4	86,1	97,7	79,4	79,4	85,3	90,4	94,4
Kreditinstitute											
Kredite an inländische Nichtbanken an Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 915,6	2 013,9	2 114,6	2 103,0	2 106,3	2 106,3	2 111,7	2 123,3	2 132,5	2 144,4
an öffentliche Haushalte	Mrd. DM	1 468,8	1 548,2	1 643,0	1 634,5	1 638,3	1 638,2	1 640,2	1 652,7	1 655,8	1 664,2
Einlagen inländischer Nichtbanken dar. Spareinlagen	Mrd. DM	446,8	465,8	471,6	468,5	468,1	468,1	471,5	470,6	476,7	480,1
	Mrd. DM	1 454,8	1 551,4	1 709,1	1 711,5	1 707,5	1 713,4	1 731,2	1 733,3	1 732,0	1 748,7
	Mrd. DM	568,8	601,6	670,3	675,5	677,2	677,6	678,0	679,4	678,5	680,4
Bausparkassen											
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	1000	2 351,3	2 441,1	2 561,1	194,1	246,2	199,1	179,4	193,2	196,2	...
Bauspareinlagen (Bestände)	Mill. DM	124 850	122 654	119 853	117 572	116 693	116 152	115 484	114 811	113 998	...
Baudarlehen (Bestände) ²⁾	Mill. DM	145 039	145 816	142 889	141 677	141 120	141 206	140 388	140 397	140 263	...

1) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse - 2) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1984	1985	1986	Mai 87	Juni 87	Juli 87	Aug. 87	Mai 87	Juni 87	Juli 87	Aug. 87
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1983	1984	1985	Mai 86	Juni 86	Juli 86	Aug. 86	April 87	Mai 87	Juni 87	Juli 87
Außenhandel											
Einfuhr (Spezialhandel)	+ 11,3	+ 6,8	- 10,8	+ 0,8	- 2,0	+ 3,4	+ 5,8	- 6,5	+ 3,1	+ 5,5	- 16,9
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	+ 8,2	+ 6,1	- 5,5	- 10,5	- 8,3	- 1,9	- 3,8	- 11,2	- 2,1	- 0,1	- 8,4
Gewerbliche Wirtschaft	+ 11,7	+ 6,8	- 11,9	+ 2,2	- 0,8	+ 4,1	+ 6,9	- 6,5	+ 4,2	+ 6,6	- 18,2
Rohstoffe	+ 11,6	- 1,3	- 46,3	- 8,6	+ 2,3	+ 13,7	+ 13,9	- 0,9	+ 0,3	+ 7,2	- 7,6
Halbwaren	+ 11,3	+ 6,6	- 30,7	- 22,1	- 15,6	- 1,6	+ 4,4	- 6,4	+ 10,0	+ 1,1	- 11,3
Fertigwaren	+ 11,9	+ 8,9	+ 2,3	+ 9,9	+ 2,4	+ 4,3	+ 6,6	- 7,2	+ 3,6	+ 7,6	- 20,6
Ländergruppen (Herstellungsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	+ 10,9	+ 8,2	- 7,1	+ 2,7	- 1,6	+ 3,1	+ 5,2	- 6,9	+ 2,6	+ 4,4	- 19,6
dar. EG-Länder	+ 9,2	+ 8,5	- 8,3	+ 1,6	- 1,0	+ 1,8	+ 7,4	- 7,3	+ 3,2	+ 2,4	- 19,3
Entwicklungsländer	+ 10,7	+ 2,7	- 26,4	- 7,6	- 0,9	+ 6,6	+ 8,9	- 2,5	+ 3,6	+ 10,4	- 1,7
Staatshandelsländer	+ 19,3	- 0,5	- 19,6	- 9,2	- 11,6	+ 0,2	+ 7,4	- 9,4	+ 13,0	+ 11,5	- 10,7
Ausfuhr (Spezialhandel)	+ 12,9	+ 10,0	- 2,0	+ 6,6	- 5,2	+ 0,3	+ 0,0	- 1,4	- 2,8	+ 8,2	- 20,7
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	+ 12,9	+ 5,1	- 2,5	+ 2,9	- 5,2	- 11,1	- 2,4	- 7,1	+ 0,5	- 2,9	- 2,0
Gewerbliche Wirtschaft	+ 13,0	+ 10,4	- 2,0	+ 6,8	- 5,2	+ 0,9	+ 0,2	- 1,1	- 3,0	+ 8,8	- 21,6
Rohstoffe	+ 15,2	+ 3,2	- 15,0	- 4,3	- 7,1	- 12,4	- 10,8	- 2,5	+ 1,3	- 7,5	- 14,8
Halbwaren	+ 17,0	+ 2,2	- 25,3	- 4,2	- 13,3	+ 1,8	+ 8,0	+ 3,3	- 3,1	+ 3,7	- 11,4
Fertigwaren	+ 12,5	+ 11,3	+ 0,3	+ 7,7	- 4,7	+ 1,0	- 0,1	- 1,3	- 3,0	+ 9,4	- 22,4
Ländergruppen (Verbrauchslander)											
Industrialisierte westliche Länder	+ 16,0	+ 11,5	- 7,1	+ 7,5	- 3,8	+ 2,5	+ 2,1	- 2,5	- 2,0	+ 6,9	- 21,8
dar. EG-Länder	+ 11,9	+ 9,7	- 8,3	+ 9,2	- 1,1	+ 5,4	+ 5,8	- 4,6	+ 1,0	+ 3,8	- 24,0
Entwicklungsländer	+ 0,8	- 1,7	- 26,4	+ 5,0	- 11,2	- 10,5	- 6,9	+ 6,8	- 7,1	+ 11,3	- 8,2
Staatshandelsländer	+ 3,2	+ 19,5	- 19,6	- 4,7	- 17,5	- 10,0	- 16,7	+ 5,3	- 9,2	+ 29,1	- 28,2
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	+ 28,2	+ 35,9	+ 53,5	+ 29,8	- 16,1	- 9,3	- 19,9	+ 18,7	- 21,2	+ 19,2	- 34,3
Index der tatsächlichen Werte											
Einfuhr	+ 11,3	+ 6,8	- 10,8	+ 0,9	- 2,0	+ 3,4	+ 5,8	- 6,4	+ 3,1	+ 5,5	- 16,9
Ausfuhr	+ 13,0	+ 10,0	- 2,0	+ 6,6	- 5,2	+ 0,3	+ 0,0	- 1,3	- 2,8	+ 8,2	- 20,7
Index des Volumens											
Einfuhr	+ 5,2	+ 4,2	+ 6,1	+ 6,6	+ 3,6	+ 5,8	+ 7,4	- 5,5	+ 2,8	+ 3,7	- 15,6
Ausfuhr	+ 9,1	+ 5,9	+ 1,3	+ 10,0	- 2,2	+ 2,4	+ 2,1	- 1,1	- 2,4	+ 6,3	- 19,7
Index der Durchschnittswerte											
Einfuhr	+ 5,9	+ 2,6	- 16,0	- 5,5	- 5,6	- 2,4	- 1,5	- 1,0	+ 0,3	+ 1,8	- 1,5
Ausfuhr	+ 3,5	+ 3,9	- 3,3	- 3,0	- 3,1	- 2,0	- 2,0	- 0,3	- 0,4	+ 1,9	- 1,2
Austauschverhältnis (Terms of Trade)	- 2,2	+ 1,2	+ 15,1	+ 2,6	+ 2,6	+ 0,3	- 0,4	+ 0,8	- 0,8	+ 0,1	+ 0,3
Verkehr											
Beförderte Personen											
Eisenbahnverkehr	- 5,3	+ 1,7	+ 1,9	- 1,6	- 5,4	+ 0,2	- 3,4
Straßenverkehr	- 5,7	- 2,3	+ 2,4
Luftverkehr	+ 7,7	+ 8,0	+ 2,9	+ 16,2	+ 13,7
Beförderte Güter											
Eisenbahnverkehr	+ 6,4	- 1,5	- 5,7	- 0,3	- 5,4	- 1,1	- 0,8
Straßenverkehr	+ 3,4	+ 3,8	+ 4,3	+ 4,2	- 0,1
(ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	+ 5,6	- 6,0	+ 3,2	- 8,5	+ 0,7
Binnenschifffahrt	+ 4,8	+ 5,0	- 2,5p	- 1,0p	- 1,1p	- 9,4p	+ 0,4p	+ 8,1p	- 7,7p	+ 0,4p	+ 2,1p
Seeschifffahrt	+ 9,2	+ 9,6	+ 5,3	+ 10,7	- 1,4
Luftverkehr	+ 4,6	- 1,7	+ 4,1	- 6,5	- 1,1	+ 1,0	- 1,7
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)											
Kraftfahrzeuge											
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	- 3,8	- 2,5	+ 16,2	+ 13,0	+ 4,4	+ 13,3	+ 0,2	- 14,1	- 8,1	+ 2,6	- 32,7
dar. Personenkraftwagen	- 1,4	- 0,6	+ 18,9	+ 15,0	+ 6,2	+ 13,4	+ 0,2	- 10,5	- 7,3	+ 2,5	- 32,3
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	+ 1,8	+ 0,3	+ 8,7	+ 3,3	+ 6,3	+ 5,9	+ 6,7	- 19,4	+ 1,9	+ 3,6	- 16,5
Straßenverkehrsunfälle											
Unfälle mit Personenschaden	- 3,9	- 8,8	+ 4,3	- 10,3r	- 14,3r	- 2,3	- 7,0	+ 18,0r	- 5,4r	+ 9,5	- 9,6
Getötete	- 0,5	- 17,6	+ 6,5	- 8,9r	- 19,5r	- 3,2	- 8,6	+ 21,6r	- 10,6r	+ 11,9	+ 0,8
Schwerverletzte	- 8,7	- 12,8	+ 2,0	- 13,6	- 18,6r	- 1,0	- 6,7	+ 17,8	- 6,9r	+ 10,0	- 9,6
Leichtverletzte	- 3,1	- 8,1	+ 6,1	- 7,5	- 11,5r	+ 19,1	- 5,2r
Unfälle mit nur Sachschaden	+ 7,8	+ 6,4	+ 5,4	+ 9,6	+ 7,0r	+ 4,9	+ 0,8	+ 21,3r	- 6,7r	- 3,8	- 7,0
Geld und Kredit											
Bargeldumlauf	+ 3,5	+ 4,4	+ 7,7	+ 9,0p	+ 9,5	+ 10,6	+ 8,8p	+ 0,3p	+ 0,3	+ 3,6	- 1,5p
Deutsche Bundesbank											
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva 1)	+ 0,1	+ 2,3	+ 9,3	- 35,7p	+ 32,3	+ 26,9	+ 24,6p	+ 2,9p	- 1,5	- 2,0	+ 0,5p
Kredite an inländische Kreditinstitute	+ 12,6	+ 9,4	- 8,5	- 13,8p	- 19,7	- 9,0	+ 1,9p	- 0,0p	+ 7,4	+ 6,0	+ 4,4p
Kreditinstitute											
Kredite an inländische Nichtbanken an Unternehmen und Privatpersonen	+ 5,9	+ 5,1	+ 5,0	+ 3,0p	+ 2,7	+ 0,9	+ 3,4p	+ 0,3p	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,6p
an öffentliche Haushalte	+ 6,4	+ 5,4	+ 6,1	+ 3,3p	+ 2,9	+ 2,9	+ 3,3p	+ 0,1p	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,5p
Einlagen inländischer Nichtbanken dar. Spareinlagen	+ 4,4	+ 4,2	+ 1,2	+ 1,9p	+ 2,1	+ 2,6	+ 3,5p	+ 0,7p	- 0,2	+ 1,3	+ 0,7p
dar. Spareinlagen	+ 6,3	+ 6,6	+ 10,2	+ 8,5p	+ 7,9	+ 7,6	+ 7,7p	+ 1,0p	+ 0,1	- 0,8	+ 1,0p
Bausparkassen	+ 3,7	+ 5,8	+ 11,4	+ 7,3p	+ 7,3	+ 7,3	+ 7,1p	+ 0,1p	+ 0,2	- 0,1	+ 0,3p
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	+ 8,2	+ 3,8	+ 4,9	+ 2,3	+ 9,5	+ 10,7	...	- 9,9	+ 7,7	+ 1,6	...
Bauspareinlagen (Bestände)	- 0,4	- 1,8	- 2,3	- 3,0	- 3,1	- 2,8	...	- 0,8	- 0,6	- 0,7	...
Baudarlehen (Bestände) 2)	+ 4,4	+ 0,5	- 2,0	- 2,9	- 3,7	- 2,9	...	- 0,6	- 0,0	- 0,1	...

1) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse - 2) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1984	1985	1986	1987							
					Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	
Wertpapiermarkt												
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere												
Festverzinsliche Wertpapiere	Mill. DM	227 394	261 153	257 125	25 643	22 984	17 942	20 775	14 566	20 748	20 499	
Aktien (Nominalwert)	Mill. DM	2 992	3 769	4 560	308	105	368	117	208	120	405	
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	%	7,89)	6,99)	6,0	5,7	5,6	5,5	5,4	5,5	5,8	6,0	
Index der Aktienkurse	1980=100	153,69)	209,29)	295,7	255,2	253,1	264,5	257,5	261,8	278,3	292,6	
dar. Publikumsgesellschaften	1980=100	151,69)	207,49)	298,4	258,2	257,7	270,4	263,0	269,1	286,7	301,9	
Sozialleistungen												
Arbeitsförderung												
Empfänger von Arbeitslosengeld	1000	859 ⁹⁾	836 ⁹⁾	800 ⁹⁾	1 049	984	807	706	675	732	...	
Arbeitslosenhilfe	1000	598 ⁹⁾	617 ⁹⁾	601 ⁹⁾	626	639	623	603	595	577	...	
Unterhaltsgeld 1)	1000	131 ⁹⁾	135 ⁹⁾	154 ⁹⁾	187	192	188	192	189	172	...	
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	2 733,7 ⁹⁾	2 670,3 ⁹⁾	2 637,4 ⁹⁾	2 542,4	2 641,1	2 809,7	2 830,2	2 880,4	3 041,7	...	
dar. Beiträge	Mill. DM	2 537,2 ⁹⁾	2 457,6 ⁹⁾	2 426,9 ⁹⁾	2 342,7	2 459,2	2 414,9	2 546,5	2 684,7	2 848,1	...	
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	2 470,4 ⁹⁾	2 478,1 ⁹⁾	2 635,2 ⁹⁾	3 348,4	3 614,4	3 284,4	2 888,7	2 567,4	2 798,2	...	
dar. Arbeitslosengeld	Mill. DM	1 178,6 ⁹⁾	1 173,8 ⁹⁾	1 170,6 ⁹⁾	1 536,2	1 618,4	1 421,7	1 136,9	1 030,7	1 125,7	...	
Gesetzliche Krankenversicherung												
Mitglieder insgesamt	1000	35 993 ⁹⁾	36 209 ⁹⁾	36 440 ⁹⁾	36 597	36 609	36 607	36 575	36 590	
dar.: Pflichtmitglieder 2)	1000	20 886 ⁹⁾	21 106 ⁹⁾	21 376 ⁹⁾	21 419	21 405	21 428	21 391	21 400	
Rentner	1000	10 568 ⁹⁾	10 623 ⁹⁾	10 651 ⁹⁾	10 686	10 692	10 703	10 710	10 717	
Finanzen und Steuern												
Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder 3)												
Gemeinschaftsteuern (gem. Art. 106 Abs. 3 GG) 4)	Mill. DM	357 471	375 638	388 636	27 512	37 963	25 409	25 405	42 107	30 118	30 056 p	
dar.: Lohnsteuer	Mill. DM	305 104	324 067	333 675	22 269	34 175	20 227	19 553	39 254	24 976	24 623 p	
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	136 350	147 630	152 233	11 309	10 862	11 316	12 210	13 677	14 940	13 924 p	
Körperschaftsteuer	Mill. DM	26 368	28 568	29 881	- 293	7 732	- 1 305	- 708	7 831	- 706	- 614 p	
Umsatzsteuer	Mill. DM	26 312	31 836	32 301	- 338	7 008	444	- 2 023	7 310	173	- 37 p	
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	55 500	51 428	58 587	7 454	3 931	4 661	5 227	5 351	4 704	5 609 p	
Bundessteuern	Mill. DM	54 983	55 036	1 163	4 621	4 760	4 257	4 789	4 488	4 803	4 832 p	
dar. Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	50 664	51 164	52 164	3 751	4 414	3 969	4 470	4 248	4 518	4 388 p	
dar.: Zölle	Mill. DM	5 332	5 412	5 239	413	473	477	458	415	446	462 p	
Tabaksteuer	Mill. DM	14 429	14 462	14 480	849	1 257	1 135	1 325	1 197	1 158	1 208 p	
Branntweinabgaben	Mill. DM	4 238	4 153	4 065	380	466	321	301	343	275	292 p	
Mineralölsteuer	Mill. DM	24 033	24 521	25 644	1 879	1 981	1 838	2 132	2 073	2 407	2 236 p	
Landessteuern	Mill. DM	18 581	18 475	21 255	2 228	1 808	1 617	2 504	1 585	1 632	2 306 p	
dar.: Vermögensteuer	Mill. DM	4 492	4 287	4 396	978	185	101	1 073	116	122	1 088 p	
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	7 284	7 350	9 356	561	745	881	792	815	840	616 p	
Biersteuer	Mill. DM	1 255	1 254	1 263	91	90	92	108	103	120	92 p	
Einnahmen aus der Gewerbesteuerumlage 5)	Mill. DM	4 135	4 491	4 673	46	9	808	285	6	842	292 p	
Gemeindeanteil an Einkommensteuer 5)	Mill. DM	-24 408	-26 430	-27 317	-1 652	-2 789	-1 502	-1 725	-3 226	-2 135	-1 996 p	
Verbrauchsbesteuerte Erzeugnisse												
Zigaretten (Menge)	Mill. St	120 040	121 101	119 076	9 449	9 936	9 968	9 327	10 323	10 593	9 853	
Bierausstoß	1000 hl	92 583	93 303	94 100	6 775	7 033	8 462	7 726	8 572	9 287 r	7 866	
Leichtöle: Benzin bleifrei	1000 hl	...	3 097	3 628	4 903	5 906	6 529	6 333	6 971	7 472	7 098	
Benzin bleihaltig	1000 hl	316 588	308 571	288 283	19 060	21 474	22 558	21 081	21 727	22 442	20 373	
Gasöle (Dieselkraftstoff)	1000 dt	133 723	136 640	147 968	9 836	11 839	13 620	12 951	12 740	14 033	13 014	
Heizöl (EL und L)	1000 dt	331 808	356 124	383 842	30 620	36 685	25 784	29 013	30 719	33 461	33 882	
Wirtschaftsrechnungen												
Ausgaben für den Privaten Verbrauch 6) 7)												
2-Pers.-Haush. von Renten- u. Sozialhilfeempf. m. geringem Einkommen	DM	1 435,46	1 499,06	
dar. für: Nahrungs- und Genussmittel 8)	DM	462,59	457,04	
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	DM	135,19	149,25	
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	DM	2 848,76	2 864,85	
dar. für: Nahrungs- und Genussmittel 8)	DM	740,18	736,58	
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	DM	189,44	208,19	
4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	DM	4 394,34	4 525,33	
dar. für: Nahrungs- und Genussmittel 8)	DM	930,37	949,11	
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	DM	264,23	271,17	
Löhne und Gehälter												
Arbeiter(innen) in der Industrie												
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	Std	40,9	40,7	40,5	40,2	
Index	1980=100	98,3	97,8	97,4	96,8	
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	DM	15,77	16,39	16,99	17,56	
Index	1980=100	116,8	121,3	125,6	130,1	
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	DM	647	667	689	706	
Index	1980=100	114,7	118,5	122,2	125,8	
Angestellte in Industrie und Handel												
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	DM	3 446	3 589	3 740	3 844	
Index	1980=100	117,4	121,9	126,0	129,6	
Tarifentwicklung i. d. gewerbl. Wirtschaft u. bei Gebietskörperschaften												
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter)	1980=100	99,9	98,7	98,1	97,9	
Index der tariflichen Stundenlöhne	1980=100	116,9	121,7	126,3	131,5	132,2	...	
Index der tariflichen Monatsgehälter	1980=100	115,9	119,5	123,3	128,1	128,8	...	

1) An Teilnehmer von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung einschl. Übergangsgeld für Behinderte. — 2) Ohne Rentner — 3) Einschl. EG-Anteile an Zöllen und Umsatzsteuer. — 4) Vor der Steuerverteilung — 5) Gem. Gemeindefinanzreformgesetz — 6) Ausgewählte private Haushalte; wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar — 7) Aufgrund der Einführung einer neuen Systematik (SEA 1983) liegen für 1986 und 1987 noch keine Zahlen vor — 8) Einschl. fertige Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen — 9) D errechnet aus 12 Monatsdurchschnitten

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1984	1985	1986	Mai 87	Juni 87	Juli 87	Aug. 87	Mai 87	Juni 87	Juli 87	Aug. 87
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
1983	1984	1985	Mai 86	Juni 86	Juli 86	Aug. 86	April 87	Mai 87	Juni 87	Juli 87	
Wertpapiermarkt											
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere	+ 0,3	+ 14,8	- 1,5	+ 52,4	+ 6,7	- 17,1	+ 19,8	+ 15,8	- 29,9	+ 42,4	- 1,2
Festverzinsliche Wertpapiere	- 30,1	+ 26,0	+ 21,0	- 70,3	- 11,1	- 32,2	+ 31,1	- 68,2	+ 77,8	- 42,3	+ 237,5
Aktien (Nominalwert)											
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	- 2,59)	- 11,59)	- 13,0	- 8,5	- 8,3	- 3,3	+ 3,4	- 1,8	+ 1,9	+ 5,5	+ 3,4
Index der Aktienkurse	+ 13,69)	+ 36,29)	+ 41,3	- 13,1	- 9,3	+ 2,2	- 1,1	- 2,6	+ 1,7	+ 6,3	+ 5,1
dar. Publikumsgesellschaften	+ 12,09)	+ 36,89)	+ 44,0	- 11,8	- 7,6	+ 4,9	+ 1,2	- 2,7	+ 2,3	+ 6,5	+ 5,7
Sozialleistungen											
Arbeitsförderung											
Empfänger von Arbeitslosengeld	- 15,39)	- 2,79)	- 4,29)	- 4,1	- 2,2	+ 1,5	...	- 12,6	- 4,4	+ 8,5	...
Arbeitslosenhilfe	+ 23,29)	+ 3,29)	- 2,59)	- 2,1	- 0,3	- 0,6	...	- 3,2	- 1,3	- 3,0	...
Unterhaltsgeld ¹⁾	+ 1,09)	+ 2,59)	+ 14,79)	+ 23,5	+ 21,9	+ 23,3	...	+ 1,7	- 1,4	- 9,2	...
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	+ 5,79)	- 2,39)	- 1,29)	+ 5,3	+ 12,8	+ 10,8	...	+ 0,8	+ 1,8	+ 5,6	...
dar. Beiträge	+ 6,29)	- 3,19)	- 1,39)	+ 10,9	+ 11,7	+ 12,6	...	+ 5,5	+ 5,4	+ 6,1	...
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	- 9,29)	+ 0,39)	+ 7,19)	+ 14,1	+ 9,3	+ 10,3	...	- 12,0	- 11,1	+ 9,0	...
dar. Arbeitslosengeld	- 17,39)	- 17,39)	- 3,99)	- 1,8	+ 3,4	+ 9,1	...	- 20,0	- 9,3	+ 9,2	...
Gesetzliche Krankenversicherung											
Mitglieder insgesamt	+ 0,59)	+ 0,69)	+ 0,69)	+ 0,8	+ 0,8	- 0,1	+ 0,0
dar.: Pflichtmitglieder ²⁾	+ 0,59)	+ 1,19)	+ 1,39)	+ 0,8	+ 0,8	- 0,2	+ 0,0
Rentner	+ 1,09)	+ 0,59)	+ 0,39)	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,1
Finanzen und Steuern											
Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder³⁾											
Gemeinschaftsteuern	+ 4,3	+ 5,1	+ 3,5	- 3,1	+ 2,7	+ 4,4	+ 5,7p	- 0,0	+ 65,7	- 28,5	- 0,2p
(gem. Art. 106 Abs. 3 GG ⁴⁾)											
dar.: Lohnsteuer	+ 4,7	+ 6,2	+ 3,0	- 5,4	+ 4,3	+ 6,2	+ 7,7p	- 3,3	+ 100,8	- 36,4	- 1,4p
Veranlagte Einkommensteuer	+ 5,8	+ 8,3	+ 3,1	+ 10,7	+ 10,3	+ 7,2	+ 9,5p	+ 7,9	+ 12,0	+ 9,2	- 6,8p
Körperschaftsteuer	- 6,7	+ 8,3	+ 4,6	x	+ 7,5	x	x	x	x	x	x
Umsatzsteuer	+ 11,1	+ 21,0	+ 1,5	x	- 6,6	x	x	x	x	x	x
Einfuhrumsatzsteuer	- 6,2	- 7,3	+ 13,9	+ 9,3	+ 5,3	+ 6,7	+ 10,5p	+ 12,1	+ 2,4	- 12,1	+ 19,3p
Bundessteuern	+ 17,8	+ 6,2	- 10,0	- 7,0	- 3,6	+ 0,8	- 3,3p	- 4,1	- 5,1	+ 9,1	- 4,3p
dar. Zölle und Verbrauchsteuern	+ 3,7	+ 1,8	+ 2,4	+ 7,5	- 4,7	+ 2,2	+ 1,9p	+ 12,5	- 6,3	+ 7,0	+ 0,6p
(ohne Biersteuer)											
dar.: Zölle	+ 3,6	+ 1,0	+ 2,0	+ 9,3	- 4,7	+ 2,1	+ 1,9p	+ 12,6	- 5,0	+ 6,4	- 2,9p
Tabaksteuer	+ 12,3	+ 1,5	- 3,2	+ 6,6	- 0,9	+ 5,2	+ 8,6p	- 3,9	- 9,4	+ 7,5	+ 3,6p
Brantweinabgaben	+ 4,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 10,0	+ 9,2	- 8,0	- 0,9p	+ 16,7	- 9,7	- 3,3	+ 4,4p
Mineralölsteuer	- 0,9	- 2,0	- 2,1	+ 9,0	+ 7,1	- 16,0	+ 5,8p	- 6,1	+ 13,9	- 19,8	+ 6,3p
Landessteuern	+ 3,0	+ 2,0	+ 4,6	+ 8,4	+ 1,1	+ 8,7	+ 3,0p	+ 16,0	- 2,8	+ 16,1	- 7,1p
dar.: Vermögensteuer	+ 1,1	- 0,6	+ 15,0	+ 6,7	- 1,1	- 7,4	- 2,4p	+ 54,8	- 36,7	+ 3,0	+ 41,3p
Kraftfahrzeugsteuer	- 10,0	- 4,6	+ 2,5	+ 18,5	+ 16,0	+ 105,9	+ 15,5p	x	x	x	x
Biersteuer	+ 4,3	+ 0,9	+ 27,3	- 7,0	- 12,9	- 16,1	- 23,8p	- 10,1	+ 2,9	+ 3,1	- 26,6p
Einnahmen aus der Gewerbesteuerumlage ⁵⁾	- 3,2	- 0,0	+ 0,7	- 4,2	- 14,1	+ 6,0	- 29,2p	+ 17,2	- 4,8	+ 16,9	- 23,7p
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ⁵⁾	- 5,5	+ 8,6	+ 4,0	+ 2,5	+ 81,0	- 0,8	- 6,0p	x	x	x	x
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ⁵⁾	+ 3,5	+ 8,3	+ 3,4	+ 13,1	+ 9,3	+ 7,1	+ 8,5p	x	x	x	x
Verbrauchsbesteuerte Erzeugnisse											
Zigaretten (Menge)	- 1,3	+ 0,9	- 1,7	+ 4,9	+ 7,3	- 2,8	- 2,8	- 6,4	+ 10,7	+ 2,6	- 7,0
Bierausstoß	- 2,5	+ 0,8	+ 0,9	- 12,5	- 1,2	- 0,6	- 5,4	- 8,7	+ 10,9	+ 8,3r	- 15,3
Leichtöle: Benzin bleifrei		x	x	+ 148,6	+ 164,9	+ 137,6	+ 123,5	- 3,0	+ 10,1	+ 7,2	- 5,0
Benzin bleihaltig	+ 5,0	x	- 6,6	- 16,6	- 9,8	- 14,1	- 15,4	- 6,5	+ 3,1	+ 3,3	- 9,2
Gasöle (Dieselkraftstoff)	+ 3,1	+ 2,2	+ 8,3	+ 7,0	+ 1,2	+ 2,2	- 0,2	- 4,9	- 1,6	+ 10,1	- 7,3
Herzol (EL und L)	+ 3,6	+ 7,3	+ 7,8	- 28,8	- 24,7	- 13,2	+ 36,6	+ 12,5	+ 5,9	+ 8,9	+ 1,3
Wirtschaftsrechnungen											
Ausgaben für den Privaten Verbrauch^{6) 7)}											
2-Pers.-Haush. von Renten- u. Sozialhilfeempf. m. geringem Einkommen	+ 2,5	+ 4,4
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel ⁸⁾	+ 2,9	- 1,2
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	+ 2,3	+ 10,4
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	+ 0,4	+ 0,6
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel ⁸⁾	+ 0,1	- 0,5
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	+ 35,7	+ 9,9
4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	+ 2,3	+ 3,0
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel ⁸⁾	+ 0,9	+ 2,0
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	+ 13,6	+ 2,6
Löhne und Gehälter											
Arbeiter(innen) in der Industrie											
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	+ 1,0	- 0,5	- 0,5
Index	+ 1,0	- 0,5	- 0,4
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	+ 2,3	+ 3,9	+ 3,7
Index	+ 2,4	+ 3,9	+ 3,5
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,3
Index	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,1
Angestellte in Industrie und Handel											
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	+ 3,6	+ 4,1	+ 4,2
Index	+ 3,3	+ 3,8	+ 3,4
Tarifentwicklung i. d. gewerbl. Wirtschaft u. bei Gebietskörperschaften											
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter)	± 0,0	- 1,2	- 0,6	- 0,2	± 0,0a)
Index der tariflichen Stundenlöhne	+ 2,6	+ 4,1	+ 3,8	+ 3,6	+ 0,5a)
Index der tariflichen Monatsgehälter	+ 2,4	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,5	+ 0,5a)

1) An Teilnehmer von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung einschl. Übergangsgeld für Behinderte. - 2) Ohne Rentner - 3) Einschl. EG-Anteile an Zöllen und Umsatzsteuer. - 4) Vor der Steuerverteilung - 5) Gem. Gemeindefinanzreformgesetz. - 6) Ausgewählte private Haushalte; wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar - 7) Aufgrund der Einführung einer neuen Systematik (SEA 1983) liegen für 1986 und 1987 noch keine Zahlen vor - 8) Einschl. fertige Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen - 9) D errechnet aus 12 Monatsdurchschnitten.

a) Juli 1987 gegenüber April 1987

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1984	1985	1986	1987						
					Marz	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Preise											
Index der Einkaufspreise 1) landwirtschaftlicher Betriebsmittel	1980=100	116,1	115,2	108,4	104,8	104,8	104,6	104,3	103,6	103,5 p	102,9 p
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	1980=100	115,6	113,8	104,7	99,7	99,7	99,3	98,9	98,0	97,9 p	97,2 p
Neubauten und neue Maschinen	1980=100	118,3	120,4	122,8	124,5	124,7	125,0	125,1	125,2	125,2 p	125,3 p
Index der Erzeugerpreise 1) landwirtschaftlicher Produkte	1980=100	106,9	103,1	97,2	95,7	95,3	93,9	93,9	92,3	92,9 p	93,4 p
Pflanzliche Produkte	1980=100	106,5	101,1	98,7	100,0	101,1	101,5	101,6	100,3	97,6	96,1
Tierische Produkte	1980=100	107,0	103,9	96,6	93,7	93,1	90,9	90,9	89,2	91,0 p	92,3 p
Index der Erzeugerpreise 1) forstwirtschaftlicher Produkte	1980=100	97,0	89,6	91,1	92,4	91,2	89,9	89,2	88,8	87,3	...
Index der Grundstoffpreise 2)	1980=100	121,2	122,1	104,7	98,7	98,9	99,1	99,7	100,4	100,7	...
Inländische Grundstoffe	1980=100	117,8	119,1	112,5	108,5	108,3	108,2	108,6	109,1	109,6	...
Importierte Grundstoffe	1980=100	126,3	126,6	93,2	84,2	84,8	85,4	86,4	87,4	87,5	...
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) 1)	1980=100	119,2	121,8	118,2	115,4	115,1	115,2	115,3	115,6	115,8	115,6
Investitionsgüter 3)	1980=100	116,8	120,1	123,4	125,6	126,1	126,3	126,7	126,9	127,0	126,9
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genussmittel) 3)	1980=100	115,4	118,5	110,6	110,1	110,5	110,9	110,7	111,3	111,4	110,7
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	1980=100	141,0	146,1	141,8	125,8	121,5	121,2	121,7	122,6	122,8	123,0
Bergbäuliche Erzeugnisse (ohne Erdgas)	1980=100	131,7	133,9	127,9	125,6	126,3	125,1	125,0	126,6	126,6	126,7
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	1980=100	116,0	118,3	114,9	113,7	114,0	114,2	114,2	114,4	114,6	114,4
Erz. des Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbes	1980=100	118,0	120,9	106,1	101,5	101,9	102,3	102,0	102,7	103,0	102,3
dar.: Mineralerzeugnisse	1980=100	124,5	127,8	82,0	74,8	75,8	76,4	75,5	77,7	78,4	75,4
Eisen und Stahl	1980=100	115,3	119,9	115,4	107,2	107,4	107,1	107,1	107,0	106,9	106,9
Chemische Erzeugnisse	1980=100	118,1	121,6	114,6	110,7	110,8	111,2	110,9	111,0	111,0	111,0
Erz. des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	1980=100	115,5	118,4	121,1	122,7	123,1	123,3	123,5	123,6	123,7	123,7
dar.: Maschinenbauerzeugnisse 4)	1980=100	118,0	122,0	126,2	128,6	129,3	129,8	130,0	130,2	130,3	130,4
Straßenfahrzeuge	1980=100	117,5	121,4	125,3	128,1	128,5	128,6	129,0	129,2	129,3	129,2
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980=100	111,4	113,0	114,1	114,9	115,1	115,2	115,3	115,4	115,5	115,4
Eisen-, Blech- und Metallwaren	1980=100	117,1	119,2	121,0	121,6	121,9	122,1	122,3	122,4	122,4	122,5
Erz. des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	1980=100	114,5	117,4	118,6	119,3	119,5	119,8	119,9	120,0	120,1	120,3
dar.: Textilien	1980=100	116,2	118,9	118,3	117,7	117,9	117,9	118,1	118,4	118,5	118,5
Bekleidung	1980=100	115,9	118,5	120,8	121,6	121,9	122,0	122,0	122,2	122,4	122,5
Erz. des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes	1980=100	114,8	114,2	113,4	110,8	110,8	110,4	110,4	110,0	109,9	110,0
Preisindizes für Bauwerke											
Wohngebäude 5)	1980=100	114,0	114,5	116,2			118,5			119,1	
Bürogebäude 1)	1980=100	114,8	115,8	117,8			120,4			121,0	
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude 1)	1980=100	112,8	113,2	114,9			117,0			117,5	
Gewerbliche Betriebsgebäude 1)	1980=100	114,7	115,5	117,9			120,3			121,1	
Straßenbau 5)	1980=100	100,8	102,6	104,8			105,9			106,2	
Brücken im Straßenbau 5)	1980=100	108,4	108,7	110,8			112,5			113,0	
Index der Großhandelsverkaufspreise 1)	1980=100	116,9	117,5	108,8	104,8	104,9	104,9	105,0	104,6	104,9	104,1
dar.: Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1980=100	115,4	114,6	111,4	106,6	106,9	107,0	107,1	105,3	105,3	104,6
Index der Einzelhandelspreise 5)	1980=100	115,6	117,5	117,3	117,7	117,9	118,2	118,2	118,0	117,8	117,5
dar.: Mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1980=100	115,6	116,3	116,9	116,4	116,9	117,7	117,5	116,8	115,6	115,0
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980=100	118,4	121,0	120,7	120,7	121,0	121,1	121,3	121,3	121,2	120,9
darunter für:											
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980=100	116,0	116,9	117,6	117,4	117,9	118,3	118,0	117,6	116,6	116,1
Bekleidung, Schuhe	1980=100	115,7	118,4	120,6	121,9	122,0	122,0	122,1	122,1	122,2	122,6
Wohnungsmieten, Energie 6)	1980=100	122,7	126,8	123,4	121,4	121,2	121,2	121,7	122,0	122,3	122,0
Wohnungsmieten	1980=100	120,0	123,9	126,4	128,1	128,3	128,4	128,6	128,8	128,9	129,2
Energie 6)	1980=100	128,8	133,4	116,4	106,0	105,1	104,7	106,0	106,4	107,2	105,6
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	1980=100	115,9	117,7	119,1	120,1	120,3	120,4	120,5	120,5	120,7	120,8
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	1980=100	118,0	119,7	121,5	122,5	122,6	122,8	122,8	122,9	122,9	123,1
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	1980=100	120,1	123,2	118,3	118,5	119,7	119,8	120,0	120,1	120,3	119,4
Bildung, Unterhaltung, Freizeit 7)	1980=100	114,2	116,2	117,8	119,5	119,2	119,1	119,0	118,7	118,3	118,3
persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	1980=100	120,8	125,7	130,1	131,5	131,5	131,5	132,6	132,9	133,3	133,6
4-Pers.-Haush. v. Angest. u. Beamten mit höherem Einkommen	1980=100	118,7	121,5	121,4	121,6	121,9	121,9	122,2	122,2	122,1	121,9
4-Pers.-Arbeitnehmerhaush. mit mittlerem Einkommen	1980=100	118,4	120,9	120,7	120,6	120,9	120,9	121,1	121,0	120,9	120,6
2-Pers.-Haushalte v. Renten- u. Sozialhilfeempfängern	1980=100	118,7	121,1	121,4	121,0	121,2	121,4	121,4	121,3	120,8	120,5
Einfache Lebenshaltung eines Kindes 8)	1980=100	117,0	118,5	118,9	119,2	120,0	121,0	120,8	120,0	119,3	119,0
Index der Einfuhrpreise	1980=100	122,8	124,6	101,0	93,9	94,2	94,4	94,9	95,3	95,5	94,9
dar. Güter aus EG-Ländern	1980=100	118,0	120,0	104,6	99,9	100,1	100,2	100,4	100,7	100,6	100,3
Güter aus Drittländern	1980=100	127,0	128,6	97,9	88,6	89,0	89,2	90,0	90,6	90,9	90,1
Index der Ausfuhrpreise	1980=100	116,2	119,4	116,8	115,1	115,2	115,4	115,5	115,7	115,8	115,8
dar.: Güter für EG-Länder	1980=100	116,4	119,8	116,5	114,1	114,1	114,3	114,4	114,5	114,6	114,6
Güter für Drittländer	1980=100	116,0	119,0	117,1	116,1	116,2	116,4	116,5	116,8	117,0	117,0

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer - 3) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung - 4) Einschli. Ackerschlepper - 5) Einschli. Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 6) Ohne Kraftstoffe - 7) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes - 8) Aufgrund eines Bedarfsschemas für 1976, nach der Preisentwicklung auf 1980 hochgerechnet.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1984	1985	1986	Juni 87	Juli 87	Aug 87	Sept 87	Juni 87	Juli 87	Aug 87	Sept. 87
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1983	1984	1985	Juni 86	Juli 86	Aug. 86	Sept. 86	Mai 87	Juni 87	Juli 87	Aug 87
Preise											
Index der Einkaufspreise 1) landwirtschaftlicher Betriebsmittel	+ 2,0	- 0,8	- 5,9	- 4,1	- 3,4	- 2,8p	- 2,8p	- 0,3	- 0,7	- 0,1p	- 0,6p
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	+ 1,9	- 1,6	- 8,0	- 6,1	- 5,0	- 4,2p	- 4,1p	- 0,4	- 0,9	- 0,1p	- 0,7p
Neubauten und neue Maschinen	+ 2,9	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,6p	+ 1,5p	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0p	+ 0,1p
Index der Erzeugerpreise 1) landwirtschaftlicher Produkte	- 1,2	- 3,6	- 5,7	- 5,1	- 6,8	- 5,3p	- 5,5p	+ 0,0	- 1,7	+ 0,7p	+ 0,5p
Pflanzliche Produkte	- 0,7	- 5,1	- 2,4	- 4,3	- 6,8	- 4,4	- 5,4	+ 0,1	- 1,3	- 2,7	- 1,5
Tierische Produkte	- 1,5	- 2,9	- 7,0	- 5,4	- 6,8	- 5,7p	- 5,5p	+ 0,0	- 1,9p	+ 2,0p	+ 1,4p
Index der Erzeugerpreise 1) forstwirtschaftlicher Produkte	+ 1,3	- 7,7	+ 1,7	- 1,7	- 1,3	- 2,1	...	- 0,8	- 0,4	- 1,7	..
Index der Grundstoffpreise 2)	+ 5,2	- 7,0	- 14,3	- 4,1	- 1,2	- 0,1	...	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,3	...
Inländische Grundstoffe	+ 3,8	+ 1,1	- 5,5	- 3,6	- 2,2	- 1,3	...	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	...
Importierte Grundstoffe	+ 7,1	+ 0,2	- 26,4	- 5,3	+ 0,2	+ 2,1	...	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,1	...
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) 1)	+ 2,9	+ 2,2	- 3,0	- 2,7	- 1,8	- 1,4	- 1,6	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	- 0,2
Investitionsgüter 3)	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genussmittel) 3)	+ 2,4	+ 2,7	- 6,7	+ 0,5	+ 2,9	+ 2,3	+ 1,1	- 0,2	+ 0,5	+ 0,1	- 0,6
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	+ 3,3	+ 3,6	- 2,9	- 15,9	- 14,9	- 14,1	- 13,6	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,2
Bergbauliche Erzeugnisse (ohne Erdgas)	+ 3,5	+ 1,7	- 4,5	- 1,6	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	- 0,1	+ 1,3	+ 0,0	+ 0,1
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	+ 2,8	+ 2,0	- 2,9	- 0,5	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,2	- 0,2
Erz. des Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbes	+ 4,1	+ 2,5	- 12,2	- 3,4	- 0,1	+ 0,4	- 0,6	- 0,3	+ 0,7	+ 0,3	- 0,7
dar.: Mineralerzeugnisse	+ 4,4	+ 2,7	- 35,8	- 4,3	+ 10,8	+ 10,1	+ 3,1	- 1,2	+ 2,9	+ 0,9	- 3,8
Eisen und Stahl	+ 4,1	- 4,0	- 3,8	- 8,0	- 6,4	- 5,6	- 5,4	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,0
Chemische Erzeugnisse	+ 3,7	+ 3,0	- 5,8	- 2,7	- 1,9	- 1,6	- 1,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0
Erz. des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0
dar.: Maschinenbauzeugnisse 4)	+ 2,6	+ 3,4	+ 3,4	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
Straßenfahrzeuge	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,3	+ 2,8	+ 2,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1
Elektrotechnische Erzeugnisse	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1
Eisen-, Blech- und Metallwaren	+ 2,9	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1
Erz. des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	+ 3,2	+ 2,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
dar.: Textilien	+ 3,8	+ 2,3	- 0,5	- 0,6	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1
Bekleidung	+ 3,1	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Erz. des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes	+ 1,4	- 0,5	- 0,7	- 3,3	- 3,3	- 2,7	- 2,6	+ 0,0	- 0,4	- 0,1	+ 0,1
Preisindizes für Bauwerke											
Wohngebäude 5)	+ 2,5	+ 0,4	+ 1,5	+ 2,1	+ 0,5a)	..
Bürogebäude 1)	+ 2,4	+ 0,9	+ 1,7	+ 2,4	+ 0,5a)	..
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude 1)	+ 2,0	+ 0,4	+ 1,5	+ 1,9	+ 0,4a)	..
Gewerbliche Betriebsgebäude 1)	+ 1,3	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,3	+ 0,7a)	..
Straßenbau 5)	+ 1,4	+ 0,3	+ 2,1	+ 1,1	+ 0,3a)	..
Brücken im Straßenbau 5)	+ 1,4	+ 0,3	+ 1,9	+ 1,5	+ 0,4a)	..
Index der Großhandelsverkaufspreise 1)	+ 2,8	+ 0,5	- 7,4	- 3,8	- 2,1	- 1,6	- 2,9	+ 0,1	- 0,4	+ 0,3	- 0,8
dar.: Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 2,2	- 0,7	- 2,8	- 5,3	- 5,2	- 4,2	- 5,0	+ 0,1	- 1,7	+ 0,0	- 0,7
Index der Einzelhandelspreise 5)	+ 2,1	+ 1,6	- 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,0	- 0,2	- 0,2	- 0,3
dar.: Mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 1,6	+ 0,6	+ 0,5	- 1,0	- 1,0	- 0,9	- 0,9	- 0,2	- 0,6	- 1,0	- 0,5
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	+ 2,4	+ 2,2	- 0,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,0	- 0,1	- 0,2
darunter für:											
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,6	- 0,8	- 0,7	- 0,5	- 0,8	- 0,3	- 0,3	- 0,9	- 0,4
Bekleidung, Schuhe	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,3
Wohnungsmieten, Energie 6)	+ 3,7	+ 3,3	- 2,7	- 1,2	- 0,1	- 0,2	- 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Wohnungsmieten	+ 3,8	+ 3,3	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2
Energie 6)	+ 3,5	+ 3,6	- 12,7	- 8,6	- 5,0	- 5,2	- 6,0	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,8	- 1,5
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,1
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	+ 2,1	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,2
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	+ 2,6	+ 2,6	+ 4,0	+ 0,9	+ 1,9	+ 2,6	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	- 0,7
Bildung, Unterhaltung, Freizeit 7)	+ 2,5	+ 1,8	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,9	- 0,1	- 0,3	- 0,3	+ 0,0
persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, sowie Güter sonstiger Art	+ 1,9	+ 4,1	+ 3,5	+ 1,5	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,5	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2
4-Pers.-Haush. v. Angest. u. Beamten mit höherem Einkommen	+ 2,3	+ 2,4	- 0,1	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,0	- 0,1	- 0,2
4-Pers.-Arbeitnehmerhaush. mit mittlerem Einkommen	+ 2,4	+ 2,1	- 0,2	- 0,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,2
2-Pers.-Haushalte v. Renten- u. Sozialhilfeempfängern	+ 2,4	+ 2,0	+ 0,2	- 0,7	- 0,3	- 0,2	- 0,3	+ 0,0	- 0,1	- 0,4	- 0,2
Einfache Lebenshaltung eines Kindes 8)	+ 2,5	+ 1,3	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,6	- 0,2	- 0,7	- 0,6	- 0,3
Index der Einfuhrpreise	+ 6,0	+ 1,5	- 18,9	- 4,9	- 1,3	- 0,4	- 1,8	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	- 0,6
dar: Güter aus EG-Ländern	+ 4,6	+ 1,7	- 12,8	- 3,6	- 1,0	- 0,6	- 0,9	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	- 0,3
Güter aus Drittländern	+ 7,2	+ 1,3	- 23,9	- 6,2	- 1,6	- 0,4	- 2,6	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,3	- 0,9
Index der Ausfuhrpreise	+ 3,5	- 2,3	- 2,2	- 1,4	- 0,8	- 0,3	- 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0
dar.: Güter für EG-Länder	+ 3,5	+ 2,9	- 2,8	- 2,1	- 1,4	- 0,9	- 0,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0
Güter für Drittländer	+ 3,4	+ 2,6	- 1,6	- 0,8	- 0,2	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,0

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer. - 3) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung - 4) Einschl. Acker-schlepper - 5) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 6) Ohne Kraftstoffe - 7) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes - 8) Aufgrund eines Bedarfsschemas für 1976, nach der Preisentwicklung auf 1980 hochgerechnet

a) August 1987 gegenüber Mai 1987

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1984	1985	1986	1986 ⁵⁾			1987 ⁵⁾	1987 ⁵⁾		
					2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	Juni	Juli	Aug.
Absolute Zahlen											
Bevölkerungsstand	1 000	61 049	61 020	61 140	61 048	61 122	61 140	61 143
dar. Ausländer ¹⁾	1 000	4 364	4 379	4 513	4 434	4 483	4 513	4 525	4 535
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	Anzahl	364 140	364 661	372 112	118 019	116 919	86 099	49 356	44 266	42 591	40 246
Ehescheidungen	Anzahl	130 744	128 124	122 443
Lebendgeborene	Anzahl	584 157	586 155	625 963	158 409	165 081	160 372	148 193	56 686	59 172	56 352
dar. Ausländer	Anzahl	54 795	53 750	58 653	15 064	15 254	16 020	14 247
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	52 998	55 070	59 808	14 526	15 856	15 968	14 250
Gestorbene ²⁾	Anzahl	696 118	704 296	701 890	172 856	162 758	178 041	176 054	56 927	55 593	54 053
dar. Ausländer	Anzahl	7 835	7 694	7 845	1 929	1 757	2 275	1 907
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	5 633	5 244	5 355	1 354	1 267	1 464	1 318
Totgeborene	Anzahl	2 567	2 414	2 506	651	631	636	583	195	227	...
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-111 961	-118 141	-75 927	-14 447	+ 2 323	-15 669	-27 861	- 241	+ 3 579	+ 2 299
Deutsche	Anzahl	-158 921	-164 197	-126 735	-27 582	-11 174	-29 414	-40 201
Ausländer	Anzahl	+ 46 960	+ 46 056	+ 50 808	+13 135	+13 497	+13 745	+12 340
Wanderungen³⁾											
Zuzüge	Anzahl	457 093	512 108	598 479	139 009	199 601	140 601	116 099
dar. Ausländer	Anzahl	333 297	399 951	479 518	111 875	163 184	111 980	91 070
Fortzüge	Anzahl	608 240	428 717	410 096	85 081	129 523	109 425	88 908
dar. Ausländer	Anzahl	546 457	367 719	347 990	71 064	110 502	93 629	73 661
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	-151 147	+ 83 391	+188 383	+53 928	+70 078	+31 176	+27 191
dar. Ausländer	Anzahl	-213 160	+ 32 232	+131 528	+40 811	+52 682	+18 331	+17 409
Verhältniszahlen											
Bevölkerungsstand											
Ausländer ¹⁾	% der Bevölkerung	7,1	7,2	7,4	7,3	7,3	7,4	7,4
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner	5,9	6,0	6,1	7,8	7,6	5,6	3,3	8,8	8,2	7,8
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner	21,3	21,0	20,0
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner	9,5	9,6	10,3	10,4	10,7	10,4	9,8	11,3	11,4	10,9
dar. Ausländer	je 1 000 Ausländer	12,5	12,3	13,0	13,6	13,5	14,1	12,8
	% aller Lebendgeb.	9,4	9,2	9,4	9,5	9,2	10,0	9,6
Zusammengefaßte Geburtenziffer ⁴⁾		1 290,6	1 280,8	1 349 ⁶⁾	1 372 ⁶⁾	1 343 ⁶⁾	1 376 ⁶⁾	1 353 ⁶⁾
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	9,1	9,4	9,6	9,2	9,6	10,0	9,6
Gestorbene ²⁾	je 1 000 Einwohner	11,3	11,5	11,5	11,4	10,6	11,4	11,7	11,3	10,7	10,4
dar. Ausländer	je 1 000 Ausländer	1,8	1,8	1,7	1,7	1,6	2,0	1,7
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	1,0	0,9	0,9	0,9	0,8	0,9	0,9
Wanderungen³⁾											
Zuzüge											
dar. Ausländer	% aller Zuzüge	72,9	78,1	80,1	80,5	81,8	79,6	78,4
Fortzüge											
dar. Ausländer	% aller Fortzüge	89,8	85,8	84,9	83,5	85,3	85,6	82,9
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %											
Bevölkerungsstand	%	- 0,4	- 0,0	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2
dar. Ausländer ¹⁾	%	- 3,8	+ 1,1	+ 3,1	+ 2,0	+ 2,7	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,3
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	%	- 1,6	+ 0,1	+ 2,0	+ 2,7	+ 1,6	+ 4,7	- 3,2	+ 10,3	+ 17,1	- 7,0
Ehescheidungen	%	+ 7,8	- 2,0	- 4,4
Lebendgeborene	%	- 1,7	+ 0,3	+ 6,8	+ 8,4	+ 6,6	+ 9,8	+ 4,3	+ 8,1	+ 6,2	+ 5,7
dar. Ausländer	%	- 10,9	- 1,9	+ 9,2	+ 8,5	+ 7,0	+ 16,9	+ 15,7
Gestorbene ²⁾	%	- 3,1	+ 1,2	- 0,3	+ 1,5	- 0,9	- 2,2	- 7,5	+ 1,6	+ 0,1	+ 3,0
Wanderungen³⁾											
Zuzüge	%	+ 22,9	+ 12,0	+ 16,9	+ 17,8	+ 21,8	+ 11,4	- 2,7
dar. Ausländer	%	+ 20,6	+ 20,0	+ 19,9	+ 20,1	+ 26,8	+ 16,2	- 1,5
Fortzüge	%	+ 24,3	- 29,5	- 4,3	- 4,9	- 5,0	+ 1,2	+ 3,3
dar. Ausländer	%	+ 28,5	- 32,7	- 5,4	- 5,8	- 6,0	+ 0,2	+ 1,2

1) Ergebnisse der Auszahlungen des Ausländerzentralregisters; Jahresergebnisse 1984 am 30.9., ab 1985 am 31.12. — 2) Ohne Totgeborene. — 3) Über die Grenzen des Bundesgebietes. — 4) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben. — 5) Vorläufiges Ergebnis. — 6) Geschätzt nach Calot-Verfahren (siehe WiSta 8/1981, S. 549 ff.).

Statistische Monatszahlen

Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts, Volkseinkommen¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Jahreszahlen				Vierteljahreszahlen				
	1983	1984	1985	1986	1986			1987	
					2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj
in jeweiligen Preisen									
Mill. DM									
Entstehung des Sozialprodukts									
Bruttowertschöpfung ²⁾	1 549 280	1 623 390	1 698 790	1 801 870	442 090	458 340	486 370	436 610	456 290
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	32 220	34 650	31 920	34 080	4 030	16 430	10 420	2 950	4 300
Warenproduzierendes Gewerbe	685 060	710 550	745 750	807 390	203 640	202 870	215 140	195 650	204 930
Handel und Verkehr	254 860	288 560	276 330	277 280	69 510	68 360	74 090	67 210	70 370
Dienstleistungsunternehmen	430 440	459 410	485 300	510 790	125 820	130 300	131 470	131 700	139 390
Staat, private Haushalte ³⁾	228 420	234 290	243 730	256 860	60 210	61 520	76 420	60 330	64 090
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾	1 674 840	1 755 840	1 831 850	1 936 950	474 640	490 920	522 660	472 780	490 590
Verwendung des Sozialprodukts									
Privater Verbrauch	964 160	1 003 570	1 042 560	1 081 860	268 260	268 840	291 220	258 830	276 690
Staatsverbrauch	336 210	350 230	365 550	381 710	90 230	92 590	112 650	89 280	94 230
Anlageninvestitionen	343 820	354 630	360 800	376 750	98 420	98 220	108 020	73 900	99 040
Ausrüstungen	135 600	137 580	153 850	161 380	40 250	37 590	49 510	36 340	40 530
Bauten	208 220	217 050	206 950	215 370	58 170	60 630	58 510	37 560	58 510
Vorratsveränderung	- 1 800	6 600	- 1 200	- 2 900	- 5 600	10 000	- 22 100	25 100	- 2 700
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	38 010	54 870	77 190	110 580	25 690	24 950	36 310	27 790	25 940
Ausfuhr ⁵⁾	524 830	590 780	650 200	639 780	162 340	156 190	164 740	153 790	155 940
Einfuhr ⁵⁾	486 820	535 910	573 010	529 200	136 650	131 240	128 430	126 000	130 000
Bruttosozialprodukt	1 680 400	1 769 900	1 844 900	1 948 000	477 000	494 600	526 100	474 900	493 200
Volkseinkommen									
insgesamt	1 286 240	1 357 930	1 420 790	1 512 650	368 960	385 280	413 630	365 640	381 940
dar. Einkommen aus unselbständiger Arbeit	920 910	954 000	990 760	1 040 640	253 170	258 160	294 280	242 820	264 190
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %									
Bruttowertschöpfung ²⁾	4,6	4,8	4,6	6,1	7,6	5,5	6,1	5,2	3,2
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 11,3	7,5	- 7,9	6,8	21,4	1,4	12,0	- 7,8	6,7
Warenproduzierendes Gewerbe	4,3	3,7	5,0	8,3	11,0	7,7	7,7	5,3	0,6
Handel und Verkehr	4,6	5,4	2,9	0,3	1,3	- 1,0	1,5	2,9	1,2
Dienstleistungsunternehmen	8,2	6,7	5,6	5,3	5,0	5,5	5,4	6,9	6,4
Staat, private Haushalte ³⁾	3,6	2,6	4,0	5,4	6,4	5,9	5,2	2,8	6,4
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾	4,8	4,8	4,3	5,7	7,2	5,3	5,8	5,4	3,4
Privater Verbrauch	5,0	4,1	3,9	3,8	4,9	3,5	3,0	2,1	3,1
Staatsverbrauch	3,1	4,2	4,4	4,4	6,0	5,6	2,9	3,5	4,4
Anlageninvestitionen	5,2	3,1	1,7	4,4	6,8	3,2	4,4	2,5	0,6
Ausfuhr ⁵⁾	1,4	12,6	10,1	- 1,6	0,3	- 3,8	- 1,5	- 1,7	- 3,9
Einfuhr ⁵⁾	1,4	10,1	6,9	- 7,6	- 4,4	- 11,0	- 7,1	- 5,2	- 4,9
Bruttosozialprodukt	5,2	5,3	4,2	5,6	6,7	5,4	5,6	5,5	3,4
Volkseinkommen	5,1	5,6	4,6	6,5	7,9	6,0	6,6	6,1	3,5
dar. Einkommen aus unselbständiger Arbeit	2,0	3,6	3,9	5,0	5,4	5,4	4,8	3,3	4,4
in Preisen von 1980									
Mill. DM									
Entstehung des Sozialprodukts									
Bruttowertschöpfung ²⁾	1 384 910	1 425 750	1 459 360	1 497 560	372 320	381 930	390 400	359 030	374 190
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	32 840	35 690	33 760	36 370	4 340	17 460	11 550	3 130	4 560
Warenproduzierendes Gewerbe	609 430	621 580	634 850	648 390	164 690	161 190	170 840	152 900	161 890
Handel und Verkehr	231 430	240 980	246 400	252 460	63 580	62 330	66 870	60 480	64 150
Dienstleistungsunternehmen	362 350	377 070	392 900	408 670	101 850	103 240	103 040	104 500	105 590
Staat, private Haushalte ³⁾	208 010	210 990	214 780	218 950	54 730	54 780	54 890	55 590	55 770
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾	1 493 920	1 535 990	1 568 010	1 608 500	399 120	409 110	419 480	389 160	402 180
insgesamt	139	142	144	147	146	148	152	143	146
je Erwerbstätigen (1970 = 100)									
Verwendung des Sozialprodukts									
Privater Verbrauch	839 600	852 290	867 500	904 500	224 160	224 610	244 770	216 420	229 280
Staatsverbrauch	301 440	308 820	315 300	322 400	79 270	80 240	85 830	78 920	80 200
Anlageninvestitionen	312 440	314 900	315 080	324 890	85 080	84 900	92 750	62 870	84 630
Ausrüstungen	119 900	119 360	130 530	135 850	33 830	31 610	41 640	30 600	34 010
Bauten	192 540	195 540	184 550	189 040	51 250	53 290	51 110	32 270	50 620
Vorratsveränderung	- 1 500	5 500	- 1 400	400	- 2 200	11 100	- 21 300	20 800	- 1 000
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	46 920	66 590	82 520	65 510	14 790	11 350	20 250	11 890	11 190
Ausfuhr ⁵⁾	469 010	511 110	548 040	547 210	138 650	133 940	141 730	133 110	135 010
Einfuhr ⁵⁾	422 090	444 520	465 520	481 700	123 860	122 590	121 480	121 220	123 820
Bruttosozialprodukt	1 498 900	1 548 100	1 579 000	1 617 700	401 100	412 200	422 300	390 900	404 300
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %									
Bruttowertschöpfung ²⁾	1,4	2,9	2,4	2,6	4,1	2,1	2,6	1,7	0,5
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 8,8	8,7	- 5,4	7,7	22,6	-	21,8	3,6	5,1
Warenproduzierendes Gewerbe	1,2	2,0	2,1	2,1	4,4	1,8	1,6	0,8	- 1,7
Handel und Verkehr	2,0	4,1	2,2	2,5	4,8	1,3	1,9	1,3	0,9
Dienstleistungsunternehmen	3,0	4,1	4,2	4,0	4,1	4,4	3,7	3,9	3,7
Staat, private Haushalte ³⁾	0,9	1,4	1,8	1,9	1,9	2,0	2,0	1,9	1,9
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾	1,5	2,8	2,1	2,6	4,0	2,2	2,6	2,2	0,8
insgesamt	3,1	2,7	1,4	1,6	2,9	1,1	1,5	1,3	0,1
je Erwerbstätigen									
Privater Verbrauch	1,7	1,5	1,8	4,3	5,8	4,0	3,8	2,6	2,3
Staatsverbrauch	0,2	2,4	2,1	2,3	2,9	3,1	1,0	2,4	1,2
Anlageninvestitionen	3,2	0,8	0,1	3,1	5,4	1,9	3,1	1,1	- 0,5
Ausfuhr ⁵⁾	- 0,5	9,0	7,2	- 0,2	2,0	- 1,8	0,5	0,2	- 2,6
Einfuhr ⁵⁾	0,6	5,3	4,7	3,5	8,4	1,9	5,3	6,5	- 0,0
Bruttosozialprodukt	1,9	3,3	2,0	2,5	3,5	2,3	2,4	2,3	0,8

1) Ab 1985 vorläufiges Ergebnis (Rechenstand September 1987) - 2) Bereinigte Bruttowertschöpfung = Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen - 3) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck - 4) Das Bruttoinlandsprodukt ergibt sich aus der Bruttowertschöpfung insgesamt zuzüglich der nicht-abzugsfähigen Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben. - 5) Waren und Dienstleistungen einschl. Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Zum Aufsatz: „Kaufwerte für landwirtschaftlich Durchschnittliche Kaufwerte für Flächen der

Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung von ... bis unter ... Hektar	Jahr	Insgesamt 2)			Davon Veräußerungsfälle der landwirtschaftlichen Nutzung von ... bis unter ... je ha Fläche					
		Veräußerungsfälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha Fläche der landw. Nutzung	unter 30			30 – 40		
					Veräußerungsfälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha Fläche der landw. Nutzung	Veräußerungsfälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha Fläche der landw. Nutzung
		Anzahl	ha	DM	Anzahl	ha	DM	Anzahl	ha	DM
Insgesamt 2)	1975	25 015	28 124	17 193	3 050	4 951	10 709	6 201	7 334	12 539
	1976	28 564	29 016	18 723	3 249	4 543	12 755	7 032	7 897	13 274
	1977	30 319	30 173	22 160	3 481	5 068	14 887	7 562	8 258	16 470
	1978	29 068	27 324	25 732	3 290	4 451	18 698	7 376	7 749	19 904
	1979	27 922	26 070	30 474	3 227	4 177	22 629	7 026	7 181	23 141
	1980	25 997	25 151	36 036	3 006	3 909	27 613	6 577	7 257	28 417
	1981	25 853	27 955	39 245	3 258	4 930	28 025	6 562	7 849	30 561
	1982	27 316	32 888	37 105	3 643	6 101	26 628	7 477	9 490	27 953
	1983	29 652	35 800	38 103	3 890	6 493	27 241	7 806	10 183	28 603
	1984	31 423	38 268	38 265	4 070	6 770	26 108	8 239	10 937	27 852
	1985	34 315	43 444	36 864	4 547	8 062	25 860	8 896	12 355	27 061
	1986	35 281	45 275	34 825	4 530	8 215	23 864	8 958	12 958	25 779
davon:										
0,1 – 0,25	1975	7 394	1 240	25 976	651	110	18 331	1 536	261	16 979
	1976	8 386	1 410	26 297	667	113	16 087	1 656	283	16 025
	1977	8 755	1 469	29 889	701	115	18 611	1 747	297	18 453
	1978	9 018	1 511	31 730	833	135	22 442	1 836	315	19 935
	1979	8 664	1 452	34 446	739	125	23 144	1 815	307	22 207
	1980	7 965	1 327	38 601	701	116	25 935	1 611	273	24 952
	1981	6 843	1 141	44 027	591	95	26 942	1 381	235	28 085
	1982	6 923	1 148	43 228	601	98	25 926	1 646	274	26 141
	1983	7 422	1 246	47 414	541	91	26 813	1 572	268	29 164
	1984	8 009	1 340	50 868	622	106	27 439	1 754	292	30 165
	1985	8 513	1 425	49 538	762	128	28 716	1 820	307	30 274
	1986	9 198	1 536	48 926	750	125	25 477	1 874	318	28 549
0,25 – 1	1975	10 624	5 520	19 977	1 229	658	12 100	2 700	1 436	13 026
	1976	12 441	6 427	19 815	1 303	708	12 222	3 192	1 692	13 360
	1977	13 357	6 962	23 399	1 352	729	15 329	3 474	1 871	16 146
	1978	12 776	6 562	25 449	1 224	655	16 254	3 417	1 818	17 677
	1979	12 223	6 283	29 503	1 292	685	18 877	3 168	1 678	20 749
	1980	11 277	5 832	33 833	1 177	632	23 001	2 948	1 552	23 388
	1981	11 458	6 054	39 302	1 338	743	26 379	2 990	1 599	27 903
	1982	11 781	6 196	38 538	1 374	760	26 307	3 238	1 717	26 173
	1983	12 806	6 815	41 307	1 492	840	28 224	3 455	1 875	27 982
	1984	13 191	6 929	41 990	1 568	865	25 526	3 428	1 848	27 959
	1985	14 387	7 584	41 205	1 627	903	26 806	3 695	1 988	27 914
	1986	14 718	7 730	40 481	1 661	908	24 393	3 792	2 038	26 890
1 – 2	1975	3 654	5 130	18 408	535	752	11 862	1 019	1 438	12 461
	1976	4 245	5 927	19 368	623	875	13 181	1 189	1 660	13 569
	1977	4 600	6 368	22 700	705	994	15 429	1 314	1 832	17 269
	1978	4 147	5 773	25 138	635	895	17 835	1 206	1 695	18 891
	1979	3 980	5 523	29 667	604	845	22 467	1 170	1 635	22 501
	1980	3 801	5 288	34 533	600	844	26 735	1 109	1 545	27 181
	1981	4 110	5 735	41 369	619	867	29 503	1 168	1 646	30 311
	1982	4 381	6 110	38 670	786	1 110	28 061	1 294	1 794	28 704
	1983	4 873	6 797	40 643	874	1 230	28 183	1 436	2 013	30 062
	1984	5 262	7 341	40 721	847	1 192	28 890	1 588	2 221	28 161
	1985	5 698	7 990	39 849	974	1 382	26 964	1 671	2 339	28 878
	1986	5 591	7 838	39 082	915	1 299	26 504	1 567	2 205	28 226
2 – 5	1975	2 440	7 393	16 540	438	1 339	11 093	708	2 140	12 431
	1976	2 704	8 090	18 252	490	1 490	13 593	798	2 400	13 748
	1977	2 833	8 461	21 056	550	1 639	15 192	808	2 411	16 032
	1978	2 456	7 307	25 265	455	1 390	20 157	734	2 200	20 557
	1979	2 423	7 267	32 115	455	1 360	25 016	704	2 138	25 218
	1980	2 322	6 926	36 417	401	1 207	28 853	716	2 120	30 399
	1981	2 673	7 986	39 244	540	1 650	28 261	808	2 417	32 542
	1982	3 161	9 558	36 725	643	1 943	28 772	989	3 004	29 314
	1983	3 409	10 287	37 013	741	2 253	27 544	1 031	3 120	28 907
	1984	3 657	11 010	37 710	761	2 311	26 833	1 094	3 290	29 285
	1985	4 236	12 878	37 090	859	2 643	27 849	1 271	3 874	28 190
	1986	4 134	12 564	35 036	853	2 610	25 112	1 240	3 750	28 108
5 und mehr	1975	903	8 841	14 066	197	2 091	9 208	238	2 058	11 802
	1976	788	7 162	16 250	166	1 357	11 560	197	1 863	11 906
	1977	774	6 913	20 125	173	1 591	13 764	219	1 847	16 258
	1978	671	6 171	25 672	143	1 376	18 581	183	1 722	22 411
	1979	632	5 545	29 186	137	1 162	22 110	169	1 423	23 777
	1980	632	5 777	38 588	127	1 111	29 731	193	1 767	32 070
	1981	769	7 039	36 691	170	1 575	27 806	215	1 952	30 793
	1982	1 070	9 876	34 893	239	2 191	24 144	310	2 702	27 255
	1983	1 142	10 655	34 395	242	2 079	25 976	312	2 906	27 615
	1984	1 304	11 648	33 577	272	2 296	24 092	375	3 286	25 944
	1985	1 481	13 567	31 134	325	3 006	23 198	439	3 845	24 119
	1986	1 640	15 607	28 328	351	3 273	21 614	485	4 648	22 062

1) Ohne Hamburg, Bremen und Berlin. – 2) Veräußerungsfälle von Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung ohne Gebäude und ohne Inventar

**genutzte Grundstücke"
landwirtschaftlichen Nutzung im Bundesgebiet 1)**

Grundstücke mit Ertragsmeßzahlen in Hundert der landwirtschaftlichen Nutzung									Jahr	Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung von . . . bis unter . . . Hektar	
40 – 50			50 – 60			60 und mehr					
Ver- äußerungs- fälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha Fläche der landw. Nutzung	Ver- äußerungs- fälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha Fläche der landw. Nutzung	Ver- äußerungs- fälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha Fläche der landw. Nutzung			
Anzahl	ha	DM	Anzahl	ha	DM	Anzahl	ha	DM			
6 083	6 386	16 312	3 943	3 994	20 155	5 738	5 458	28 192	1975	Insgesamt ²⁾	
7 025	6 668	17 441	4 785	4 550	22 520	6 473	5 358	30 182	1976		
7 177	6 783	21 225	4 990	4 472	27 280	7 109	5 592	34 196	1977		
6 990	6 259	24 386	4 664	3 925	29 346	6 748	4 940	40 045	1978		
6 749	6 013	29 323	4 585	3 838	35 947	6 335	4 861	45 150	1979		
6 431	5 981	33 825	4 327	3 666	43 125	5 656	4 337	53 432	1980		
6 118	5 913	37 520	4 185	4 109	44 887	5 730	5 153	60 687	1981		
6 381	6 777	36 086	4 186	4 779	44 197	5 629	5 741	58 668	1982		
6 903	7 500	36 129	4 530	5 041	46 090	6 523	6 584	59 639	1983		
7 331	8 027	37 572	4 914	5 659	45 872	6 869	6 874	61 352	1984		
7 917	9 381	36 103	5 167	5 863	45 798	7 788	7 783	58 013	1985		
8 005	9 485	34 250	5 637	6 212	44 266	8 151	8 404	53 159	1986		
1 802	304	20 719	1 329	222	30 356	2 076	342	37 133	1975		davon: 0,1 – 0,25
2 075	350	20 877	1 564	261	28 576	2 424	404	39 582	1976		
2 032	347	22 618	1 586	267	33 814	2 689	444	43 782	1977		
2 107	353	25 796	1 604	269	35 384	2 638	439	45 601	1978		
2 044	343	27 456	1 626	270	37 941	2 440	406	50 737	1979		
1 910	320	32 268	1 609	267	44 119	2 134	352	54 936	1980		
1 617	273	35 432	1 299	217	48 329	1 955	321	65 144	1981		
1 689	282	33 680	1 201	202	46 497	1 786	293	71 841	1982		
1 875	316	38 074	1 328	223	51 150	2 106	349	72 903	1983		
1 957	329	38 310	1 442	242	55 121	2 234	371	82 172	1984		
1 924	323	38 376	1 474	248	54 518	2 533	419	75 733	1985		
2 086	355	38 337	1 677	278	53 265	2 811	461	74 859	1986		
2 652	1 378	17 310	1 632	828	22 368	2 411	1 219	33 809	1975	0,25 – 1	
3 161	1 639	17 041	2 047	1 034	23 968	2 738	1 354	32 036	1976		
3 262	1 706	20 607	2 219	1 135	27 861	3 050	1 522	35 979	1977		
3 180	1 636	22 835	2 049	1 008	28 301	2 906	1 446	40 354	1978		
3 035	1 566	26 121	1 985	997	34 054	2 743	1 358	46 237	1979		
2 898	1 496	29 991	1 823	922	38 992	2 431	1 229	53 392	1980		
2 845	1 516	34 615	1 817	930	44 721	2 468	1 265	62 927	1981		
2 882	1 512	33 899	1 832	944	44 285	2 455	1 262	63 994	1982		
3 094	1 650	37 103	1 965	1 026	49 437	2 800	1 424	65 583	1983		
3 208	1 659	38 639	2 071	1 054	50 122	2 916	1 503	66 720	1984		
3 532	1 854	36 492	2 190	1 131	49 084	3 343	1 709	64 177	1985		
3 515	1 833	36 082	2 337	1 209	49 483	3 413	1 743	63 126	1986		
913	1 280	17 352	505	714	21 996	682	946	31 384	1975		1 – 2
1 055	1 462	18 792	640	906	22 958	738	1 023	31 715	1976		
1 103	1 518	21 308	697	947	26 681	781	1 077	37 106	1977		
1 008	1 391	24 247	585	811	31 385	713	982	38 673	1978		
995	1 363	28 303	570	794	33 797	641	885	48 176	1979		
945	1 326	32 911	522	724	40 933	625	850	52 720	1980		
956	1 334	38 449	606	829	48 925	761	1 058	66 049	1981		
980	1 369	37 442	606	845	48 327	715	992	62 020	1982		
1 042	1 455	39 553	641	887	51 436	880	1 213	64 252	1983		
1 177	1 635	39 954	739	1 030	53 400	911	1 263	64 631	1984		
1 316	1 844	39 112	792	1 115	52 609	945	1 309	63 228	1985		
1 246	1 747	38 542	881	1 221	49 596	982	1 366	59 859	1986		
527	1 598	15 711	354	1 050	21 600	413	1 265	26 099	1975	2 – 5	
574	1 705	17 489	412	1 218	22 340	430	1 277	29 271	1976		
633	1 880	20 363	376	1 116	27 006	466	1 413	32 656	1977		
537	1 553	24 806	339	995	29 122	391	1 169	37 526	1978		
532	1 592	33 566	319	969	38 084	413	1 209	45 605	1979		
543	1 618	34 826	290	874	43 968	372	1 107	52 561	1980		
574	1 671	40 813	348	1 042	46 227	403	1 206	59 504	1981		
645	1 929	37 494	384	1 132	42 895	500	1 550	55 592	1982		
678	2 034	38 121	428	1 279	47 246	531	1 601	56 559	1983		
739	2 184	38 711	463	1 400	47 746	600	1 825	57 704	1984		
849	2 560	39 176	525	1 599	45 995	732	2 201	54 958	1985		
830	2 490	34 773	550	1 667	44 557	661	2 047	52 950	1986		
189	1 826	14 620	123	1 180	14 286	156	1 686	22 098	1975		5 und mehr
160	1 510	15 716	122	1 132	19 645	143	1 301	25 027	1976		
147	1 333	22 775	112	1 007	25 760	123	1 136	27 213	1977		
158	1 325	25 577	87	843	26 973	100	904	41 606	1978		
143	1 149	29 577	85	809	37 165	98	1 002	38 188	1979		
135	1 221	38 599	83	878	48 130	94	800	54 791	1980		
126	1 118	35 937	115	1 092	39 996	143	1 303	54 152	1981		
185	1 685	35 738	163	1 655	42 648	173	1 643	53 102	1982		
214	2 045	30 627	168	1 626	39 460	206	1 998	52 758	1983		
250	2 221	33 732	199	1 934	37 035	208	1 912	54 404	1984		
296	2 799	30 789	186	1 770	38 010	235	2 146	49 599	1985		
328	3 061	29 806	192	1 837	35 663	284	2 787	40 207	1986		

Übersicht: Flächenkategorien der Agrarstatistik und der Einheitsbewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens

Flächenkategorien der Agrarstatistik ¹⁾	Zuordnung bei der Einheitsbewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens ²⁾							
	Fläche der . . . Nutzung					Abbau- land ⁴⁾	Geringst- land ⁵⁾	Un- land ⁶⁾
	landwirt- schaftlichen	forstwirt- schaftlichen	wein- baulichen	gartner- schen	sonstigen land- und forst- wirtschaft- lichen ³⁾			
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)								
Winterweizen (ohne Durum)								
Sommerweizen (ohne Durum)								
Hartweizen (Durum)								
Triticale								
Roggen								
Wintergerste								
Sommergerste								
Hafer								
Sommernenggetreide								
Körnermais								
Corn - Cob - Mix								
Silomais (einschl. Lieschkolbenschrot)								
Futtererbsen zur Körnergewinnung	(a)	x	x	x	(b)	x	x	x
Ackerbohnen zur Körnergewinnung								
Alle anderen Hülsenfrüchte zum Ausreifen (z.B. Speiseerbsen und -bohnen, Wicken) sowie Hirse und Buchweizen								
Frühkartoffeln								
Mittelfrüh- und Spätkartoffeln								
Zuckerrüben zur Rübenengewinnung								
Runkelrüben zur Rübenengewinnung								
Kohlrüben zur Rübenengewinnung								
Alle anderen Hackfrüchte (z.B. Futtermöhren, Futterkohl)								
Gemüse, Spargel, Erdbeeren (ohne Samenbau und ohne Hausgärten) im Wechsel mit landwirtschaftlichen Kulturen (Feldgemüse – z.B. Spargel, Kohl, Frisch- erbsen)								
im Wechsel mit Gartengewächsen – im Freiland								
– unter Glas								
Blumen, Zierpflanzen, Stauden, Jungpflanzen – im Freiland	x	x	x	(a)	(b)	x	x	x
– unter Glas								
Gartenbausämereien, Vermehrungsanbau von Blumenzwiebeln und -knollen im Freiland und unter Glas								
Winterraps zur Körnergewinnung								
Sommerraps und Rübsen zur Körnergewinnung								
Flachs (Lein) zur Körner- und Fasergewinnung								
Anderer Ölfrüchte – auch für technische Zwecke – (z.B. Körnersenf, Körnersonnenblumen)								
Tabak								
Rüben und Gräser zur Samengewinnung								
Heil- und Gewürzpflanzen								
Alle anderen Handelsgewächse (z.B. Zichorien, Topinambur)	7) (a)	x	x	x	(b)	x	x	x
Klee, Klee gras, Klee-Luzerne-Gemisch (einschl. Kleebrache)								
Luzerne								
Gras auf dem Ackerland								
Alle anderen Futterpflanzen (z.B. Futtererbsen, Wicken)								
Gründungspflanzen (nur Hauptfrüchte) und Schwarzbrache								
Nutz- und Hausgarten (ohne Ziergärten und Erwerbsgartenbau) > 10 Ar	(a)	x	x	x	x	x	x	x
Nutz- und Hausgarten (ohne Ziergärten und Erwerbsgartenbau) ≤ 10 Ar	(c)	(c)	(c)	(c)	(c)	x	x	x
Obstanlagen (ohne Erdbeeren) mit Ausnahme des Obstbaus der extensivsten Anbaustufe ⁸⁾	x	x	x	(a)	(b)	x	x	x
Baumschulen (ohne forstliche Pflanzgärten für Eigenbedarf)								
Obstbaulanlagen der extensivsten Anbaustufe ⁸⁾								
Dauergrünland								
Dauerwiesen								
Mähweiden	(a)	x	x	x	x	x	x	x
Dauerweiden								
Hutungen								
Rebland	x	x	(a)	x	x	x	x	x
Korbweidenanlagen	(a)	x	x	x	x	x	x	x
Pappelanlagen	x	(a)	x	x	x	x	x	x
Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes	x	x	x	x	(a)	x	x	x

Fußnoten siehe folgende Seite

Übersicht: Flächenkategorien der Agrarstatistik und der Einheitsbewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens

Flächenkategorien der Agrarstatistik ¹⁾	Zuordnung bei der Einheitsbewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens ²⁾							
	Fläche der . . . Nutzung					Abbau- land ⁴⁾	Geringst- land ⁵⁾	Un- land ⁶⁾
	landwirt- schaftlichen	forstwirt- schaftlichen	wein- baulichen	gärtneri- schen	sonstigen land- und forst- wirtschaft- lichen ³⁾			
Nicht mehr genutzte landwirtschaftliche Fläche								
Nicht mehr genutztes Acker- und Dauergrünland	(d)	x	x	x	x	x	x	x
Nicht mehr genutztes Gartenland, nicht mehr genutzte Obstanlagen	x	x	x	(d)	x	x	x	x
Nicht mehr genutztes Rebland	x	x	(d)	x	x	x	(d)	x
Öd- und Unland ⁹⁾ (auch Steinbrüche, Sand- und Kiesgruben)	(e)	(e)	(e)	(e)	(e)	(e)	x	(e)
Unkultivierte Moorflächen	x	x	x	x	x	x	(a)	x
Wald-(Forst-)Flächen ¹⁰⁾ (einschl. forstliche Pflanzgärten für Eigenbedarf)	x	(a)	x	x	x	x	x	x
Gewässer	(f)	(f)	(f)	(f)	(f)	x	x	(f)
Sonstige Flächen								
Gebäude-, Hofflächen, Wegeland, Campingplätze ¹¹⁾	(g)	(g)	(g)	(g)	(g)	x	x	x
Park- und Grünanlagen, Ziergärten	(h)	(h)	x	(h)	x	x	x	x

- 1) Siehe Erhebungsbogen zur Bodennutzungshaupterhebung 1987
 - 2) Siehe Bekanntmachung der Neufassung des Bewertungsgesetzes (BewG) vom 30. Mai 1985 (BGBl. I S. 845), sowie Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Richtlinien zur Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens (BewRL) vom 17. November 1967 (BStBl. I S. 397) bzw. vom 17. Januar 1968 (BStBl. I S. 223)
 - 3) Binnenfischerei, Teichwirtschaft, Fischzucht für Binnenfischerei und Teichwirtschaft, Imkerei, Wanderschaferei, Pilzanbau, Weihnachtsbaumkultur und Saatzeit (§ 62 BewG und BewRL, Teil 7)
 - 4) Flächen, die durch Abbau der Bodensubstanz überwiegend für den Betrieb nutzbar gemacht werden (Sand-, Kies-, Lehmgruben, Steinbrüche, Torfstiche, § 43 BewG)
 - 5) Kulturfähige Flächen geringster Ertragsfähigkeit ohne Wertzahlen nach dem Bodenschätzungsgesetz vom 16. Oktober 1934 (RGBl. I S. 1050), das sind unkultivierte Moor- und Heideflächen, ehemalige Weinbauflächen, die ihren Kulturzustand verloren haben (§ 44 BewG, Abschnitt 1.15 und 5.06 BewRL)
 - 6) Nichtkulturfähige Flächen (§ 45 BewG)
 - 7) Handelsgewächse einschl. Rüben und Gräser zur Samengewinnung; siehe auch Anmerkung (b)
 - 8) Siehe hierzu Abschnitt 1.08, Absatz 4 BewRL
 - 9) Bei der Bodennutzungshaupterhebung werden Öd- und Unlandflächen ohne tiefere Gliederung in einer Position nachgewiesen
 - 10) Das sind Wald, Forsten, Holzungen
 - 11) Flächen sind dann nicht mehr einem Betrieb der Land- oder Forstwirtschaft dauernd zu dienen bestimmt, wenn sie Dritten zur Errichtung von Wochenendhäusern überlassen oder als Campingplätze mit den entsprechenden sanitären Einrichtungen genutzt werden (BHF-Urteil III 53/62 vom 31. Juli 1964)
- x = Zuordnung trifft nicht zu.
(a) Abgrenzung in der Agrarstatistik stimmt mit der bei der Einheitsbewertung voll überein

- Die Anmerkungen (b) bis (h) sind bewertungsrechtlichen Vorschriften entnommen.
- (b) Die Saatzeit züchtet Zuchtsaatgut, vermehrt und verkauft dieses. Vermehrung und Verkauf von Zuchtsaatgut ohne Züchtung bildet keine Saatzeit, sondern es handelt sich dann um landwirtschaftliche bzw. gärtnerische Nutzung (Abschnitt 7.38 BewRL). Flächen, die der Saatzeit als Saatkämpfe und Zuchtgarten dienen, einschl. der Anbauflächen unter Glas, zählen zur sonstigen land- und forstwirtschaftlichen Nutzung (Abschnitt 7.40 BewRL).
- (c) Haus- und Nutzgarten bis zur Größe von 10 Ar gehören zur Hof- und Gebäudefläche, die ihrerseits in die jeweilige Nutzung einbezogen ist, der sie dient (§ 40 Absatz (3) BewG); größere Hausgärten gehören in der Regel im ganzen zur landwirtschaftlichen Nutzung (Abschnitt 1.08 und 1.14 BewRL).
- (d) Das BewG und die BewRL kennen keine Kategorie „Nicht mehr genutzte Fläche“. Nicht mehr genutzte Flächen verbleiben bei der Nutzung, zu der sie ursprünglich gehörten, es sei denn, es handelt sich um ehemalige Weinbauflächen, die ihren Kulturzustand verloren haben (siehe Fußnote 5)
- (e) Hecken, Knicks, Walle, Grenzraine zählen zu der jeweiligen Nutzung, zu der sie gehören (§ 40 Absatz (3) BewG), Abbau- und Steinbrüche, Torfstiche und anderes Abbau- und Steinbrüche (§ 43 BewG); Unland, das sind Felsen, Dünen, Steinregel, Schutthalde, stillgelegtes Abbau- und Steinbrüche (§ 45 BewG)
- (f) Wasserflächen – soweit sie nicht Unland oder Flächen der sonstigen land- und forstwirtschaftlichen Nutzung sind – werden in die jeweilige Nutzung einbezogen, zu der sie gehören (§ 40 Absatz (3) BewG)
- (g) Gebäude- und Hofflächen sowie Wirtschaftswege gehören zu der jeweiligen Nutzung, der sie dienen (§ 40 Absatz (3) BewG)
- (h) Soweit es sich nicht um Grundvermögen handelt (Abschnitt 1.02 Absatz (9) BewRL), werden solche Flächen den Kulturarten zugeordnet, zu denen sie nach ihren Hauptbestandteilen gehören (Ziffer 16 Abschnitt 2. Bodenschätzung-ÜbernErl.)

Durchschnittliche Kaufwerte für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung nach betriebsstrukturellen Kreistypen 1986¹⁾

Betriebsstrukturelle Kreistypen von . . . bis unter . . . ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) ²⁾	Kreise	Veräußerungsfälle	Fläche der landw. Nutzung (FdIN)		Kaufwert			Ertrags- maßzahl in 100 je ha Fläche der landw. Nutzung
					ins- gesamt	je ha Fläche der landw. Nutzung	ins- gesamt = 100	

Schleswig - Holstein

I Regionen 0,01 – 20	1	50	2,9	211	2,6	6 187	29 373	142	43
Typ 1 : Kreise 0,01 – 10	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Typ 2 : Kreise 10 – 15	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Typ 3 : Kreise 15 – 20	1	50	2,9	211	2,6	6 187	29 373	142	43
II Regionen 20 – 30	3	135	7,7	468	5,7	9 423	20 137	97	39
Typ 4 : Kreise 20 – 25	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Typ 5 : Kreise 25 – 30	3	135	7,7	468	5,7	9 423	20 137	97	39
III Region 30 und mehr (Typ 6)	9	1 568	89,4	7 515	91,7	154 010	20 493	99	44
Insgesamt	13	1 753	100	8 194	100	169 620	20 701	100	44

Niedersachsen

I Regionen 0,01 – 20	17	2 743	41,2	5 870	34,4	176 360	30 042	111	39
Typ 1 : Kreise 0,01 – 10	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Typ 2 : Kreise 10 – 15	2	91	1,4	138	0,8	2 327	16 915	62	51
Typ 3 : Kreise 15 – 20	15	2 652	39,8	5 733	33,6	174 033	30 357	112	39
II Regionen 20 – 30	22	3 122	46,8	8 807	51,6	211 390	24 004	89	40
Typ 4 : Kreise 20 – 25	9	1 452	21,8	4 306	25,2	99 265	23 054	85	37
Typ 5 : Kreise 25 – 30	13	1 670	25,1	4 501	26,4	112 126	24 912	92	44
III Region 30 und mehr (Typ 6)	8	799	12,0	2 381	14,0	73 932	31 045	115	50
Insgesamt	47	6 664	100	17 058	100	461 682	27 065	100	41

1) In den Nachweises sind nur die kreisfreien Städte und Landkreise einbezogen, für die in der Kaufwertstatistik Veräußerungsfälle „ohne Gebäude und ohne Inventar“ erfasst worden sind –
2) Durchschnittliche Betriebsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe

Durchschnittliche Kaufwerte für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung nach betriebsstrukturellen Kreistypen 1986¹⁾

Betriebsstrukturelle Kreistypen von ... bis unter ... ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) ²⁾	Kreise		Veräußerungsfälle		Fläche der landw. Nutzung (FdlN)		Kaufwert			Ertrags- meßzahl in 100 je ha Fläche der landw. Nutzung
							ins- gesamt	je ha Fläche der landw. Nutzung	ins- gesamt = 100	
	Anzahl	%	ha	%	1 000 DM	DM				
Nordrhein - Westfalen										
I Regionen 0,01 - 20	38	2 332	77,7	3 659	79,2	191 064	52 219	95	44	
Typ 1 : Kreise 0,01 - 10	1	66	2,2	33	0,7	935	28 555	52	33	
Typ 2 : Kreise 10 - 15	18	719	24,0	836	18,1	38 448	45 963	84	42	
Typ 3 : Kreise 15 - 20	19	1 547	51,6	2 790	60,4	151 681	54 373	99	45	
II Regionen 20 - 30	9	661	22,0	959	20,8	61 966	64 636	118	64	
Typ 4 : Kreise 20 - 25	7	359	12,0	619	13,4	35 171	56 781	104	57	
Typ 5 : Kreise 25 - 30	2	302	10,1	339	7,3	26 795	78 976	144	76	
III Region 30 und mehr (Typ 6)	1	7	0,2	2	0,0	213	102 181	186	62	
Insgesamt	48	3 000	100	4 620	100	253 243	54 819	100	48	
Hessen										
I Regionen 0,01 - 20	24	2 911	100,0	2 146	100,0	68 491	31 921	100	48	
Typ 1 : Kreise 0,01 - 10	4	281	9,7	187	8,7	3 898	20 790	65	40	
Typ 2 : Kreise 10 - 15	15	1 844	63,3	1 298	60,5	37 967	29 243	92	45	
Typ 3 : Kreise 15 - 20	5	786	27,0	660	30,8	26 625	40 354	126	59	
II Regionen 20 - 30	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Typ 4 : Kreise 20 - 25	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Typ 5 : Kreise 25 - 30	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
III Region 30 und mehr (Typ 6)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Insgesamt	24	2 911	100	2 146	100	68 491	31 921	100	48	
Rheinland - Pfalz										
I Regionen 0,01 - 20	33	6 089	95,7	3 357	95,5	88 116	26 247	100	48	
Typ 1 : Kreise 0,01 - 10	11	1 727	27,2	890	25,3	27 882	31 331	120	55	
Typ 2 : Kreise 10 - 15	11	2 472	38,9	1 319	37,5	22 894	17 212	66	44	
Typ 3 : Kreise 15 - 20	11	1 890	29,7	1 149	32,7	37 540	32 678	125	46	
II Regionen 20 - 30	3	271	4,3	160	4,5	3 820	23 949	92	45	
Typ 4 : Kreise 20 - 25	2	252	4,0	139	3,9	1 656	11 926	46	41	
Typ 5 : Kreise 25 - 30	1	19	0,3	21	0,6	2 164	104 802	401	71	
III Region 30 und mehr (Typ 6)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Insgesamt	36	6 360	100	3 517	100	91 936	26 143	100	48	
Baden - Württemberg										
I Regionen 0,01 - 20	44	9 776	100,0	5 138	100,0	259 705	50 542	100	51	
Typ 1 : Kreise 0,01 - 10	22	5 408	55,3	1 904	37,1	118 581	62 276	123	59	
Typ 2 : Kreise 10 - 15	17	3 503	35,8	2 342	45,6	90 176	38 502	78	45	
Typ 3 : Kreise 15 - 20	5	865	8,8	892	17,4	50 948	57 108	113	47	
II Regionen 20 - 30	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Typ 4 : Kreise 20 - 25	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Typ 5 : Kreise 25 - 30	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
III Region 30 und mehr (Typ 6)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Insgesamt	44	9 776	100	5 138	100	259 705	50 542	100	51	
Bayern										
I Regionen 0,01 - 20	86	4 027	98,9	4 215	98,7	257 694	61 132	99	45	
Typ 1 : Kreise 0,01 - 10	10	509	12,5	291	6,8	10 288	35 302	57	44	
Typ 2 : Kreise 10 - 15	48	2 563	62,9	2 718	63,6	162 852	59 922	97	45	
Typ 3 : Kreise 15 - 20	28	955	23,5	1 207	28,2	84 575	70 084	113	46	
II Regionen 20 - 30	3	45	1,1	57	1,3	6 540	113 899	184	52	
Typ 4 : Kreise 20 - 25	3	45	1,1	57	1,3	6 540	113 899	184	52	
Typ 5 : Kreise 25 - 30	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
III Region 30 und mehr (Typ 6)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Insgesamt	89	4 072	100	4 273	100	264 234	61 842	100	45	
Saarland										
I Regionen 0,01 - 20	6	745	100,0	330	100,0	7 790	23 631	100	40	
Typ 1 : Kreise 0,01 - 10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Typ 2 : Kreise 10 - 15	2	240	32,2	113	34,3	2 606	23 055	98	42	
Typ 3 : Kreise 15 - 20	4	505	67,8	217	65,7	5 184	23 932	101	39	
II Regionen 20 - 30	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Typ 4 : Kreise 20 - 25	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Typ 5 : Kreise 25 - 30	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
III Region 30 und mehr (Typ 6)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Insgesamt	6	745	100	330	100	7 790	23 631	100	40	
Bundesgebiet³⁾										
I Regionen 0,01 - 20	249	28 673	81,3	24 926	55,1	1 055 406	42 341	122	45	
Typ 1 : Kreise 0,01 - 10	48	7 991	22,6	3 305	7,3	161 563	48 883	140	55	
Typ 2 : Kreise 10 - 15	113	11 432	32,4	8 764	19,4	357 071	40 744	117	45	
Typ 3 : Kreise 15 - 20	88	9 250	26,2	12 857	28,4	536 772	41 749	120	43	
II Regionen 20 - 30	40	4 234	12,0	10 450	23,1	293 140	28 051	81	43	
Typ 4 : Kreise 20 - 25	21	2 108	6,0	5 121	11,3	142 632	27 850	80	40	
Typ 5 : Kreise 25 - 30	19	2 126	6,0	5 329	11,8	150 508	28 245	81	46	
III Region 30 und mehr (Typ 6)	18	2 374	6,7	9 899	21,9	228 155	23 049	66	45	
Insgesamt	307	35 281	100	45 275	100	1 576 701	34 825	100	45	

1) In den Nachweis sind nur die kreisfreien Städte und Landkreise einbezogen, für die in der Kaufwertstatistik Veräußerungsfälle „ohne Gebäude und ohne Inventar“ erfasst worden sind -
2) Durchschnittliche Betriebsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe. - 3) Ohne Hamburg, Bremen und Berlin

Produzierendes Gewerbe

Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen

Jahr Monat	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	Darunter ausgewählte Wirtschaftsgruppen										
		Bergbau	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	Eisen-schaffende Industrie	NE-Metall-erzeugung und -halb-zeugwerke	Maschinen-	Straßen-fahrzeug- bau	Schiff-	Elektro-technik	Chemische Industrie	Textil- gewerbe	Beklei-dungs-
Beschäftigte am Monatsende												
1 000												
1984 D	6 853,7	194,2	165,1	222,0	73,4	930,3	785,4	45,2	878,2	550,3	235,5	191,1
1985 3) D	6 943,1	212,6	156,5	216,6	76,1	950,2	808,9	44,1	922,6	557,0	231,4	188,4
1986 3) D	7 062,7	209,8	151,1	210,4	72,4	985,5	837,6	40,9	962,2	567,1	227,6	185,5
1986 Juli	7 096,3	208,6	155,7	210,3	73,5	986,3	849,9	40,2	965,7	570,5	226,1	183,5
Aug.	7 121,7	208,9	156,3	210,1	73,4	991,8	846,5	40,2	970,7	572,4	226,1	184,3
Sept.	7 151,1	212,3	155,9	210,5	73,1	999,9	847,5	40,3	975,1	574,2	227,7	186,0
Okt.	7 129,9	210,4	155,2	207,7	72,6	997,0	846,3	39,9	975,7	572,0	227,4	184,7
Nov.	7 113,7	209,6	154,0	206,4	72,4	995,2	847,1	39,3	974,6	571,4	228,0	183,4
Dez.	7 064,3	208,0	150,0	202,8	71,8	991,4	844,3	38,9	969,5	569,2	225,7	181,4
1987 4) Jan.	7 038,1	207,0	140,0	199,2	71,3	992,5	844,9	38,4	969,5	568,3	224,6	181,2
Febr.	7 038,3	207,4	138,1	198,2	71,2	992,3	848,8	37,5	969,6	569,3	224,4	180,7
März	7 044,8	206,4	142,6	199,2	70,9	991,3	848,8	37,4	970,9	570,3	224,0	180,1
April	7 034,5	205,2	148,8	197,4	70,6	987,8	846,6	37,1	968,5	569,3	223,3	178,4
Mai	7 027,3	204,7	150,5	196,0	70,6	985,2	846,8	37,0	967,6	568,5	222,5	177,3
Juni	7 035,7	203,2	152,1	194,8	70,6	984,5	850,8	36,5	967,3	570,0	221,6	176,2
Juli	7 066,9	202,3	153,7	193,4	71,2	985,3	859,2	36,2	972,2	573,1	220,9	175,3
Aug.	7 089,0	201,4	154,0	192,8	71,1	991,5	856,8	36,1	977,3	574,1	221,4	176,7
Umsatz insgesamt¹⁾												
Mill. DM												
1984 D	116 538,2	2 393,0	2 544,0	3 999,6	2 191,7	11 626,0	13 544,7	686,7	11 197,6	14 143,3	2 906,0	1 787,7
1985 3) D	124 562,7	2 797,1	2 397,0	4 341,9	2 189,1	13 096,4	15 375,8	611,8	12 489,3	14 845,1	3 067,0	1 839,0
1986 3) D	122 366,3	2 766,6	2 497,9	3 860,7	1 833,9	13 150,5	16 200,6	504,8	13 173,8	14 043,9	3 042,1	1 908,4
1986 Juli	121 608,2	2 415,9	3 116,7	3 734,8	1 877,9	13 623,7	15 072,5	629,8	12 842,7	13 961,2	3 071,6	2 084,3
Aug.	104 803,1	2 212,8	2 758,8	3 342,4	1 639,0	11 075,1	11 773,0	297,1	11 144,3	12 453,1	2 316,1	2 182,5
Sept.	129 840,6	2 443,3	3 165,1	3 984,9	1 885,3	13 945,3	16 599,3	568,1	15 356,4	14 327,3	3 378,2	2 696,3
Okt.	132 689,3	2 604,2	3 287,9	3 943,5	2 004,6	13 703,8	17 377,4	643,2	14 369,7	15 142,5	3 561,7	2 161,0
Nov.	123 913,2	2 667,2	2 725,0	3 479,0	1 668,1	13 193,3	17 605,2	624,6	14 217,6	13 560,2	3 034,8	1 560,5
Dez.	125 875,2	4 191,2	2 105,4	3 090,0	1 434,2	17 879,0	16 747,7	570,4	15 302,5	12 430,3	2 572,0	1 385,8
1987 4) Jan.	111 817,1	2 551,8	1 152,2	3 099,4	1 668,0	13 703,4	14 849,9	431,2	11 417,5	13 206,6	2 947,2	2 026,2
Febr.	115 903,3	2 715,5	1 384,2	3 328,3	1 604,9	11 784,6	17 543,6	453,9	12 583,7	13 727,4	3 077,4	2 243,3
März	126 713,0	2 710,1	1 722,6	3 754,7	1 772,0	13 299,2	19 160,6	463,0	14 308,7	14 624,5	3 288,3	2 381,0
April	123 124,1	2 380,9	2 596,8	3 464,4	1 753,5	13 084,1	18 604,1	641,3	12 559,1	14 344,7	3 013,5	1 828,1
Mai	117 939,3	2 372,8	2 761,5	3 417,6	1 670,3	12 390,2	17 567,0	482,4	12 589,2	13 787,5	2 750,6	1 242,1
Juni	121 171,6	2 482,2	2 792,6	3 560,6	1 684,8	13 863,0	17 201,2	406,2	12 922,1	14 061,2	2 773,5	1 218,9
Juli	120 920,3	2 376,4	3 138,7	3 315,1	1 712,7	12 925,9	15 830,2	656,3	12 845,9	14 412,7	2 812,7	2 037,4
Aug.	109 340,5	2 209,7	2 802,1	3 110,1	1 588,8	11 040,4	12 612,8	324,0	12 059,4	13 141,4	2 457,2	2 219,1
darunter Auslandsumsatz²⁾												
Mill. DM												
1984 D	33 543,7	358,8	257,8	1 567,0	655,9	5 329,7	6 575,7	347,0	3 541,2	5 960,6	727,8	299,0
1985 3) D	38 908,7	377,8	271,1	1 692,8	665,7	5 759,2	7 655,9	306,8	3 958,5	6 391,0	813,7	332,6
1986 3) D	36 367,0	315,5	273,6	1 375,0	557,8	6 005,6	7 788,5	237,1	4 094,9	5 914,9	814,1	359,6
1986 Juli	35 706,7	255,8	276,8	1 319,4	600,2	6 176,6	7 100,3	380,5	4 073,6	5 795,5	865,1	463,6
Aug.	29 177,9	230,3	253,6	1 188,6	494,0	4 844,7	5 320,7	144,1	3 411,6	5 079,7	632,8	496,8
Sept.	38 199,6	286,9	285,5	1 447,9	572,2	6 255,9	7 678,4	302,0	4 722,5	5 877,0	861,9	543,6
Okt.	38 333,1	265,5	301,0	1 432,9	590,8	5 917,6	8 346,9	432,4	4 231,7	5 969,9	889,2	374,9
Nov.	37 044,1	256,9	273,1	1 279,2	513,3	6 049,7	8 598,4	379,8	4 185,1	5 385,1	755,3	208,8
Dez.	38 259,0	547,8	236,5	1 232,0	450,4	8 958,3	7 821,9	128,3	4 506,3	5 299,8	685,0	197,0
1987 4) Jan.	31 586,5	246,3	228,8	1 035,2	541,4	4 419,5	7 403,2	246,1	3 366,8	5 487,8	772,6	408,8
Febr.	35 284,7	263,6	248,0	1 104,7	491,6	5 241,3	8 590,1	275,0	4 095,4	5 744,5	824,6	485,1
März	38 832,0	275,8	270,9	1 325,4	541,8	6 115,9	9 051,4	316,4	4 632,1	6 274,7	848,7	507,9
April	36 987,1	239,2	286,6	1 163,4	570,4	6 075,5	8 585,9	527,4	3 971,8	6 162,1	806,6	326,7
Mai	34 761,3	219,7	280,4	1 192,0	513,3	5 459,6	8 030,1	204,9	4 025,5	5 874,0	734,6	150,9
Juni	36 740,4	269,2	291,6	1 239,5	518,2	6 653,7	7 925,7	181,1	4 181,3	5 951,2	766,4	199,8
Juli	35 403,5	231,4	302,4	1 225,5	547,7	5 624,0	7 348,8	419,8	4 128,1	5 985,4	762,5	456,3
Aug.	30 345,1	208,5	267,9	1 198,0	489,7	4 690,8	5 390,9	185,3	3 585,7	5 373,5	641,2	493,5

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1

Darstellung nach der „Systematik der Wirtschaftszweige“, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. — Kombinierte Betriebe werden derjenigen Wirtschaftsgruppe zugerechnet, in der der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt — Im Hinblick auf die einzelnen Stufen der Umstellung des kurzfristigen Berichtssystems im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe siehe Hepp, E. „Umstellung des kurzfristigen Berichtssystems im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe“ in Wirtschaft und Statistik 6/1979, S. 394 ff

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer — 2) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und — soweit einwandfrei erkennbar — Umsatz mit deutschen Exporteuren. — 3) Endgültige Ergebnisse. — 4) Vorläufiges Ergebnis.

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe

1980 = 100

Jahr Monat	Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	Grundstoff- und Produktionsgutergewerbe									
		zu- sammen	Gewinnung und Ver- arbeitung von Steinen und Erden	Hochofen-, Stahl- und Warmwalm- (oh. H.v Stahlrohren) werke	NE- Metall- halbzeug- werke	Eisen-, Stahl- und Temper- geßerei	Ziehereien und Kaltwalz- werke	Chemische Industrie	Holzbear- beitung	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappe- erzeugung	Gummi- ver- arbeitung
1983	107,9	109,2	100,7	90,8	106,9	96,1	100,5	119,3	90,1	126,3	109,8
1984	118,2	120,8	103,0	103,2	115,4	101,6	109,9	132,5	92,7	149,7	113,6
1985	127,8	125,7	96,2	109,1	121,0	113,9	111,0	139,7	90,1	148,2	126,5
1986 ³⁾	127,9	119,0	98,2	98,0	114,2	109,8	105,8	131,4	92,1	149,7	130,9
1986 ³⁾ Juli	127,6	123,5	124,5	96,8	115,6	108,4	110,8	135,0	94,2	149,0	126,7
Aug.	108,9	106,1	111,7	85,3	91,8	93,9	88,7	116,3	80,3	124,0	106,5
Sept.	131,5	119,7	123,2	90,8	102,7	112,8	103,4	132,6	103,1	147,1	138,4
Okt.	137,3	126,1	123,8	93,9	118,0	111,9	110,7	138,1	108,2	160,7	155,4
Nov.	122,6	110,7	97,5	85,8	110,3	94,5	98,7	121,3	95,5	148,9	133,2
Dez.	122,9	105,7	76,7	87,0	104,7	91,3	89,7	119,4	80,6	139,5	118,3
1987 Jan.	120,6	110,6	49,0	89,0	114,2	95,7	98,6	128,8	78,2	145,7	126,1
Febr.	127,8	115,0	58,1	93,4	104,5	102,2	102,9	130,2	85,6	146,0	133,8
März	137,3	121,5	74,3	97,1	113,1	111,5	109,0	138,2	92,4	162,3	144,1
April	130,5	117,9	103,9	82,1	109,8	103,4	103,6	134,6	96,1	147,7	138,4
Mai	120,2	114,4	111,5	87,0	102,6	95,4	95,2	128,0	95,4	147,0	127,8
Juni	122,0	118,4	111,4	90,3	110,7	98,7	95,3	133,2	97,1	151,6	130,1
Juli	125,5	121,5	124,4	95,9	115,0	92,0	103,5	134,5	96,0	154,1	125,5
Aug.	117,0	107,5	112,5	71,5	99,3	99,1	86,6	121,2	86,1	135,0	120,6

Jahr Monat	zu- sammen	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe									
		Stahlver- formung, Ober- flächen- veredlung, Härtung	Stahl- und Leicht- metall-, Schienen- fahrzeug- bau	Maschinen- bau	Straßen- fahrzeug- bau	Her- stellung von Kraft- wagen und -motoren	Schiffbau	Elektro- technik	Fein- mechanik, Optik	Her- stellung von Eisen-, Blech- und Metall- waren	Herst. von Büro- maschinen, ADV-Geräten und -Ein- richtungen
1983	108,2	100,3	98,0	101,4	129,5	132,9	90,9	104,1	100,7	105,5	129,3
1984	119,3	108,7	99,2	113,3	138,8	142,6	108,6	116,5	111,6	113,8	156,5
1985 ³⁾	133,6	120,6	102,3	128,4	161,9	167,0	149,6	126,8	122,0	118,5	185,5
1986 ³⁾	136,4	125,8	109,6	129,1	168,0	173,2	94,0	132,0	127,0	123,6	176,4
1986 ³⁾ Juli	137,0	130,3	135,5	134,6	163,8	167,9	52,5	129,9	122,7	127,5	151,1
Aug.	112,9	107,6	111,2	107,3	132,9	136,7	30,5	109,8	103,5	108,8	142,0
Sept.	135,6	124,0	149,7	118,4	157,7	162,4	145,8	133,9	121,5	130,5	195,9
Okt.	141,7	130,9	112,1	124,0	180,9	186,2	135,5	139,3	130,7	138,6	176,8
Nov.	131,8	118,5	89,3	123,5	158,2	162,9	190,2	127,0	130,8	122,5	179,2
Dez.	140,9	111,0	119,6	131,6	165,2	169,9	141,2	150,1	129,1	106,5	175,5
1987 Jan.	129,4	121,1	99,5	121,9	172,5	179,6	35,6	122,6	120,5	117,5	143,7
Febr.	137,0	131,0	90,3	125,3	184,9	191,6	79,9	131,0	127,4	122,6	168,4
März	144,7	129,9	109,4	133,6	184,9	190,4	62,5	138,7	139,3	136,7	203,2
April	138,6	134,7	125,8	125,4	179,1	184,5	189,7	125,5	123,9	131,4	169,0
Mai	126,5	120,1	97,7	115,1	166,9	172,0	39,5	120,3	123,7	123,9	151,1
Juni	128,6	116,5	103,6	120,9	160,9	165,2	29,5	123,1	121,8	127,2	167,7
Juli	133,5	120,4	114,1	126,4	164,6	168,6	59,3	128,9	121,9	128,6	158,1
Aug.	124,8	110,8	112,0	117,8	139,8	143,7	204,7	122,3	110,0	116,4	161,1

Jahr Monat	zu- sammen	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe									
		Fein- keramik	Her- stellung und Ver- arbeitung von Glas	Her- stellung von Holz- und Polster- möbeln	Papier- und Pappever- arbeitung	Druckerei, Vervielfältigung	Her- stellung von Kunststoff- waren	Leder- erzeugung	Her- stellung von Schuhen	Textil- gewerbe	Beklei- dungs- gewerbe
1983	105,0	98,6	105,9	93,0	112,7	103,6	113,7	138,5	104,3	103,4	103,4
1984	111,4	106,9	109,1	95,1	119,5	112,0	125,7	155,2	98,0	107,3	112,0
1985	115,0	106,0	114,4	91,3	128,4	117,5	130,8	156,7	103,4	112,6	112,1
1986 ³⁾	118,6	108,8	118,0	96,4	132,1	123,9	138,6	153,6	103,1	109,8	116,2
1986 ³⁾ Juli	108,4	105,7	117,3	87,3	136,2	121,6	143,6	130,5	42,0	92,4	74,7
Aug.	102,3	95,5	103,2	81,8	116,6	113,0	123,2	97,7	59,7	81,3	118,5
Sept.	138,7	117,1	118,6	104,3	136,1	125,7	146,1	167,0	139,9	135,4	211,8
Okt.	142,6	135,4	133,5	112,8	143,7	140,8	157,7	165,5	187,1	136,8	161,8
Nov.	115,8	101,3	118,8	102,5	128,6	131,4	135,5	148,3	109,9	109,8	80,7
Dez.	100,8	77,4	121,6	84,4	119,9	130,3	122,0	155,4	56,0	88,8	58,7
1987 Jan.	112,1	108,0	123,3	99,5	137,6	123,3	137,0	145,9	51,9	99,3	81,3
Febr.	122,9	114,2	117,0	103,1	136,4	120,0	141,3	160,3	67,8	114,3	143,0
März	141,9	121,0	125,0	106,7	146,9	131,2	152,1	176,6	138,7	139,8	200,4
April	127,6	105,6	117,6	100,2	137,2	127,2	151,4	189,0	166,0	121,8	123,1
Mai	112,0	97,5	113,8	91,9	128,7	126,7	143,8	116,2	95,0	103,5	72,4
Juni	109,5	100,5	117,9	96,9	132,9	121,6	145,3	154,6	54,8	96,1	62,9
Juli	110,0	101,8	113,3	92,2	138,3	122,1	146,3	111,7	45,1	95,9	73,4
Aug.	110,6	92,4	103,1	92,4	124,1	119,8	131,6	121,2	63,4	92,3	130,1

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2

Darstellung nach „Systematik der Wirtschaftszweige“. Ausgabe 1979. Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO). – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr – 1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes) – 2) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe) – 3) Endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen.

Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe – Fachliche Unternehmensteile

1980 = 100

Jahr Monat	Produzierendes Gewerbe		Elektrizitäts- und Gasversorgung			Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe								
	insgesamt	ohne Bauhauptgewerbe	zusammen	Elektrizitätsversorgung	Gas-	zusammen	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe					Bauhauptgewerbe	
								zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitions-	Verbrauchs-	Nahrungs- und Genussmittelgewerbe		
kalendermonatlich														
1984	98,7	99,6	105,5	110,0	87,3	99,3	90,0	99,6	97,9	102,3	94,1	101,1	89,5	
1985	102,6	104,5	110,1	114,6	92,1	104,1	90,8	104,6	98,7	112,1	94,5	103,6	83,7	
1986	104,8	106,6	109,2	113,9	90,6	106,5	86,4	107,2	98,1	117,1	96,5	105,0	87,1	
1986 Aug.	91,2	91,1	87,0	93,4	61,7	91,3	81,4	91,7	91,5	93,9	80,2	100,7	92,5	
1986 Sept.	112,4	112,5	99,5	104,9	78,1	113,3	79,2	114,6	102,1	125,7	108,0	109,3	111,8	
1986 Okt.	119,9	120,3	111,9	117,8	88,3	120,9	89,4	122,1	106,4	133,4	113,8	127,3	115,8	
1986 Nov.	109,4	110,7	117,3	121,0	102,8	110,3	84,5	111,2	97,8	123,0	99,3	114,9	97,2	
1986 Dez.	102,3	105,1	124,0	126,4	114,5	104,0	81,4	104,8	86,5	122,8	88,3	101,4	73,9	
1987 Jan.	92,1	98,0	140,1	140,5	138,6	95,5	98,4	95,4	89,8	99,6	91,9	97,1	33,2	
1987 Febr.	98,5	104,0	121,8	123,0	117,2	102,9	86,8	103,5	92,9	113,9	96,6	97,7	43,3	
1987 März	107,7	112,9	130,2	131,0	126,8	111,8	90,8	112,6	100,6	125,4	105,0	100,8	55,9	
1987 April	106,6	108,1	105,5	108,6	93,1	108,2	84,7	109,1	100,7	119,6	98,6	102,4	92,2	
1987 Mai	103,5	104,7	103,9	105,9	96,0	104,7	86,9	105,4	100,3	114,7	93,3	97,2	92,1	
1987 Juni	103,3	104,2	97,3	101,1	82,1	104,6	81,3	105,5	98,5	116,3	91,8	98,4	94,7	
1987 Juli	102,3	102,4	93,1	100,3	64,3	103,0	80,7	103,8	101,5	108,3	93,9	106,0	101,0	
1987 Aug.	93,4	93,6	91,6	98,7	63,3	93,8	77,9	94,4	95,3	96,4	84,9	97,8	90,6	

von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

1984	98,6	99,6	105,5	110,0	87,3	99,2	90,1	99,5	97,8	102,2	94,0	101,1	89,2
1985	103,0	105,0	110,5	115,1	92,3	104,6	91,1	105,1	99,1	112,7	95,1	104,0	83,7
1986	105,3	107,1	109,8	114,4	91,2	107,0	86,8	107,7	98,5	117,7	97,0	105,3	87,0
1986 Aug.	90,1	90,0	85,2	91,5	59,9	90,3	80,3	90,6	90,1	92,7	79,7	100,0	91,5
1986 Sept.	111,9	112,2	100,8	106,1	79,6	112,9	78,7	114,2	101,9	125,3	107,0	109,4	109,6
1986 Okt.	114,8	115,2	108,2	113,8	85,9	115,6	86,2	116,7	102,4	127,4	108,2	121,9	110,9
1986 Nov.	113,8	115,0	119,9	123,8	104,3	114,7	87,2	115,8	101,2	127,9	104,0	120,1	101,1
1986 Dez.	103,2	106,2	125,3	127,8	115,3	105,0	82,1	105,9	86,9	124,3	89,8	101,2	73,8
1987 Jan.	91,5	97,4	138,3	138,7	136,6	94,9	97,5	94,8	89,0	99,3	91,6	96,0	33,2
1987 Febr.	105,5	111,5	131,4	132,5	127,0	110,3	93,2	111,0	99,7	122,0	103,3	105,2	45,1
1987 März	104,5	109,7	127,6	128,4	124,3	108,6	88,1	109,4	97,6	121,7	101,8	98,7	52,5
1987 April	108,0	109,2	105,2	108,1	93,4	109,5	85,2	110,4	102,4	120,8	99,6	103,2	95,8
1987 Mai	105,6	106,7	104,4	106,5	95,8	106,8	88,1	107,6	101,3	117,3	96,5	98,9	94,5
1987 Juni	108,4	109,4	103,1	107,6	85,0	109,8	85,4	110,7	102,3	122,5	97,3	102,4	98,5
1987 Juli	97,4	97,4	89,1	95,9	61,9	97,9	77,5	98,7	97,7	102,4	88,6	100,9	97,2
1987 Aug.	92,1	92,5	90,1	96,8	63,3	92,6	76,7	93,2	93,8	95,3	83,9	97,5	87,7

Jahr Monat	Bauhauptgewerbe ¹⁾		Bergbau			Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe							
	Hochbau-leistungen	Tiefbau-leistungen	darunter			Mineral-ölverarbeitung	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	Eisenschaf-fende Industrie	NE-Metall-herzeugung, NE-Metall-halbzeug-werke	Eisen-Stahl- und Temper-gießerei	NE-Metall-gießerei	Ziehe-reien, Kaltwalz-werke; Mechanik a.n.g.	Chemische Industrie
			Stein-kohlen-bergbau	Braun-kohlen-bergbau	Ge-winnung von Erdöl, Erdgas								
kalendermonatlich													
1984	88,8	90,3	85,4	96,0	94,6	80,7	86,1	89,7	108,8	84,3	105,8	89,2	108,7
1985	77,3	90,9	89,8	92,7	90,3	78,9	78,6	93,7	110,5	86,9	113,2	88,3	110,7
1986	79,6	95,5	88,2	87,1	83,4	77,5	80,6	86,3	114,0	85,9	123,2	91,0	109,7
1986 Aug.	82,3	103,9	86,6	76,8	72,6	82,5	86,8	79,1	105,3	60,9	85,9	78,3	101,2
1986 Sept.	100,9	124,1	84,1	75,9	66,7	75,8	102,0	90,1	118,9	95,4	132,2	100,4	108,3
1986 Okt.	104,6	128,5	90,5	92,9	91,7	72,5	105,8	89,3	127,0	98,3	144,5	107,8	115,1
1986 Nov.	88,2	107,4	84,0	94,3	77,8	76,3	86,3	84,4	107,7	82,5	123,0	90,0	108,0
1986 Dez.	67,8	80,7	81,8	90,2	80,4	81,5	65,0	67,0	93,9	65,8	103,5	64,2	99,2
1987 Jan.	35,4	30,7	83,4	98,2	129,0	77,7	36,5	74,2	109,2	78,1	131,0	80,0	106,5
1987 Febr.	46,3	40,0	85,2	87,8	90,6	66,9	46,5	81,9	112,8	84,4	146,1	88,9	109,3
1987 März	55,4	56,4	88,5	89,8	94,1	68,8	61,4	92,3	123,4	90,0	155,4	96,7	115,8
1987 April	82,1	103,5	84,8	76,6	90,6	74,3	85,2	82,9	113,9	84,1	149,3	92,3	115,8
1987 Mai	82,2	103,2	79,3	82,7	102,8	73,6	88,7	89,9	113,3	78,0	134,2	93,3	112,1
1987 Juni	85,7	104,8	76,9	79,5	93,6	73,4	89,2	86,1	113,2	76,0	131,2	89,9	110,6
1987 Juli	90,2	113,2	79,9	79,6	87,0	76,4	95,9	89,8	116,7	68,4	104,8	96,1	116,2
1987 Aug.	80,4	102,2	75,9	82,2	77,3	77,5	87,3	78,7	105,9	58,2	107,8	78,6	109,1

von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

1984	88,6	90,0	85,5	95,9	94,9	80,7	85,9	89,7	108,7	84,3	105,8	89,3	108,8
1985	77,4	90,9	90,2	93,1	90,6	79,2	78,7	93,9	111,1	87,6	114,3	88,8	111,1
1986	79,6	95,4	88,8	87,5	83,7	77,8	80,7	86,6	114,7	86,6	124,1	91,5	110,1
1986 Aug.	81,7	102,5	84,5	75,6	73,5	81,0	85,7	77,9	104,5	60,7	83,5	77,9	99,7
1986 Sept.	98,5	122,1	81,8	75,0	70,7	77,6	101,2	90,7	118,3	93,9	130,9	98,7	107,9
1986 Okt.	100,2	123,0	85,5	90,2	91,2	70,7	101,6	86,2	120,3	93,2	138,3	102,8	111,0
1986 Nov.	92,0	111,3	87,5	97,2	78,8	78,4	89,6	86,9	113,5	86,4	127,1	94,6	111,5
1986 Dez.	67,2	81,3	85,1	90,0	77,5	80,9	65,3	67,6	96,0	68,5	107,6	65,3	99,3
1987 Jan.	35,5	30,7	83,0	97,6	127,2	77,6	36,5	73,1	108,6	78,6	131,3	79,2	104,9
1987 Febr.	48,5	41,2	90,2	94,4	99,5	72,5	49,2	88,1	120,9	89,7	155,7	94,9	117,6
1987 März	52,0	53,1	84,1	87,1	95,1	67,1	58,8	90,1	120,1	86,4	148,4	93,6	112,8
1987 April	85,6	107,3	87,8	76,6	85,9	73,8	87,6	83,4	114,8	83,9	152,3	94,3	118,4
1987 Mai	84,3	105,9	82,7	82,9	100,4	71,8	89,9	90,4	117,0	82,3	136,4	96,7	113,2
1987 Juni	88,8	109,5	81,7	82,6	97,5	75,2	92,9	89,9	118,8	81,2	140,2	94,4	114,0
1987 Juli	87,0	108,8	75,4	77,2	85,5	75,0	92,3	86,4	110,3	63,7	99,3	91,2	112,0
1987 Aug.	77,9	98,8	74,7	81,1	76,2	76,8	85,2	77,2	105,8	57,8	104,5	77,3	107,6

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.1.

Darstellung nach der Systematik der Wirtschaftszweige Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO) – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr.

Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe – Fachliche Unternehmensteile

1980 = 100

Jahr Monat	Grundstoff- und Produktionsgutergewerbe				Investitionsgüter produzierendes Gewerbe								Ver- brauchs- güter produ- zierendes des Gewerbe
	Her- stellung, Ver- arbeitung und Ver- edlung von Flach- glas	Holz- be- arbeitung	Zell- stoff-, Holz- schliff-, Papier- und Pappeer- zeugung	Gummi- ver- arbei- tung	Stahl- ver- formung, Ober- flächen- vered- lung, Hartung	Stahl- und Leicht- metall- bau, Schien- en fahr- zeug- bau	Ma- schinen- bau	Straßen- fahr- zeug- bau, Repara- tur von Kraft- fahr- zeugen usw.	Schiff- bau	Elektro- technik, Repara- tur von elek- trischen Geräten für den Haushalt	Fein- mecha- nik, Optik, Her- stellung von Uhren	Her- stellung von Eisen-, Blech- und Metall- waren	

kalendermonatlich

1984	89,9	92,7	119,6	104,4	91,1	84,0	93,0	107,3	83,1	105,8	91,0	97,1	172,0	91,5
1985	95,7	89,5	120,1	111,3	97,0	81,6	99,1	119,0	86,7	118,0	99,3	101,7	213,5	91,0
1986	101,6	90,5	123,6	113,6	99,5	82,1	104,3	124,9	72,9	123,8	103,1	106,3	220,9	89,2
1986 Aug.	87,1	75,3	120,9	93,2	84,7	72,8	88,8	91,3	61,4	102,4	81,2	86,3	169,9	79,4
1986 Sept.	117,1	101,1	127,6	124,6	104,0	86,0	110,1	129,1	70,9	135,8	111,3	116,5	260,2	94,2
1986 Okt.	134,5	106,6	133,9	131,6	111,3	100,3	112,7	143,6	76,0	144,8	116,0	124,1	256,1	99,5
1986 Nov.	112,3	93,7	130,9	113,8	95,6	94,9	106,2	129,1	67,7	133,5	106,2	107,9	252,9	90,2
1986 Dez.	87,6	78,0	106,6	101,8	76,5	111,8	129,2	116,9	59,7	125,8	104,8	94,1	225,6	78,6
1987 Jan.	95,6	75,6	131,2	108,5	95,3	59,0	78,2	122,2	63,2	106,7	90,5	96,9	156,8	81,7
1987 Febr.	95,6	85,0	129,0	122,5	99,1	68,3	92,1	133,3	66,0	122,3	102,3	105,9	211,4	89,0
1987 März	101,9	93,0	139,9	131,9	108,0	77,9	106,2	144,2	70,3	135,3	111,2	115,8	211,0	96,9
1987 April	101,5	95,0	118,4	120,0	101,2	71,2	103,3	138,0	69,4	126,9	105,4	111,1	200,6	93,3
1987 Mai	101,4	94,6	136,0	115,4	96,5	76,4	94,1	129,4	65,5	122,7	100,8	105,1	230,6	87,8
1987 Juni	101,3	91,3	125,8	113,2	94,5	79,1	108,6	125,9	68,6	117,9	100,2	105,8	212,1	85,4
1987 Juli	107,6	90,8	132,5	98,9	95,8	75,4	96,3	113,6	51,7	115,2	94,5	105,0	199,9	88,0
1987 Aug.	97,8	82,0	130,7	104,7	87,7	80,6	82,7	95,4	59,1	104,9	88,5	92,6	192,5	77,5

von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

1984	89,9	92,7	119,2	104,3	90,9	83,9	92,9	107,1	83,0	105,7	90,9	97,1	172,2	91,5
1985	96,2	89,9	120,6	112,0	97,7	81,7	99,5	119,6	87,3	118,6	99,8	102,3	214,1	91,4
1986	102,1	91,0	124,0	114,1	100,2	82,1	104,7	125,7	73,3	124,5	103,6	107,0	221,6	89,6
1986 Aug.	86,1	74,8	116,7	93,3	83,0	72,1	86,4	89,2	60,5	100,7	80,3	85,3	170,6	78,6
1986 Sept.	115,0	100,2	127,0	121,4	102,6	86,3	110,7	129,3	69,0	134,9	111,4	115,4	254,7	94,0
1986 Okt.	130,2	101,5	128,4	125,2	104,8	96,9	107,5	136,9	72,5	138,1	111,0	117,7	248,5	95,0
1986 Nov.	116,0	97,9	133,3	120,4	100,1	98,3	111,1	133,7	70,7	138,6	110,5	112,8	262,6	94,2
1986 Dez.	88,4	79,3	110,6	101,2	80,8	110,8	129,2	120,9	60,7	128,1	105,5	97,0	218,7	79,7
1987 Jan.	95,7	75,5	129,0	108,1	95,1	58,6	77,9	122,1	63,0	105,9	90,1	96,6	157,6	81,0
1987 Febr.	101,9	90,7	137,5	130,9	105,2	73,2	99,0	142,8	69,9	130,7	109,9	112,8	226,7	95,4
1987 März	97,2	89,7	135,1	127,2	104,3	76,1	103,7	140,0	66,9	131,3	108,0	112,0	201,0	94,5
1987 April	103,5	96,2	122,7	122,3	102,5	71,2	103,4	138,6	71,9	129,1	106,6	112,1	207,8	93,8
1987 Mai	104,4	97,3	136,8	118,6	100,7	76,7	96,1	132,1	66,8	125,9	102,3	109,2	233,7	89,7
1987 Juni	105,5	96,1	134,3	118,3	101,9	83,2	113,1	133,8	72,8	125,3	105,0	112,6	218,2	89,4
1987 Juli	103,5	86,1	127,3	93,4	89,4	72,7	91,4	106,5	49,1	108,5	89,9	98,7	193,9	83,5
1987 Aug.	96,0	80,7	125,4	103,5	86,3	78,8	82,7	94,8	57,3	103,1	87,4	91,4	186,4	77,4

Jahr Monat	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe										Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	
	Her- stellung, Ver- arbeitung und Ver- edlung von Hohlglas	Holz- ver- arbeitung	Her- stellung von Musik- instru- menten ¹⁾	Papier- und Pappeer- ver- arbeitung	Druck- rei- und Vervielfältigung	Her- stellung von Kunst- stoff- waren	Leder- er- zeugung	Lederver- arbeitung (ohne Her- stellung von Schuhen)	Her- stellung von Schuhen	Textil- gewerbe	Be- kleidungs- gewerbe	Er- nährungs- gewerbe

kalendermonatlich

1984	101,1	80,7	93,1	102,8	98,7	111,2	115,5	76,6	88,9	91,7	82,4	101,8	99,4
1985	105,5	74,9	94,7	106,2	99,6	116,4	106,3	73,7	84,3	94,5	80,8	103,9	102,6
1986	107,3	76,2	96,4	109,5	102,0	127,3	105,4	74,4	76,4	95,7	80,7	105,8	103,0
1986 Aug.	104,0	51,0	83,5	97,4	93,8	109,4	56,0	59,4	89,7	62,7	68,9	98,0	107,6
1986 Sept.	109,5	88,3	114,8	116,8	105,6	134,7	110,6	88,7	101,6	107,4	100,3	107,7	113,7
1986 Okt.	116,5	93,6	128,2	131,0	117,9	142,5	122,2	95,5	91,7	113,9	91,1	130,8	118,2
1986 Nov.	109,5	83,4	108,5	109,1	108,5	124,4	110,8	84,9	72,3	97,7	75,8	119,9	101,5
1986 Dez.	97,9	76,0	95,7	98,0	109,5	103,4	102,9	67,2	54,5	83,5	66,7	108,0	84,1
1987 Jan.	102,9	66,6	78,8	109,5	98,4	118,1	99,9	66,1	68,8	93,7	82,1	97,9	94,8
1987 Febr.	99,7	76,1	80,8	113,5	96,0	122,1	120,5	74,4	72,0	100,4	88,7	97,3	98,7
1987 März	111,0	83,5	93,6	121,1	108,2	133,5	122,8	76,5	77,0	107,2	92,0	102,0	97,8
1987 April	102,8	81,5	93,5	111,0	104,7	132,9	118,3	69,4	66,6	98,1	72,5	106,1	92,7
1987 Mai	105,3	75,2	90,0	105,3	98,6	127,3	110,9	63,9	67,2	93,4	66,2	100,6	88,3
1987 Juni	103,1	74,5	94,0	105,0	97,1	126,7	117,9	66,8	55,7	92,5	60,9	100,5	93,1
1987 Juli	109,1	70,8	98,7	113,4	100,0	127,7	109,3	73,3	57,7	84,9	76,4	107,0	103,5
1987 Aug.	102,4	58,0	88,5	102,5	97,1	116,9	75,6	59,9	78,4	68,9	72,3	97,6	98,3

von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

1984	100,7	80,8	93,1	102,9	98,5	111,2	115,6	76,7	88,8	91,8	82,4	101,8	99,3
1985	105,9	75,4	95,1	106,9	100,1	117,0	107,0	74,1	85,1	95,2	81,3	104,2	103,2
1986	107,8	76,7	96,8	110,0	102,4	123,0	106,2	74,7	77,0	96,4	81,1	106,1	103,4
1986 Aug.	101,0	50,9	82,9	96,8	92,7	109,2	55,7	59,6	88,7	62,1	68,4	97,1	107,9
1986 Sept.	108,5	87,5	113,3	115,2	105,8	133,3	107,4	86,3	100,9	106,1	99,1	107,3	114,8
1986 Okt.	112,0	88,6	122,9	124,2	112,2	135,5	117,0	91,7	86,6	108,0	87,0	125,8	111,8
1986 Nov.	111,3	87,6	113,1	115,4	113,3	130,6	114,2	88,7	77,1	102,4	79,1	124,8	108,0
1986 Dez.	100,8	77,8	96,4	99,3	110,8	104,8	104,8	66,8	56,7	85,9	67,5	107,7	84,0
1987 Jan.	102,1	66,7	79,1	108,6	97,6	117,6	99,5	65,6	69,7	93,2	81,8	97,0	93,5
1987 Febr.	106,2	81,2	86,0	121,4	102,9	130,7	128,0	79,3	76,6	107,0	94,8	104,6	108,6
1987 März	106,6	81,0	89,6	117,6	105,9	129,5	117,3	73,8	73,5	103,6	88,9	99,2	97,2
1987 April	105,6	81,7	95,5	112,9	105,2	134,2	120,6	70,5	66,4	99,7	73,3	107,6	91,8
1987 Mai	107,4	78,7	92,5	109,1	100,6	131,6	115,3	66,9	70,1	96,9	68,8	101,9	91,0
1987 Juni	109,0	79,6	98,2	110,9	103,2	132,7	124,2	70,0	60,6	98,7	65,6	103,8	98,5
1987 Juli	105,0	65,9	94,3	106,7	94,3	120,8	104,3	69,8	53,4	79,4	72,6	102,6	96,6
1987 Aug.	99,0	57,6	87,1	101,8	96,0	116,0	73,2	59,0	78,3	67,9	70,4	97,0	98,8

1) Einschließlich Spielwaren, Schmuck, Fullhalter; Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen, Foto- und Filmfabriken

Finanzen und Steuern

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte, Nettokreditaufnahme, Fundierte Schulden, Gemeindesteuern

Mill. DM

Jahr Vierteljahr	Ausgaben der öffentlichen Haushalte ¹⁾								Einnahmen der öffentlichen Haushalte ¹⁾					
	Bund	Lasten- aus- gleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen	Länder ²⁾	Ge- meinden/ Gv. 2)	ins- gesamt ²⁾	darunter		Bund	Lasten- aus- gleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen	Länder ²⁾	Ge- meinden/ Gv. 2)	ins- gesamt ²⁾
							Personal- aus- gaben	Bau- maß- nahmen						
1983	248 720	1 815	4 261	228 287	151 651	555 458	182 143	37 727	216 781	1 813	3 608	206 901	150 315	500 140
1984	253 851	1 692	4 482	234 296	154 710	568 012	184 945	36 278	225 204	1 680	3 725	216 062	155 830	521 481
1985	258 745	1 517	4 355	242 985	162 591	586 556	190 708	37 219	235 979	1 497	4 261	226 561	163 452	548 112
1986	263 199	1 385	4 380	252 588	171 689	608 149	199 405	38 973	239 918	1 389	4 753	235 091	170 044	566 105
1985 4. Vj . .	64 949	271	1 240	66 851	44 318	154 568	46 784	13 268	64 788	312	882	60 724	44 407	148 052
1986 1. Vj . .	68 628	447	1 027	58 255	32 506	141 800	45 563	4 935	51 322	403	1 305	52 963	30 451	117 380
2. Vj . .	63 125	347	968	56 705	35 027	136 494	42 173	7 763	64 433	339	376	53 778	35 671	134 918
3. Vj . .	63 513	343	1 201	58 782	37 553	140 489	42 350	10 592	58 663	352	1 977	56 253	37 701	134 042
4. Vj . .	67 932	248	1 183	69 627	46 450	161 682	49 080	14 350	65 500	295	1 096	62 902	46 071	152 104
1987 1. Vj . .	69 577	409	1 135	61 758	33 880	146 426	46 887	5 297	52 897	357	1 274	54 399	31 954	120 547
2. Vj . .	64 988	321	1 037	58 932	36 340	141 633	44 631	7 856	62 779	316	1 253	54 304	35 802	134 471

Jahr Vierteljahr	Nettokreditaufnahme ³⁾⁴⁾						Fundierte Schulden ⁴⁾⁵⁾					
	Bund	Lasten- aus- gleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen	Länder	Ge- meinden/ Gv.	ins- gesamt	Bund ⁶⁾		ERP- Sonder- vermögen	Länder	Ge- meinden/ Gv.	ins- gesamt
							zusammen	dar.: Lasten- ausgleichs- fonds				
1983	+ 31 475	-	+ 368	+ 21 637	+ 2 684	+ 56 165	341 636,4	1 831,8	5 592,0	209 991,1	99 932,6	657 152,1
1984	+ 28 305	-	+ 865	+ 19 381	+ 1 238	+ 49 789	365 532,0	1 646,7	6 458,0	229 224,7	101 155,9	702 370,6
1985	+ 22 386	-	- 174	+ 15 815	+ 1 125	+ 39 152	392 355,3	1 574,0	6 287,0	246 268,4	102 054,6	746 965,3
1986	+ 22 927	-	+ 125	+ 14 974	+ 1 973	+ 39 998	413 374,2	1 640,5	6 415,3	261 940,0	103 978,1	785 707,6
1985 4. Vj . .	- 432	-	-	+ 9 629	+ 347	+ 9 545	392 355,3	1 574,0	6 287,0	246 368,1	102 159,3	747 169,6
1986 1. Vj . .	+ 13 016	-	+ 58	- 169	+ 565	+ 13 469	398 195,2	1 585,9	6 345,0	248 568,3	102 639,2	755 747,7
2. Vj . .	+ 970	-	- 195	+ 667	+ 219	+ 1 661	397 597,6	1 619,5	6 152,0	249 180,6	102 913,4	755 843,6
3. Vj . .	+ 4 965	-	- 132	+ 3 728	+ 432	+ 8 994	403 464,5	1 620,2	6 020,3	252 878,0	103 322,1	765 684,9
4. Vj . .	+ 3 975	-	+ 393	+ 11 081	+ 758	+ 16 207	413 374,2	1 640,5	6 415,3	261 940,0	103 897,6	785 627,1
1987 1. Vj . .	+ 17 671	-	- 351	- 336	+ 811	+ 17 794	424 161,0	1 068,4	6 064,0	265 021,0	104 672,9	799 918,9
2. Vj . .	+ 1 889	-	- 180	+ 3 718	+ 678	+ 6 105	425 789,5	868,4	5 884,0	268 758,8	105 215,4	805 647,7

Jahr Vierteljahr	Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern									
	Grundsteuer		Gewerbe- steuer (E. u. K.) 100 %	Gewerbe- steuer- umlage ⁷⁾	Gewerbe- steuer, netto	Gemeinde- anteil an der Einkommen- steuer ⁸⁾	(Zuschlag zur) Grund- erwerb- steuer	Sonstige Gemeinde- steuern	ins- gesamt ⁹⁾	darunter Stadt- staaten ¹⁰⁾
	A	B								
1984	435,3	6 667,5	28 320,1	- 4 146,0	24 174,1	24 297,1	967,6	560,2	57 101,8	4 486,5
1985	439,5	6 926,4	30 758,5	- 4 508,3	26 250,2	26 340,2	903,3	593,5	61 453,1	5 102,1
1986	442,6	7 193,7	31 986,6	- 4 664,7	27 321,9	27 341,3	913,3	619,2	63 832,0	4 994,9
1985 3. Vj . .	116,1	2 033,1	7 632,4	- 1 112,3	6 520,1	5 856,2	209,4	138,7	14 873,6	1 272,4
4. Vj . .	110,7	1 465,6	8 100,4	- 2 197,9	5 902,5	12 855,2	234,7	116,2	20 685,0	1 380,9
1986 1. Vj . .	102,9	1 650,0	7 476,9	- 92,1	7 384,8	1 575,3	239,6	181,6	11 134,0	1 198,0
2. Vj . .	107,5	1 974,6	7 951,1	- 1 082,1	6 869,0	6 327,9	216,5	167,7	15 663,2	1 220,5
3. Vj . .	118,1	2 040,5	8 232,7	- 1 165,9	7 066,8	6 000,3	214,7	144,0	15 584,3	1 255,9
4. Vj . .	114,1	1 528,7	8 325,8	- 2 324,5	6 001,3	13 437,8	242,5	125,9	21 450,4	1 320,4
1987 1. Vj . .	103,6	1 721,0	7 560,9	- 60,0	7 500,9	1 583,7	121,9	194,6	11 225,7	1 250,4
2. Vj . .	109,6	2 052,5	7 779,2	- 1 105,2	6 674,0	6 562,8	70,9	166,9	15 636,7	1 200,3

1) Bis einschl. 1984 Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik; ab 1985 kumulierte Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik; kommunale und staatliche Krankenhäuser sowie Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen bis 1985 in den Jahresdaten (z. T. schätzungsweise) enthalten, in den Vierteljahresdaten nicht. Erläuterungen zu den Ausgabe-/Einnahmeararten siehe Fachserie 14, Reihe 3.1, Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts und Reihe 2, Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte. - 2) Bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene - 3) Nettokreditaufnahme = Saldo aus Schuldenaufnahme (+) und Tilgung (-) von Kreditmarktmitteln. - 4) Ohne Schulden (Aufnahme/Tilgung) bei Verwaltungen und Innere Darlehen - 5) Am Ende des jeweiligen Berichtszeitraums - 6) Einschl. der ab 1.1.1980 mitübernommenen LAF-Schulden. - 7) An Bund/Länder abgeführt - 8) Soweit den Gemeinden zugeflossen - 9) Nach der Steuerverteilung - 10) Nur gemeindlicher Bereich

Zum Aufsatz: „Hochschulfinanzen“

Hochschulausgaben 1984 und 1985 nach Ausgabearten, Hochschularten, Fächergruppen sowie ausgewählten Lehr- und Forschungsbereichen

Mill. DM

Hochschulart Fächergruppe Lehr- und Forschungsbereich	Insgesamt		Laufende Ausgaben						Investitionsausgaben			
			zusammen		Personalausgaben		ubrige laufende Ausgaben		zusammen		darunter Baumaßnahmen	
	1984	1985	1984	1985	1984	1985	1984	1985	1984	1985	1984	1985
Insgesamt	21 841,8	23 151,1	19 187,3	20 305,6	13 856,4	14 471,4	5 331,0	5 834,2	2 654,5	2 845,5	1 572,1	1 636,7
nach Hochschularten												
Universitäten	18 522,5	19 759,7	16 255,7	17 375,2	11 498,0	12 092,2	4 757,7	5 282,9	2 266,8	2 384,5	1 307,9	1 341,3
Universitäten (ohne Kliniken) ..	9 814,6	10 501,6	8 670,8	9 165,6	6 749,3	7 098,4	1 921,5	2 067,2	1 143,7	1 336,0	661,5	762,7
Universitätskliniken	8 708,0	9 258,1	7 584,9	8 209,6	4 748,7	4 993,9	2 836,2	3 215,8	1 123,1	1 048,5	646,5	578,6
Gesamthochschulen	1 160,5	1 106,8	1 036,7	964,5	787,5	739,3	249,2	225,2	123,7	142,4	77,4	94,9
Gesamthochschulen (ohne Kliniken)	872,4	786,5	771,8	689,8	614,6	562,1	157,3	127,7	100,6	96,7	64,2	61,2
Kliniken der Gesamthochschulen.	288,0	320,4	264,9	274,7	172,9	177,2	92,0	97,4	23,1	45,7	13,2	33,7
Pädagogische Hochschulen	157,2	154,3	154,8	148,7	136,8	138,1	18,0	10,6	2,4	5,6	0,6	3,8
Theologische Hochschulen	27,7	34,4	26,5	27,6	20,2	21,1	6,4	6,5	1,2	6,8	1,1	6,3
Kunsthochschulen	307,4	315,6	268,0	279,8	224,9	236,3	43,1	43,5	39,5	35,8	31,0	28,3
Fachhochschulen	1 495,6	1 592,6	1 313,8	1 370,5	1 091,6	1 143,2	222,2	227,3	181,8	222,2	117,5	130,2
Verwaltungsfachhochschulen ...	170,9	187,6	131,8	139,4	97,4	101,1	34,4	38,3	39,1	48,2	36,5	31,9
nach Fächergruppen												
Sprach- und Kulturwissenschaften.	1 334,2	1 386,2	1 286,9	1 324,4	1 200,6	1 239,3	86,3	85,0	47,3	61,8	33,4	44,1
darunter:												
Theologie, Religionslehre	156,6	162,0	154,6	160,1	143,5	148,5	11,1	11,5	1,9	1,9	1,2	0,6
Philosophie	55,1	58,3	53,8	55,8	50,8	52,3	3,0	3,4	1,3	2,6	1,0	2,1
Geschichte	147,6	148,4	145,0	145,7	134,4	135,0	10,6	10,7	2,6	2,7	0,1	0,6
Germanistik	137,5	141,9	136,3	140,7	130,7	135,6	5,7	5,1	1,2	1,2	0,1	0,2
Psychologie	133,4	136,1	125,0	125,4	116,6	116,3	8,3	9,2	8,4	10,6	5,7	8,9
Erziehungswissenschaften	283,3	284,7	278,5	279,5	254,6	260,2	24,0	19,3	4,7	5,2	3,0	2,2
Sport	115,7	119,3	105,4	109,9	92,5	94,8	13,0	15,1	10,3	9,4	8,7	7,3
Rechts-, Wirtschafts- und Sozial- wissenschaften	1 179,7	1 228,4	1 113,3	1 161,9	1 011,9	1 053,3	101,4	108,5	66,5	66,5	54,0	36,8
darunter:												
Politik- und Sozialwissen- schaften	185,0	195,9	182,5	193,8	169,5	180,0	13,0	13,7	2,5	2,2	1,1	0,3
Rechtswissenschaften	222,1	236,1	216,7	229,8	198,8	210,7	18,0	19,1	5,4	6,3	3,3	4,0
Wirtschaftswissenschaften	471,6	486,5	445,3	467,5	408,6	426,9	36,7	40,6	26,3	19,0	21,7	10,3
Mathematik, Naturwissenschaften .	2 697,6	2 828,4	2 283,0	2 420,3	1 964,0	2 072,4	319,0	347,9	414,6	408,1	225,2	202,6
darunter:												
Mathematik	239,1	252,6	231,8	243,2	221,2	230,9	10,7	12,3	7,3	9,4	4,7	5,1
Physik, Astronomie	667,3	743,9	557,5	584,7	465,8	484,6	91,7	100,1	109,8	159,3	51,2	93,0
Chemie	684,9	687,4	561,9	589,6	482,0	504,4	79,9	85,2	123,0	97,8	76,5	44,4
Biologie	517,6	530,3	431,8	460,7	373,5	396,2	58,3	64,6	85,8	69,5	55,1	40,8
Geowissenschaften (ohne Geographie)	206,0	234,3	186,0	211,3	152,7	172,0	33,4	39,4	19,9	23,0	0,8	2,2
Humanmedizin	7 803,4	8 245,0	6 727,7	7 253,9	4 399,5	4 636,6	2 328,2	2 617,3	1 075,7	991,1	651,1	594,1
Veterinärmedizin	164,7	169,8	146,8	152,1	119,0	124,2	27,8	27,9	17,9	17,7	14,1	11,3
Agrar-, Forst- und Ernährungs- wissenschaften	363,8	382,0	329,9	343,9	275,3	290,2	54,6	53,8	33,9	38,0	15,2	21,1
darunter:												
Agrarwissenschaften	186,5	193,1	170,3	178,0	143,0	153,2	27,2	24,7	16,2	15,1	7,7	7,1
Ingenieurwissenschaften	2 127,4	2 322,6	1 855,8	1 967,2	1 614,2	1 711,3	241,6	255,9	271,7	355,4	122,6	185,2
darunter:												
Maschinenbau, Verfahrens- technik	889,0	950,5	766,2	820,6	668,6	716,2	97,6	104,5	122,8	129,8	57,4	49,6
Elektrotechnik	499,8	570,6	433,3	439,5	370,1	379,7	63,3	59,8	66,5	131,1	24,1	82,5
Architektur, Bauingenieur- wesen	466,0	499,7	439,1	469,3	387,9	415,9	51,2	53,4	26,9	30,4	2,7	9,4
Kunst, Kunstwissenschaft	358,1	378,4	331,9	350,1	307,3	323,7	24,5	26,5	26,2	28,3	18,6	17,4
Zusammen	16 144,8	17 060,1	14 180,7	15 083,7	10 984,2	11 545,8	3 196,5	3 537,9	1 964,2	1 976,4	1 142,9	1 119,9
Zentrale Einrichtungen ¹⁾	5 697,0	6 091,0	5 006,6	5 221,9	2 872,1	2 925,6	2 134,5	2 296,3	690,3	869,1	429,2	516,8

1) Einschl. sonstige, nur der Hochschule insgesamt zurechenbare Ausgaben.

Löhne und Gehälter

Indizes der tariflichen Stundenlöhne und Monatsgehälter der Arbeiter und Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften

1980 = 100

Jahr ¹⁾ Monat	Alle erfaßten Wirt- schafts- bereiche	Produzierendes Gewerbe ²⁾		Elektri- zitäts-, Gas-, Fern- wärme- und Wasser- ver- sorgung	Berg- bau	Grund- stoff- und Produktions- güter- gewerbe	Investi- tions- güter produ- zierendes Gewerbe	Ver- brauchs- güter produ- zierendes Gewerbe	Nah- rungs- und Genuß- mittel- gewerbe	Bau- gewerbe (ohne Spezial- bau, Stukka- teur- gewerbe, Gipserei, Ver- putzerei)	Handel, ²⁾ Kredit- institute und Ver- sicherungs- gewerbe	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Friseur- gewerbe	Gebiets- körpers- schaften
		einschl. Hoch- und Tiefbau, Handel, Kredit- institute und Versiche- rungs- gewerbe	einschl. Hoch- und Tiefbau											
Arbeiter³⁾														
Tarifliche Stundenlöhne														
1984 D	116,9	-	117,3	114,5	119,2	117,7	116,1	117,9	118,7	118,5	118,4	115,4	121,4	112,4
1985 D	121,7	-	122,5	118,5	123,0	123,2	123,0	122,8	122,4	120,4	122,0	119,1	123,7	116,1
1986 D	126,3	-	126,9	122,8	127,2	127,5	127,3	128,0	126,6	125,0	127,6	123,8	125,1	120,8
1983 April	114,1	-	114,3	112,0	114,3	113,8	114,3	114,1	114,7	115,6	114,3	113,5	117,8	111,5
Juli	114,9	-	115,0	113,6	117,0	115,3	114,3	115,4	115,7	115,8	115,9	114,1	118,4	112,0
Okt.	115,0	-	115,2	113,6	117,2	115,8	114,3	115,6	116,3	115,8	115,9	114,3	119,9	112,0
1984 Jan.	115,1	-	115,3	113,6	117,6	115,8	114,3	116,2	117,1	115,9	115,9	114,3	120,7	112,0
April	116,1	-	116,1	113,9	117,7	116,2	114,3	116,8	118,0	119,2	118,4	115,5	120,7	112,5
Juli	118,1	-	118,6	115,3	120,7	118,6	117,9	119,1	119,3	119,5	119,6	115,9	121,4	112,5
Okt.	118,4	-	119,0	115,3	120,9	120,1	117,9	119,6	120,3	119,5	119,8	115,9	122,9	112,5
1985 Jan.	119,2	-	119,4	117,6	121,4	120,5	118,3	120,0	120,8	119,6	119,8	118,2	123,6	116,1
April	121,8	-	122,7	117,6	121,4	122,8	124,6	122,4	121,9	119,7	121,9	119,0	123,6	116,1
Juli	122,5	-	123,5	119,3	124,4	124,3	124,6	123,9	123,1	119,9	122,8	119,6	123,6	116,1
Okt.	123,1	-	124,2	119,3	124,7	125,2	124,6	124,8	123,6	122,4	123,3	119,7	124,1	116,1
1986 Jan.	124,2	-	124,6	122,1	125,1	125,2	124,9	125,5	124,7	122,4	125,7	122,5	124,8	120,8
April	125,2	-	125,5	122,1	125,1	125,5	124,9	127,2	126,0	125,6	127,1	124,0	125,0	120,8
Juli	127,6	-	128,6	123,0	129,1	128,9	129,7	129,4	127,3	126,0	128,3	124,2	125,0	120,8
Okt.	128,0	-	129,0	123,9	129,3	130,4	129,7	129,7	128,2	126,1	129,2	124,3	125,6	120,8
1987 Jan.	129,0	-	129,6	126,5	130,0	130,5	130,3	130,5	129,4	126,3	130,8	126,8	127,5	124,8
April	131,5	-	132,5	126,5	130,1	132,4	134,5	132,6	130,9	129,6	132,9	128,1	127,5	124,8
Juli	132,2	-	133,2	128,3	130,1	133,9	134,5	134,4	132,3	130,0	134,7	128,3	127,5	124,8
Angestellte³⁾														
Tarifliche Monatsgehälter														
1984 D	115,9	117,1	117,0	114,5	121,4	117,6	116,3	118,2	118,4	118,0	117,3	115,3	-	112,5
1985 D	119,5	120,8	120,6	118,4	125,3	121,7	119,8	122,0	121,9	119,9	121,1	118,8	-	116,1
1986 D	123,3	124,6	124,5	122,6	129,6	125,9	123,0	126,5	126,2	124,5	124,9	122,9	-	120,1
1983 April	113,4	114,1	114,2	112,0	116,3	113,3	114,4	114,3	114,6	115,1	114,0	112,8	-	111,5
Juli	114,1	114,9	114,9	113,5	118,8	115,3	114,4	115,8	115,4	115,3	114,9	113,4	-	112,1
Okt.	114,2	115,0	115,1	113,5	119,3	115,7	114,4	116,0	115,9	115,3	114,9	113,6	-	112,1
1984 Jan.	114,3	115,1	115,2	113,5	119,7	115,8	114,4	116,4	116,8	115,4	114,9	113,6	-	112,1
April	115,3	116,3	115,6	113,9	119,7	116,0	114,4	116,9	117,7	118,7	117,6	115,0	-	112,6
Juli	116,8	118,4	118,5	115,3	122,7	118,7	118,1	119,6	118,9	119,0	118,3	116,3	-	112,6
Okt.	117,0	118,7	118,8	115,3	123,3	119,7	118,1	119,9	120,0	119,0	118,4	116,3	-	112,6
1985 Jan.	118,2	119,0	119,0	117,5	123,7	120,0	118,1	120,3	120,5	119,1	118,9	117,5	-	116,1
April	119,4	120,8	120,4	117,5	123,7	120,6	120,3	121,4	121,6	119,2	121,4	118,5	-	116,1
Juli	120,0	121,5	121,3	119,2	126,6	122,6	120,3	123,0	122,6	119,3	121,9	119,6	-	116,1
Okt.	120,3	121,8	121,7	119,2	127,2	123,5	120,3	123,3	123,0	121,8	122,1	119,7	-	116,1
1986 Jan.	121,6	122,3	122,1	121,8	127,6	123,6	120,4	123,9	124,4	121,9	122,6	121,0	-	120,1
April	122,6	123,5	122,7	121,8	127,6	123,8	120,4	125,6	125,7	125,2	125,1	123,3	-	120,1
Juli	124,4	126,1	126,3	122,9	131,4	127,4	125,5	128,0	126,9	125,5	125,7	123,7	-	120,1
Okt.	124,7	126,5	126,7	123,7	131,8	128,9	125,5	128,3	127,8	125,5	126,0	123,7	-	120,1
1987 Jan.	126,1	126,9	127,1	126,2	132,6	128,9	125,6	128,7	128,9	125,6	126,5	125,0	-	124,1
April	128,1	129,7	130,0	126,2	132,6	130,2	130,1	130,9	130,4	128,9	129,1	126,9	-	124,1
Juli	128,8	130,6	130,9	128,1	132,6	132,3	130,1	132,8	131,7	129,1	130,0	127,5	-	124,1

1) Durchschnitt aus 4 Monatswerten, Stand jeweils Monatsende - 2) Handel (ohne Handelsvermittlung), Arbeiter ohne Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. - 3) Männliche und weibliche Arbeiter bzw. Angestellte.

Preise

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

1980 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse		Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					Fertigerzeugnisse ²⁾		Elektr. Strom, Gas, Fernwärme und Wasser ³⁾
	insgesamt	ohne elektr. Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	zusammen	Grundstoff- und Produktions- güter- gewerbes	Investitions- güter produzierenden Gewerbes	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genußmittel- gewerbes	Investitions- güter	Verbrauchs- güter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)	
1984 D	119,2	116,4	116,0	118,0	115,5	114,5	114,8	116,8	115,4	141,0
1985 D	121,8	118,7	118,3	120,9	118,4	117,4	114,2	120,1	118,5	148,1
1986 D	118,2	115,2	114,9	106,1	121,1	118,6	113,4	123,4	110,6	141,8
1986 Aug.	117,5	114,2	113,9	102,6	121,6	118,8	112,9	124,0	108,9	143,0
1986 Sept.	117,5	114,3	114,0	102,9	121,8	118,7	112,9	124,2	109,5	142,3
1986 Okt.	116,2	114,0	113,7	101,8	121,9	118,9	112,7	124,4	108,7	133,0
1986 Nov.	115,9	113,9	113,6	101,6	121,9	118,9	112,4	124,5	108,8	130,9
1986 Dez.	115,7	113,8	113,5	101,1	121,9	118,9	112,3	124,5	108,7	130,7
1987 Jan.	115,9	114,5	114,2	103,1	122,3	119,0	111,6	125,0	111,2	127,4
1987 Febr.	115,5	114,0	113,7	101,5	122,5	119,2	111,3	125,4	109,7	128,9
1987 März	115,4	114,0	113,7	101,5	122,7	119,3	110,8	125,6	110,1	125,8
1987 April	115,1	114,3	114,0	101,9	123,1	119,5	110,8	126,1	110,5	121,5
1987 Mai	115,2	114,5	114,2	102,3	123,3	119,8	110,4	126,3	110,9	121,2
1987 Juni	115,3	114,5	114,2	102,0	123,5	119,9	110,4	126,7	110,7	121,7
1987 Juli	115,6	114,7	114,4	102,7	123,6	120,0	110,0	126,9	111,3	122,6
1987 Aug.	115,8	114,9	114,6	103,0	123,7	120,1	109,9	127,0	111,4	122,8
1987 Sept.	115,6	114,7	114,4	102,3	123,7	120,3	110,0	126,9	110,7	123,0

Jahr Monat	Elektr. Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	Bergbauliche Erzeugnisse (ohne Erdgas)		Mineralölenerzeugnisse		Steine und Erden, Asbest- waren, Schleifmittel	Eisen und Stahl		NE-Metalle und -Metall- halbzeug	Gießerei- erzeugnisse zusammen
	darunter elektrischer Strom	zusammen	darunter Erzeugnisse des Kohlen- bergbaues	zusammen	darunter Heizöle		zusammen	darunter Erzeugnisse der Hochofen-, Stahl- und Warmwalz- werke ⁴⁾		
1984 D	129,5	131,7	127,7	124,5	131,9	117,7	115,3	114,7	114,0	117,8
1985 D	132,8	133,9	129,4	127,8	133,7	119,9	119,9	118,9	110,9	122,3
1986 D	137,1	127,9	130,6	82,0	67,1	121,5	115,4	113,9	92,1	125,2
1986 Aug.	138,3	125,2	130,6	71,2	52,1	121,7	113,3	111,8	89,7	125,8
1986 Sept.	138,4	125,4	130,6	73,1	54,6	121,7	113,0	111,6	89,6	125,7
1986 Okt.	138,5	124,6	130,7	70,6	51,7	122,0	111,7	110,7	88,0	125,7
1986 Nov.	138,5	124,4	130,7	71,4	54,1	121,8	110,0	109,0	86,6	125,9
1986 Dez.	138,6	124,8	130,7	70,7	53,0	121,9	108,6	107,5	85,5	125,5
1987 Jan.	138,5	125,4	130,6	80,6	73,4	122,0	108,0	106,8	82,2	125,4
1987 Febr.	138,5	125,6	130,6	74,1	56,9	121,9	107,7	106,4	81,8	125,5
1987 März	138,5	125,6	130,6	74,8	58,5	122,0	107,2	106,1	82,9	125,8
1987 April	138,5	126,3	130,6	75,8	57,9	122,1	107,4	105,9	83,2	126,0
1987 Mai	138,5	125,1	130,6	76,4	59,0	122,2	107,1	105,5	84,9	126,5
1987 Juni	141,1	125,0	130,6	75,5	58,1	122,4	107,1	105,5	85,5	126,4
1987 Juli	141,2	126,6	132,1	77,7	62,6	122,2	107,0	105,3	88,7	126,3
1987 Aug.	141,2	126,6	132,1	78,4	64,4	122,3	106,9	105,4	90,4	126,9
1987 Sept.	141,2	126,7	132,1	75,4	58,6	122,2	106,9	105,4	91,9	126,8

Jahr Monat	Gießerei- erzeugnisse	Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung		Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge		Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschlepper)				
	darunter Eisen-, Stahl- und Temperguß	zusammen	darunter Ziehereien und Kaltwalz- werke	zusammen	darunter Stahl- und Leichtmetall- konstruk- tionen	zusammen	darunter			
							gewerblich Arbeitsmaschinen	Kraft- maschinen	Land- maschinen	darunter Fördermittel
1984 D	118,1	114,0	114,2	119,1	119,5	118,0	118,5			
1985 D	123,6	117,9	119,1	121,0	120,9	122,0	123,0	120,1	120,0	123,2
1986 D	129,1	119,0	118,5	124,4	124,5	126,2	127,6	123,3	124,0	126,6
1986 Aug.	130,0	119,4	118,6	125,2	125,4	126,9	128,4	124,0	124,8	126,9
1986 Sept.	129,9	119,3	118,2	125,3	125,5	127,0	128,6	124,1	124,8	127,3
1986 Okt.	130,2	118,9	117,5	125,6	125,9	127,2	128,8	123,9	124,8	127,3
1986 Nov.	130,6	118,3	116,3	125,8	125,9	127,3	128,9	124,1	124,8	127,8
1986 Dez.	130,3	118,1	115,4	125,7	126,0	127,3	128,9	124,1	124,8	127,8
1987 Jan.	130,5	117,9	114,9	125,8	126,1	128,2	129,9	124,3	125,8	128,2
1987 Febr.	130,8	117,5	114,7	125,9	126,0	128,4	130,3	124,6	125,9	128,3
1987 März	130,7	117,2	114,2	126,3	126,4	128,6	130,6	124,6	125,9	128,4
1987 April	131,0	117,4	114,5	126,6	126,6	129,3	131,4	125,5	126,5	128,6
1987 Mai	131,5	117,2	114,3	126,8	126,5	129,8	131,9	125,9	127,6	128,6
1987 Juni	131,3	116,9	114,5	127,1	126,7	130,0	132,1	126,2	127,6	128,7
1987 Juli	131,1	116,8	114,1	127,4	127,2	130,2	132,3	126,3	127,7	128,8
1987 Aug.	131,3	116,6	113,5	127,5	127,3	130,3	132,4	126,5	127,8	128,9
1987 Sept.	130,9	116,3	112,8	127,6	127,3	130,4	132,5	126,6	127,8	128,9

Fußnoten siehe folgende Seite

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

1980 = 100

Jahr Monat	Straßenfahrzeuge			Boote und Jachten	Elektro- technische Erzeugnisse	Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren		Eisen- Blech- und Metall- waren	Musik- instrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, belichtete Filme, Full- halter u.ä.	Chemische Erzeugnisse	Büro- maschinen; Datenver- arbeitungs- geräte und -ein- richtungen
	zusammen	darunter				zusammen	darunter feinme- chanische Erzeugnisse				
		Kraftwagen und Kraft- räder ⁵⁾	Teile für Kraftwagen und Kraftwagen- motoren								
1984 D	117,5	117,3	117,8	120,3	111,4	112,5	115,2	117,1	113,2	118,1	102,2
1985 D	121,4	121,8	120,5	126,4	113,0	114,9	118,6	119,2	115,6	121,6	103,2
1986 D	125,3	126,3	123,4	128,1	114,1	117,5	122,0	121,0	116,8	114,6	100,6
1986 Aug.	125,8	127,0	123,6	127,8	114,3	117,9	122,5	121,3	116,7	112,8	100,8
1986 Sept.	126,5	127,9	123,7	128,7	114,3	118,2	122,6	121,4	117,5	112,2	100,6
1986 Okt.	126,6	128,0	123,7	128,7	114,3	118,3	123,1	121,4	118,0	111,5	100,5
1986 Nov.	128,6	128,1	123,7	128,9	114,4	118,2	122,8	121,5	117,7	111,3	100,2
1986 Dez.	126,6	128,1	123,7	128,9	114,4	118,0	122,9	121,5	117,6	111,3	100,1
1987 Jan.	126,9	128,1	124,3	129,7	114,7	118,1	122,8	121,5	117,8	111,2	99,8
1987 Febr.	127,8	129,3	124,8	129,9	114,7	118,3	123,2	121,7	118,0	111,1	98,5
1987 März	128,1	129,5	125,1	129,9	114,9	118,4	123,2	121,6	118,4	110,7	98,4
1987 April	128,5	130,1	125,2	129,9	115,1	118,8	123,8	121,9	118,8	110,8	97,1
1987 Mai	128,6	130,1	125,4	129,9	115,2	118,7	123,9	122,1	119,6	111,2	97,0
1987 Juni	129,0	130,8	125,5	129,9	115,3	118,8	124,2	122,3	119,6	110,9	97,0
1987 Juli	129,2	131,0	125,4	129,9	115,4	118,9	124,2	122,4	119,5	111,0	96,7
1987 Aug.	129,3	131,1	125,5	129,9	115,5	118,9	123,9	122,4	119,9	111,0	96,6
1987 Sept.	129,2	130,9	125,4	129,9	115,4	118,7	123,8	122,5	119,8	111,0	96,6

Jahr Monat	Fein- keramische Erzeugnisse	Glas- und Glaswaren	Schnittholz, Sperrholz u. sonstiges bearbeitetes Holz	Holzwaren	Holz- schliff, ⁶⁾ Zellstoff, Papier und Pappe	Papier- und Pappe- waren	Druckerei- erzeugnisse	Kunststoff- erzeugnisse	Gummi- waren	Leder
1984 D	116,7	109,5	94,9	117,5	115,8	116,0	112,8	109,7	118,5	124,4
1985 D	120,2	110,3	94,0	120,4	121,0	120,5	117,6	110,8	123,2	128,4
1986 D	123,0	110,3	94,8	123,9	116,3	120,1	120,0	110,9	124,8	127,1
1986 Aug.	123,5	110,2	95,0	124,2	115,7	120,1	120,5	110,8	124,8	126,9
1986 Sept.	123,6	110,2	95,0	124,4	115,4	120,0	120,3	110,6	124,8	126,9
1986 Okt.	123,6	110,7	94,9	124,5	114,9	120,1	120,9	110,7	125,0	126,8
1986 Nov.	123,8	110,7	94,6	124,6	114,5	120,3	121,0	110,4	125,0	126,6
1986 Dez.	123,8	110,6	94,7	124,8	114,2	120,2	121,0	110,4	125,0	125,8
1987 Jan.	123,8	110,7	94,7	125,4	113,6	120,2	120,9	110,6	123,9	125,9
1987 Febr.	124,0	110,4	94,6	125,8	113,7	120,2	120,8	110,8	123,9	125,5
1987 März	124,5	110,5	94,5	126,3	113,8	120,2	120,8	110,8	124,1	125,4
1987 April	125,1	110,5	94,5	126,8	114,1	120,5	121,2	110,8	124,1	125,0
1987 Mai	125,4	110,4	94,5	127,0	114,2	120,5	122,2	111,1	124,0	124,6
1987 Juni	125,4	110,6	94,4	127,2	114,0	120,6	122,1	111,2	124,0	125,3
1987 Juli	125,4	110,7	94,3	127,4	113,8	121,1	122,1	111,3	123,7	124,7
1987 Aug.	125,6	110,8	94,2	127,6	113,4	120,7	122,1	111,4	123,9	125,0
1987 Sept.	125,9	110,8	94,1	127,8	113,2	120,5	122,4	111,9	124,1	125,2

Jahr Monat	Lederwaren und Schuhe		Textilien	Bekleidung	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes				Tabak- waren	Fertigteil- bauten im Hochbau
	zusammen	darunter Schuhe			zusammen	darunter				
						Mahl- und Schäl- mühl- erzeugnisse	Milch, Butter und Käse	Fleisch und Fleisch- erzeugnisse		
1984 D	113,9	113,7	116,2	115,9	113,5	106,0	108,9	110,7	128,5	117,8
1985 D	117,5	117,6	118,9	118,5	112,7	99,5	107,1	110,5	130,0	119,9
1986 D	119,8	120,1	118,3	120,8	111,5	96,8	106,5	108,7	133,7	122,0
1986 Aug.	120,2	120,6	118,0	121,2	110,9	95,1	106,2	108,9	134,2	122,5
1986 Sept.	120,2	120,7	117,8	121,4	110,9	95,7	106,1	108,6	134,2	122,5
1986 Okt.	120,5	121,0	117,6	121,4	110,7	95,1	105,9	108,1	134,2	122,4
1986 Nov.	120,5	121,0	117,6	121,4	110,4	95,4	105,8	107,0	134,1	122,4
1986 Dez.	120,6	121,1	117,6	121,4	110,3	95,4	105,9	106,9	134,2	122,7
1987 Jan.	120,7	120,9	117,7	121,5	109,5	95,0	105,7	106,5	134,2	123,7
1987 Febr.	121,1	121,1	117,7	121,5	109,2	95,0	105,6	106,2	134,2	124,0
1987 März	121,0	121,1	117,7	121,6	108,6	94,0	105,4	106,0	134,2	124,3
1987 April	121,2	121,2	117,7	121,9	108,6	93,6	105,3	106,1	134,2	124,7
1987 Mai	121,2	121,2	117,9	122,0	108,2	93,5	105,0	105,8	134,2	124,9
1987 Juni	121,2	121,1	117,9	122,0	108,2	93,4	104,8	106,1	133,8	125,0
1987 Juli	121,2	121,2	118,1	122,2	107,8	93,6	105,0	105,8	133,8	125,7
1987 Aug.	121,3	121,4	118,4	122,4	107,7	93,6	104,9	105,8	133,8	125,6
1987 Sept.	121,4	121,4	118,5	122,5	107,8	92,7	105,5	105,7	133,9	125,6

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 2

1) Ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer. — 2) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung, entsprechend der Warengliederung des Index der gewerblichen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter. — 3) In den Preisindizes für elektrischen Strom ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt. — 4) Ohne Ferrolegierungswerke — 5) Einschl. Fahrräder mit Hilfsmotoren sowie Verbrennungsmotoren für Kraftfahrzeuge — 6) Ohne Preisrepräsentanten für Holzschliff

Preisindex für die Lebenshaltung

1980 = 100

Jahr Monat ⁶⁾	Lebenshaltung		Hauptgruppe/Untergruppe ⁷⁾										
	ins- gesamt	ohne saisonab- hängige Waren ⁸⁾	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten ⁹⁾ , Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für				
					zu- sammen	Woh- nungs- mieten ⁹⁾	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	

Alle privaten Haushalte¹⁾

1984 D	118,4	118,4	116,0	115,7	122,7	120,0	128,8	115,9	118,0	120,1	114,2	120,8
1985 D	121,0	121,0	116,9	118,4	126,8	123,9	133,4	117,7	119,7	123,2	116,2	125,7
1986 D	120,7	120,8	117,6	120,6	123,4	126,4	116,4	119,1	121,5	118,3	117,8	130,1
1986 Aug.	120,2	120,5	117,2	120,7	122,6	126,8	113,1	119,2	121,5	117,2	117,1	130,4
1986 Sept.	120,4	120,7	117,0	121,0	122,5	126,9	112,4	119,3	121,8	118,3	117,2	130,4
1986 Okt.	120,0	120,3	116,7	121,2	121,4	127,0	108,4	119,4	121,9	117,3	117,9	130,4
1986 Nov.	119,9	120,3	116,5	121,3	121,3	127,2	107,8	119,6	122,0	117,0	117,9	130,4
1986 Dez.	120,1	120,4	116,8	121,3	121,1	127,3	107,0	119,6	122,1	117,3	118,4	130,6
1987 Jan.	120,6	120,7	117,0	121,5	122,0	127,5	109,3	119,8	122,2	118,4	119,4	130,7
1987 Febr.	120,7	120,7	117,6	121,7	121,4	127,9	106,7	120,0	122,4	118,3	119,5	131,5
1987 März	120,7	120,7	117,4	121,9	121,4	128,1	106,0	120,1	122,5	118,5	119,5	131,5
1987 April	121,0	120,9	117,9	122,0	121,2	128,3	105,1	120,3	122,6	119,7	119,2	131,5
1987 Mai	121,1	120,9	118,3	122,0	121,2	128,4	104,7	120,4	122,8	119,8	119,1	131,5
1987 Juni	121,3	121,1	118,0	122,1	121,7	128,6	106,0	120,5	122,8	120,0	119,0	132,6
1987 Juli	121,3	121,2	117,6	122,1	122,0	128,8	106,4	120,5	122,9	120,1	118,7	132,9
1987 Aug.	121,2	121,3	116,6	122,2	122,3	128,9	107,2	120,7	122,9	120,3	118,3	133,3
1987 Sept.	120,9	121,2	116,1	122,6	122,0	129,2	105,6	120,8	123,1	119,4	118,3	133,6

4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höheren Einkommen²⁾

1984 D	118,7	118,8	115,7	115,9	122,2	119,5	129,9	116,5	116,9	120,3	115,6	123,7
1985 D	121,5	121,6	116,6	118,7	126,2	123,2	134,8	118,4	118,7	123,3	117,7	129,0
1986 D	121,4	121,5	117,2	121,0	122,9	125,6	115,2	119,8	120,6	117,7	119,5	133,5
1986 Aug.	121,0	121,3	116,8	121,1	122,1	125,9	111,4	119,9	120,6	116,6	119,0	133,8
1986 Sept.	121,2	121,5	116,5	121,4	122,0	126,0	110,4	120,0	120,8	117,7	119,1	133,8
1986 Okt.	120,8	121,2	116,2	121,6	120,8	126,1	105,6	120,1	120,9	116,6	119,6	133,8
1986 Nov.	120,7	121,1	116,0	121,7	120,7	126,3	104,6	120,3	121,0	116,3	119,7	133,8
1986 Dez.	120,9	121,2	116,3	121,8	120,5	126,4	103,5	120,3	121,0	116,6	120,1	134,0
1987 Jan.	121,4	121,5	116,6	121,9	121,2	126,6	105,7	120,4	121,2	117,7	120,9	134,1
1987 Febr.	121,6	121,6	117,4	122,1	120,7	126,9	102,7	120,7	121,3	117,6	121,0	134,9
1987 März	121,6	121,6	117,2	122,3	120,6	127,1	101,7	120,8	121,4	117,8	121,1	135,0
1987 April	121,9	121,8	117,7	122,4	120,4	127,3	100,6	121,0	121,6	119,2	120,9	135,0
1987 Mai	121,9	121,8	118,0	122,4	120,4	127,4	100,0	121,2	121,7	119,3	120,9	135,0
1987 Juni	122,2	122,1	117,7	122,5	120,7	127,6	100,9	121,2	121,7	119,4	120,8	136,6
1987 Juli	122,2	122,2	117,4	122,5	121,0	127,8	101,4	121,3	121,7	119,5	120,6	136,8
1987 Aug.	122,1	122,3	116,4	122,6	121,3	127,9	102,1	121,4	121,8	119,7	120,3	137,3
1987 Sept.	121,9	122,2	115,8	123,0	121,0	128,1	100,3	121,5	121,9	118,7	120,3	137,6

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen³⁾

1984 D	118,4	118,3	115,7	116,3	123,1	120,2	130,2	115,9	121,6	119,5	115,7	119,8
1985 D	120,9	121,0	116,6	119,1	127,3	124,2	135,0	117,7	123,3	122,3	117,7	125,1
1986 D	120,7	120,8	117,1	121,5	124,7	126,7	119,6	119,1	124,7	116,3	119,4	130,3
1986 Aug.	120,3	120,6	116,7	121,6	124,1	127,0	116,7	119,2	124,8	115,1	118,9	130,7
1986 Sept.	120,4	120,7	116,5	121,9	124,0	127,2	115,8	119,3	124,9	116,3	119,0	130,6
1986 Okt.	120,0	120,4	116,2	122,1	122,7	127,3	111,2	119,4	125,0	115,1	119,5	130,6
1986 Nov.	119,9	120,3	116,0	122,2	122,5	127,4	110,1	119,6	125,1	114,8	119,6	130,6
1986 Dez.	120,0	120,3	116,2	122,3	122,3	127,6	109,0	119,6	125,2	115,1	120,0	130,9
1987 Jan.	120,4	120,6	116,4	122,5	122,8	127,8	110,2	119,7	125,3	116,3	120,7	131,0
1987 Febr.	120,6	120,6	117,1	122,6	122,3	128,1	107,7	119,9	125,4	116,1	120,9	131,6
1987 März	120,6	120,6	116,9	122,8	122,2	128,3	106,8	120,1	125,5	116,3	121,0	131,6
1987 April	120,9	120,7	117,4	122,9	122,0	128,5	105,7	120,2	125,6	117,7	120,8	131,6
1987 Mai	120,9	120,7	117,7	123,0	122,0	128,7	105,1	120,3	125,7	117,8	120,8	131,6
1987 Juni	121,1	120,9	117,4	123,0	122,3	128,8	106,0	120,4	125,7	117,7	120,7	133,1
1987 Juli	121,0	121,0	117,0	123,0	122,6	129,0	106,3	120,4	125,8	117,7	120,5	133,4
1987 Aug.	120,9	121,0	116,0	123,1	122,8	129,2	106,9	120,6	125,8	118,0	120,2	133,7
1987 Sept.	120,6	120,9	115,6	123,5	122,6	129,4	105,5	120,6	125,9	117,0	120,2	134,1

Fußnoten siehe folgende Seite

Preisindex für die Lebenshaltung

1980 = 100

Jahr Monat ⁶⁾	Lebenshaltung		Hauptgruppe/Untergruppe ⁷⁾										
	ins- gesamt	ohne saisonab- hängige Waren ⁸⁾	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten ⁹⁾ , Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für				
					zu- sammen	Wohn- ungs- mieten ⁹⁾	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	

2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern⁴⁾

1984 D	118,7	118,7	115,4	115,5	123,4	120,8	130,1	115,7	126,8	117,5	117,1	116,8
1985 D	121,1	121,2	116,1	118,3	127,7	125,0	134,7	177,5	128,4	119,0	119,7	120,0
1986 D	121,4	121,6	116,3	120,4	127,2	127,6	126,0	119,2	129,9	115,7	122,1	123,8
1986 Aug.	121,0	121,5	115,6	120,4	127,0	127,9	124,5	119,4	130,0	114,8	120,8	124,4
1986 Sept.	120,9	121,6	115,2	120,8	126,9	128,1	123,7	119,5	130,1	115,4	120,9	124,4
1986 Okt.	120,5	121,2	114,7	121,0	125,8	128,2	119,7	119,7	130,3	114,8	122,0	124,4
1986 Nov.	120,3	121,1	114,3	121,1	125,5	128,3	118,3	120,0	130,4	114,5	122,1	124,4
1986 Dez.	120,5	121,1	114,7	121,2	125,4	128,5	117,3	120,0	130,4	114,9	123,0	124,6
1987 Jan.	120,8	121,1	115,0	121,4	125,4	128,7	116,8	120,1	130,6	115,5	124,8	124,9
1987 Febr.	121,1	121,1	116,0	121,6	125,2	129,1	115,1	120,3	130,7	115,4	124,7	125,8
1987 März	121,0	121,1	115,6	121,8	125,1	129,3	114,3	120,4	130,8	115,8	124,7	125,8
1987 April	121,2	121,0	116,3	121,9	124,9	129,5	113,0	120,5	130,9	116,6	124,1	125,8
1987 Mai	121,4	120,9	117,0	122,1	124,7	129,7	112,1	120,7	131,0	116,6	124,0	125,8
1987 Juni	121,4	121,0	116,6	122,1	125,1	129,8	113,0	120,7	131,1	116,5	123,8	127,0
1987 Juli	121,3	121,1	116,0	122,1	125,2	130,1	113,0	120,8	131,2	116,6	123,2	127,3
1987 Aug.	120,8	121,1	114,3	122,3	125,4	130,2	113,2	121,0	131,2	116,8	122,6	127,3
1987 Sept.	120,5	121,1	113,5	122,6	125,4	130,4	112,5	121,1	131,3	116,3	122,6	127,6

Einfache Lebenshaltung eines Kindes⁵⁾

1984 D	117,0		115,0	116,2	122,2	121,0	125,6	115,9	116,5	128,6	119,7	116,4
1985 D	118,5		114,7	119,0	126,5	125,3	129,9	117,8	118,2	130,0	121,8	119,3
1986 D	118,9		114,6	121,5	123,5	128,0	110,0	119,2	120,2	132,5	124,1	121,9
1986 Aug.	118,4		113,9	121,5	122,6	128,4	105,4	119,3	120,4	132,5	124,6	122,1
1986 Sept.	118,3		113,4	121,9	122,7	128,6	105,5	119,5	120,4	132,5	124,6	122,2
1986 Okt.	118,0		112,8	122,0	122,1	128,7	102,6	119,6	120,7	133,0	124,7	122,4
1986 Nov.	117,8		112,3	122,2	122,3	128,8	103,0	119,8	120,8	132,0	124,9	122,3
1986 Dez.	118,1		112,8	122,2	122,4	129,0	102,8	119,8	120,9	133,1	124,8	122,4
1987 Jan.	118,6		113,4	122,4	123,6	129,2	107,2	119,9	121,0	132,8	124,9	122,5
1987 Febr.	119,2		114,8	122,5	123,2	129,5	104,4	120,0	121,2	133,0	125,2	122,8
1987 März	119,2		114,5	122,6	123,2	129,7	103,9	120,1	121,3	134,3	125,4	123,0
1987 April	120,0		116,2	122,8	123,2	129,9	103,3	120,2	121,4	134,3	125,5	123,1
1987 Mai	121,0		118,3	122,8	123,2	130,1	102,9	120,4	121,6	134,4	125,5	123,3
1987 Juni	120,8		117,7	122,9	123,6	130,2	104,1	120,4	121,6	134,4	125,6	123,4
1987 Juli	120,0		115,8	122,9	124,0	130,5	105,0	120,4	121,7	134,4	125,8	123,5
1987 Aug.	119,3		113,9	123,0	124,5	130,6	106,3	120,5	121,8	134,8	125,8	123,5
1987 Sept.	119,0		113,1	123,4	124,2	130,8	104,5	120,7	121,9	134,9	125,9	123,6

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 7.

1) Lebenshaltungsausgaben von rd. 2 665 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1980 — 2) Lebenshaltungsausgaben von rd. 4 148 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1980 — 3) Lebenshaltungsausgaben von rd. 2 575 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1980. — 4) Lebenshaltungsausgaben von rd. 1 192 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1980 — 5) Bedarfstruktur 1976, nach der Preisentwicklung auf 1980 hochgerechnet, für den Mindestunterhalt von Kindern im 1. bis 18. Lebensjahr; Hauptgruppe „Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren“ enthält nur Nahrungsmittel sowie alkoholfreie Getränke — 6) Die Monatsindizes beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte — Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes — 7) Nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (Gliederung nach dem Verwendungszweck). — 8) Kartoffeln, Gemüse, Obst, Südfruchte, Frischfleisch, und Blumen — 9) Bei dem Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes sind Wohnungen des freifinanzierten Wohnungsbaues, die 1949 und später erstellt wurden, nicht berücksichtigt

Preisindizes für Bauwerke¹⁾
Neubau und Instandhaltung (Bauleistungen am Bauwerk)

1980 = 100

Jahr Monat	Neubau								
	Wohngebäude				Büro- gebäude	Landwirt- schaftliche Betriebs- gebäude	Gewerbliche Betriebsgebäude		
	insgesamt	Einfamilien -	Mehrfamilien -	Gemischt- genutzte -			insgesamt	Stahlbeton	Stahlbau
		Gebäude	Gebäude						
1984 D	114,0	113,4	114,3	114,3	115,8	113,8	115,7	115,0	116,3
1985 D	114,5	113,8	114,8	115,0	116,8	114,3	116,5	115,9	117,2
1986 D	116,2	115,4	116,6	116,8	118,9	115,9	118,9	117,9	119,9
1984 Aug.	114,4	113,8	114,7	114,7	116,2	114,2	116,0	115,4	116,6
1984 Nov.	114,2	113,6	114,5	114,5	116,1	114,0	115,7	115,2	116,2
1985 Febr.	114,2	113,6	114,4	114,5	116,3	114,0	115,8	115,3	116,4
1985 Mai	114,2	113,5	114,5	114,7	116,5	113,9	116,2	115,5	116,8
1985 Aug.	114,8	114,0	115,1	115,3	117,1	114,5	116,9	116,2	117,6
1985 Nov.	114,9	114,1	115,3	115,5	117,3	114,7	117,2	116,4	118,0
1986 Febr.	115,2	114,4	115,6	115,8	117,8	114,9	117,6	116,9	118,4
1986 Mai	116,1	115,2	116,4	116,6	118,6	115,7	118,5	117,7	119,4
1986 Aug.	116,7	115,8	117,0	117,3	119,3	116,3	119,5	118,4	120,6
1986 Nov.	116,9	116,0	117,3	117,5	119,7	116,6	119,9	118,7	121,1
1987 Febr.	117,4	116,5	117,7	118,0	120,3	116,9	120,3	119,0	121,5
1987 Mai	118,5	117,6	118,9	119,2	121,4	118,1	121,4	120,2	122,5
1987 Aug.	119,1	118,1	119,5	119,8	122,1	118,6	122,1	120,8	123,5

Jahr Monat	Neubau						Instandhaltung von Wohngebäuden			
	Straßenbau			Brücken im Straßenbau	Ortskanäle	Staudämme	Ein- familiengebäude mit Schönheitsreparaturen	Mehr- familiengebäude ohne Schönheitsreparaturen		Schönheits- reparaturen in einer Wohnung
	insgesamt	Bundes- auto- bahnen	Bundes- und Landes- straßen					mit	ohne	
1984 D	100,8	100,9	100,8	108,4	102,5	101,1	119,2	118,7	119,0	118,0
1985 D	102,6	102,5	102,8	108,7	102,9	101,5	121,5	120,9	121,1	119,9
1986 D	104,8	104,6	104,9	110,8	105,4	103,8	124,0	123,4	123,4	122,8
1984 Aug.	101,2	101,2	101,2	108,7	102,8	101,4	119,9	119,5	119,7	119,0
1984 Nov.	101,3	101,3	101,3	108,3	102,7	101,1	120,2	119,6	119,9	118,9
1985 Febr.	101,6	101,5	101,7	108,0	102,3	100,9	120,5	119,9	120,3	118,7
1985 Mai	102,4	102,2	102,6	108,3	102,6	101,2	121,1	120,5	120,8	119,4
1985 Aug.	103,0	102,8	103,2	109,1	103,2	101,8	122,0	121,4	121,6	120,7
1985 Nov.	103,5	103,3	103,7	109,2	103,5	102,2	122,2	121,6	121,8	120,8
1986 Febr.	104,2	103,9	104,4	109,6	104,3	102,7	122,9	122,2	122,4	121,4
1986 Mai	104,8	104,7	105,0	110,6	105,4	103,7	123,7	123,0	123,1	122,5
1986 Aug.	105,0	104,9	105,0	111,3	105,7	104,3	124,5	123,9	123,9	123,6
1986 Nov.	105,0	104,9	105,0	111,5	106,0	104,3	124,9	124,3	124,3	123,8
1987 Febr.	105,0	105,0	105,0	111,5	106,2	104,4	125,7	124,9	125,1	124,0
1987 Mai	105,9	105,9	105,8	112,5	107,4	105,4	126,9	126,2	126,3	125,4
1987 Aug.	106,2	106,2	106,2	113,0	107,8	105,8	128,1	127,4	127,3	127,2

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 4.
 1) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Kaufwerte für Bauland

Jahr ¹⁾ Vierteljahr	Baulandarten insgesamt			Baureifes Land			Rohbauland			Sonstiges Bauland ²⁾		
	Fälle	Fläche	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufwert
	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²
1984	66 245	68 501	87,72	49 247	41 125	121,95	6 960	11 893	45,09	10 038	15 483	29,56
1985	62 382	75 815	78,69	48 957	41 146	116,09	5 747	12 641	39,94	7 678	22 028	31,08
1986	62 200	72 148	84,00	49 511	40 536	121,07	5 298	9 747	44,86	7 391	21 866	32,74
1986 1. Vj.	12 694	14 307	84,40	9 986	8 252	121,37	1 186	2 211	49,56	1 522	3 843	25,08
1986 2. Vj.	15 079	16 037	83,26	12 120	9 527	118,02	1 315	2 221	40,75	1 644	4 290	28,06
1986 3. Vj.	13 376	15 013	81,77	10 640	8 430	118,63	1 177	2 260	39,69	1 559	4 323	31,89
1986 4. Vj.	13 947	16 790	86,19	10 833	8 973	127,70	1 238	2 259	44,31	1 876	5 558	36,20
1987 1. Vj.	11 999	13 570	85,90	9 501	7 629	128,14	1 104	1 782	43,60	1 394	4 159	26,55

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 5
 1) Jahresergebnis mit Nachmeldungen - 2) industrielland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen.